

T-01 Tagesordnung - Formalia

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 08.03.2017

Vorschlag zur Tagesordnung

1 **Freitag, 16.6.2017**

2 Beginn: 16 Uhr

3 TOP 1 Tagesordnung und Formalia

4 TOP 2 Politische Rede

5 TOP 3 Wahlprogramm – Präambel

6

7 **Samstag, 17.6.2017**

8 TOP 4 Wahlprogramm – Umwelt im Kopf

9 TOP 5 Wahlprogramm – Welt im Blick

10 TOP 6 Wahlprogramm – Freiheit im Herzen

11 TOP 7 Verschiedenes

12

13 **Sonntag, 18.6.2017**

14 TOP 8 Wahlprogramm – Gerechtigkeit im Sinn

15 TOP 9 Schlussabstimmung

16

17 Ende: 14 Uhr

T-01-NEU Tagesordnung - Formalia

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 06.06.2017

Vorschlag zur Tagesordnung

- 1 **Freitag, 16.6.2017**
- 2 Beginn: 16 Uhr
- 3 TOP 1 Tagesordnung und Formalia
- 4 TOP 2 Politische Rede
- 5 TOP 3 Wahlprogramm – Präambel
- 6 TOP 4 Wahlprogramm - Globalanträge
- 7 TOP 5 Wahlprogramm – Umwelt im Kopf
- 8 TOP 6 Verschiedenes
- 9 **Samstag, 17.6.2017**
- 10 Beginn: 9.30 Uhr
- 11 TOP 7 Wahlprogramm – Umwelt im Kopf - Fortsetzung
- 12 TOP 8 Wahlprogramm – Welt im Blick
- 13 TOP 9 Wahlprogramm – Freiheit im Herzen
- 14 TOP 10 Wahlprogramm – Gerechtigkeit im Sinn
- 15 **Sonntag, 18.6.2017**
- 16 Beginn: 9.30 Uhr
- 17 TOP 11 Wahlprogramm – Gerechtigkeit im Sinn - Fortsetzung
- 18 TOP 12 Wahlprogramm- Schlusskapitel
- 19 TOP 13 Schlussabstimmung
- 20 Ende: 14 Uhr

P-01 Präambel

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

Präambel

- 1 Liebe Bürgerinnen und Bürger,
- 2 am 24. September ist Bundestagswahl. Bevor wir Ihnen sagen, was wir vorhaben, haben wir eine
3 Bitte an Sie: Diskutieren Sie mit, mischen Sie sich ein, gehen Sie wählen. Treten Sie mit
4 uns für die Werte ein, die unser Land und Europa stark gemacht haben, die uns weit über
5 Partei- und Ländergrenzen hinweg verbinden: Demokratie und Menschenwürde, Freiheit und
6 Mitmenschlichkeit.
- 7 Diese Werte schienen uns bis eben noch selbstverständlich. Nun erleben wir, wie sie
8 hierzulande, in Europa und vielen Teilen der Welt massiv in Frage gestellt werden. Radikaler
9 Nationalismus kehrt zurück. Die ökologische Krise spitzt sich zu. Europa ist in sozialer und
10 wirtschaftlicher Hinsicht tief gespalten. Viele Menschen sind auf der Flucht vor Kriegen und
11 Krisen. Diese Bundestagswahl ist wichtig, vielleicht historisch.
- 12 Deutschland geht es vergleichsweise gut. Aber damit das so bleibt, damit es auch für alle
13 gilt, und damit es auch anderswo besser wird, müssen wir uns jetzt entscheiden: gegen
14 weitere Umweltzerstörung und für eine soziale und ökologische Modernisierung unserer
15 Wirtschaft, die Arbeitsplätze sichert und neue schafft. Gegen ungebremstes Profitstreben auf
16 Kosten des Zusammenhalts und für eine Politik, die in unsere Infrastruktur und in die
17 Zukunft investiert. Gegen Hassprediger und Nationalismus und für ein Europa, das nach innen
18 zusammenarbeitet und nach außen gemeinsam handelt.
- 19 Manche meinen, es sei heute schon viel erreicht, wenn Rückschritte vermieden werden. Wir
20 nicht. Mit den ökologischen Krisen und vor allem der Klimakrise stellt sich der Menschheit
21 die Existenzfrage, nicht weniger. Mit der Krise Europas und dem Rückfall in den
22 Nationalismus stellt sich die Frage des Friedens und der Bedingungen für ein gutes Leben.
23 Durch die globale Ungleichheit stellt sich die Frage nach fairer Verteilung des Wohlstandes
24 durch fairen Handel. Es sind große Fragen, aber sie sind nicht weit weg. Sie betreffen auch
25 unser Zusammenleben und unseren Alltag.
- 26 Wir haben es gemeinsam in der Hand, jetzt eine bessere Zukunft zu gestalten. Wir können so
27 wirtschaften, dass Luft und Wasser sauber bleiben, dass wir die Grundlagen unseres Lebens
28 auch für die kommenden Generationen erhalten. Eine Gesellschaft ist möglich, in der alle
29 Menschen am Wohlstand beteiligt sind, in der jede und jeder eine Chance bekommt, und
30 selbstbestimmt die eigenen Ziele verfolgt. Wir können unseren Teil dazu beitragen, dass
31 weltweit Fluchtursachen bekämpft werden und nicht die Flüchtenden. Globalisierung und
32 Digitalisierung sind keine Naturgewalten, die sich gegen den Menschen richten. Sie können
33 unser Leben besser machen, wenn wir den Rahmen setzen und die Regeln bestimmen.
- 34 Es wäre die Aufgabe der Großen Koalition gewesen, diese Herausforderungen anzugehen. Sie hat
35 es nicht getan. Die drei beteiligten Parteien CDU, CSU und SPD verfolgen längst nur noch
36 ihre eigenen Interessen. Während die Koalition erschöpft ist wachsen die Probleme. Statt den
37 Raubbau an der Umwelt zu stoppen, blockiert sie beim Klimaschutz, würgt die Energiewende ab
38 und verpasst die Chancen auf zukunftsfähige Jobs. Sie ruht sich auf der derzeit guten
39 Wirtschaftslage aus, statt sie für den sozialen Zusammenhalt und mehr Chancengleichheit zu

40 nutzen. Nach einem Jahr Willkommenskultur gibt sie zunehmend rechten Stimmungen nach. Auf
41 neue Bedrohung reagiert sie mit immer schärferen Gesetzen, anstatt mit kühlem Kopf gezielt
42 Probleme zu lösen. Mit ihrer Politik setzt sie eine gute Zukunft aufs Spiel.

43 Die Große Koalition lähmt unser Land und stärkt vor allem den rechten Rand im politischen
44 Spektrum unserer Gesellschaft. Frust wächst, die Stimmung wird aggressiv und der Ruf nach
45 einer harten Hand kommt selbst aus der Mitte der Gesellschaft. In Großbritannien hat solch
46 eine Stimmung das Land aus der EU herausgesprengt und in den USA einen gefährlichen
47 Narzissten an die Macht gebracht. Damit es bei uns nicht auch so weit kommt, braucht es
48 jetzt echte politische Alternativen und eine neue, positive Dynamik.

49 Es gibt guten Grund für Mut und Zuversicht. Millionen Bürgerinnen und Bürger haben in den
50 vergangenen Jahren geholfen, Menschen auf der Flucht Schutz und eine neue Heimat zu bieten.
51 Hunderttausende sind aufgestanden gegen eine neoliberale Handelspolitik, die Profite für
52 Großkonzerne über das Wohl der Menschen und der Umwelt stellt. Überall arbeiten
53 Unternehmer*innen und Tüftler*innen an einem besseren Morgen. Eltern rackern sich ab, um
54 ihren Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Diese Menschen sind unser Antrieb. Für
55 sie und mit ihnen wollen und können wir vieles zum Guten bewegen.

56 Wir wollen Deutschland wieder zum ökologischen Spitzenreiter machen. Wir sind die erste
57 Generation, die die Auswirkungen der Klimakrise spürt – und die letzte, die etwas dagegen
58 tun kann. Deswegen braucht es jetzt ein großes sozial-ökologisches Modernisierungsprojekt.
59 Mit allem was wir haben kämpfen wir für Klimaschutz: Wir machen die Energiewende wieder
60 flott, steigen aus der Kohle aus, fördern das abgasfreie Auto. Wir gestalten eine innovative
61 Wirtschaft, die mit "Öko – Made in Germany" Produkte und Dienstleistungen für die Zukunft
62 entwickelt und jede Menge neue Arbeitsplätze schafft. Wir machen Schluss mit industrieller
63 Massentierhaltung und landwirtschaftlichen Monokulturen. Mit uns gibt es gutes Essen ohne
64 Gift und Gentechnik.

65 Wir kämpfen für ein gerechteres Land. Wir wollen, dass jedes Kind die gleichen Chancen hat,
66 – gleich welcher Herkunft, welchen Geschlechts oder welcher Hautfarbe. Für uns kommt es
67 nicht darauf an wo jemand herkommt, sondern wo jemand hin will. Sicher werden nicht alle
68 Chefärztin oder Chefarzt, aber alle sollen es werden können. Auch ein Kind aus Aleppo soll
69 in unserem Land seinen Traum verwirklichen können, Architektin oder Lehrer zu werden. Wir
70 sorgen dafür, dass Eltern mehr Zeit für ihre Kinder haben, dass Schulen intakt sind und
71 Erzieherinnen und Erzieher besser bezahlt werden. Wir finden uns nicht damit ab, dass bei
72 uns, in einem der reichsten Länder der Erde, jedes fünfte Kind in Armut lebt.

73 Wir wollen ein Netz sozialer Sicherheit, das bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter
74 für alle da ist und das den Menschen auch die Zuversicht gibt, Neues zu wagen.

75 Wir kämpfen dafür, dass multinationale Unternehmen ihre Steuern hier zahlen und die
76 Gesellschaft nicht länger um Milliarden prellen, um ihren Vorständen obszöne Gehälter und
77 Abfindungen zu zahlen. Wir wollen, dass gesellschaftlicher Reichtum gerecht geteilt wird,
78 damit wir unsere öffentlichen Orte und Institutionen auch gut finanzieren können:
79 Kindergärten, Schulen und Hochschulen, Pflegeheime und Krankenhäuser, Straßenbahnen und
80 Busse genauso wie schnelles Internet überall im Land.

81 Wir streiten für eine Gesellschaft, in der alle frei leben können. Das ist eine
82 Gesellschaft, in der jeder Mensch glauben kann, was er will, und lieben kann, wen er will.
83 Eine Gesellschaft, in der Frauen für ihre Arbeit genauso gut bezahlt werden wie Männer, in
84 der wir uns vor Terrorismus, rechtsextremer Gewalt und Kriminalität schützen, ohne dabei
85 unsere Freiheit aufzugeben. Wir streiten dafür, dass Deutschland weiterhin Menschen, die auf
86 der Flucht vor Krieg und Gewalt sind, Schutz und Heimat bietet. Das Zusammenleben von
87 Menschen verschiedener Herkunft, Religion und Kultur bringt uns weiter, aber es verlangt

88 auch allen etwas ab. Deshalb stärken wir das Band, das unsere Gesellschaft eint und
89 zusammenhält. Das Grundgesetz und seine Werte gelten für alle. Keine Toleranz der
90 Intoleranz.

91 All das erreichen wir nur in einem vereinten Europa. Europa ist ein Ort des Friedens und der
92 Freiheit geworden. Das ist nicht selbstverständlich. Weil Europa unsere Heimat und unsere
93 Zukunft ist, werden wir es mit aller Kraft gegen Nationalismus verteidigen. Nur wenn wir in
94 einem starken Europa zusammenarbeiten, können wir helfen, die Konflikte in unserer
95 Nachbarschaft zu lösen, den Terrorismus bekämpfen und die Fluchtursachen in Afrika
96 vermindern. Wir wollen, dass sich Deutschland und Europa den Problemen der Welt zuwenden und
97 Verantwortung übernehmen, statt sich mit Grenzzäunen abzuschotten und die Rüstungsspirale zu
98 beschleunigen. Nur mit einem solidarischen Europa können wir Mensch und Umwelt besser
99 schützen. Und wenn wir Banken und Großkonzerne auf das Gemeinwohl verpflichten wollen, wenn
100 wir dem globalen Kapitalismus wirklich ökologische und soziale Zügel anlegen wollen, damit
101 die Wirtschaft den Menschen dienen kann, dann geht das nur mit einem starken Europa.

102 In elf Landesregierungen, in etlichen Kommunen arbeiten grüne Ministerinnen und Minister,
103 Landräte und Bürgermeisterinnen bereits an diesen drängenden Problemen. Dort machen wir uns
104 auf: für eine tier- und umweltfreundliche Agrarpolitik, für Klimaschutz, ob bei der
105 Energieversorgung oder beim Verkehr, für mutige, innovative Unternehmen, für gute Schulen
106 und eine starke Polizei. Grün wirkt.

107 Doch für viele Veränderungen braucht es auch im Bund eine Regierung mit uns Grünen. Wir
108 wollen die Große Koalition ablösen. In den Ländern stellen wir elf Umweltministerinnen und -
109 minister. Aber so wie es für den Atomausstieg einen Grünen Bundesumweltminister brauchte,
110 braucht es für die Agrarwende, wieder Grüne in der Bundesregierung. Unser Land ökologischer,
111 weltoffener, gerechter machen – das ist unser Anspruch an eine grüne Regierungsbeteiligung.
112 Dafür treten wir an!

113 Politik ist nicht machtlos. Sie verändert Wirklichkeit. Zukunft wird aus Mut gemacht. Jeden
114 Tag. Welche Entwicklung unser Land nimmt, liegt in unser aller Hand. Verteidigen wir unsere
115 Werte, leben wir sie gemeinsam! Wir werden manches ändern, anderes neu voran bringen. Helfen
116 Sie uns, zu erhalten, was in unserem Land wertvoll und wichtig ist und zu verbessern, was
117 besser werden muss.

118 Es gibt keine Abkürzungen zu einem besseren Morgen. Manchmal braucht es Umwege und
119 Kompromisse. Manchmal braucht es Widerstand und Kontroverse. Wir wissen auch nicht für alles
120 schon die Lösung. Die Ziele sind für uns jedoch klar. Wir beschreiben sie Ihnen mit diesem
121 Programm. Für andere Ziele gibt es andere Parteien.

122 Unsere Ziele weisen einen Weg in eine ökologische, friedliche, weltoffene und gerechte
123 Zukunft. In eine gute Zukunft für uns, unsere Kinder, unsere europäischen Nachbarn und für
124 Menschen anderswo in der Welt. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen! Stimmen Sie am 24.
125 September 2017 für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN!

UK-01 Umwelt im Kopf

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 08.03.2017

Umwelt im Kopf

1 Das Klimaabkommen von Paris ist ein Meilenstein für die Rettung unseres Planeten. Wir haben
2 das Wissen, die Technik und den Erfindergeist, um die Klimakatastrophe noch abzuwenden. Wir
3 stehen deshalb jetzt vor einer Entscheidung, die unser Leben und das Leben unserer Kinder
4 prägen wird. Kämpfen wir um den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen oder sägen wir
5 weiter an dem Ast, auf dem wir sitzen. Setzen wir auf dreckige Kohle wie Union und SPD oder
6 auf schmutziges Öl wie Trump und Putin? Oder brechen wir auf in ein neues, grünes Zeitalter?

7 Wir wollen anpacken: Denn Hochwasser, Dürren und das Ansteigen des Meeresspiegels sind keine
8 fernen Bedrohungen mehr. Sie finden statt. Täglich. Wenn wir jetzt nicht handeln, wird es
9 auf der Erde bis zum Ende des Jahrhunderts um etwa weitere vier Grad wärmer. Wir sind dabei,
10 mit unserer Art zu wirtschaften unsere Lebensräume zu zerstören – von den Regenwäldern über
11 unser Grundwasser und unsere Böden bis hin zu den Weltmeeren. Und wir verursachen ein neues
12 Artensterben, das unsere Umwelt ärmer und zerbrechlicher macht.

13 Die Folgen wären Hunger, Armut und Konflikte um knapper werdende Ressourcen. Die Kriege und
14 Fluchtbewegungen der vergangenen Jahre wären nur ein laues Lüftchen gegenüber dem Sturm, der
15 kommenden Generationen drohte. Uns geht es darum, zu verhindern, dass blinder
16 Wachstumsglaube und ungebremstes Profitstreben unseren einzigartigen Planeten zerstört. Wir
17 wollen dafür eine Wirtschaft, die mit der Umwelt statt gegen sie arbeitet, die nachhaltigen
18 Wohlstand für alle ermöglicht. Frieden, Sicherheit und ein gutes Leben für alle können wir
19 in Zukunft erreichen, wenn wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen, statt sie
20 weiter zu zerstören.

21 Wenn wir jetzt entschlossen handeln, ist das gleichzeitig auch eine große Chance und der
22 richtige Weg für unser Land in eine lebenswerte Zukunft, die Wohlstand und Sicherheit für
23 alle schafft.

24 Auf diesen Weg haben sich längst viele Menschen und Unternehmen gemacht. Und schon einiges
25 erreicht. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten Wälder geschützt, Abgase und
26 Schadstoffbelastungen reduziert und wertvolle Arten gerettet. Bürgerinnen und Bürger
27 schließen sich zusammen und erzeugen Strom durch Wind, Sonne und Wasser, Ingenieurinnen und
28 Ingenieure tüfteln an Elektrofahrrädern und E-Autos. Architektinnen und Bauarbeiter bauen
29 Häuser, die mehr Energie erzeugen, als sie verbrauchen. Es sind viele, die davon
30 profitieren: Hunderttausende, die ihr Geld mit Erneuerbaren Energien verdienen – vom
31 Stahlarbeiter bis zur Installateurin. Genauso ganze Wirtschaftszweige, die mit grünen Ideen
32 schwarze Zahlen schreiben und schon heute die Märkte von morgen erschließen.

33 Wir werden jetzt die nächsten Schritte der ökologischen Modernisierung gehen. Wir machen
34 eine Wirtschaftspolitik mit ehrgeizigen Zielen, die den Unternehmen zwar etwas zumutet, aber
35 gerade durch Innovationen neue Möglichkeiten eröffnet, Planungssicherheit schafft und neues
36 Wissen und neue Technologien fördert. Wir wollen einen fairen Wettbewerb, der die
37 Folgekosten umweltschädlichen Handelns nicht weiter der Allgemeinheit aufbürdet. Das
38 bedeutet: Die Unternehmen, die den Weg in die ökologische Erneuerung gehen, unterstützen
39 wir. Wir werden aber auch weiterhin mit den Lobbyverbänden und den Unternehmen den Konflikt
40 austragen, die ihre Geschäftsinteressen ohne Rücksicht auf die Umwelt verfolgen.

41 Wir werden unsere Wirtschaft, unseren Verkehr, sowie unsere Energie- und
42 Lebensmittelproduktion konsequent auf grünes Wirtschaften und grüne Technologien umstellen.
43 Mit einem konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien, dem Kohleausstieg und dem Umstieg
44 auf Elektromobilität. Mit dem Ausstieg aus der industriellen Massentierhaltung und der
45 Förderung einer menschen-, umwelt- und tiergerechten Landwirtschaft.

46 Klima- und Umweltpolitik sind auch eine Frage der Gerechtigkeit. Gerade diejenigen, die
47 wenig haben, leben in Vierteln mit hoher Luftverschmutzung oder großer Lärmbelastung. Global
48 sind es die Ärmsten, die von der Umweltzerstörung besonders betroffen sind – obwohl sie am
49 wenigsten dazu beitragen. Die Kleinbauern in Afrika, deren Land verdorrt, die Waisenkinder,
50 die auf hochgiftigen Deponien im Elektroschrott der Industrieländer wühlen. Dagegen tun wir
51 etwas: Wir recyceln unsere Rohstoffe, beenden die ruinösen Subventionen für den Export von
52 europäischen Lebensmitteln in alle Welt und stoppen die Überfischung vor Afrikas Küsten.

53 Wir sorgen dafür, dass es bei Umwelt- und Klimaschutz gerecht zugeht. Wo Jobs, zum Beispiel
54 in der Kohleindustrie, verloren gehen, kümmern wir uns schon heute um gute soziale
55 Absicherung und neue Jobperspektiven. Wo Preise endlich die ökologische Wahrheit sagen,
56 sorgen wir mit besseren Löhnen und angemessenen Sozialleistungen dafür, dass die Preise auch
57 von allen bezahlt werden können. Um eine lebenswerte Zukunft für unsere Kinder zu
58 ermöglichen, werden wir unsere Art zu leben und zu wirtschaften so verändern, dass wir die
59 ökologischen Grenzen unseres Planeten respektieren. Ökologische Politik bedeutet für uns
60 Gemeinwohlorientierung, Teilhabe und Verantwortung für kommende Generationen zu fördern. All
61 das ist es, was wir mit der sozial-ökologischen Transformation angehen wollen.

62 Der Schutz unserer Lebensgrundlagen ist unsere gemeinsame Herausforderung. Wir können das
63 schaffen. Dort wo das alte Denken nur den eigenen Besitzstand im Blick hat, sehen wir die
64 Chancen der ökologischen Modernisierung. Chancen auf sauberes Wasser und Luft, auf gesundes
65 Essen, auf unzerstörte Naturlandschaften, auf neue Jobs und Innovationen, auf ein gutes und
66 friedliches Leben auf unserem blauen Planeten.

UK-UN-01 Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

Wir erhalten unsere Natur

1 Der Mensch ist auf sauberes Wasser, gesunde Böden und gute Luft angewiesen. Nur dann können
2 alle frei, unbesorgt und gesund leben, können gestalten und genießen. Natur und Umwelt zu
3 schützen heißt, die Grundlagen unseres Lebens zu schützen. Doch wir Menschen setzen dies mit
4 unserer Art, zu wirtschaften und zu konsumieren, mehr und mehr aufs Spiel. Der
5 zukunftsvergessene Umgang mit der uns gegebenen Natur und ihren Schätzen fällt am Ende auf
6 uns selbst zurück. Das Quecksilber, das die Kohlekraftwerke in die Luft pusten, der
7 Plastikmüll, den wir in Flüssen und Meeren „entsorgen“, die Pestizide, mit denen wir unsere
8 Böden und Gewässer belasten – all das löst sich nicht einfach auf. Es gelangt in unser
9 Trinkwasser, in unsere Atemluft und in unser Essen. Es ist allerhöchste Zeit, das zu
10 beenden. In einigen Bereichen haben wir heute schon längst die Belastungsgrenze unseres
11 Planeten überschritten. Darum stellen wir Grünen die Umwelt und den Erhalt unserer
12 Lebensgrundlage in das Zentrum unserer Politik.

13 Wer die Umwelt schützt, kämpft für eine lebenswerte und gerechte Welt für alle. Wir Grünen
14 wollen unser Naturerbe, die biologische Vielfalt der Erde, bewahren. Wir wollen das
15 Verramschen unserer Umwelt beenden. Wir wollen saubere Flüsse und Seen, ohne Gülle,
16 Medikamentenrückstände und Mikroplastik. Wir wollen Felder und Wiesen, auf denen Insekten
17 und Vögel einen Lebensraum finden. Unser Ziel ist es, eine lebenswerte Welt auch für unsere
18 Kinder und die kommenden Generationen zu erhalten. Dafür streiten wir mit Leidenschaft.

Kein Leben ohne Wasser

20 Wasser ist die Wiege allen Lebens und unser Lebensmittel Nummer eins. Wir müssen es daher
21 vor Verschmutzung schützen. Dabei steht die Vorsorge an erster Stelle. Wir werden deshalb
22 ambitionierte Schutzstandards für unsere Gewässer festlegen. Die europäischen
23 Verpflichtungen, überall einen guten ökologischen Zustand der Gewässer zu erreichen, nehmen
24 wir ernst. Zusätzliche Risiken wollen wir ausschließen. Darum lehnen wir Fracking
25 nachdrücklich ab. Chemikalien in den Boden zu pressen und damit das Trinkwasser zu
26 gefährden, nur um so auch noch den letzten Rest Erdgas und Öl zu fördern, ist
27 unverantwortlich.

28 Diesen vorsorgenden Blick nehmen wir auch beim Hochwasserschutz ein. Wir beugen vor, indem
29 wir Bächen und Flüssen Raum lassen, sich wieder naturnah zu entwickeln. Wir verlegen Deiche
30 zurück und weisen Überschwemmungsgebiete aus. Das ist gut für den Hochwasserschutz und für
31 eine artenreiche Tier- und Pflanzenwelt, die in ausgedehnten Flussauen wichtige
32 Rückzugsräume findet. Um unser Grundwasser, unsere Flüsse und Seen vor giftigem Nitrat zu
33 schützen, werden wir die Güllefluten aus der industriellen Landwirtschaft eindämmen. Wir
34 wollen unser Wasser besser und wirksamer vor gefährlichen Schadstoffen, die auch Menschen
35 unfruchtbar machen können oder krebserregend sind, schützen. So können wir auch
36 Milliardenkosten bei der Reinigung des Trinkwassers einsparen.

37 Über die Flüsse gelangen Müll und Schadstoffe auch in die Meere, wo sie großen Schaden
38 anrichten. Medikamentenrückstände und Schwermetalle reichern sich in der Nahrungskette an.
39 Nitrat und Phosphat aus der Landwirtschaft befeuern die Algenblüte und schaffen Todeszonen

40 in den Meeren. Acht Millionen Tonnen Plastik landen jedes Jahr in unseren Ozeanen. Wir
41 akzeptieren nicht, dass die Meere ein Raum ohne Leben werden, in dem es mehr Plastik als
42 Fische gibt. Deshalb wollen wir auch mit Mikroplastik in Kosmetikprodukten Schluss machen.
43 Wir fördern umweltverträgliche Kunststoffe, die im Meer rückstandsfrei zerfallen.

44 Das Leben in den Meeren steht auch durch zweifelhafte Fischereipraktiken, wie dem Einsatz
45 von Grundschleppnetzen, und zu hohen Fischereiquoten massiv unter Druck. Nach wie vor
46 fischen europäische Trawler die Meere vor Afrikas Küsten leer und gefährden damit nicht nur
47 das Meeresökosystem, sie nehmen auch den Fischern vor Ort ihre Lebensgrundlage. Darum wollen
48 wir die Überkapazitäten der europäischen Fangflotte abbauen und alle Fischereiabkommen
49 ökologisch und sozial verträglich gestalten. Nutzungsfreie Meeresschutzgebiete sollen dafür
50 sorgen, dass sich das Ökosystem Meer erholen kann.

51 **Saubere Luft und gesunder Boden**

52 Jedes Jahr sterben weltweit zehntausende Menschen, weil Stickoxide und Feinstaub die Luft
53 verpesten und zu Lungen- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen führen. Auch wenn sich bei uns der
54 Himmel über den Städten nicht gelb einfärbt wie in vielen Städten Asiens, ist auch bei uns
55 der Kampf für saubere Luft längst noch nicht gewonnen. Jährliche Messungen zeigen, dass
56 vielerorts Grenzwerte bei Feinstaub und Stickoxiden überschritten werden. Hauptursache sind
57 Millionen von Dieselaautos, die infolge der Tricks und Manipulationen der Autoindustrie die
58 Grenzwerte im Alltagsbetrieb oft um ein Vielfaches überschreiten. Wir wollen, dass die
59 betroffenen Autos so schnell wie möglich auf Kosten der Hersteller nachgerüstet werden,
60 damit die Halter nicht die Leidtragenden von Fahrverboten sind, die die Bundesregierung mit
61 ihrer Untätigkeit zu verantworten hat. Zum Schutz der Menschen wollen wir eine blaue
62 Plakette einführen. Nur so kann es gelingen, die Luft in unseren Städten sauber zu bekommen.

63 Auch unsere Böden sind weltweit in Gefahr und brauchen dringend Schutz. Immer mehr
64 landwirtschaftliche und naturnahe Flächen in Deutschland werden zubetoniert. Die
65 Industrialisierung der Landwirtschaft überlastet unsere Böden mit Gülle und Pestiziden,
66 entwässert und verdichtet sie. So können sie ihre wichtige Funktion für einen
67 funktionierenden Naturhaushalt und als Kohlenstoffspeicher nicht erfüllen. Wir Grünen
68 wollen, dass künftig nicht mehr Flächen in Anspruch genommen werden, als an anderer Stelle
69 wieder freigelegt werden. So stoppen wir den Flächenfraß. Hektarweise liegen alte
70 Industrieflächen brach, die man noch nutzen kann. So ermöglichen wir wirtschaftliche
71 Entwicklung, ohne dabei grüne Wiesen einzuebnen.

72 **Wir schützen Pflanzen und Tiere**

73 Das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten, die Bedrohung der gesamten biologischen
74 Vielfalt, hat unabsehbare Konsequenzen für das ökologische Gleichgewicht der Erde. Der
75 Schutz der biologischen Vielfalt ist bei uns genauso wichtig wie in den tropischen
76 Regenwäldern oder in der Arktis. Jede dritte Art ist in Deutschland vom Aussterben bedroht.
77 Zu den Hauptgründen zählt die industrielle Landwirtschaft mit ihren Pestiziden und
78 Monokulturen. Heute kann man von Flensburg nach Freiburg fahren, ohne immer wieder die
79 Frontscheibe seines Autos von Insekten reinigen zu müssen. Das ist keine gute Nachricht.
80 Denn „Pflanzenschutz“ heißt in der industriellen Landwirtschaft heute vor allem
81 Insektenvernichtung. In den vergangenen Jahren hat die Zahl der fliegenden Insekten um 80
82 Prozent abgenommen. Damit wird die Nahrungskette schon zu Beginn durchtrennt: Findet die
83 Schwalbe keine Mücke, sind auch ihre Tage gezählt. So löschen wir die „Festplatte“ unserer
84 Natur jeden Tag ein Stück mehr und hinterlassen biologische Einöde statt blühender
85 Landschaften. Auch unsere Ernährung hängt von funktionierenden Ökosystemen ab: Ohne die
86 Bestäubungsleistung der Bienen sähen unsere Supermarktregale ganz schön leer aus.
87 Wir Grünen setzen dagegen auf konsequenten Natur- und Artenschutz. Damit erhalten wir nicht
88 nur die natürliche Vielfalt und Schönheit der Landschaft, eine intakte Natur leistet auch

89 unbezahlbare Dienste, zum Beispiel im Wasser-, Boden- und Luftschutz, und stellt wichtige
90 Grundstoffe für unzählige Produkte, etwa in der Chemie und Medizin, zur Verfügung.

91 Immer neue Gewerbegebiete, Straßen und Siedlungen planieren die Natur zu und zerstören die
92 letzten wilden Lebensräume für viele Tiere und Pflanzen. Wir Grünen wollen stattdessen
93 Wildnis zulassen und schützen Wälder, die sich wieder zu Urwäldern entwickeln. So wie in
94 Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, wo unsere Landesregierungen zwei neue Nationalparks
95 erkämpft haben. Natur hat für uns auch dann einen Wert, wenn dieser nicht in Euro und Cent
96 ausgedrückt werden kann. Die Praxis der Land-, Fischerei- und Forstwirtschaft soll sich
97 künftig am Schutz der biologischen Vielfalt ausrichten. Bei Eingriffen in die Natur werden
98 wir die Ausgleichsregelungen so gestalten, dass stets der größte Nutzen für die Natur und
99 den Naturschutz finanziert wird.

100 **Ressourcen schonen - Vom Müllberg zum Kreislauf**

101 Stetig steigt die Müllflut. Einige Hersteller gestalten ihre Produkte so, dass sie nicht
102 reparierbar sind. Damit schaden sie der Umwelt und den Verbraucherinnen und Verbrauchern.
103 Ökologisch vorteilhafte Pfandsysteme werden von Getränkeindustrie und -handel mit
104 Unterstützung der Bundesregierung gezielt unterlaufen. Wir Grünen wollen, dass unsere
105 Ressourcen geschützt werden. Mit einer Ressourcenabgabe für die Produzenten wollen wir eine
106 echte Kreislaufwirtschaft fördern. Alle, die Ressourcen nutzen, sollen für die Kosten des
107 Recyclings mitbezahlen. Auch heute noch wird Abfall nicht ausreichend in den Kreislauf
108 zurückgeführt. Mit einem Wertstoffgesetz, das anspruchsvolle Verwertungsquoten fest schreibt,
109 machen wir Haus- und Gewerbemüll zu einer Quelle für Neues. Wir wollen eine
110 Kreislaufwirtschaft, die mit neuen Produkten neue Märkte erschließt und neue Arbeitsplätze
111 schafft und zugleich unseren Rohstoffverbrauch entscheidend verringert.

112 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

113

114 **Für sauberes Wasser ohne Gift und Plastik**

115 Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Damit unsere Gewässer einen guten ökologischen
116 Zustand erreichen, richten wir das Düngerecht an ihrem Schutz aus. Wir zeigen dem unnötigen
117 Einsatz von Mikroplastik in Kosmetikprodukten die rote Karte und unterstützen die
118 Entwicklung umweltverträglicher Kunststoffe. Hersteller von problematischen Medikamenten,
119 Chemikalien und Pestiziden wollen wir mit in die Verantwortung nehmen, die Schäden zu
120 beseitigen.

121

122 **Aus Abfall Rohstoffe machen**

123 Um innerhalb der ökologischen Grenzen unserer Erde zu wirtschaften, sind weniger Abfall und
124 mehr Recycling entscheidend. Deshalb sagen wir: Schluss mit der Verschwendung! Wir werden
125 ein Wertstoffgesetz auf den Weg bringen, das der Wiederverwendung Vorrang einräumt und die
126 Müllverbrennung zu Dumpingpreisen in Kraft- und Zementwerken beendet. Mit einer
127 Ressourcenabgabe für die Produzenten werden wir eine Kreislaufwirtschaft fördern, die alle
128 Wertstoffe in den Blick nimmt und die Ressourcen schont.

129

130 **Artenvielfalt schützen**

131 Das große Artensterben ist neben der Klimakrise die zweite existentielle Bedrohung für
132 unsere globalen Ökosysteme und damit auch für uns Menschen. Wir wollen unsere Natur und
133 unseren Artenreichtum schützen. Dazu werden wir den Naturschutz übergreifend in allen

134 Politikbereichen verankern. Den Biotopverbund wollen wir bundesweit ausbauen und
135 Wildnisgebiete aus der Nutzung nehmen. Einer der größten Artenkiller ist die
136 industrialisierte Landwirtschaft, besonders der flächendeckende massive Einsatz von Gülle
137 und Pestiziden. Wir werden deshalb Sofortmaßnahmen ergreifen, um ihn möglichst schnell
138 einzudämmen.

139

UK-GL-01 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

1 Unser Ziel ist eine Landwirtschaft, die ohne Gift, Gentechnik und Tierquälerei gesundes
2 Essen für alle erzeugt. Eine Landwirtschaft, die die Leistungen unserer Landwirtinnen und
3 Landwirte würdigt und ihnen ein gutes Auskommen verschafft. Die unsere Versorgung mit
4 gesunden und bezahlbaren Lebensmitteln sichert. Die unserem Klima nützt, statt ihm zu
5 schaden. Die mit der Natur arbeitet und nicht gegen sie. Eine Landwirtschaft, die die Würde
6 unserer Mitgeschöpfe achtet und nicht Tiere durch Amputationen an die Industriehaltung
7 anpasst. Und die für faire Entwicklungschancen sorgt, damit afrikanische Kleinbäuerinnen und
8 Kleinbauer nicht mit hochsubventionierten europäischen Agrarfabriken konkurrieren müssen.

9 Viele Bäuerinnen und Bauern haben sich mit uns bereits auf den Weg gemacht zu einer
10 nachhaltigen Landwirtschaft. Doch leider sieht es auch oft noch anders aus: Industrielle
11 Massentierhaltung im Stall, Glyphosat und Bienengift in ausgedehnten Agrarwüsten ohne Baum
12 und Strauch – das alles ist nicht nachhaltig. Diese Art der Landwirtschaft vernichtet ihre
13 eigenen Grundlagen durch Monokulturen von Mais und Raps auf den Äckern und eine Beschränkung
14 auf wenige Hochleistungs-Tierrassen. Das ist weder gut für die Verbraucher*innen noch für
15 die Bäuer*innen, die in großer Zahl ihre Höfe aufgeben müssen. Damit gehen zum Teil
16 jahrhundertealte Traditionen verloren. Übrig bleiben industrielle Agrarfabriken. Eine solche
17 Landwirtschaft richtet unsere wertvollen Naturräume zu Grunde. Immer tödlichere Gifte auf
18 den Feldern sorgen dafür, dass Vögel inzwischen in jeder Großstadt mehr Nahrung finden als
19 auf dem Land. Deshalb stellt auch das Umweltbundesamt fest: Die industrielle Landwirtschaft
20 ist eine Sackgasse. Außer der Agroindustrie kennt sie nur Verlierer. Damit ist eine
21 bestimmte, industrielle Form der Landbewirtschaftung zum größten Naturkiller unserer Zeit
22 geworden.

23 Dabei leisten unsere Landwirtinnen und Landwirte viel. Sie arbeiten hart und versorgen uns
24 zuverlässig mit Lebensmitteln. Doch anders als es uns die Agrarindustrie glauben machen
25 will, gelingt das trotz und nicht wegen der vermeintlichen Innovationen aus Genlabor,
26 Giftschrank und Zuchtanstalten. All das spricht dafür, die Agrarwende so schnell wie möglich
27 durchzusetzen – immer mehr Landwirt*innen und Verbraucher*innen sind dabei auf unserer
28 Seite. In den Ländern zeigen wir, dass es zusammen geht. So unterstützt Niedersachsen auf
29 Initiative der Grünen die Bäuerinnen und Bauern finanziell, die ihren Schweinen nicht die
30 Ringelschwänze abschneiden. Und damit Milch-Bäuerinnen und Milch-Bauern wirtschaftlich
31 überleben können, kämpfen unsere Landwirtschaftsministerinnen und -minister in den Ländern
32 für einen fairen Milchpreis.

33 Der ökologische Landbau bleibt unser Leit- und Vorbild. Wir Grünen fördern den Ökolandbau
34 mit einer Milliarde Euro in den nächsten sieben Jahren. Aber auch für die konventionelle
35 Landwirtschaft gilt: Die landwirtschaftliche Produktion muss auf der gesamten Fläche
36 umweltverträglicher werden. Wir wollen bäuerlich wirtschaftende Betriebe schützen, die im
37 Einklang mit der Natur produzieren und unsere gewachsenen Kulturlandschaften- von den Knicks
38 in Schleswig-Holstein bis zur Almbewirtschaftung in Bayern- bewahren.

39 **Raus aus der industriellen Massentierhaltung**

40 Wir Grünen wollen die Art und Weise, wie wir unser Essen produzieren, verändern. Bei unserem
41 Einsatz für eine zukunftsfähige Landwirtschaft wissen wir uns unterstützt von vielen
42 Verbraucherinnen und Verbrauchern, die möglichst gut und gesund essen wollen. Sie verstehen
43 nicht, warum der Exportweltmeister Deutschland ausgerechnet bei der Versorgung mit
44 Biolebensmitteln auf Importe angewiesen ist. Und warum regionale Produkte in Supermärkten
45 Mangelware sind. Am schlimmsten ist die Entwicklung bei der industriellen Massentierhaltung
46 aus dem Ruder gelaufen. Zusammen mit der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wollen wir es
47 nicht akzeptieren, dass gequälte Geschöpfe zusammengepfercht vor sich hin vegetieren und
48 Schmerzen leiden müssen, ohne je die Sonne zu sehen. Wir wollen, dass die Tiere ein besseres
49 Leben haben: mehr Platz in den Ställen, Zugang zu frischer Luft und Tageslicht, kein
50 Kükenschreddern, keine Amputationen und Qualzuchten, tiergerechte Fütterung und deutlich
51 weniger Antibiotika. Wir wollen die industrielle Massentierhaltung in den nächsten 20 Jahren
52 beenden. Das fördern wir mit einem Pakt für faire Tierhaltung, damit sich tier- und
53 umweltgerechte Haltung auch wirtschaftlich rechnet. Die Gutachten - selbst die der
54 Bundesregierung - zeigen: Man kann schon mit wenigen Cents beim Fleischpreis dafür sorgen,
55 dass Tiere weniger leiden müssen und Verbraucherinnen und Verbraucher besseres Fleisch auf
56 den Tisch bekommen.

57 **Für eine Landwirtschaft ohne Gift**

58 Der flächendeckende massive Einsatz von Pestiziden hat verheerende Folgen für den
59 Artenreichtum und den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit. Doch statt die zahlreichen Warnungen
60 aus Forschung und Wissenschaft ernst zu nehmen, verschließt die Große Koalition beide Augen
61 und kämpft kräftig für die chemische Keule auf den Äckern. Wir Grünen wollen eine
62 Lebensmittelproduktion, an der die Bäuerinnen und Bauern verdienen und nicht die chemische
63 Industrie. Darum beenden wir den Einsatz von besonders schädlichen und
64 gesundheitsgefährdenden Stoffen wie Glyphosat und Neonicotinoiden. Wir legen ein Programm
65 auf, das den Pestizideinsatz eindämmt und eine Pestizidabgabe enthält. Wir stärken die
66 Forschung für den nicht chemischen Pflanzenschutz, zum Beispieldurch robuste Sorten,
67 vielseitige Fruchtfolgen und die Förderung von Nützlingen. Die Zulassung neuer chemischer
68 Wirkstoffe in der EU wollen wir einschränken und aus dem Einflussbereich der Hersteller
69 herausholen. Nur was wirklich unbedenklich ist, darf auf den Markt gelangen.

70 Ein solcher Nachweis wird für gentechnisch veränderte Organismen jedoch bis heute nicht
71 erbracht. Gen-Food braucht kein Mensch. Wir halten an unserem Standpunkt fest: Pflanzen aus
72 den Laboren der Agroindustrie haben auf unseren Äckern in Deutschland und Europa nichts
73 verloren. Dabei ist es egal, ob sie mit Verfahren der „alten“ oder der „neuen“ Gentechnik
74 geschaffen wurden. Wir werden ein Gentechnikgesetz auflegen, das unsere Äcker und unsere
75 Teller garantiert gentechnikfrei macht. Und wir setzen uns dafür ein, dass die
76 Verbraucherinnen und Verbraucher dank einer umfassenden Kennzeichnung auch erkennen können,
77 wenn ihr Fleisch, ihre Milch oder ihre Eier mit Hilfe von Gen-Futtermittel produziert
78 wurden.

79 **Klare Kennzeichnung**

80 Unsere wichtigsten Verbündeten auf dem Weg zu einer nachhaltigen Landwirtschaft sind die
81 Verbraucherinnen und Verbraucher. Doch die Lebensmittelindustrie macht es ihnen schwer, eine
82 bewusste Kaufentscheidung zu treffen. Wir Grünen wollen, dass die Lebensmittelverpackung
83 sagt, was in ihr steckt. Darum werden wir eine eindeutige Kennzeichnung von Fleisch
84 einführen, die deutlich macht, wie die Tiere gehalten wurden - so wie bei der Kennzeichnung
85 von Eiern. Und wir führen die Kennzeichnung auch für verarbeitete Produkte ein. Dann können
86 Konsument*innen beim Einkaufen Tierquäl*innen die rote Karte zeigen. (à Kapitel: Wir
87 machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark)

88 **Mehr Geld für grüne Landwirtschaft**

89 Wir Grünen wissen: eine tier- und umweltfreundliche Landwirtschaft ist nicht umsonst zu
90 haben. Der Umbau kostet Geld. Wir wollen mit den Bäuerinnen und Bauern zusammenarbeiten, die
91 sich mit uns auf den Weg machen. Wir wollen, dass sie wieder von ihrer Arbeit leben können.
92 Die notwendigen Gelder mobilisieren wir durch eine Umschichtung der europäischen
93 Agrarmittel. Bislang wird nur der Besitz von Flächen belohnt, unabhängig davon, wie sie
94 bewirtschaftet werden. Allein in Deutschland werden jedes Jahr mehr als sechs Milliarden
95 Euro aus diesem Topf verteilt. Doch 20 Prozent der Betriebe erhalten 80 Prozent der Mittel.
96 Verantwortlich hierfür ist die verantwortungslose Agrarpolitik der Großen Koalition, die
97 nicht für das Gemeinwohl arbeitet, sondern der Agrarindustrie-Lobby hörig ist.

98 Wir wollen für die Agrarförderung das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“
99 durchsetzen. Unser Ziel ist eine europäische Agrarpolitik, die bei Lebensmitteln Klasse
100 statt Masse fördert. Die dafür sorgt, dass es den Tieren in den Ställen besser geht. Die die
101 Artenvielfalt erhält und Klima, Wasser und Boden schützt. Wir wollen bäuerliche, ökologische
102 Wirtschaftsweisen unterstützen - und nicht die industrielle Landwirtschaft. Die europäische
103 Agrarpolitik darf nicht mehr zu Lasten anderer gehen. Wir wollen das Recht auf Nahrung und
104 Ernährungssouveränität weltweit sichern.

105 **Tierschutz stärken**

106 Auch außerhalb der Landwirtschaft wollen wir den Tierschutz stärken. Tiere empfinden
107 Schmerzen, Leid und Angst. Deshalb kämpfen wir Grünen dafür, Tiere um ihrer selbst willen
108 und aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Lebewesen zu schützen. Das
109 Staatsziel Tierschutz, das wir nach langem Kampf erreicht haben, muss endlich mit Leben
110 gefüllt werden. Deshalb wollen wir das Tierschutzgesetz gründlich überarbeiten. Für mehr
111 Tierschutz gibt es einen breiten gesellschaftlichen Konsens, den die Bundesregierung dreist
112 ignoriert.

113 Eine Mehrheit der Menschen in unserem Land will wie wir keine Pelzfarmen dulden und das Leid
114 von Wildtieren im Zirkus und von Delfinen in Gefangenschaft beenden. Wir Grünen wollen so
115 schnell wie möglich aus den quälischen Tierversuchen aussteigen. Dafür wollen wir
116 Alternativmethoden und tierfreie Testverfahren stärken. Die wichtige Arbeit der Tierheime
117 soll endlich entsprechend finanziert werden. Aus Tier- und Artenschutzgründen wollen wir den
118 Handel mit exotischen Tieren besser regulieren. Illegaler Tierhandel muss wirksamer
119 unterbunden werden. Um den Tierschutz effektiver durchsetzen zu können, werden wir ein
120 bundesweites Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen schaffen.

121 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

122

123 **Kein Gift in der Landwirtschaft**

124 Wir wollen eine giftfreie Landwirtschaft und gesunde Lebensmittel auf unseren Tellern. Eine
125 Landwirtschaft, die ohne Glyphosat und Bienengift arbeitet. Denn Glyphosat ist der größte
126 Killer der Artenvielfalt im ländlichen Raum. Neonicotinoide verursachen massenhaftes
127 Bienensterben. Darum werden wir sie verbieten. Für alle anderen Stoffe ändern wir das
128 Zulassungsverfahren so, dass wirklich nur für Mensch und Natur unbedenkliche Stoffe
129 eingesetzt werden.

130

131 **Ausstieg aus der Massentierhaltung**

132 Tiere brauchen mehr Platz für Auslauf, Rückzug und zum Ausleben art eigener Verhaltensweisen.
133 Wir beenden die Qualzucht auf Kosten der Tiergesundheit und den Missbrauch von Antibiotika.
134 Lebendtransporte begrenzen wir auf ein Minimum. Gemeinsam mit den Bäuerinnen und Bauern

135 wollen wir den Strukturwandel zu einer Landwirtschaft schaffen, die besser mit Tieren
136 umgeht. Wir wollen sämtliche - auch verarbeitete - Tierprodukte verlässlich kennzeichnen,
137 damit Verbraucherinnen und Verbraucher beim Einkauf bewusst entscheiden können.

138

139 **Alternativen zu Tierversuchen fördern**

140 Jedes Jahr werden Millionen Tiere in Tierversuchen regelrecht verbraucht. Dabei sind Mensch
141 und Tier so verschieden, dass auf diesem Wege gewonnene Erkenntnisse nur bedingt auf den
142 Menschen übertragbar sind. Nützliche Substanzen kommen nicht zur Anwendung wenn sie im
143 Tierversuch versagt haben. Tierversuche sind daher ein ethisches Problem, und auch ein
144 wissenschaftliches. Wir wollen das Tierschutzrecht stärken und zügig Alternativen zu
145 Tierversuchen, wie zum Beispiel Organchips, bei denen der menschliche Organismus im
146 Kleinstmaßstab simuliert wird, voranbringen.

147

UK-GL-02 Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller*in: Bodenseekreis KV

Beschlussdatum: 26.04.2017

Wir haben viel erreicht. Und wollen noch mehr gute Lebensmittel

1 Wir haben viel erreicht. Und wollen noch mehr gute Lebensmittel

2 Unser Ziel: Gutes Essen aus einer intakten Landschaft, zu fairen Bedingungen

3 Unser Ziel ist eine Landwirtschaft die ohne Gentechnik, mit deutlich weniger Chemie und
4 einer artgerechten Tierhaltung gesundes Essen für alle erzeugt. Eine Landwirtschaft, die die
5 Leistungen unserer Landwirtinnen und Landwirte würdigt und ihnen ein gutes Auskommen
6 verschafft. Die unsere Versorgung mit gesunden und bezahlbaren Lebensmitteln sichert. Die
7 unserem Klima nützt, statt ihm zu schaden. Die mit der Natur arbeitet und nicht gegen sie.
8 Eine Landwirtschaft, die die Würde unserer Mitgeschöpfe achtet und nicht Tiere durch
9 Amputationen an die Industriehaltung anpasst. Und die für faire Entwicklungschancen sorgt,
10 damit afrikanische Kleinbäuerinnen und Kleinbauer nicht mit hochsubventionierten
11 europäischen Agrarfabriken konkurrieren müssen.

12 Unser Weg: Mit der bäuerlichen Landwirtschaft Kulturlandschaft und Umwelt erhalten

13 Was wir als Natur kennen und schätzen, ist längst Kulturlandschaft, geprägt durch
14 Jahrhunderte alte bäuerliche Traditionen. Heute müssen wir feststellen: Immer weniger
15 Menschen wollen die Höfe übernehmen, selbst gut ausgebildete Kinder von Landwirten weichen
16 der Hofübernahme aus. Aber ohne die Arbeit von Bäuerinnen und Bauern gibt es weder gute
17 Lebensmittel noch eine lebens- und liebenswerte Kulturlandschaft.

18 Wir wissen, dass wir die vor uns liegenden Herausforderungen nur mit den Bauern lösen
19 können, - oder gar nicht. Gemeinsam mit Ihnen muss es uns gelingen, höhere Preise für
20 bessere Qualität beim Verbraucher durchzusetzen. Und wir müssen die Rahmenbedingungen so
21 verändern, dass die hohen Qualitätsanforderungen, die wir an die Landwirte im Lande stellen,
22 nicht durch niedrigere Qualitätsanforderungen von Importen unterlaufen werden.

23 Unsere Zwischenbilanz: Öko ist die neue Orientierung

24 **Du bist, was Du isst.** Landwirtschaft und Lebensmittel spielen im Alltag der Deutschen heute
25 eine immer wichtigere Rolle. Wir können feststellen: Geiz ist bei Lebensmitteln nicht mehr
26 geil. Immer mehr Menschen entdecken, wie wichtig gesunde und nachhaltig hergestellte
27 Lebensmittel für ihr alltägliches Wohlbefinden sind. Und für viele Menschen bedeuten
28 regional hergestellte Lebensmittel inzwischen Heimat.

29 **Unser Dank gehört vor allem den Ökobäuer*innen**, die als Pioniere für bessere Lebensmittel
30 erst verlacht, dann verleugnet wurden. Knapp 9 % aller Betriebe mit einem Flächenanteil von
31 6,4% in Deutschland (Stand 2015) sind inzwischen Öko-Betriebe. Sie produzieren nachhaltig
32 gute Lebensmittel. Sie erhalten eine vielfältige Kulturlandschaft. Sie halten die
33 Umweltbelastungen gering. Und sie haben auch ökonomisch gezeigt, dass sich Ökolandbau lohnen
34 kann.

35 **Der Trend zur Qualität hat vor dem Lebensmitteleinzelhandel nicht Halt gemacht. Neben einem**
36 **etablierten Biohandel haben** starke Bio-Supermärkte und Bio-Sortimente im herkömmlichen
37 Lebensmitteleinzelhandel den Ball aufgenommen und bieten ein wachsendes Angebot ökologisch

38 und nachhaltig erzeugter Lebensmittel, - das von den Verbraucher*innen auch rege nachgefragt
39 wird.

40 **Zurecht haben die Bürger*innen Bündnis 90/DIE GRÜNEN ihr Vertrauen geschenkt.** Mit der
41 Berufung der ersten Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
42 2001 haben die Grünen die Landwirtschaftspolitik neu ausgerichtet. In sieben Bundesländern,
43 darunter den "Intensivhaltungsländern" Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-
44 Holstein, tragen grüne Minister*innen inzwischen die Verantwortung für die
45 Landwirtschaftspolitik. Mit regionalen Förderprogrammen haben sie die nachhaltige,
46 bäuerliche Landwirtschaft gefördert. Der Mut zur unideologischen, wenn notwendig, harten
47 Debatte hat den grünen Landwirtschaftsminister*innen inzwischen große Anerkennung gebracht.

48 **Die Legehennen zeigen, wo es langgeht.** Wir haben nicht nur in Öko gedacht. Mit der
49 Legehennenverordnung haben wir 2002 die Weichen neu stellen. Fast 85% wurden damals in
50 Käfigen gehalten, der Anteil ist 2016 auf 10,1% gesunken. Dank einer klaren Kennzeichnung, 3
51 für gesetzliche Vorgaben, 2 für Bodenhaltung, 1 für Freilandhaltung und 0 für Ökoanbau, weiß
52 der Verbraucher, was er kauft. Das zahlt sich aus. 2016 entscheiden sich rund 63% für Eier
53 aus Bodenhaltung, 17 % für Freilandhaltung und 10 Prozent für Öko-Eier.

54 **Für eine bundes- und europaweite Agrarwende: Eine*n grüne*n Landwirtschaftsminister*in.** Denn
55 wichtige Fragen sind weiter ungelöst. Der Nitratgehalt im Grundwasser steigt weiter, die
56 weltweite Verwendung von Glyphosat und anderen chemischen Wirkstoffen führt zu neuen
57 Resistenzen, weiteren Artensterben. Massentierhaltung und weitere Intensivierung prägen noch
58 immer das landwirtschaftspolitische Denken. In Brüssel werden mit den Verhandlungen über
59 eine Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) 2020 der europäischen Union wichtige Entscheidungen
60 getroffen. Und viele Hungersnöte in Afrika haben mit den Agrar-Exporten aus der Europäischen
61 Union zu tun.

62 Das wollen wir mit unserer Landwirtschaftspolitik in der nächsten Legislaturperiode
63 erreichen:

64 **Den Pakt für faire Tierhaltung umsetzen**

65 Mit dem Pakt für faire Tierhaltung hat die grüne Bundestagsfraktion ein Konzept für eine
66 bessere Tierhaltung vorgelegt. Wir wollen damit erreichen, dass es den Tieren nachhaltig
67 besser geht, die Umwelt geschont wird, dass sich tiergerechte Haltung für Bäuerinnen und
68 Bauern lohnt und dass Tierschutz für alle beim Einkaufen gut erkennbar und bezahlbar ist.

69 Eine klare, vierstufige Kennzeichnung für Fleisch und verarbeitete Produkte aus der
70 Tierhaltung nach dem Prinzip der Eierkennzeichnung gibt dem Verbraucher die Chance, sich für
71 Qualität zu entscheiden, - und schafft für Landwirte berechenbare Märkte.

72 Ergänzend dazu definieren wir gesetzliche Haltungsbedingungen, die den Bedürfnissen der
73 Tiere angemessen sind. Wir fördern die Züchtung gesunder und robuster Nutztierassen und
74 fördern Investitionen in Ställe und Tierhaltung, um bessere Haltungsstandards zu erreichen.

75 Damit entfachen wir einen Qualitätswettbewerb, der sich für Bäuerinnen und Bauern und
76 Verbraucher auszahlt.

77 **Naturverträgliche Landwirtschaft zum "Best Practice"-Modell machen**

78 Wir wissen: Die Veränderung von Verbraucherverhalten und eine Umstellung der bäuerlichen
79 Produktionsweise ist ein Prozess, der sich über viele Jahre hinziehen wird und die
80 Anstrengungen von Landwirten, Verbrauchern und Politik bedarf.

81 In den vergangenen 12 Jahren haben die grünen Landwirtschaftsminister bessere Bedingungen in
82 ihren Bundesländern schaffen können. Jetzt ist es an der Zeit, diese Entwicklung auf

83 Bundesebene, und über eine grüne Verantwortung in der Landwirtschaftspolitik auf
84 Bundesebene, auch europäisch umzusetzen.

85 **Die europäische Agrarpolitik umbauen!**

86 Heute erhalten rund 20% der Agrarbetriebe, zumeist industrielle Großbetriebe, 80% der 6 Mrd.
87 € EU-Agrarsubventionen, die in Deutschland ausgeschüttet werden. Unsere Ziele sind klar: Wir
88 wollen eine europäische Agrarpolitik, die die Leistung der Landwirt*innen für gute
89 Lebensmittel und für eine vielfältige und ökologisch vielfältige Kulturlandschaft honoriert.
90 Wir wollen politischen Rahmenbedingungen für eine Landwirtschaft, die die unterschiedliche
91 Beschaffenheit der Anbauflächen berücksichtigt, den Erhalt der ländlichen Räume ebenso
92 ermöglicht wie eine ökonomisch und ökologisch ertragreiche bäuerliche Landwirtschaft. In der
93 kommenden Legislaturperiode werden die Spielregeln für EU-Agrarpolitik neu ausgehandelt.
94 Deswegen wollen wir in Regierungsverantwortung erreichen, dass in Europa künftig Qualität
95 statt Quantität gefördert wird.

96 Wir orientieren uns dabei an dem Papier "Für eine gesellschaftlich unterstützte
97 Landwirtschaftspolitik", die die Verbände aus Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft,
98 Entwicklungspolitik, Verbraucherschutz und Tierschutz vorgelegt haben.

99 **Alternativen zum Pestizideinsatz entwickeln, den Einsatz von Pestiziden reduzieren und** 100 **Genfood verhindern**

101 Unser Ziel für die kommende Legislaturperiode:

102 Wir legen ein Programm auf, das den Pestizideinsatz eindämmt. Wir stärken die Forschung für
103 den nicht chemischen Pflanzenschutz, zum Beispiel durch robuste Sorten, vielseitige
104 Fruchtfolgen und die Förderung von Nützlingen.

105 Gen-Food braucht kein Mensch, Biopatentierung lehnen wir ab. Wir halten an unserem
106 Standpunkt fest: Pflanzen aus den Laboren der Agrarindustrie haben auf unseren Äckern in
107 Deutschland und Europa nichts verloren. Dabei ist es egal, ob sie mit Verfahren der „alten“
108 oder der „neuen“ Gentechnik geschaffen wurden. Wir werden ein Gentechnikgesetz auflegen, das
109 unsere Äcker und unsere Teller garantiert gentechnikfrei macht. Und wir setzen uns dafür
110 ein, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher dank einer umfassenden Kennzeichnung auch
111 erkennen können, wenn ihr Fleisch, ihre Milch oder ihre Eier mit Hilfe von Gen-Futtermittel
112 produziert wurden.

113 **Durch bessere und stufenförmige Kennzeichnungen unterschiedliche Qualitäten für** 114 **Verbraucher*innen sichtbar machen**

115 Politik kann Rahmenbedingungen setzen und Anreize geben. Entscheiden müssen die Verbraucher.
116 Wir Grünen wollen, dass die Verbraucher*innen mit dem Einkaufswagen tagtäglich entscheiden
117 können. Dazu wollen wir unterschiedliche Qualitäten von Lebensmitteln sichtbar machen. Darum
118 werden wir als nächstes eine eindeutige Kennzeichnung von Fleisch einführen, die deutlich
119 macht, wie die Tiere gehalten wurden - vier eindeutig wahrnehmbare Qualitätsstufen, so wie
120 bei der Kennzeichnung von Eiern: 3 für gesetzliche Standards, 2 für verbesserte
121 Stallhaltung, 1 für Freilaufställe und 0 für Fleisch aus ökologisch geführten Betrieben. Und
122 wir führen die Kennzeichnung auch für verarbeitete Produkte ein.

123 **Alternativen zu Tierversuchen fördern**

124 Das Staatsziel Tierschutz, das wir nach langem Kampf erreicht haben, muss endlich mit Leben
125 gefüllt werden. Deshalb wollen wir das Tierschutzgesetz gründlich überarbeiten. Für mehr
126 Tierschutz gibt es einen breiten gesellschaftlichen Konsens, den die Bundesregierung bisher
127 ignoriert.

128 Mit einem breiten Forschungsprogramm zu Tierversuchen wollen wir die Grundlagen dafür legen,
129 dass künftig darauf verzichtet werden kann.

130 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

131 **Den Pakt für faire Tierhaltung umsetzen**

132 Wir setzen klare Kennzeichnung von Fleisch und verarbeiteten tierischen Produkten (Ei, Wurst
133 etc.) durch. Wir wollen unseren "Pakt für faire Tierhaltung" in dieser Legislaturperiode
134 umsetzen. Tiere brauchen mehr Platz für Auslauf, Rückzug und zum Ausleben art eigener
135 Verhaltensweisen. Das Tierwohl muss künftig wieder in den Mittelpunkt und wir beenden den
136 Missbrauch von Antibiotika. Lebendtransporte begrenzen wir auf ein Minimum. Gemeinsam mit
137 den Bäuerinnen und Bauern wollen wir den Strukturwandel zu einer Landwirtschaft schaffen,
138 die besser mit Tieren umgehen kann.

139 **Die Rahmenbedingungen für eine naturverträgliche Landwirtschaft in der EU verbessern**

140 Wir wollen die Rahmenbedingungen für bessere Lebensmittel in einer besseren Umwelt
141 europaweit verbessern. Dafür werden wir uns bei den Verhandlungen über die Spielregeln für
142 EU-Agrarpolitik einsetzen.

143 Wir werden ein bundesweites Sikkationsverbot für Glyphosat durchsetzen [1] und wollen das
144 auch für ganz Europa erreichen. Wir werden naturverträgliche landwirtschaftliche
145 Produktionsmethoden fördern. Wir werden klare Rahmenbedingungen schaffen, die
146 Planungssicherheit für Landwirtschaft und Handel geben. Unseren Pakt für Tierhaltung werden
147 wir zum Modell für Europa machen.

148 **Alternativen zu Tierversuchen fördern**

149 Jedes Jahr werden Millionen Tiere in Tierversuchen regelrecht verbraucht. Dabei sind Mensch
150 und Tier so verschieden, dass auf diesem Wege gewonnene Erkenntnisse nur bedingt auf den
151 Menschen übertragbar sind. Nützliche Substanzen kommen nicht zur Anwendung, wenn sie im
152 Tierversuch versagt haben. Tierversuche sind daher ein ethisches Problem, und auch ein
153 wissenschaftliches. Wir wollen das Tierschutzrecht stärken und zügig Alternativen zu
154 Tierversuchen, wie zum Beispiel Organchips, bei denen der menschliche Organismus im
155 Kleinstmaßstab simuliert wird, voranbringen.

Begründung

Die Grünen haben in der Landwirtschaftspolitik bereits viel erreicht. Das sollten wir in unserem Antrag sichtbar machen. Eine bessere, weil nachhaltige Landwirtschaftspolitik bedarf der Einbeziehung der Verbraucher als Nachfrager hochwertiger Lebensmittel. Und der bäuerlichen Landwirtschaft, die diese Lebensmittel, ob konventionell oder ökologisch anbauen. Die Sprache und die Haltung des Antrags sollte zeigen, dass sich unsere Politik an die gesamte bäuerliche Landwirtschaft richtet und ihnen ein Angebot machen will. Das leistet der ursprüngliche Textentwurf nicht.

UK-KS-01 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 08.03.2017

Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

1 Die vom Menschen verursachte Klimakrise wird zur Klimakatastrophe, wenn wir den Ausstoß von
2 Treibhausgasen nicht drastisch reduzieren. Schon heute nehmen weltweit extreme
3 Wetterereignisse wie Stürme, Hitze und Dürren stark zu. Der Meeresspiegel steigt an,
4 Gletscher schmelzen ab und an vielen Orten werden Wassermangel und Trockenheit immer
5 dramatischer. Das Meereis in der Arktis und Antarktis schwindet rasant, die Permafrostböden
6 von Kanada bis Sibirien tauen immer schneller auf. Wenn wir diese Entwicklung nicht stoppen,
7 könnten bis 2050 nach Zahlen des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen bis zu 250
8 Millionen Menschen gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen. Auch hierzulande spüren wir
9 schon Veränderungen wie häufigen Hagel, Starkregen, Stürme und eine sich verändernde Tier-
10 und Pflanzenwelt. Das Umweltbundesamt warnt vor extremer Trockenheit und Hitze, vor
11 Überflutungen an Flüssen und der Küsten.

12 Zum Glück haben fast alle Staaten der Erde die Notwendigkeit des Klimaschutzes erkannt. Das
13 Klimaabkommen von Paris 2015 war ein großes Hoffnungszeichen. Die Welt will umsteuern und
14 die Erderhitzung auf deutlich unter zwei Grad, möglichst 1,5 Grad, begrenzen. Das schnelle
15 Inkrafttreten der Vereinbarung macht Mut. Jetzt muss es umgesetzt werden, dennoch kann die
16 Weltgemeinschaft umsteuern. Während Trump das Klimaabkommen in Frage stellt, wollen wir
17 Deutschland und Europa wieder zum globalen Vorreiter in Sachen Klimaschutz machen.

18 Leider riskieren CDU/CSU und SPD beim Klimaschutz weiterhin die Zukunft unserer Kinder und
19 die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft. Angela Merkel und Martin Schulz halten an der
20 klimaschädlichen Kohle von gestern fest. Landwirtschaft und Verkehr stoßen immer mehr
21 Treibhausgase aus, die energetische Sanierung von Gebäuden kommt nicht voran. Wir wollen in
22 die klimaneutrale Zukunft gehen und unsere Wirtschaft ökologisch modernisieren. Dafür werden
23 wir aus der Kohle aussteigen, die Erneuerbaren Energien weiter ausbauen, zusätzliche Mittel
24 für die energetische Gebäudesanierung bereitstellen, Energieeffizienz und Elektromobilität
25 fördern und die Landwirtschaft umwelt- und klimaverträglich machen. So sichern wir durch
26 zukunftsfähiges Wirtschaften Arbeitsplätze und gesellschaftlichen Wohlstand.

27 Klimaabkommen von Paris jetzt umsetzen

28 Wir Grünen wollen das Abkommen von Paris mit Leben füllen. Das zentrale Instrument dazu ist
29 ein bundesweites Klimaschutzgesetz, so wie wir Grünen es auf Landesebene zuerst in NRW und
30 dann in zahlreichen weiteren Bundesländern bereits eingeführt haben. Damit beschreiben wir
31 den Klimaschutzpfad bis 2050 und setzen verbindliche und planbare Ziele. Neben Industrie und
32 Energiewirtschaft müssen auch der Verkehr, die Landwirtschaft und der Gebäudesektor ihren
33 Beitrag leisten. Sie sind es, die gegen den Trend steigende Emissionen zu verzeichnen haben.
34 Werden die Ziele nicht erreicht, muss die Politik nachsteuern. Nur so gelingt es, auf dem
35 Modernisierungspfad zu bleiben.

36 Dem CO₂-Ausstoß von Unternehmen wollen wir endlich einen Preis geben, der die ökologische
37 Wahrheit sagt. Derzeit kommt viel zu gut weg, wer die Atmosphäre aufheizt, denn CO₂-
38 Zertifikate sind viel zu billig. Der EU-Emissionshandel muss reformiert werden, damit der
39 Ausstoß von Klimagasen wieder echtes Geld kostet. Hierfür müssen überschüssige CO₂-
40 Zertifikate dauerhaft gelöscht und die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten beendet werden.

41 Durch einen gesetzlichen CO₂-Mindestpreis sorgen wir dafür, dass Klimaschutzinvestitionen
42 sich betriebswirtschaftlich lohnen und planbar werden. Und aus diesen Einnahmen finanzieren
43 wir weitere Klimaschutzmaßnahmen, zum Beispiel die Umstellung auf kohlenstoffarme
44 Industrieprozesse und stellen zusätzliche Mittel für die sozialverträgliche, energetische
45 Gebäudemodernisierung bereit. Neben den nationalen Klimazielen müssen auch die europäischen
46 Ziele an die Vereinbarungen von Paris zur Rettung des Klimas angepasst werden. Für alle 27
47 Staaten der EU muss bis 2050 eine CO₂-Reduktion von mindestens 95 Prozent gegenüber 1990
48 verpflichtend sein.

49 **Kohleausstieg jetzt einleiten!**

50 Ohne einen zügigen Kohleausstieg sind all diese Mühen umsonst. 80 Prozent aller fossilen
51 Brennstoffe müssen im Boden bleiben, wenn „Klimaschutz“ mehr als eine Worthülse sein soll.
52 Wir Grünen wollen in den nächsten vier Jahren unsere volle Energie dafür einsetzen, den
53 Kohleausstieg unumkehrbar einzuleiten. Weil Treibhausgase sich in der Erdatmosphäre
54 anreichern, ist es für das Klima entscheidend, dass unverzüglich der Ausstoß des
55 klimaschädigenden CO₂ reduziert wird; weniger entscheidend ist, wann exakt das allerletzte
56 Kohlekraftwerk vom Netz geht. Um das international zugesagte deutsche Klimaziel für das Jahr
57 2020 überhaupt noch schaffen zu können, werden wir unverzüglich die 20 dreckigsten
58 Kohlekraftwerke vom Netz nehmen und den CO₂-Ausstoß der verbleibenden Kohlekraftwerke analog
59 zu den Klimazielen deckeln. Hierfür haben wir einen Kohleausstiegsfahrplan vorgelegt, mit
60 dem wir das Ende des Kohlezeitalters in Deutschland planungssicher und unumkehrbar gestalten
61 und schrittweise die restlichen Kohlekraftwerke innerhalb der nächsten 20 Jahre abschalten.
62 Mit einem Strukturwandelfonds schaffen wir einen sozialverträglichen Ausstieg und neue,
63 zukunftsfähige Arbeitsplätze.

64 Den Aufschluss neuer Braunkohletagebaue und den Bau neuer Kohlekraftwerke werden wir
65 verhindern und keine neuen Umsiedlungen mehr zulassen. Ein Kohleausstiegsgesetz schafft
66 hierfür die Grundlage. Das schafft Klarheit für die Unternehmen, die Beschäftigten und die
67 Menschen in den betroffenen Regionen.

68 Um das Klima international zu schützen, werden wir zudem die Hermes-Bürgschaften für den
69 Export deutscher Kohletechnik stoppen. Kohle hat keine Zukunft!

70 **Klimaschutz auf allen Ebenen**

71 Wir müssen auf allen Ebenen handeln, alle Möglichkeiten nutzen und zeigen, wie es geht. Mit
72 einer klimaneutralen Verwaltung des Bundes gehen wir voran, zum Beispiel bei der
73 öffentlichen Beschaffung, bei der Gebäudesanierung, beim Fuhrpark. Gezielte Angebote sollen
74 die kommunale Ebene ermutigen, uns zu folgen. Denn auch dort, wo es nicht so offensichtlich
75 ist, sind mit wenig Aufwand große Erfolge beim Klimaschutz zu erzielen.

76 Wir Grünen stellen uns auch der internationalen Verantwortung Deutschlands. Darum wollen wir
77 in den weniger entwickelten Ländern eine alternative und kohlenstoffarme Entwicklung
78 unterstützen und ihnen helfen, sich gut auf die Folgen der Klimakrise vorzubereiten, die
79 nicht mehr zu vermeiden sind. Das ist gerecht, denn die Klimaveränderungen und Schäden in
80 diesen Ländern sind die Folgen des fossilen Zeitalters, von dem wir in Europa wirtschaftlich
81 mit am meisten profitiert haben. Wir werden deswegen Klimaschutzinvestitionen in armen
82 Ländern unterstützen. Die Schäden unseres bisherigen Handelns müssen wir abfedern, um faire
83 Chancen zu schaffen. Hilfen bei der Anpassung an die Klimakrise eröffnen neue
84 Lebensperspektiven auch in den besonders betroffenen Ländern. Diese Mittel ergänzen die
85 allgemeine Entwicklungsfinanzierung.

86 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

87

88 **Klimaschutzgesetz einführen**

89 In Paris haben sich alle Staaten der Welt verpflichtet, die Erderhitzung auf deutlich unter
90 zwei Grad zu begrenzen. Mit einem Klimaschutzgesetz wollen wir die dazu notwendigen
91 nationalen Reduktionsziele rechtsverbindlich festlegen und Ziele für alle relevanten
92 Sektoren definieren: Energie, Verkehr, Landwirtschaft und Gebäudeenergie. Dies unterlegen
93 wir mit ambitionierten Aktionsplänen in den einzelnen Sektoren: vom Umstieg auf die E-
94 Mobilität bis zur energetischen Gebäudesanierung. So geben wir Impulse für Investitionen in
95 den Klimaschutz.

96

97 **Klimaverschmutzung mit einem vernünftigen Preis belegen**

98 Wer die Atmosphäre aufheizt, kommt viel zu gut weg, denn CO₂-Zertifikate sind viel zu
99 billig. Der EU-Emissionshandel muss reformiert werden, damit die Kosten für den Ausstoß von
100 Klimagasen von denjenigen getragen werden, die sie verursachen. Das schafft auch fairen
101 Wettbewerb für klimafreundliche Produkte und Dienstleistungen. Überschüssige CO₂-Zertifikate
102 müssen daher dauerhaft gelöscht und die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten beendet
103 werden. Mit einem ergänzenden gesetzlichen CO₂-Mindestpreis auf Bundesebene sorgen wir dafür,
104 dass der Emissionshandel nicht weiter leerläuft und, dass Klimaschutzinvestitionen sich
105 betriebswirtschaftlich lohnen und planbar werden. Und aus diesen Einnahmen finanzieren wir
106 weitere Klimaschutzmaßnahmen, zum Beispiel die Umstellung auf kohlenstoffarme
107 Industrieprozesse und die sozialverträgliche, energetische Gebäudemodernisierung.

108

109 **Kohleausstieg jetzt**

110 Keine andere Technologie erzeugt mehr CO₂, Quecksilber und Stickoxide als die Kohle. Wir
111 wollen die Kohle in der Erde lassen und aus der Kohlekraft aussteigen. Grünes Ziel ist es,
112 die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke sofort vom Netz zu nehmen und schrittweise die restlichen
113 innerhalb der nächsten 20 Jahre abzuschalten. Dafür haben wir einen Fahrplan Kohleausstieg
114 vorgelegt, mit dem wir den Weg zum Ende des Kohlezeitalters beschreiten. Um die Weichen
115 richtig zu stellen, lassen wir keine neuen Tagebaue zu. Wir wollen den notwendigen
116 Strukturwandel in den Regionen gemeinsam mit allen Beteiligten gestalten - ökologisch und
117 sozialverträglich. Dafür richten wir einen Fonds ein, der auch für die Sanierung der
118 Bergbaufolgeschäden eingesetzt werden soll.

119

UK-WU-01 Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 08.03.2017

Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

1 Die technologischen Sprünge der vergangenen beiden Jahrhunderte haben den Wohlstand und die
2 Lebensqualität vieler Menschen außerordentlich verbessert. Doch seit langem ist klar, dass
3 die industrielle Wirtschaftsweise nicht nur Wohlstand schafft, sondern auch systematisch
4 unsere gemeinsamen Lebensgrundlagen zerstört. Immer mehr Menschen erkennen auch, dass
5 materielles Wachstum nicht in jedem Fall die Lebensqualität steigert.

6 Die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft ist die existentielle Aufgabe unserer
7 Zeit. Denn heute verschwendet unsere Art zu wirtschaften noch wertvolle Ressourcen, heizt
8 unser Klima auf und bedroht weltweit unser Trinkwasser, unsere Luft und unsere Böden. In
9 unserem eigenen Menschheitsinteresse müssen wir das dringend ändern. Und es ist möglich. Wir
10 können unser Leben verbessern, ohne immer weiter materiell wachsen zu müssen.

11 Wir Grünen treten seit unserer Gründung für die ökologische Modernisierung der
12 Industriegesellschaft ein. Viele Menschen gehen diesen Weg mit uns. Bürgerinitiativen und
13 Nicht-Regierungsorganisationen kämpfen für Natur- und Umweltschutz. Unternehmen schreiben
14 mit grünen Ideen schwarze Zahlen, Unternehmensinitiativen setzen sich für Klimaschutz ein.
15 Unser Land ist dabei seit den 1970er Jahren ein gutes Stück vorangekommen. Abgase werden
16 inzwischen gefiltert, Abwässer nicht mehr einfach in die Flüsse geleitet, es wird
17 ökologischer gebaut und produziert. Innovative Unternehmer und Tüftlerinnen entwickeln
18 Produkte und Dienstleistungen, die dabei helfen, unsere Lebensqualität weiter vom
19 Ressourcenverbrauch abzukoppeln. Sie sind die Pioniere des grünen Wandels, eines neuen,
20 nachhaltigen Wohlstands.

21 Jetzt geht es darum, die Begrünung der Wirtschaft und vor allem der Industrie quer durch
22 alle Branchen voranzutreiben. Die grüne Energiewende hat gezeigt, dass es geht: Deutschland
23 hat sich auf den Weg gemacht, seine hochentwickelte Industriegesellschaft ohne Klimagase und
24 Atommüll mit Strom zu versorgen. Nun braucht es mutige grüne Politik und engagierte
25 Bürgerinnen, Ingenieure und Unternehmerinnen, um die ökologische Modernisierung zum Ziel zu
26 bringen.

27 **Grünen Rahmen setzen für die ökologische Modernisierung**

28 Grüne Wirtschaftspolitik macht ehrgeizige Vorgaben in Form von Grenzwerten, CO₂-
29 Reduktionszielen und Produktstandards, die in realistischen Zeiträumen erreicht werden
30 können. Das mutet den Unternehmen zwar etwas zu, schafft aber Planungssicherheit und gibt
31 Impulse für Investitionen. Gleichzeitig fördern wir dabei neue Technologien und Wissen. So
32 können wir es schaffen, die ökologische Modernisierung in den verschiedenen Sektoren
33 umzusetzen.

34 Wir werden dafür sorgen, dass Preise zunehmend die ökologische Wahrheit sagen, denn die
35 Verursacher von Umweltzerstörung dürfen die Kosten nicht länger auf die Allgemeinheit
36 abwälzen. So setzen wir auch die richtigen Anreize dafür, dass andere – umweltfreundlichere
37 – Techniken entwickelt und schnell marktfähig werden. Ein Wettstreit um die beste

38 ökologische Lösung kommt in Gang. Ökologisch ehrliche Preise belohnen Unternehmen, die mit
39 Ressourcen pfleglich umgehen und Emissionen senken. Auch die Verbraucherinnen und
40 Verbraucher profitieren, wenn langlebige Geräte Neuanschaffungen ersparen und
41 klimafreundliche Heizungen die Stromrechnung senken. Umweltschädliches Verhalten wollen wir
42 nicht weiter subventionieren. So sind zum Beispiel schwere Dienstwagen, Flugbenzin und
43 Diesel heute steuerlich bevorzugt, obwohl sie ökologisch schädlicher sind als ihre
44 Alternativen. Subventionen wie diese belaufen sich auf über 50 Milliarden Euro pro Jahr.
45 Eine ökologische Finanzreform muss deshalb den Abbau dieser ökologisch schädlichen
46 Subventionen angehen. Wir wollen in einem ersten Schritt rund 12 Milliarden Euro von diesen
47 umweltschädlichen Subventionen abbauen. Dieses Geld wollen wir in den Klimaschutz
48 investieren und dazu nutzen, ärmere Haushalte bei Investitionen zum Energie- und
49 Ressourcensparen zu unterstützen.

50 **Mit grüner Industriepolitik den Industriestandort und Arbeitsplätze sichern**

51 Die ökologische Modernisierung ist die Zukunftssicherung für alle Industriezweige in
52 Deutschland. Alle Branchen müssen ihren Beitrag zu Klima- und Ressourcenschutz beitragen.
53 Und für alle Branchen gilt: wenn wir den Anschluss verpassen, wie es zum Beispiel beim
54 Elektroauto droht, gehen Arbeitsplätze und Wohlstand verloren. Konkret heißt das: weg vom
55 Verbrennungsmotor und hin zum Elektroauto in der Autoindustrie. Weg vom Öl und hin zu
56 nachwachsenden Rohstoffen in der Chemieindustrie. Die Bauwirtschaft kann mit Holzbau oder
57 Textilbeton Ressourcen und Emissionen einsparen. Wo wir regieren, bringen wir solche
58 Innovationen ganz konkret voran, zum Beispiel Elektro-LKW mit Oberleitungen in Hessen und
59 Schleswig-Holstein. Damit sichern wir den Industriestandort Deutschland. Denn auch in der
60 Zukunft wird unser Wohlstand von guten und sicheren Arbeitsplätzen abhängen. Wir tun das im
61 Dialog mit Unternehmen, Gewerkschaften und der Wissenschaft. Doch wenn nötig, auch im
62 Konflikt mit den Lobbies der alten Industrien.

63 Von besonderer Bedeutung ist in Deutschland die Automobilbranche. Ihr wollen wir helfen, den
64 Sprung ins 21. Jahrhundert zu schaffen, in der Mobilität ohne Schadstoffausstoß
65 funktionieren muss. Das ist eine zentrale Frage mit Blick auf Umweltzerstörung und
66 Klimakrise. Dass dieser Sprung gelingt, ist aber auch von großer Bedeutung für den sozialen
67 Zusammenhalt in unserem Land. Denn wir wollen verhindern, dass Wolfsburg oder Stuttgart das
68 Detroit von morgen werden. Deshalb braucht es jetzt klare Rahmenbedingungen für diesen
69 Industriezweig. Diese setzen wir mit einem klaren Fahrplan für den Ausbau der
70 Elektromobilität und mit dem Ausstieg aus dem fossilen Verbrennungsmotor (à Kapitel: Wir
71 sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität).

72 Die ökologische Modernisierung ist ein gigantisches Innovations- und Investitionsprogramm.
73 Und sie ist ein Jobmotor. Sie schafft neue Arbeit, nicht nur für Ingenieurinnen und Tüftler
74 sowie Programmierer, sondern auch für Handwerkerinnen und Bauarbeiter. Jede in die
75 Gebäudesanierung investierte Milliarde schafft 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze im
76 Baugewerbe, im Handwerk und in der Industrie. Seit zehn Jahren wächst der globale Markt für
77 Umwelttechnik und Ressourceneffizienz rasant. Deutsche Firmen sind bei Green Tech gut
78 aufgestellt. Wenn die deutschen und europäischen Unternehmen es schaffen, ihren Marktanteil
79 zu halten oder gar weiter auszubauen, entstehen hier viele zusätzliche Jobs. Daran wollen
80 wir arbeiten. Für uns ist dabei entscheidend, dass bei der ökologischen Modernisierung gute
81 Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und tariflicher Schutz gelten. In den
82 kohlenstoffintensiven Unternehmen und Geschäftsbereichen werden allerdings auch
83 Arbeitsplätze abgebaut werden. Hier kümmern wir uns um eine gute soziale Absicherung, um
84 Weiterbildung und neue Chancen.

85 Unser Ziel ist es auch, dass so viel Kapital wie möglich aus fossilen Energieträgern
86 abgezogen wird und stattdessen dorthin fließt, wo es nachhaltigen Wohlstand und neue Jobs

87 schafft. Ganz nach dem Motto: Die Steinzeit endete, obwohl es noch unzählige Steine gab –
88 und das fossile Zeitalter muss enden, obwohl es noch jede Menge Kohle und Öl im Boden gibt.
89 Das Stichwort dazu lautet „Divestment“ und meint den Abzug von Investitionen aus Öl, Kohle
90 und Gas. Viele deutsche Konzerne, aber auch viele Städte und Kommunen, haben viel Geld in
91 fossile Energieträger investiert. Das wird mehr und mehr zu einem Risiko. Die Umsetzung des
92 Pariser Klimaabkommens und eine Orientierung am 2-Grad-Ziel machen diese Investitionen
93 wertlos. Deshalb fordern wir: Divest now!

94 **Für die Entkopplung von Wohlstand und Ressourcenverbrauch anders wirtschaften**

95 Wachstum muss weltweit vom Umweltverbrauch entkoppelt werden – und Wohlstand wie
96 Lebensqualität vom Wachstum. Wir wollen eine Wirtschaft, die nicht blind immer weiter
97 wachsen muss und in der langfristige Nachhaltigkeit mehr zählt als kurzfristige
98 Renditeziele. Wir Grünen möchten dem gesellschaftlichen Zwang zum „Immer Mehr und immer
99 schneller“ entgegenarbeiten. Dazu werden technische Innovationen allein nicht reichen. Es
100 braucht auch die Unterstützung durch nachhaltigen Konsum und eine andere Art des
101 Wirtschaftens. Es geht zum Beispiel nicht nur darum, den Verbrennungsmotor einfach durch den
102 Elektromotor abzulösen, sondern auch darum auf innovative Formen der Mobilität wie
103 Carsharing umzusteigen und so die Zahl der Autos zu reduzieren.

104 Wir wollen zuallererst die Art, wie wir Wohlstand überhaupt messen, ändern. Wir schlagen
105 dafür eine neue Form der Wirtschaftsberichterstattung vor. In den Zahlen des
106 Bruttoinlandsproduktes (BIP), das bisher die zentrale Messgröße ist, bilden sich
107 Lebensqualität und Wohlstand nicht wirklich gut ab. In unserem Jahreswohlstandsbericht
108 werden neben ökonomischen auch ökologische und soziale Entwicklungen anhand messbarer
109 Kriterien dargestellt. Auch für Unternehmen können davon Impulse für Innovationen ausgehen.
110 So sollen größere Unternehmen in ihrem Jahresabschluss zukünftig auch über nichtfinanzielle
111 Indikatoren wie CO₂-Emissionen berichten.

112 Nur mit Kreativität und Erfindergeist wird es uns gelingen, anders und besser zu
113 wirtschaften. Wissenschaft und Forschung als Ideengeber, Vorreiter und kritische Begleiter
114 brauchen deshalb Freiräume. Gerade kleine und mittlere Unternehmen wollen wir bei der
115 ökologischen Modernisierung unterstützen. Ausgaben für Forschung und Innovation werden wir
116 steuerlich fördern. Mit einer Start-up-Finanzierung, Infrastruktur und einer neuen,
117 geeigneten Rechtsform geben wir den Pionieren des Wandels Rückenwind. Die Gründung von
118 Genossenschaften erachten wir als einen weiteren zentralen Baustein eines anderen
119 Wirtschaftens. Genossenschaften verbinden unternehmerisches Handeln mit
120 Gemeinwohlorientierung und sind ein krisenfester Motor einer gemeinwohlorientierten
121 Ökonomie. Um eine Gründungswelle von Genossenschaften anzuregen, wollen wir die Rechtsform
122 der eingetragenen Genossenschaft entbürokratisieren und von überkommenen
123 Verfahrensvorschriften befreien.

124 **Ökologische Chancen der Digitalisierung nutzen**

125 Durch Digitalisierung können wir vieles in der Wirtschaft viel ökologischer machen und zu
126 einer ökologischen Mobilitäts- und Energiewende beitragen. Um die Energieeffizienz zu
127 verbessern, werden wir die Wirtschaft unterstützen und Green-IT-Konzepte weiter
128 vorantreiben. Smart Grids, also intelligente, digital gesteuerte Netze, helfen zum Beispiel,
129 die schwankenden Strommengen aus Wind und Sonne auszugleichen. Wir können Verkehrsträger
130 digital miteinander vernetzen und Verkehrsströme so intelligenter steuern. Bits und Bytes
131 können Energie und Material nicht nur reduzieren, sondern ganz ersetzen. Durch 3-D-Druck
132 werden Baupläne über das Netz statt Bauteile in Containern über das Meer verschickt.
133 Videokonferenzen ersetzen Geschäftsreisen, Arbeit im Home-Office reduziert Pendlerströme.
134 Nie zuvor war es so einfach, Dinge und Erfahrungen über Sharing-Plattformen zu teilen. Das
135 reduziert materiellen Konsum. Doch hierfür bedarf es höchster Datensicherheits- und

136 Verbraucherschutzstandards. So schaffen wir zukunftssichere Arbeitsplätze, sowie neue
137 Geschäftsmodelle und schützen unsere Lebensgrundlagen. Wie wir die Digitalisierung mit
138 fairem Wettbewerb und Zukunftsinvestitionen in einer krisenfesten Wirtschaft gestalten
139 wollen, haben wir im Kapitel Digitalisierung gestalten beschrieben.

140 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

141

142 **Umweltschädliche Subventionen abbauen, in Klimaschutz investieren**

143 Absurde 57 Milliarden Euro an Steuergeldern werden jährlich für Klima- und Umweltschädler
144 ausgegeben. Unter anderem erhalten schwere Dienstwagen, Flugbenzin und Diesel ungerechte
145 Steuerprivilegien. Wir Grünen wollen rund zwölf Milliarden Euro umweltschädliche
146 Subventionen abbauen. Denn wir wollen dafür sorgen, dass Preise zunehmend die ökologische
147 Wahrheit sagen. So schaffen wir Anreize für grüne Innovationen, Klimaschutz, nachhaltige
148 Mobilität und eine umweltfreundliche Landwirtschaft. Und gehen gegen eine der schädlichsten
149 Formen der Steuerverschwendung vor.

150

151 **Divestment: Keine Kohle für die Kohle!**

152 Trotz des Pariser Klimaabkommens stecken Investoren - vom großen Versicherer bis zur kleinen
153 Kommune - weiter viel Geld in Klimakiller. Deshalb fordern wir: Divest now! - Zieht das Geld
154 aus klimaschädlichen Geschäftsmodellen ab! Unternehmen sollen dafür in ihren Jahresberichten
155 die Klimarisiken von Gütern oder Produkten offenlegen. So erhöhen wir den Druck auf
156 Großinvestoren, CO₂-intensive Finanztitel abzustoßen. Ländern, Kommunen und Pensionsfonds
157 wollen wir helfen, klimafreundlich zu investieren. Damit grüne Investitionsmöglichkeiten für
158 alle Anlegerinnen und Anleger erkennbar sind, wollen wir eine transparente Zertifizierung
159 einführen.

160

161 **Wahrer Wohlstand ist mehr als Wachstum: Für einen Jahreswohlstandsbericht**

162 Wohlstand ist mehr als die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts. Wir wollen darum einen
163 neuen Wohlstandsbericht einführen. Er misst neben ökonomischen auch ökologische, soziale und
164 gesellschaftliche Entwicklungen. Denn Kriterien wie unser ökologischer Fußabdruck,
165 Artenvielfalt, Einkommensverteilung oder ein Bildungsindex bilden unseren Wohlstand besser
166 und umfassender ab. Diese neue, ganzheitlichere Form des Jahresberichts macht
167 Fehlentwicklungen und politische Handlungserfordernisse deutlicher sichtbar.

168

UK-GE-01 Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

1 Energie ist der Treibstoff unseres Lebens. Wir alle sind auf sie angewiesen. In den
2 vergangenen zwei Jahrhunderten haben die Menschen ihre Energie gewonnen, indem sie vor allem
3 Kohle, Gas und Öl verbrannten. Das hat die wirtschaftliche Entwicklung der
4 Industriegesellschaften ermöglicht. Doch diese Art der Energiegewinnung hat uns auch mit
5 ungeheuren Abgasmengen in die Klimakrise geführt. In den vergangenen 60 Jahren kam zur
6 fossilen Energie die Atomkraft dazu. Sie war und bleibt ein hochriskanter und extrem teurer
7 Irrweg. Kohle und Atom haben heute ausgedient. Wir Grünen haben einen Plan für die
8 Energiewelt der Zukunft. Es ist möglich, die Energieversorgung der Menschen komplett mit
9 Sonne, Wind, Wasser, nachhaltig erzeugter Bioenergie und Erdwärme zu decken. Für die
10 Verwirklichung dieser Energiewende arbeiten wir seit unserer Gründung. Unser Ziel ist es,
11 nicht nur die Stromversorgung, sondern auch den Verkehr und die Wärmeversorgung auf
12 natürliche Energiequellen umzustellen. So können wir dauerhaft unseren Wohlstand sichern,
13 ohne unsere Lebensgrundlagen dabei zu zerstören. Die Energiewende hat bereits
14 hunderttausende Jobs geschaffen – weitaus mehr, als bei Kohle und Atom weggefallen sind.
15 Damit ist die Energiewende nicht nur gut fürs Klima. Sie stärkt auch unsere Wirtschaft und
16 schafft sichere Arbeitsplätze.

17 Energiewende: Mit langem Atem zum Erfolg

18 Wir Grünen haben die Energiewende 2001 in Regierungsverantwortung mit den Beschlüssen zum
19 Atomausstieg und der Förderung grüner Energien eingeleitet. Das hat sich gelohnt. Heute sind
20 bereits zwölf Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet, die übrigen gehen in fünf Jahren
21 vom Netz. Wir sagen: "Atomkraft? Nein Danke!" Schon ein Drittel des Stroms wird bei uns aus
22 Wind, Sonne, Wasser und Bioenergie gewonnen. Im von den Grünen mitregiertem Schleswig-
23 Holstein sind es schon 100 Prozent. Bei uns kommt grüner Strom aus der Steckdose. Und der
24 ist mittlerweile sogar günstiger als Strom aus Kohle und Atom. Grüner Strom wird von vielen
25 kleinen Erzeugern produziert. Dezentral und in der Hand von Bürgerinnen und Bürger findet
26 die Energierevolution statt. Ihr Engagement hat das Monopol der vier großen Stromkonzerne
27 gebrochen. Die Energiewende ist ein industriepolitischer Meilenstein auf dem Weg zu einer
28 grünen Wirtschaft.

29 Doch trotz ihres Erfolgs ist die Energiewende kein Selbstläufer. Und sie hat Gegner. 2010
30 versuchten CDU/CSU gemeinsam mit der FDP, den Atomausstieg rückgängig zu machen. Der
31 permanente Druck der Anti-Atom-Bewegung und letztlich die Katastrophe von Fukushima ließ sie
32 von diesen Plänen abrücken. Schwarz-Gelb musste sich den Realitäten beugen. Doch statt
33 daraufhin auf 100 Prozent Erneuerbare zu setzen, trieb die Bundesregierung die
34 Solarindustrie aus dem Land und vernichtete so mehrere zehntausend Arbeitsplätze in einer
35 Zukunftsbranche. Die Große Koalition bremst und deckelt den Ausbau Erneuerbarer Energie, wo
36 sie nur kann. Sie zerstört die Dynamik der Energiewende - so erreicht Deutschland seine
37 Klimaschutzziele nicht.

38 Wir Grünen halten das für grundlegend falsch. Deutschland muss den Weg der Energiewende
39 entschlossen weitergehen. So wie das Grüne in den Landesregierungen mit ambitionierten
40 Ausbauplänen bereits tun. Wir wollen die Energiewirtschaft auf Erneuerbare umstellen und

41 viele tausend neue Arbeitsplätze schaffen. In Deutschland haben wir die Technik, die
42 Fähigkeiten und den Willen der Bürgerinnen und Bürger. Wir Grünen sind die politische Kraft,
43 die mit den Menschen gemeinsam die Energiewende zum Erfolg führt.

44 **Rein in die neue Stromwelt - vollständig auf Erneuerbare umsteigen**

45 100 Prozent Ökostrom bis 2030, das ist unser Ziel. Dafür werden wir den Kohleausstieg
46 einleiten und die schwarz-rote Ausbaubremse für Erneuerbare abschaffen. So bringen wir die
47 Dynamik in die Energiewende zurück. Dazu braucht es eine Weiterentwicklung des Erneuerbare-
48 Energien-Gesetzes (EEG). Wir Grünen wollen die jährlichen Ausbauziele kräftig anheben und an
49 die Klimaziele des Pariser Klimaabkommens anpassen. Millionen Bürgerinnen und Bürger, die
50 ihr Dach oder ihren Keller zum Kraftwerk machen oder sich an Energiegenossenschaften
51 beteiligen, sind und bleiben dabei unsere wichtigsten Verbündeten. Sie treiben den
52 dezentralen Ausbau voran. Darum wollen wir sie vom bürokratischen Ausschreibungszwang
53 befreien. Indem wir Mieterstrommodelle ermöglichen, bringen wir die Energiewende mit
54 Solarzellen auch auf die Dächer von Mietshäusern und lassen alle von den Vorteilen einer
55 klimafreundlichen und kostengünstigen Energieversorgung profitieren. Wir führen die
56 milliardenschweren Strompreisrabatte für die Industrie auf ein Minimum zurück und entlasten
57 stattdessen die Verbraucherinnen und Verbraucher. Nur noch solche Unternehmen, die
58 tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen, sowie energieintensive Prozesse sollen
59 Rabatte erhalten, diese sollen zudem an die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen geknüpft
60 werden.

61 Den Ausbau notwendiger Netze wollen wir klug planen und Bürgerinnen und Bürger mit
62 frühzeitiger Bürgerbeteiligung, Erdkabeln und einem Überspannungsverbot für Wohnhäuser die
63 Möglichkeit geben, mitzugestalten. Durch eine Reform des Strommarktes schaffen wir neue
64 Anreize dafür, Energie flexibel und effektiv dann zu nutzen oder zu speichern, wenn viel
65 Strom aus Sonne und Wind verfügbar ist. Überschüssige Strommengen wollen wir in Batterien
66 speichern oder in Wärme oder Gas umwandeln, um damit Wohnungen zu heizen oder Fahrzeuge
67 anzutreiben. Wir wollen die dezentrale, klimafreundliche Kraft-Wärme-Kopplung fördern. Wir
68 machen es möglich, aus erneuerbaren Quellen Strom und Wärme zu erzeugen. Schikanöse Umlagen,
69 Entgelte und überbordende Bürokratie werden wir verhindern.

70 **Effizienzrevolution auslösen**

71 Nach wie vor gilt: Die beste Kilowattstunde ist die, die nicht verbraucht wird. Wir wollen
72 eine Effizienzrevolution einleiten. Darum legen wir ein Energiespargesetz vor, das
73 ambitionierte, aber realistische Vorgaben macht. Insbesondere in der Industrie gibt es noch
74 viele Einsparpotentiale. Mit unserem Programm "Faire Wärme" und konkreten Fördermaßnahmen
75 zum Energiesparen greifen wir dabei auch den Privathaushalten unter die Arme. Wir wollen die
76 Nutzung erneuerbarer Wärme im Gebäudebestand voranbringen, durch Förderung für die
77 energetische Modernisierung von Häusern und ganzen Stadtviertel, für Nahwärme und
78 Abwärmenutzung.

79 Klar ist: Der Umstieg auf klimaschonende Wärme gelingt nur, wenn Wohnen und Heizen bezahlbar
80 bleiben. Stromsparmchecks und Energieberatung sollen Standard werden. Gerade Haushalte mit
81 kleinem Geldbeutel wollen wir Grünen damit unterstützen. In Brüssel werden wir uns dafür
82 einsetzen, das Toprunner-Prinzip europaweit zu verankern. So werden vom Durchlauferhitzer
83 bis zum Gefrierfach immer die effizientesten Geräte zum technischen Standard erhoben, an dem
84 sich alle anderen messen müssen. So werden Stromfresser schrittweise aus den Läden
85 verschwinden.

86 **Atomkraft endgültig abschalten**

87 Auf dem Weg in die neue Stromwelt wollen wir die atomare Vergangenheit endgültig hinter uns
88 lassen. 2022 wird der letzte Meiler in Deutschland vom Netz gehen. Aber so lange noch

89 Atomkraftwerke laufen, müssen sie höchsten Sicherheitsstandards entsprechen. Die
90 Subventionierung der Atomkraft muss ein Ende haben. Das wollen wir mit der Wiedereinführung
91 der Brennelementesteuer erreichen.

92 Mit dem Ende des Betriebs von Atomkraftwerken ist das atomare Zeitalter jedoch noch lange
93 nicht Geschichte. Für den hochgefährlichen Atommüll brauchen wir ein Endlager. Mit dem von
94 Winfried Kretschmann angestoßenen Endlagersuchgesetz und dem Ergebnis der Endlagerkommission
95 wurde dafür eine gute Grundlage geschaffen. Wir werden das bestmögliche Endlager finden. Und
96 das kann und wird nicht Gorleben sein, denn wir haben für scharfe wissenschaftliche
97 Kriterien in der Endlagersuche gesorgt.

98 Unser Ziel ist jedoch, dass überall in Europa das atomare Russisch Roulette ein Ende hat.
99 Schrottreaktoren wie Tihange und Doel in Belgien oder Fessenheim und Cattenom in Frankreich
100 müssen sofort vom Netz. Unseren Kampf gegen die Atomkraft werden wir erst dann beenden, wenn
101 der Atomausstieg erreicht ist – in Deutschland, Europa und weltweit. Deswegen wollen wir
102 auch den Betrieb der Urananreicherungsanlage in Gronau und der Brennelementefabrik in
103 Lingen, die noch ganz Europa mit radioaktiv strahlendem Brennstoff versorgen, rechtssicher
104 beenden.

105 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

106

107 **Förderprogramm bezahlbare Wärme – Energie und Geld sparen**

108 Die Energiewende muss auch im Wärmebereich vorankommen und die Menschen dabei mitnehmen:
109 Denn der Umstieg auf klimaschonende Wärme gelingt nur, wenn Wohnen und Heizen bezahlbar
110 bleiben. Dazu wollen wir das Förderprogramm “Faire Wärm”e auflegen. Mit zwei Milliarden Euro
111 jährlich unterstützen wir die energetische Sanierung ganzer Wohnviertel. Mieterinnen und
112 Mieter stärken wir durch eine robuste Mietpreisbremse. Wir verringern die Umlage von
113 Modernisierungskosten und führen ein neues Klimawohngeld ein, damit auch Wohngeldempfänger
114 energieeffizient wohnen können. Wir unterstützen Städte und Gemeinden bei der nachhaltigen
115 Wärmeversorgung mit 400 Millionen Euro für 10.000 Wärmespeicher.

116

117 **Für grüne Energie - komplett auf Erneuerbare umsteigen**

118 Wir wollen die menschengemachte Klimakrise noch aufhalten. Das geht nur mit 100%
119 Erneuerbaren. Bis 2030 wollen wir unseren Strombedarf vollständig aus Erneuerbaren Energien
120 decken. Dazu werden wir die Obergrenzen für den Ausbau Erneuerbarer Energien abschaffen, das
121 Strommarktdesign sowie das komplizierte Abgabensystem auf Energie zugunsten der Erneuerbaren
122 novellieren und ein Marktanzreizprogramm für Speicher starten. Bis zum Jahr 2050 soll die
123 Energieversorgung auch für Wärme, Mobilität und Industrie ausschließlich aus Erneuerbaren
124 Energien erfolgen. Darum steigen wir zügig in die Verbindung der Sektoren Strom, Wärme und
125 Mobilität ein und nutzen alle Möglichkeiten der Elektrifizierung.

126

127 **Die atomare Lieferkette zerschneiden**

128 Der Atomausstieg in Deutschland ist so lange unvollständig, wie wir weiter Europas
129 Atomreaktoren mit Brennelementen versorgen. Als Grüne wollen wir deshalb die
130 Urananreicherung in Gronau und die Brennelementefabrik in Lingen schließen. So lange
131 Atomkraftwerke noch laufen, müssen sie höchsten Sicherheitsstandards entsprechen. Der
132 Siedewasserreaktor Gundremmingen aber stellt ein besonderes Risiko dar. Ebenso die
133 Schrottreaktoren an unseren Grenzen wie Tihange und Doel in Belgien, Fessenheim und Cattenom

134 in Frankreich, Beznau in der Schweiz oder Temelin in Tschechien. Wir wollen dafür sorgen,
135 dass sie sofort vom Netz gehen.

136

UK-BM-01 Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

1 Wir sind jeden Tag unterwegs - zur Arbeit oder zum Einkaufen, wir besuchen weit entfernte
2 Verwandte und fahren in den Urlaub. Mobil zu sein gehört zu unserem Leben. Wir Grünen wollen
3 es für jeden einfach machen, sein Ziel so umweltfreundlich und nachhaltig wie möglich zu
4 erreichen. Verkehr 2017 heißt: Immer mehr Menschen steigen um auf Bus, Bahn und Fahrrad –
5 vor allem in den Städten. Der öffentliche Nahverkehr erreicht neue Fahrgastrekorde.
6 Fahrradfahren und der Verkauf von E-Bikes boomen. Carsharing meldet immer höhere
7 Nutzerzahlen. Die Menschen stimmen "mit den Füßen" ab und trotzen den oft noch widrigen
8 Zuständen. Verpasste Anschlusszüge, überfüllte Busse und Straßenbahnen sind genauso wie
9 trostlose Bahnhöfe traurige Realität. Für viele heißt Verkehr 2017 deswegen immer noch in
10 erster Linie Auto fahren, auch da es zu oft keine Alternativen gibt. Wir werden dafür
11 sorgen, dass die Menschen in Zukunft sauber und umweltfreundlich fahren können.

12 Verkehr 2017 heißt daher auch: 70 Prozent aller klimaschädlichen Emissionen kommen in
13 unseren Städten aus dem Verkehr, zwei Drittel aller Bürgerinnen und Bürger fühlen sich durch
14 Verkehrslärm belästigt. Stickoxide und Feinstaub verursachen Atemwegserkrankungen. An vielen
15 Kreuzungen in Großstädten übersteigt die Schadstoffbelastung die zulässigen Grenzwerte.
16 Staus addieren sich im Jahr auf eine Gesamtlänge von einer Million Kilometer. Der
17 Bundesverkehrsminister versagt hier komplett: Statt Verkehr zu vermeiden oder zu verlagern,
18 wird Landschaft zubetoniert, werden Lärm und Abgase erzeugt und immer mehr Ressourcen
19 verbraucht. Auf jeden neuen vermeintlichen Engpass reagiert der Verkehrsminister mit dem
20 Aus- und Neubau von Straßen. Überteuerte Prestigeprojekte wie Stuttgart 21 graben gezielten
21 Investitionen in eine verlässliche Alltagsmobilität das Wasser ab. Überflüssige
22 Regionalflughäfen werden durch Millionensubventionen künstlich am Leben gehalten.

23 Wir Grünen wollen Mobilität neu denken – ohne Lärm, Dreck und Stau. Und dort, wo wir
24 regieren, setzen wir das um. In Berlin bringt die grüne Verkehrsverwaltung gemeinsam mit den
25 Radfahrerinnen und Radfahrer ein Radgesetz als Teil eines Mobilitätsgesetzes auf den Weg,
26 Baden-Württemberg prescht voran beim Ausbau der Infrastruktur für die E-Mobilität. Wir laden
27 alle ein, an der Verkehrswende aktiv mitzuwirken. Während die Große Koalition in den 60er
28 Jahren stecken geblieben ist und ihre Verkehrspolitik weiterhin nur auf das Auto ausrichtet,
29 wollen wir in ein neues, zukunftsfähiges und vielfältiges Mobilitätsangebot investieren.
30 Dazu gehört für uns ein dichtes und modernisiertes Bahnnetz, das zuverlässig Pünktlichkeit
31 und aufeinander abgestimmte Anschlüsse in ganz Deutschland garantiert. Ebenso gehören dazu
32 sichere und schnelle Wege für Fahrradfahrer, leise Autos ohne Auspuff und mit Fahrspaß und
33 die Stromtankstelle gleich um die Ecke. Unser Ziel sind nachhaltige Mobilität statt immer
34 mehr Verkehr, saubere Autos und mehr Carsharing, ein besseres Zug- und ÖPNV-Angebot. Wir
35 wollen mehr Raum zum Spielen und Flanieren in unseren Städten, bessere Luft zum Atmen. Und
36 dass jeder ruhig schlafen kann, auch in der Nähe von Flughäfen, Bahnstrecken und
37 vielbefahrenen Straßen. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir diese
38 Verkehrswende einleiten.

39 **Erhalt vor Neubau, Schiene vor Straße, mehr Geld für Radwege**

40 Die Bedingungen für den Verkehr in Deutschland sind derzeit einseitig auf das Auto
41 ausgerichtet. Das wollen wir ändern, damit unsere Mobilität zukunftsfähig wird. Mit einem
42 Bundesnetzplan anstelle des betonlastigen Bundesverkehrswegeplans beenden wir Grünen das
43 derzeitige Chaos in der Verkehrsplanung. Wir setzen auf: Erhalt vor Neubau, Schiene vor
44 Straße, mehr Geld für Radwege.

45 Außerdem schaffen wir faire Wettbewerbsbedingungen für alle Verkehrsträger. Während jede
46 Lokomotive auf jedem Streckenkilometer Trassengebühren bezahlen muss, ist nur knapp ein
47 Prozent des Straßennetzes mautpflichtig. Wir wollen alle LKW ab 3,5 Tonnen und schrittweise
48 das gesamte Straßennetz der Bundes- und Landesstraßen in die LKW-Maut einbeziehen. Das ist
49 verursachergerecht, denn ein einziger LKW verschleißt Straßen und Brücken so stark wie
50 10.000 PKW. Fluggesellschaften müssen gerecht besteuert werden. Es ist nicht einzusehen,
51 dass Airlines von der Kerosinsteuer und auf Auslandsflügen sogar von der Mehrwertsteuer
52 befreit sind.

53 Damit man überall entspannt von A nach B kommt, ist es unser Ziel, die 130 Verkehrsverbünde
54 so miteinander zu verbinden, das man nur ein Ticket braucht. Mit dem grünen MobilPass
55 schaffen wir die Möglichkeit, die eigene Reise durch ganz Deutschland genau wie das Pendeln
56 zur Arbeit mit einer einzigen Smartcard oder App zu buchen und zu bezahlen – von Tür zu Tür.
57 Die Fahrgäste sollen dann auch überall in Deutschland verschiedene Verkehrsmittel vernetzt
58 nutzen und kombinieren können: Busse, Bahnen, Fähren, Taxis, Carsharing und Leihräder.

59 Alle sollen sich grüne Mobilität leisten können, deshalb wollen wir kostengünstige und
60 maßgeschneiderte Angebote für Schüler*innen und Senior*innen. Auf Länderebene gibt es häufig
61 bereits Schüler- und Seniorenzeitkarten. Der Bund muss gemeinsam mit den Ländern dafür
62 sorgen, dass diese Tarife flächendeckend angeboten werden. Auch alle, die wenig Geld haben,
63 sollen sich über Sozialtickets Mobilität ohne eigenes Auto leisten können. Eine
64 entscheidende Lebensphase ist die der Familiengründung. Junge Eltern wollen wir mit einem
65 Elternzeit-Ticket unterstützen.

66 **Gute Bahn für alle**

67 Entscheidend für die Verkehrswende sind gute Bahnen – im Fern- und im Nahverkehr. Wir Grünen
68 wollen den öffentlichen Verkehr stärken und die Fahrgastzahlen verdoppeln. Milliarden Euro
69 werden derzeit in Subventionen für Diesel, Dienstwagen und Flugverkehr oder für überflüssige
70 Straßen und Flugplätze verschwendet. Das ist ökologisch enorm schädlich. Wir wollen
71 stattdessen Schienennetze und den Nahverkehr ausbauen. Mit dem „Zukunftsprogramm Nahverkehr“
72 wollen wir das Angebot und die Qualität vor Ort mit jährlich einer Milliarde Euro
73 verbessern. Außerdem wollen wir mehr in den Lärmschutz investieren.

74 Mit dem Deutschland-Takt, einem bundesweit verknüpften Fahrplan, wollen wir Fernverkehr und
75 regionalen ÖPNV optimal aufeinander abstimmen. Dann sind lange Wartezeiten auf Anschlüsse
76 Vergangenheit. Wenn der Zugverkehr zuverlässig und reibungslos funktioniert, ist das
77 Zugfahren für viele die erste Wahl. Wir wollen eine Bahnreform in Angriff nehmen, die die
78 Interessen der Fahrgäste in den Mittelpunkt stellt und ein vielfältiges und attraktives
79 Angebot auf der Schiene entstehen lässt. Das Bahnfahren soll billiger werden, dafür wollen
80 wir die Trassengebühren senken. Diese Reform muss das Netz von den Transportgesellschaften
81 der DB AG sauber trennen und in neutrale staatliche Verantwortung überführen. So schaffen
82 wir die Voraussetzung für mehr Verkehr auf der Schiene. Auf dem Schienennetz ist
83 Elektromobilität längst bewährte Praxis. Allerdings nur auf etwa 60 Prozent des Netzes. Wir
84 wollen diesen Anteil mit einem Elektrifizierungsprogramm rasch erhöhen.

85 **Das Auto der Zukunft fährt ohne Abgase**

86 Selbstverständlich werden wir auch morgen noch mit Autos unterwegs sein – mit dem eigenen,
87 mit dem gemieteten oder dem geteilten. Gerade im ländlichen Raum sind die Alternativen

88 Carsharing und ÖPNV oft keine. Aber es werden insgesamt weniger Autos sein und sie werden
89 mit Strom aus Sonne und Wind oder Wasserstoff statt mit Diesel und Benzin angetrieben. Mit
90 abgasfreien Fahrzeugen machen wir den Autoverkehr klima- und umweltfreundlicher. Ziel muss
91 es sein, einen erfolgreichen Technologiewandel einzuleiten. Nur mit innovativen Antrieben
92 werden unsere Automobilhersteller wettbewerbsfähig bleiben und zugleich wertvolle
93 Arbeitsplätze in der Automobilindustrie erhalten. Das wirksamste Instrument sind
94 ambitionierte CO₂-Grenzwerte, also Verbrauchsgrenzen, die auch auf der Straße eingehalten
95 werden. Aus industrie- und Klimaschutzpolitischen Gründen muss die nächste Bundesregierung
96 ein klares Ziel setzen: Ab 2030 sollen nur noch abgasfreie Autos vom Band rollen. Das
97 Zeitalter der fossilen Verbrennungsmotoren ist dann zu Ende. Dafür werden wir
98 Elektromobilität im Straßenverkehr gezielt stärken durch eine Förderung aller Kommunen, die
99 ihren innerstädtischen Logistikverkehr auf E-Fahrzeuge und Lastenfahrräder umstellen, sowie
100 durch zeitlich befristete finanzielle Zuschüsse für Elektro-Nahverkehrsbusse, Elektroautos
101 und Elektrolastenträder. Für eine gerechte Finanzierung wollen wir die Kfz-Steuer reformieren
102 und ein Bonus-Malus-System für Neuwagen einführen. Wer viel CO₂ verursacht, zahlt dann mehr,
103 wer weniger Abgase ausstößt, zahlt weniger.

104 Unsere Autos sollen nicht nur auf dem Papier die vorgeschriebenen Grenzwerte einhalten. Was
105 zählt, ist der Verbrauch auf der Straße. Anders als die Große Koalition, die den Betrug der
106 Autokonzerne an Umwelt und Verbraucher*innen gedeckt und vertuscht hat, finden wir Grünen
107 uns nicht damit ab, dass Abgasvorschriften für PKW nur auf dem Prüfstand eingehalten werden.
108 Wir werden diesen Schwindel und die bewusst in Kauf genommene Verletzung unserer Gesundheit
109 beenden. Abgas- und Verbrauchstests müssen realistisch und ihre Ergebnisse nachvollziehbar
110 werden. Die Autoindustrie muss auch bereits im Betrieb befindliche Fahrzeuge ohne Nachteile
111 für den Halter so umrüsten, dass diese die Grenzwerte einhalten. Wir wollen, dass
112 unabhängige Institutionen wirksame Kontrollen schaffen. Kommunen brauchen zusätzlich
113 Unterstützung, um Grenzwerte für bessere Luft auch durchzusetzen. Wir Grünen geben ihnen
114 rechtliche Instrumente an die Hand, Umweltzonen zu stärken, zum Beispiel durch die
115 Einführung einer Blauen Plakette. Zu schnelles Fahren ist kein Kavaliersdelikt sondern eine
116 tödliche Gefahr, gegen die wir mehr tun müssen. Dazu fordern wir ein Tempolimit auf
117 Autobahnen von 120 und erleichterte Möglichkeiten für Kommunen für Tempobeschränkungen.

118 Unser Straßenverkehr stößt an Grenzen. Viele Städte sind zugeparkt und leiden unter
119 Luftbelastung und Verkehrslärm. Wir nehmen uns Städte wie Kopenhagen und Helsinki zum
120 Vorbild und begrünen die Innenstädte. Denn ruhiger Verkehrsfluss, ausreichend Platz für
121 Spiel und Bewegung sowie Natur inmitten der Stadt sprechen für eine hohe Lebensqualität. Für
122 unsere Mobilität im Alltag gibt es gute Lösungen – und die Menschen wollen sie. Über 80
123 Prozent der Deutschen fordern eine Verkehrsplanung, die auf mehr Fuß- und Radwege setzt,
124 Carsharing-Angebote ausweitet und den öffentlichen Nahverkehr ausbaut. Bequem, bezahlbar und
125 ohne Parkplatzsuche von A nach B kommen können in einer Stadt der kurzen Wege – das müssen
126 Ziele einer modernen Verkehrspolitik sein.

127 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

128

129 **Deutschlandweiter MobilPass - überallhin, alles drin**

130 Wir wollen die grüne Mobilität voranbringen: Dafür führen wir den Mobil-Pass ein. Mit einer
131 Smartcard oder App werden sämtliche Angebote des öffentlichen Verkehrs wie auch Car- und
132 Bikesharing abrufbar sein. Urlaubsreisen genauso wie der Weg zur Arbeit können so aus einer
133 Hand gebucht und bezahlt werden – ohne langes Studium von Tarif- und Nutzungsbedingungen.
134 Nahtlos, kinderleicht und günstig. Mobilität für alle ☒ das heißt für uns: Schüler*innen,
135 Senior*innen, sozial Schwächere sowie Eltern kleiner Kinder machen wir besonders günstige
136 Angebote. Den Fernverkehr verknüpfen wir optimal mit den Anschlüssen des Regional- und

137 Nahverkehrs – mit dem Deutschland-Takt. Dieser Taktfahrplan macht deutschlandweit alle Ziele
138 nahtlos und verlässlich erreichbar.

139

140 **Ab 2030 rollen nur noch abgasfreie Autos vom Band**

141 Wir Grünen wollen, dass weiterhin automobiler Spitzentechnik in Deutschland entwickelt und
142 produziert wird. Für uns Grüne ist die Entscheidung deshalb klar: Ab 2030 sollen nur noch
143 abgasfreie Autos vom Band rollen. Dafür wollen wir jetzt die Bedingungen schaffen. So kann
144 Deutschland die Klima- und Umweltziele erfüllen und die Industrie ihre Entwicklungsarbeit
145 verlässlich auf Elektromobilität ausrichten. Wie die Große Koalition an Diesel- und
146 Ottomotoren festzuhalten, ist überholt. Sie hemmt damit die Autoindustrie, sich fit für den
147 Markt des 21. Jahrhunderts zu machen.

148

149 **Radverkehr ausbauen – mehr Radwege schaffen**

150 Immer mehr Menschen nutzen das Rad, weil es schnell, preiswert und bequem ist. Wir wollen
151 die Infrastruktur für Fahrräder deutlich verbessern. Der Bund muss dabei mehr Verantwortung
152 übernehmen. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen bauen wir Radschnellwege und ein bundesweites
153 Netz von hochwertigen Radfernwegen. Wir wollen die Fahrradmitnahme in allen Zügen
154 durchsetzen. Wir werden Kaufanreize einführen, denn elektrisch unterstützte Lastenräder
155 haben im Lieferverkehr großes Potential. In der Straßenverkehrsordnung schaffen wir
156 fahrradfreundliche Regeln wie den „Grünpfeil“ für Radfahrerinnen und Radfahrer.

157

WB-01 Welt im Blick

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

Welt im Blick

1 In den vergangenen Jahrzehnten ist die Welt immer stärker zusammengerückt. In Europa erleben
2 wir dank der zivilisierenden Kraft der Europäischen Union eine sehr lange Phase des
3 friedlichen Zusammenlebens, solange wie nie zuvor. Auch weltweit wurden Grenzen geöffnet,
4 Wirtschaftsbeziehungen globalisiert, länderübergreifende Kontakte selbstverständlich. Immer
5 mehr Menschen leben in Freiheit und Demokratie. Immer weniger Menschen leben in extremer
6 Armut. Eine prägende Erfahrung der vergangenen Jahre war, europäisch wie international, dass
7 die Welt durch Zusammenarbeit an vielen Stellen zu einem besseren Ort gemacht wurde. Wir
8 haben bei der Klimakonferenz in Paris erlebt, was geschafft werden kann, wenn der Wille da
9 ist, gemeinsam anzupacken. Genauso gibt uns Hoffnung, dass es mit beharrlicher Diplomatie
10 gelungen ist, ein Abkommen mit dem Iran zur nuklearen Nutzung zu schließen. Auch die
11 Selbstverpflichtung der Vereinten Nationen, bis 2030 globale Nachhaltigkeitsziele zu
12 erfüllen, war ein Erfolg internationaler Zusammenarbeit.

13 Doch gleichzeitig steht diese Welt vor dramatischen Herausforderungen. Der syrische
14 Bürgerkrieg hat sich zu einem überaus grausamen regionalen Stellvertreterkrieg entwickelt,
15 in dem Russland an der Seite des Assad-Regimes mit brutalem militärischem Eingreifen und der
16 menschenverachtenden Bombardierung von Zivilisten Fakten schafft. Der „IS“ hat in Syrien, im
17 Irak und in Libyen eine Terrorherrschaft errichtet und bedroht mit Terroranschlägen auch
18 Europa und den Rest der Welt. So viele Menschen wie nie zuvor sind dazu gezwungen, ihre
19 Heimat zu verlassen. Auf dem afrikanischen Kontinent fliehen Menschen vor Gewalt, Hunger und
20 wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit. Gleichzeitig verschärft die Klimakrise bestehende
21 weltweite Ungleichheiten. Ressourcenkonflikte um Wasser und Rohstoffe erhöhen die Spannungen
22 in vielen Regionen der Welt. Wirtschaftlicher Prosperität und neuem Wohlstand stehen
23 Ungleichheit und ökologischer Raubbau gegenüber.

24 Die zunehmend aggressive Großmachtspolitik von Präsident Putin hat Russland zu einer
25 Bedrohung der europäischen Friedensordnung gemacht. In der Ukraine, dem Nachbarland der EU,
26 wird Krieg geführt, seitdem Russland Teile des Landes völkerrechtswidrig annektiert hat.
27 Infolgedessen haben die Spannungen zwischen Russland und dem NATO-Bündnis die längst
28 überwunden geglaubte Abschreckungslogik wieder in Gang gesetzt. Doch auch die
29 Präsidentschaft von Donald Trump in den USA stellt den Bezugsrahmen für die Politik des
30 vereinigten Deutschlands seit 1990 grundlegend in Frage. Pläne für nationalistische
31 Abschottung und Handelskriege, das Leugnen der Klimakrise, die Negierung der Genfer
32 Konvention in Bezug auf das Hilfsgebot für Flüchtlinge und auf das Verbot von Folter
33 untergraben das dringend notwendige gemeinsame Handeln. Die Herausforderungen für globales
34 Engagement und eine Friedenspolitik könnten also kaum größer sein.

35 Wir Grünen wollen unseren Beitrag dazu leisten, das Leben in den kommenden Dekaden des 21.
36 Jahrhundert politisch friedlich und sicher, ökologisch nachhaltig und sozial gerecht zu
37 gestalten. Die Weltgemeinschaft muss Verantwortung für die globalen Entwicklungschancen und
38 die Durchsetzung und Verwirklichung der Menschenrechte übernehmen. Das können wir erreichen,
39 wenn wir Europa weiterentwickeln, internationale Institutionen stärken und unser
40 Gerechtigkeitsempfinden nicht an Grenzen enden lassen. Es geht um Zusammenarbeit statt

41 Nationalismus. Wir Grünen glauben fest an die Notwendigkeit und den Vorteil multilateraler
42 Kooperation. Mehr Sicherheit in der Welt werden wir am besten erreichen, wenn wir weiter
43 international zusammenarbeiten und die gemeinsame europäische Demokratie stärken.

44 Wir Grünen wollen, dass Deutschland mehr globale Verantwortung übernimmt. So wollen wir
45 endlich die versprochenen 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für die globale Entwicklung
46 zur Verfügung stellen und damit Schluss machen, in Krisenregionen und Diktaturen Waffen zu
47 exportieren. Wir Grünen wollen außerdem, dass Deutschland mehr tut, um Konflikte und Krisen
48 zu lösen oder besser noch sie zu verhindern. Die Bekämpfung von Fluchtursachen und Armut
49 darf nicht nur eine Floskel sein. Wer trotzdem vor Krieg, Gewalt oder Verfolgung nach
50 Deutschland flieht, dem wollen wir Schutz bieten. Aber auch mit Blick auf die Einwanderung
51 muss Deutschland endlich begreifen, dass es sein Staatsbürgerschaftsrecht der Realität
52 anpassen muss.

53 Eine starke, demokratische und reformierte Europäische Union ist genau das, was wir in einer
54 Welt der Unsicherheiten brauchen. Wir Grünen wollen, dass Deutschland mehr dazu beiträgt,
55 Europa zu einen und zu stärken. Die Europäische Union ist bis heute das beste Beispiel, wie
56 supranationale Partnerschaft und Zusammenarbeit zum Nutzen aller funktionieren kann. Und sie
57 macht damit Hoffnung: Eine friedlichere, eine bessere Welt ist möglich.

WB-EZ-01 Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

1 Die europäische Einigung ist eine wahrhaft große historische Errungenschaft. Sie bedeutet:
2 Zusammenarbeit statt Nationalismus, nie wieder Krieg. Diese Leistung einiger Generationen
3 von Europäerinnen und Europäern darf nicht gefährdet werden. Leider ist sie heute wieder
4 sehr umstritten, rechtsnationalistische Bewegungen und Parteien stellen sie ganz in Frage.
5 Es erfordert neues Engagement, um sie zu sichern und weiterzuentwickeln. Dafür stehen wir
6 Grünen. Wir sind die politische Kraft, die Europa gegen den Rechtsnationalismus verteidigt
7 und weiter den Weg der europäischen Integration geht. Denn die Europäische Union ist unser
8 Zuhause.

9 Mit der europäischen Einigung wurde eine lange und schmerzvolle Geschichte von Kriegen,
10 Feindseligkeiten und Zerstörungen endlich überwunden. Heute ist die Europäische Union ein
11 Garant für den Frieden und für unsere europäischen Werte. Freiheit, Gleichheit, Demokratie,
12 Rechtsstaatlichkeit, Religionsfreiheit, Achtung der Menschenwürde, Menschenrechte, Toleranz,
13 das sind die Grundlagen der Europäischen Union. Heute können wir Europäerinnen und Europäer
14 innerhalb der EU grenzenlos reisen, studieren, arbeiten und leben, wir können glauben, was,
15 und lieben, wen wir wollen. Wir Grünen wollen diese Errungenschaften weiter ausbauen und für
16 alle erfahrbar machen.

17 Bis heute ist die Art und Weise, wie die Menschen und Staaten in der Europäischen Union
18 zusammenarbeiten und Konflikte lösen, einmalig auf der Welt. Für eine gute Zukunft brauchen
19 wir die Europäische Union umso mehr. Die großen grenzüberschreitenden Probleme unserer Zeit
20 sind für Kleinstaaterei zu groß: Kampf gegen die Klimakrise, Armut, Krieg und Terrorismus,
21 Korruption und Fluchtursachen, die Gestaltung der Globalisierung sowie der Einsatz für die
22 Teilhabe aller am gesellschaftlichen Wohlstand und am Fortschritt. Wir können all das nur
23 mit einer funktionierenden EU bewältigen. Sie ist die demokratische Antwort auf die
24 Globalisierung. Auch deshalb sind und bleiben wir Grünen überzeugte Europäerinnen und
25 Europäer.

26 Gerade weil wir die Europäische Union schätzen und brauchen, wollen wir sie sozialer,
27 ökologischer und demokratischer machen. Gesellschaftliche Spaltung, Ausgrenzung,
28 Willfährigkeit gegenüber starken Lobbys und autoritäre Tendenzen nehmen wir nicht hin. Wir
29 Grünen werden die EU weiterentwickeln, denn wir haben noch viel mit ihr vor. Gerade jetzt.

30 **Für ein starkes Europa ☒ gegen Spaltung und autoritäre Tendenzen**

31 Die Wahl des überzeugten Europäers Alexander Van der Bellen zum Bundespräsidenten von
32 Österreich hat gezeigt, wie man mit einem klaren europäischen Kurs Menschen überzeugen kann.
33 Wir lassen uns vom Ausgang des Brexit-Referendums und den Erfolgen der Rechtspopulisten
34 nicht entmutigen und treten weiter für unsere Werte und unseren European Way of Life ein.

35 Die Debatte um die negativen Folgen des Brexits für Großbritannien zeigt erst recht: Durch
36 Kooperation, gemeinsame Standards und gemeinsames Auftreten nach außen gewinnen am Ende
37 alle. Mit großem Bedauern haben wir den Austrittsbeschluss der Briten zur Kenntnis genommen.
38 Die Bürgerinnen und Bürger Großbritanniens gehören für uns zu Europa. Dem Wunsch der
39 Schotten und Nordiren wie auch der vielen Menschen im Vereinigten Königreich, die in der EU

40 bleiben wollen, begegnen wir mit Offenheit und Sympathie. Wir werden uns darum auch in
41 Zukunft für eine enge Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich
42 einsetzen. Allerdings gehören die vier europäischen Grundfreiheiten, also die Freizügigkeit
43 von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital, für uns unverhandelbar zusammen. Zugang
44 zum Binnenmarkt kann es nur mit einer vollständigen Freizügigkeit für Europäerinnen und
45 Europäer geben. Allen schon länger in Deutschland lebenden Britinnen und Briten wollen wir
46 einen einfachen Weg in die deutsche und damit einen Verbleib in der EU-Staatsbürgerschaft
47 ermöglichen.

48 Wir wollen Europa zusammenhalten. Wir wissen, das wird nicht einfach. Denn die Differenzen
49 innerhalb der Europäischen Union sind groß. Auch wir waren frustriert, dass nur wenige
50 andere europäische Mitgliedsstaaten bereit waren, eine solidarische Flüchtlingspolitik zu
51 unterstützen. Auch wir sind entsetzt, wie mitten in Europa, etwa in Ungarn oder Polen, die
52 Demokratie und der Rechtsstaat ausgehöhlt werden. Dagegen stellen wir uns. Wir Grünen machen
53 uns stark für ein Europa, das zusammenhält und in dem die einzelnen Staaten und
54 Bewohner*innen gegenseitige Solidarität zeigen. Dazu braucht es auch und gerade ein Umdenken
55 vieler nationaler Regierungen. Das gilt ebenso für die deutsche Bundesregierung. Wir
56 glauben, dass wir Europa wieder zusammenbringen können, wenn Deutschland bereit ist, zum
57 Beispiel bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit oder bei Fragen der inneren und
58 äußeren Sicherheit, stärker auf die Bedürfnisse anderer europäischer Staaten einzugehen. Es
59 kann aber auch notwendig und sinnvoll sein, dass bei der Weiterentwicklung der europäischen
60 Integration zukünftig auch eine Gruppe von Mitgliedstaaten vorangehen darf.

61 **In ein ökologisches und soziales Europa investieren**

62 Die Wirtschaftskrise in Europa ist noch lange nicht überwunden. Besonders in Südeuropa sind
63 immer noch Millionen von Jugendlichen ohne Job und Perspektive. Die Große Koalition beharrt
64 auf einer einseitigen Sparpolitik und vertieft damit die Spaltung Europas. Wir brauchen
65 einen europäischen Paradigmenwechsel ☒ weg von Austerität hin zu mehr Zukunftsinvestitionen.
66 Europa braucht endlich einen ausgewogenen Dreiklang aus Investitionen, Strukturreformen und
67 Haushaltskonsolidierung.

68 Dafür schlagen wir Grünen einen Pakt für nachhaltige Investitionen vor, unseren Green New
69 Deal für Europa. Damit investieren wir in die soziale und ökologische Erneuerung der
70 europäischen Wirtschaft. Wir bringen eine starke Klima- und Energieunion voran, unterstützen
71 Innovation und neue Produktionstechnologien in der Industrie, nutzen Ressourcen und Energie
72 effizient, setzen auf Kreislaufwirtschaft und eine Digitalisierung, die allen etwas bringt.
73 Unsere Projekte sind bürgernah und gesamteuropäisch: grenzüberschreitende Bahn-, Energie-
74 und Datennetze, Forschung, Kulturaustausch und Jugendprogramme. Der Green New Deal wird auch
75 für junge Menschen Ausbildungsplätze und Jobs schaffen. Junge Menschen überall in Europa
76 sollen wieder spüren, dass Europa sie nicht alleine lässt. Das finanzieren wir über einen
77 Zukunftsfonds, der durch Mittel aus einem europäischen Steuerpakt gespeist wird. Der Pakt
78 schafft mehr Steuergerechtigkeit und verringert Steuerausfälle. Denn die europäischen
79 Steuersysteme sind ungerecht. Schweizer Steuer-CDs, Luxleaks oder die Panama-Papers zeigen
80 beispielhaft, wie sich Superreiche und internationale Konzerne um ihren Beitrag für das
81 Gemeinwohl herumdrücken. Steuervermeidung und -hinterziehung müssen wirkungsvoller
82 verhindert und bestraft werden. Alle in der EU ansässigen Unternehmen müssen mit einer
83 Mindestbesteuerung rechnen. Uns entgehen jedes Jahr viele Milliarden Euro durch die
84 bisherige Untätigkeit. Wir werden bei dem Kampf gegen Steuerbetrug auch national vorangehen.
85 Außerdem setzen wir uns ein für Mindeststandards im Bereich der sozialen Sicherung.

86 **Für mehr Transparenz, mehr Beteiligung und ein starkes EU-Parlament**

87 Europas Demokratie lebt vom Mitmachen, Mitentscheiden, Sicheinbringen und Einmischen. Die EU
88 ist demokratisch legitimiert. Aber wie jede Demokratie hat sie Schwächen, die wir abbauen

89 wollen. Wir Grünen engagieren uns deshalb auch auf europäischer Ebene für mehr Beteiligung
90 und transparente Prozesse. Sowohl die nationalen Parlamente als auch das europäische
91 Parlament sind zu wenig in europäische Entscheidungen einbezogen, weil sie nur zwischen den
92 Regierungen fallen. Das wollen wir ändern. Der zentrale Ort europäischer Entscheidungen soll
93 das Europäische Parlament sein. Dazu muss es eigene Gesetzesvorschläge einbringen können.
94 Auch im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion soll es gleichberechtigt zu Rat und
95 Eurogruppe mitentscheiden. Außerdem sollte eine Mehrheit der Abgeordneten die Europäische
96 Kommission und ihre Präsident*in - so wie im deutschen Bundestag - abwählen können. Für
97 Europäische Bürgerinitiativen gibt es heute unnötig hohe Hürden. Die wollen wir Grünen
98 abbauen. Außerdem sollen alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in den EU-Staaten, in denen
99 sie leben, die vollen bürgerlichen Rechte genießen. Die Unionsbürgerinnenschaft sollte zu
100 einer europäischen Staatsbürgerinnenschaft fortentwickelt werden.

101 Wir fordern mehr Transparenz durch ein verpflichtendes und verbindliches Lobbyregister. Ein
102 „legislativer Fußabdruck“ soll sichtbar machen, wer mit welchem Budget in wessen Auftrag und
103 zu welchem Thema Einfluss auf die Politik nimmt. Für Kommissionsmitglieder und höchste
104 Entscheidungsträger sollen strikere Karenzzeiten gelten, bevor sie in neue Positionen
105 wechseln können.

106 **Die EU als handlungsfähige Akteurin in der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik**

107 Die europäischen Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass die EU bei der Außen-,
108 Entwicklungs- und Sicherheitspolitik mehr leistet, öfter mit einer Stimme spricht, mehr für
109 unsere innere und äußere Sicherheit tut. Wir Grünen setzen uns für eine stärkere
110 Europäisierung der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik ein. Kein europäisches Land
111 ist allein in der Lage, den internationalen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. Das
112 gilt umso mehr in einer Zeit, in der sich durch die aggressive Großmachtspolitik Russlands
113 unter Präsident Putin, die von Abschottung und nationalistischem Denken geprägte Politik des
114 amerikanischen Präsidenten Trump und die vielen Krisenherde im Nahen Osten und in Nordafrika
115 die Rahmenbedingungen für die Sicherheit der EU grundlegend ändern.

116 Das Zivile steht dabei für uns im Vordergrund. Die Europäische Union sollte mit ihrer
117 gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und dem Europäischen Auswärtigen
118 Dienst weiter aktiv an einer globalen Friedensordnung im Rahmen der Vereinten Nationen und
119 an der Schaffung eines gesamteuropäischen Systems kooperativer Sicherheit, ausgehend von der
120 OSZE und eingebettet in die NATO, mitarbeiten. Die neuen Sicherheitsbedenken der
121 osteuropäischen Länder nehmen wir dabei sehr ernst.

122 Wir halten konkrete Schritte für eine verstärkte Zusammenarbeit und Integration der
123 Streitkräfte in der Europäischen Union für sinnvoll und für einen Teil der Antwort auf die
124 internationalen Entwicklungen. Dabei geht es um die Schaffung von militärischen und
125 politischen Synergieeffekten. Dies muss allerdings mit einer Stärkung der Mitspracherechte
126 für das Europäische Parlament einhergehen.

127 Wir werden Fähigkeiten auf europäischer Ebene bündeln, statt die Verschwendung öffentlicher
128 Gelder bei der Rüstung fortzusetzen. Es ist zynisch, wenn die Große Koalition die Zielmarke
129 von 0,7 Prozent bei der internationalen Entwicklungszusammenarbeit weit verpasst, dann aber
130 bei der NATO verspricht, den Wehretat von 1,3 auf 2 Prozent zu erhöhen. Eine Erhöhung der
131 Militärausgaben ist nicht sinnvoll und wir lehnen auch entsprechende Forderungen aus der
132 NATO, die Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, ab.

133 Die EU muss auch bei der Gestaltung ihrer Nachbarschaftspolitik aktiver werden. Die
134 Erweiterungspolitik der EU ist für uns eine Erfolgsgeschichte. Sie steht für Frieden und
135 Stabilität in Europa. Der Beitritt jedes einzelnen Landes muss aber weiter konsequent von
136 Fortschritten im Beitrittsprozess abhängig gemacht werden. Wir wollen alle Staaten des

137 westlichen Balkans ohne Änderung ihrer Grenzen in die EU integrieren. Die Grünen stehen auch
138 weiterhin fest an der Seite derjenigen in der Türkei, die für Demokratie,
139 Rechtsstaatlichkeit und Weltoffenheit eintreten. Wir verurteilen die massiven Angriffe auf
140 Oppositionelle, die Meinungs- und Pressefreiheit und die Zivilgesellschaft sowie die
141 vorgesehene Verfassungsänderung von Präsident Erdogan hin zu einem autoritären
142 Präsidialsystem. Die EU-Beitrittsverhandlungen liegen bereits auf Eis. Sie jetzt komplett
143 abubrechen würde das falsche Signal an die proeuropäischen und demokratischen Kräfte in der
144 Türkei senden. Für eine demokratische und weltoffene Türkei müssen die Türen zur EU offen
145 bleiben.

146 Europa hat eine Verantwortung für seine Nachbarschaft. Das gilt ganz besonders auch für
147 Afrika. Wir wollen neue Perspektiven für die Menschen vor Ort schaffen und Fluchtursachen
148 effektiv bekämpfen. Deshalb werden wir Grünen uns für einen Grünen Marshall-Plan in Afrika
149 stark machen.

150 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

151

152 **Europäischer Investitionspakt für mehr Jobs und besseren Umweltschutz**

153 Wir Grünen wollen Europa mit einem Green New Deal wirtschaftlich, sozial und ökologisch
154 voranbringen. Dafür starten wir mit einer Investitionsoffensive für ökologische
155 Modernisierung und mehr soziale Gerechtigkeit. Damit setzen wir die europäische
156 Jugendgarantie endlich um: Alle jungen Europäerinnen und Europäer erhalten spätestens vier
157 Monate nach ihrem Schulabschluss einen Ausbildungs- oder einen Arbeitsplatz.

158

159 **EU-Parlament stärken, Lobbymacht offenlegen**

160 Wir Grünen wollen verbindliche Lobbyregister sowie einen „legislativen Fußabdruck“, der
161 genau erfasst, wer wann an einem Gesetz gearbeitet hat. Der Rat und seine vorbereitenden
162 Gremien sollen in Zukunft öffentlich tagen. Wir wollen das direkt gewählte Europäische
163 Parlament als zentralen Ort der europäischen Demokratie stärken. Es soll eigene
164 Gesetzesvorschläge einbringen sowie der Europäischen Kommission und ihrem Präsidenten - so
165 wie im deutschen Bundestag - auch das Misstrauen aussprechen und sie abwählen können. Und
166 wir wollen die Europäischen Bürgerinitiativen ausbauen.

167

168 **Grüner Marshallplan für Afrika**

169 Die Europäische Union hat gegenüber Afrika eine historische Verantwortung und wir sind
170 vielfältig miteinander verbunden. Wir wollen einen Grünen Marshallplan für Afrika, der drei
171 Pfeiler umfasst: zivile Krisenprävention, Aufbau von rechtsstaatlichen Strukturen und
172 Entwicklung auf Basis einer konsequenten Förderung von „green economy“ auf dem afrikanischen
173 Kontinent. Damit können wir neue Perspektiven eröffnen und Fluchtursachen effektiv
174 bekämpfen.

175

WB-FM-01 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

1 Wir leben 2017 in einer Zeit dramatischer Umbrüche in der Weltpolitik. Die Hoffnung auf eine
2 globale Friedensordnung droht zu schwinden. Kriege und Konflikte in der Nachbarschaft der
3 Europäischen Union haben sich in den vergangenen Jahren weiter verschärft.

4 In einer solchen Lage sind Besonnenheit, eine multilaterale Ausrichtung, die Stärkung des
5 Völkerrechts sowie zivile Ansätze dringender denn je. Unsere Orientierung sind die vielen
6 demokratischen Aufbrüche der vergangenen Jahre, von Indonesien über Ghana bis Tunesien. Wir
7 werden alle Länder, die dies wollen, darin bestärken, sich von innen heraus zu reformieren,
8 den Kampf gegen die Korruption aufzunehmen ☒ sich nachhaltig zu entwickeln und in Freiheit
9 zu leben.

10 Leitbild unseres außenpolitischen Engagements ist es, dass Deutschland und Europa mehr
11 Verantwortung für die Gestaltung einer friedlichen und kooperativen Weltordnung übernehmen
12 müssen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass durch globale Partnerschaft und
13 Zusammenarbeit die Welt an vielen Stellen zu einem besseren Ort werden kann. Diesen Weg
14 wollen wir Grünen entschlossen weitergehen. Wir stehen für die Stärkung des internationalen
15 Rechts und einer multilateralen Politik, für eine wertegeleitete Außen-, Sicherheits- und
16 Entwicklungspolitik, die fest in den Vereinten Nationen und der Europäischen Union verankert
17 ist, eingebettet in die NATO und im Rahmen von regionalen Organisationen wie der OSZE und
18 des Europarats agiert. Dies gilt gerade jetzt. Die Welt wird nur sicherer werden, wenn wir
19 international nicht weniger, sondern enger zusammenarbeiten.

20 Im Mittelpunkt internationaler Politik steht für uns der Mensch mit seiner Würde, seinen
21 unveräußerlichen Rechten und seiner Freiheit. Uns leiten die Wahrung von Frauen- und
22 Menschenrechten und die Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen. Das schließt auch den
23 Kampf für soziale Gerechtigkeit und globale Entwicklung ein sowie die Bekämpfung von
24 Geldwäsche und internationaler Korruption.

25 Menschenrechte, Krisenprävention und Entwicklung in den Mittelpunkt

26 In der globalisierten Welt sind Außen- und Innenpolitik heute kaum mehr voneinander zu
27 trennen. Ressourcenkonflikte, Fluchtbewegungen und die gemeinsame Herausforderung der
28 Klimakrise zeigen, dass die Probleme der Welt nicht vor der eigenen Haustür Halt machen.
29 Frieden, Freiheit, ein Leben in Würde und der Schutz der globalen öffentlichen Güter stehen
30 allen Menschen gleichermaßen zu. Wir kritisieren scharf, dass autoritäre Regime in vielen
31 Ländern ihre Macht ausbauen. Demokratische Gesellschaftsmodelle geraten zunehmend unter
32 Druck. Nicht nur in Russland, China oder Ägypten, auch in der Türkei, in Indien oder Vietnam
33 ist die massive Einschränkung von Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit mittlerweile
34 bittere Realität. Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen und demokratischen Bewegungen
35 wird immer öfter von staatlicher Seite behindert und kriminalisiert. Das betrifft auch die
36 politischen Stiftungen und ihre Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen vor Ort.

37 Entwicklungspolitik darf nicht für Abschottungsmaßnahmen oder militärische Zwecke
38 missbraucht werden, sondern muss klar partnerschaftlich vereinbarten Zielen wie der
39 Korruptionsbekämpfung, Stärkung staatlicher Strukturen, Reduzierung sozialer Ungleichheit,

40 Hungerbekämpfung und globaler Entwicklung dienen. Die Gleichberechtigung der Geschlechter
41 und die Durchsetzung der Frauenrechte sind dabei entscheidende Faktoren. Das inzwischen fast
42 50-jährige und oft wiederholte Versprechen, 0,7 Prozent unserer Wirtschaftsleistung für die
43 weltweite Entwicklung bereitzustellen, müssen wir endlich einlösen, genauso wie eine
44 verlässliche humanitäre Hilfe für Menschen in Not sowie ein stärkeres finanzielles und
45 personelles Engagement im Rahmen der VN, der EU und der OSZE. Die Auswärtige Kultur- und
46 Bildungspolitik übernimmt beim Dialog zwischen und mit verschlossenen Gesellschaften eine
47 wichtige Rolle. Wir wollen sie deshalb stärken.

48 Trotz der akuten Krisen im Nahen und Mittleren Osten dürfen Deutschland und die EU auch eine
49 Friedenslösung im Nahostkonflikt nicht aus dem Blick verlieren. Wir Grünen setzen uns
50 weiterhin für eine Zwei-Staaten-Regelung ein, um den Fortbestand Israels als demokratischen
51 Staat sowie die Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates
52 Palästina auf der Grundlage der Grenzen von 1967 zu gewährleisten. Wir bekennen uns zu der
53 besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber dem Staat Israel sowie seinem Existenzrecht
54 und seiner Sicherheit in gesicherten Grenzen als Eckpfeiler deutscher Außenpolitik. Zugleich
55 setzen wir uns ein für das Recht der Palästinenserinnen und Palästinenser in
56 Selbstbestimmung, Frieden und Sicherheit frei von Besatzung unter Wahrung ihrer
57 Menschenrechte in ihrem eigenen Staat zu leben. Wir lehnen jegliche Strategien auf beiden
58 Seiten ab, die Völkerrecht brechen oder auf Gewalt und Konfrontation setzen sowie auf die
59 fortgesetzte Schaffung von Fakten, die der Erreichung einer stabilen Zwei-Staaten-Regelung
60 entgegenstehen.

61 **Rüstungsexporte in Krisenregionen stoppen, Abrüstung voranbringen**

62 Der Verkauf von Waffen und Rüstungsgütern in Regionen mit Krisen und Konflikten verschärft
63 diese meist, statt sie einzudämmen und zu lösen. So nähren deutsche Rüstungsexporte an
64 Saudi-Arabien und andere kriegführende Parteien die Kriege im Nahen Osten, aber auch den
65 sogenannten Drogenkrieg in Mexiko. Das wirtschaftliche Interesse einzelner Unternehmen
66 übertrumpft dabei das humanitäre Interesse an Konfliktprevention und Konfliktlösung. Damit
67 muss endlich Schluss sein. Deshalb werden wir mit dem Rüstungsexportgesetz gesetzlich
68 verbindlich und restriktiv neu regeln, dass der Handel mit allen Rüstungsgütern an klare
69 Kriterien geknüpft, massiv begrenzt und der Export in Staaten außerhalb von NATO und
70 Europäischer Union unterbunden wird. Insbesondere Exporte in Konfliktgebiete und Länder, in
71 denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden, sollen gesetzlich verboten werden. Auf
72 europäischer Ebene brauchen wir sowohl eine stärker koordinierte Sicherheits- und
73 Verteidigungspolitik als auch verstärkte Anstrengungen zur Rüstungskontrolle. Sie müssen
74 streng und umfänglich parlamentarisch durch Bundestag und Europäisches Parlament
75 kontrolliert sein.

76 Wer Frieden will, muss sich für weltweite Abrüstung engagieren und dabei mit eigenem
77 Beispiel vorangehen. Weltweite Abrüstung muss ein Grundpfeiler der deutschen und
78 europäischen Außenpolitik werden – gerade in unruhigen Zeiten. Wir kämpfen für eine Welt
79 ohne Atomwaffen und dafür, sie völkerrechtlich durch eine internationale Konvention zu
80 ächten. Es ist unverantwortlich, dass die schwarz-rote Bundesregierung im August 2016 gegen
81 einen VN-Resolutionsentwurf zum Verbot von Atomwaffen gestimmt hat. Wir Grünen fordern den
82 Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland. Wir setzen uns auch für eine internationale
83 Konvention für das Verbot autonomer Waffen und Kampfroboter ein und sind gegen die
84 Anschaffung bewaffneter unbemannter Fluggeräte, also sogenannter bewaffneter Drohnen, für
85 die Bundeswehr.

86 **Stärke des Rechts statt Recht des Stärkeren**

87 Wir Grünen setzen auf die Stärke des Rechts statt auf das Recht des Stärkeren. Die
88 Anerkennung des Gewaltmonopols der Vereinten Nationen ist eine Voraussetzung dafür. Die VN

89 sind aber nur so stark, wie ihre Mitgliedstaaten es erlauben. Deshalb setzen wir uns dafür
90 ein, dass Deutschland sich im Rahmen der VN, ihrer Unterorganisationen sowie regionaler
91 Organisationen wie der OSZE stärker finanziell und personell engagiert.

92 Wir sind davon überzeugt, dass dauerhafter Frieden nur politisch, nicht militärisch erreicht
93 werden kann. Die Anwendung militärischer Gewalt ist immer ein Übel. Deswegen sind zivile
94 Konfliktprävention und zivile Konfliktbearbeitung zentrale Anliegen grüner internationaler
95 Politik. Sie sind heute wichtiger denn je und gehören ins Zentrum der deutschen
96 Außenpolitik.

97 Wir erkennen jedoch an, dass es Situationen gibt, in denen zur Eindämmung von Gewalt, zur
98 Verhinderung schwerer Menschenrechtsverletzungen und zur kollektiven Friedenssicherung der
99 Einsatz von Militär geboten sein kann. Das Konzept der Schutzverantwortung der VN besagt,
100 dass es Aufgabe der internationalen Gemeinschaft ist, aktiv zu werden, wenn nationale
101 Regierungen nicht in der Lage oder willens sind, Menschen vor schweren
102 Menschenrechtsverbrechen zu schützen. Dabei geht es um die Pflicht zur Prävention, die
103 Pflicht zur Reaktion sowie die Pflicht zum Wiederaufbau. An erster Stelle muss immer die
104 Prävention stehen, also das Verhindern gewaltsamer Entwicklungen. Militärische Gewalt darf
105 nur das äußerste Mittel zur Eindämmung von Gewalt sein. Sie darf nur dann eingesetzt werden,
106 wenn alle anderen Maßnahmen keine Aussicht auf Erfolg haben und das Völkerrecht den Rahmen
107 vorgibt. Der Einsatz sollte eingebettet sein in klare Konzepte für die Zukunft des
108 betroffenen Staates. Ein stabiler Frieden setzt deutlich mehr als ein Ende der Gewalt
109 voraus.

110 Die Blockade des VN-Sicherheitsrats bei zentralen Entscheidungen muss durchbrochen und das
111 Gremium wieder handlungsfähig werden. Wird der VN-Sicherheitsrat nicht aktiv, sollte die
112 Generalversammlung der VN das Recht beanspruchen, mit qualifizierter Mehrheit den
113 Sicherheitsrat für blockiert zu erklären und an seiner Stelle friedenserzwingende Maßnahmen
114 nach Kapitel VII der VN-Charta zu beschließen. Gleichzeitig sollte der Sicherheitsrat so
115 reformiert werden, dass sich das Gleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten verbessert. Ein
116 gemeinsamer europäischer Sitz wäre hier ein wichtiger Schritt.

117 Wir wollen auch in diesem Zusammenhang die Vereinten Nationen politisch und materiell
118 stärken und unterstützen. Hierin sehen wir, neben der Landesverteidigung, auch eine wichtige
119 Aufgabe der Bundeswehr. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Jeder Kampfeinsatz
120 erfordert ein Parlamentsmandat und darf nur im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit
121 stattfinden. Dieser Parlamentsvorbehalt ist eine wichtige Vorgabe unserer Verfassung und
122 darf nicht relativiert werden.

123 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

124 _____

125 **Versprechen halten: 0,7 Prozent des BIP für die ärmsten Länder**

126 Der Kampf gegen weltweite Armut und wirksamer Klimaschutz müssen Hand in Hand gehen. Wir
127 wollen die Entwicklungsmöglichkeiten der ärmsten Länder ausbauen. Dazu gehört auch, dass
128 sich diese Länder besser an die Folgen der Klimakrise anpassen können. Wir werden das Ziel,
129 0,7 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen,
130 endlich umsetzen. Damit Deutschland seine Zusagen bis 2021 einhält, werden wir die
131 Entwicklungshilfe jedes Jahr erhöhen. Das wäre auch eine Politik, die Fluchtursachen
132 bekämpft.

133 _____

134 **Für ein Rüstungsexportgesetz keine Waffen in Krisenregionen**

135 Wir wollen Rüstungsexporte in Krisenregionen und an Staaten mit einer hoch problematischen
136 Menschenrechtsslage mit einem restriktiven und verbindlichen Rüstungsexportgesetz stoppen und
137 die bisherige Gesetzeslage verschärfen. Die Federführung bei Rüstungsexportgenehmigungen
138 wollen wir auf das Auswärtige Amt übertragen. Über die Exportgenehmigungen soll künftig die
139 gesamte Bundesregierung im Konsensprinzip entscheiden. In besonders heiklen Fällen soll der
140 Bundestag vorab über anstehende Genehmigungen informiert werden. Wir wollen
141 Nichtregierungsorganisationen ein Verbandsklagerecht einräumen, um genehmigte
142 Rüstungsexporte durch eine Klage überprüfen zu lassen. Auf europäischer Ebene kämpfen wir
143 darum, eine europaweite Rüstungsexportkontrolle voranzubringen.

144

145 **Für starke Vereinte Nationen - internationaler Schutzverantwortung gerecht werden**

146 Wir setzen auf eine Politik, die an den Menschenrechten und am Völkerrecht ausgerichtet ist.
147 Der zentrale Akteur auf globaler Ebene sind die Vereinten Nationen. In den bestehenden
148 Strukturen und ihrer derzeitigen Ausstattung können sie den wachsenden globalen
149 Herausforderungen nicht mehr gerecht werden. Dazu gehört die Prävention und zivile
150 Konfliktlösung. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) muss angesichts der
151 rasant wachsenden Flüchtlingszahlen auf der Welt lebensrettende Aufgaben besser wahrnehmen
152 können. Und die internationale Gemeinschaft muss aktiv werden, wenn nationale Regierungen
153 nicht in der Lage oder willens sind, ihre Bürger vor Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu
154 schützen. Wir wollen die Vereinten Nationen deshalb stärken, die Schutzverantwortung auch
155 wirklich wahrnehmen zu können. Deshalb wollen wir Reformen in den Strukturen der Vereinten
156 Nationen anstoßen und wir wollen sie besser ausstatten, personell und materiell.

157

WB-WH-01 Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

Wir machen den Welthandel fair

1 Die Globalisierung ist durch drastische Widersprüche geprägt. Sie macht die Beziehungen und
2 den Austausch zwischen Ländern enger. Nie war es so einfach, in ferne Länder zu reisen. Vom
3 Aufstehen bis zum Schlafengehen umgeben uns Produkte, die es ohne weltweiten Handel nicht
4 gäbe. Auch Wissenschaft und Kultur befruchten sich durch internationalen Austausch.
5 Deutschland profitiert von offenen Märkten. Hunderte Millionen Menschen in Asien, Afrika und
6 Südamerika konnten auch durch eine gesteuerte Integration in die Weltwirtschaft extreme
7 Armut überwinden.

8 Doch die Globalisierung hat eben auch eine anarchische, ungerechte und brutale Seite. In
9 vielen ärmeren wie reicheren Ländern werden Menschen in einer globalen Wertschöpfungskette
10 ausgebeutet oder gegeneinander ausgespielt. Wohlstandsgewinne sind sehr ungleich und
11 ungerecht verteilt – zwischen Staaten und innerhalb von Staaten. Die Zerstörung unserer
12 natürlichen Lebensgrundlagen hat sich durch die Globalisierung beschleunigt. Und die
13 entfesselten internationalen Finanzmärkte und große Konzerne haben einen zu großen Einfluss
14 auf politisches Handeln gewonnen. Deswegen ist unser Ziel, die Globalisierung auch durch die
15 Stärkung globaler Institutionen gerechter zu gestalten; zum Beispiel indem wir die
16 internationalen Finanzströme besser regulieren (à Kapitel: Wir teilen den Wohlstand
17 gerechter) und auch indem wir den internationalen Handel neu gestalten.

18 Hunderttausende Menschen in Deutschland und anderen Ländern Europas haben in den letzten
19 Jahren gegen TTIP, TISA und CETA, gegen eine Fortsetzung der neoliberalen Globalisierung von
20 oben demonstriert. Wir kämpfen an ihrer Seite.

21 Sowohl der nationalistische Weg, den Schattenseiten der Globalisierung mit Abschottung zu
22 begegnen, als auch der neoliberale Weg, Globalisierung ohne Regulation zu forcieren, führt
23 in den Abgrund. Wir stehen für einen anderen Weg – den Weg friedlicher und offener
24 Kooperation. Gerechter globaler Handel kann dafür sorgen, dass die Vorteile der
25 Globalisierung mehr Menschen zu Gute kommen.

26 Als exportorientierte Volkswirtschaft hat Deutschland eine besondere Verantwortung.
27 Deutschland muss deshalb dazu beitragen, dass die Europäische Union als der größte
28 Binnenmarkt selbstbewusst eine führende Rolle bei der Regulierung des Welthandels einnimmt
29 und zeigt, wie fairer Handel möglich ist. Den brauchen wir für eine sozial-ökologische
30 Transformation.

Gerechte Regeln für die Welt

32 Um Handel fair zu gestalten, müssen Regeln von allen Ländern gemeinsam verhandelt werden,
33 also multilateral. Das muss im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) geschehen. Denn
34 sonst machen die mächtigen Länder die Spielregeln und die Armen haben das Nachsehen. Damit
35 das gelingt, muss die WTO grundlegend reformiert und unter dem Dach der Vereinten Nationen
36 neu belebt werden.

37 Mit der Verabschiedung der globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und dem
38 Abschluss des Pariser Klimaschutzabkommens hat die Weltgemeinschaft zentrale Zielmarken zur

39 Bekämpfung von Hunger und Armut, zur Reduzierung von globaler Ungleichheit und für den
40 Erhalt unsere ökologischen Lebensgrundlagen gesetzt. Die Industriestaaten können und müssen
41 dabei im Sinne einer fairen Lastenteilung vorangehen.

42 Diese Zielmarken müssen auch für die Gestaltung des Welthandels und eine Reform der WTO
43 gelten.

44 So sollen alle am Welthandel Teilnehmenden die Kernarbeitsnormen der Internationalen
45 Arbeitsorganisation (ILO) einhalten. Vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt muss Arbeit
46 menschenwürdig sein und der weltweite Wettbewerb um die niedrigsten Löhne aufhören. Wir
47 haben das Ziel, in Zukunft sowohl mit entwickelten wie auch sich entwickelnden Staaten eine
48 neue Generation von fairen Handelsabkommen auszuhandeln. Durch ein Race to the Top von immer
49 höheren globalen Standards werden wir gute Arbeit garantieren und lokale Wertschöpfung
50 erhalten. Wir setzen damit in den fairen Handelsabkommen neben klassischen Handelsfragen
51 auch soziale und ökologische Standards - also unter anderem Regeln zur Vermeidung von
52 Steuerhinterziehung, für die Korruptionsbekämpfung, die Implementierung von internationalen
53 Sozial-, Klima- und Umweltnormen sowie die freie Gewerkschaftsbildung. Alle sind
54 gleichwertig einklagbar und sanktionierbar.

55 Die „Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer“ (G20) muss ebenfalls für eine
56 faire Globalisierung eintreten. Auch wenn sie langfristig an die Vereinten Nationen
57 rückgebunden werden sollte, kann es doch hilfreich sein, wenn die wirtschaftlich starken
58 Länder zusammenkommen, um über internationale Regeln zu beraten. Den Impulsen der G20 zur
59 Trockenlegung von Steuersümpfen und zur Kontrolle internationaler Finanzmärkte müssen aber
60 auch Taten folgen. Die nächste Bundesregierung muss nicht nur weiter ambitionierte Ziele im
61 Rahmen der G20 vorantreiben, sondern auch verbindliche Umsetzungsmechanismen über die
62 multilateralen Organisationen etablieren.

63 Jährlich sterben mehr Menschen an Hunger als an AIDS, Malaria und Tuberkulose zusammen
64 genommen. Wir werden den Kampf gegen den Hunger in der Welt fortführen, indem wir gegen die
65 exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln vorgehen und weiter auf eine dezentrale
66 Landwirtschaft setzen.

67 **Neustart bei den derzeitigen Handelsabkommen**

68 TTIP, CETA, TiSA oder andere Abkommen dieser Art sind so umstritten, weil hier die Rechte
69 der Bürgerinnen und Bürger zur Verhandlungsmasse wurden. Wir Grünen lehnen diese Abkommen in
70 ihrer jetzigen Form ab. Einige wenige große, länderübergreifende Konzerne profitieren,
71 kleine und mittlere Unternehmen haben das Nachsehen. Deshalb demonstrieren dagegen
72 Kleinbauern und -bäuerinnen in Burkina Faso genauso wie der bäuerliche Familienbetrieb in
73 Baden-Württemberg. Dabei sollten faire Handelsabkommen Umwelt-, Verbraucher- und Datenschutz
74 sowie Arbeitsnormen nicht schwächen, sondern international sichern und ausbauen.

75 Viele Kommunen fürchten, dass die öffentliche Daseinsvorsorge in Handelsabkommen nicht
76 ausreichend geschützt wird. Hier geht es um Krankenhäuser, die Wasserversorgung oder um die
77 kulturelle Vielfalt. Wenn Ausnahmen für öffentliche Dienstleistungen nicht klar definiert
78 sind, garantieren sie keinen ausreichenden Schutz. Vor allem sind diese Dienstleistungen
79 nicht vom Investitionsschutz ausgenommen – Klagen gegen die kommunale Daseinsvorsorge vor
80 einem Schiedsgericht würden so möglich.

81 Wir Grünen fordern, das Vorsorgeprinzip in allen Handelsverträgen zu verankern. Dieses
82 Prinzip stellt sicher, dass Produkte bei uns erst auf den Markt dürfen, wenn klar ist, dass
83 sie unbedenklich sind. Es sorgt dafür, dass in der EU zum Beispiel 1.300 Substanzen nicht
84 für den Einsatz in Kosmetika zugelassen sind. Gentechnisch veränderte Lebensmittel, Asbest
85 oder Hormonfleisch sind verboten. Sogenannte Investor-Staat-Schiedsverfahren oder ein
86 Investitionsgerichtssystem (ICS) sehen Klageprivilegien für Konzerne vor. Wir wollen

87 nicht, dass demokratisch beschlossene Gesetze wie etwa der Atomausstieg oder Regeln für
88 Aufdrucke auf Zigarettenpackungen dadurch unterlaufen werden. Für solche Verfahren gibt es
89 keine Begründung. Sonderklagerechte für Investoren und große Konzerne lehnen wir entschieden
90 ab. Wir setzen uns stattdessen für einen ständigen Handelsgerichtshof unter dem Dach der
91 Vereinten Nationen ein, der auch auf soziale, menschenrechtliche, umwelt- und klimarelevante
92 völkerrechtliche Verpflichtungen achtet.

93 **Fairer Handel bringt Chancen für ärmere Länder**

94 Fairer Handel kann eine nachhaltige Entwicklung in Gang setzen. Wenn wir Entwicklungsländern
95 Raum lassen, durch Zölle und Quoten ihre Märkte zu schützen, können sie ihre heimische
96 Wirtschaft aufbauen. Im Moment aber stoßen wir dem globalen Süden die Leiter weg, auf der
97 wir selbst unser heutiges Entwicklungsniveau erklommen haben. Subventionierte Importe aus
98 Europa können ganze Branchen in Entwicklungsländern zerstören. So hat zum Beispiel der
99 europäische Export von Milchpulver, Tomaten oder Hähnchenteilen die heimische Produktion in
100 Westafrika verdrängt. Die bestehenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den Ländern
101 Afrikas, der Karibik und des Pazifik sind nicht fair. Die EU sollte für Entwicklungsländer
102 Zölle auf verarbeitete Produkte senken, damit diese ihre Wirtschaften breiter aufstellen und
103 mehr Gewinn im Land halten können. Das schafft vor Ort Perspektiven jenseits von
104 Günstlingswirtschaft, Korruption oder der gefährlichen Flucht nach Europa.

105 Auch Unternehmen sind verantwortlich für die gesellschaftlichen Folgen ihres Handelns. Die
106 europäischen Staaten haben beschlossen, die Verantwortung und Sorgfaltspflichten verbindlich
107 zu regeln. Das ist ein hoffnungsvoller Schritt, doch es kann nicht der letzte sein. Die
108 gesamte Lieferkette muss gesetzlich verbindlich offengelegt werden. Selbstverpflichtungen
109 von Unternehmen wie im „Textilbündnis“ der Großen Koalition sind oft wirkungslos und reichen
110 nicht aus. Um fair produzierten Produkten aus der Nische zu helfen, fordern wir Grünen eine
111 bessere Kennzeichnung. So soll für Kundinnen und Kunden sofort erkennbar sein, welches
112 Produkt echte Entwicklungschancen schafft.

113 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

114

115 **Neustart für faire Handelsabkommen**

116 Handelsabkommen, die anders als TTIP und CETA, transparent verhandelt wurden und an
117 sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausgerichtet sind, können eine
118 gerechte Globalisierung fördern. Sie sollten Umwelt-, Verbraucher- und Datenschutz sowie
119 Arbeitsnormen international sichern. Wir fordern, das Vorsorgeprinzip in allen
120 Handelsverträgen zu verankern, und dabei kommunale Daseinsvorsorge, öffentliche und soziale
121 Dienstleistungen sowie Kultur auszunehmen. Statt Klageprivilegien für Konzerne fordern wir
122 einen ständigen Handelsgerichtshof unter dem Dach der Vereinten Nationen. Er soll auf
123 völkerrechtliche Verpflichtungen sowie die ILO-Kernarbeitsnormen achten. Wir wollen
124 multilaterale Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) wieder stärken.

125

126 **Lieferketten offenlegen für mehr Transparenz**

127 Auch Unternehmen sind verantwortlich für die gesellschaftlichen Folgen ihres Handelns.
128 Lieferketten müssen gesetzlich verbindlich offengelegt werden. Selbstverpflichtungen von
129 Unternehmen wie im „Textilbündnis“ der Großen Koalition sind oft wirkungslos und reichen
130 nicht aus. Wir wollen Opfern von Menschenrechtsverletzungen, die durch Unternehmen
131 verursacht wurden, zivilrechtliche Klagemöglichkeiten eröffnen. Beim Verstoß gegen diese
132 Sorgfaltspflichten drohen den Unternehmen Sanktionen.

133

134 **Hunger bekämpfen - Exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln eindämmen**

135

136 Noch immer hungern weltweit etwa 800 Millionen Menschen, die meisten davon in Südasien und
137 Afrika. Für die Ärmsten der Armen wird der Preis von Nahrungsmitteln schnell zur
138 Überlebensfrage. Doch Spekulationen mit Nahrungsmitteln führen zu Hunger und Leid. Das
139 wollen wir eindämmen. Dazu begrenzen wir die Menge, die ein einzelner Akteur von einem
140 Produkt am Markt kaufen darf. Um dem Hunger in der Welt wirksam zu begegnen, setzen wir uns
141 weiterhin ein für eine dezentrale Landwirtschaft, die agrarökologische Prinzipien in den
142 Vordergrund stellt. Sie gewährleistet die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Bäuerinnen und
143 Bauern, schützt die Biodiversität und unterstützt die regionalen Wirtschaftskreisläufe.

144

WB-FU-01 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 08.03.2017

Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

1 Die Zahl der Menschen auf der Flucht wächst von Jahr zu Jahr. Weltweit sind über 60
2 Millionen Menschen auf der Suche nach Schutz für sich und ihre Familien. Menschen fliehen
3 vor Krieg, politischer Vertreibung und Gewalt, immer häufiger auch vor den Folgen der
4 Klimakrise und Umweltzerstörung. Wir erleben die große Herausforderung der Fluchtbewegung an
5 den Grenzen Europas genauso wie hierzulande. Doch die meisten Menschen fliehen in Regionen
6 nahe ihrer Heimat, in der Hoffnung, zurückkehren zu können.

7
8 Aber Flucht ist etwas anderes als Einwanderung. Menschen sind schon immer gewandert.
9 Menschen auf der Flucht brauchen Sicherheit und unsere Hilfe. Für Menschen, die aus freien
10 Stücken in Deutschland leben und arbeiten möchten, braucht es Regeln wie ein
11 Einwanderungsgesetz (à Kapitel: Wir gestalten unser Einwanderungsland).

12 Unser Land hat in einer Zeit, wo andere Staaten sich weggeduckt haben, vielen Menschen
13 Zuflucht geboten. Wo einige tausende gegen Flüchtlinge gehetzt haben, haben Millionen
14 Menschen geholfen und dadurch gezeigt, wie stark die Zivilgesellschaft in Deutschland ist.
15 Auch die Mitarbeitenden in Verwaltungen und Institutionen sind über sich hinausgewachsen.
16 Viele Menschen in Deutschland haben selbst eine Fluchtgeschichte oder kennen die ihrer
17 Eltern und Großeltern nur zu gut.

18 Die deutsche Bundesregierung hat zuerst mit großer Humanität reagiert. Dafür hatte sie
19 unsere Unterstützung. Doch leider hat sie sich von dieser Politik abgewendet. Das Asylrecht
20 hat sie massiv verschärft, und zusammen mit anderen europäischen Regierungen betreibt sie
21 die Abschottung Europas. Während Trump plant, eine Mauer zu bauen, versteckt sich Europa
22 mittlerweile hinter Zäunen und Stacheldraht. Diese Abschottung ist nicht nur unmenschlich.
23 Sie verschärft auch auf Dauer die Probleme.

24 Wir wollen nicht zurück zur Situation des Jahres 2015. In der die Mitarbeiterinnen und
25 Mitarbeiter der Kommunen an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit waren, in dem tausende
26 Flüchtlinge nicht wussten, wo nun ihre neue Heimat ist, in dem mancher Flüchtling fünfmal
27 und andere gar nicht registriert wurden. Wir wollen wissen, wer nach Europa kommt, wir
28 wollen geregelte Verfahren und eine Kontrolle der europäischen Außengrenze. Nicht jeder, der
29 zu uns kommt, bleiben kann.

30 Das Asylrecht der Bundesrepublik ist eines der liberalsten der Welt - auch als Lehre aus der
31 deutschen Geschichte. Das Grundrecht auf Asyl werden wir entschlossen verteidigen. Das
32 Mittelmeer darf nicht weiter zum Massengrab werden. Wir lassen nicht zu, dass sich Europa
33 seiner Probleme entledigt, indem es Flüchtlinge in den Lagern Nordafrikas verelenden lässt.
34 Denn für uns ist eines klar: Flüchtlinge sind keine Ströme, Lawinen oder Wellen, es sind
35 Menschen. Menschen wie wir, mit Hoffnungen und Sorgen, mit Kindern und Familien, aber einem
36 Schicksal, das es weniger gut mit ihnen meinte als mit uns.

37 Wir wollen eine aktive Flüchtlingspolitik betreiben, die für Menschen auf der Flucht sichere
38 Wege schafft, Asylverfahren künftig binnen weniger Wochen durchführt, damit lange
39 Wartezeiten für Asylsuchende ein Ende haben, und diejenigen, die in Deutschland bleiben, gut
40 integriert.

41 **Unser Plan für eine aktive Flüchtlingspolitik**

42 Für uns besteht eine Flüchtlingspolitik aus vier Schritten. Erstens machen wir ernst mit der
43 Bekämpfung von Fluchtursachen. Die beste Flüchtlingspolitik ist eine, die Flucht unnötig
44 macht.

45 Zweitens sorgen wir durch legale Wege dafür, dass Flüchtlinge nicht länger ihr Leben in die
46 Hände krimineller Schlepperbanden legen müssen. Dafür wollen wir zum einen großzügige
47 Kontingente schaffen, die Flüchtlingen direkt aus den Flüchtlingslagern in den
48 Anrainerstaaten die legale Flucht nach Europa ermöglichen.

49 Der dritte, entscheidende Punkt sind schnelle, faire und rechtsstaatlich einwandfreie
50 Verfahren. Es muss schnell Klarheit darüber geschaffen werden, ob ein Asylantrag anerkannt
51 wird oder nicht. Erstversorgung und Unterbringung bis zur Verteilung sowie die
52 Identifizierung, die Registrierung und die Weiterverteilung der Schutzsuchenden auf die
53 Mitgliedstaaten sollten nach Möglichkeit bereits in den europäischen Hot Spots durchgeführt
54 werden. Hot Spots dürfen keine Flüchtlingslager werden. In ihnen muss eine menschenwürdige
55 Unterbringung gewährleistet werden, die insbesondere Rücksicht nimmt auf die Bedürfnisse von
56 Kranken und Kindern. Mit schnellen Verfahren und schneller Rückkehr können wir am Ehesten
57 verhindern, dass sich Menschen ohne Aussicht darauf in Deutschland bleiben zu können, auf
58 den Weg machen. Bei denen, die nicht bleiben können, hat für uns die Förderung der
59 freiwilligen Rückkehr den Vorrang vor Abschiebungen. Inakzeptabel sind dabei für uns
60 Abschiebungen in Krisen- und Konfliktregionen wie Afghanistan und Sammelabschiebungen, bei
61 denen das Schicksal des Einzelnen keine Rolle mehr spielt.

62 Viertens werden wir diejenigen, die bleiben, gut aufnehmen und tatkräftig dabei
63 unterstützen, unsere Sprache zu lernen, eine Wohnung und eine Arbeit zu finden, um
64 schließlich hier eine neue Heimat finden zu können.

65 **Fluchtursachen bekämpfen**

66 Die beste Flüchtlingspolitik ist und bleibt diejenige, die Menschen davor bewahrt, ihre
67 Heimat verlassen zu müssen. Eine Politik, die daran arbeitet, Perspektiven vor Ort zu
68 schaffen. Dazu muss Europa mehr zur Bewältigung der Krisen und Kriege in seiner
69 Nachbarschaft beitragen. Europa muss intensiver als bisher an einer Friedenslösung für
70 Syrien arbeiten, damit Menschen dort wieder eine Lebensperspektive haben. Humanitäre Hilfe
71 gehört unmittelbar dazu. Vor allem aber gilt: Ebenso wichtig wie Leid zu lindern ist es,
72 Leid zu verhindern. Zivile Krisenprävention muss daher ein zentrales Feld grüner
73 Außenpolitik bleiben.

74 Flucht hat ihre Ursachen auch in globaler Ungerechtigkeit, Korruption und schlechten
75 Lebensbedingungen aufgrund der Klimaerhitzung. Insbesondere in afrikanischen Ländern sind
76 die Auswirkungen der globalen Erhitzung drastisch. In einer solchen Situation können wir es
77 uns nicht leisten, weniger als die vereinbarten 0,7 Prozent des Bundeshaushaltes für
78 Entwicklungshilfe auszugeben. Klimapolitik ist Fluchtursachenbekämpfung. Wer mit der Kürzung
79 von Entwicklungshilfegeldern droht, verstärkt die Gründe von Flucht.

80 Um Menschen zu helfen, die sich bereits auf den Weg gemacht haben, muss die deutsche
81 humanitäre Hilfe in einer krisenhaften Zeit wie dieser auf weit über eine Milliarde Euro
82 stabilisiert werden und UN-Hilfsorganisationen wie das World Food Programme brauchen zudem
83 eine dem Bedarf entsprechende stabile Finanzierung. Länder wie Jordanien, Türkei, Pakistan,
84 Libanon, Äthiopien oder Kenia nehmen weltweit die meisten Flüchtlinge auf. Die
85 internationale Gemeinschaft darf diese Länder nicht im Stich lassen.

86 **Für eine menschliche und solidarische europäische Flüchtlingspolitik**

87 Alle europäischen Staaten müssen ihrer Verantwortung in Europa und der EU gerecht werden.
88 Europa hat in seiner langen Geschichte bewiesen, dass es mit den Folgen von Flucht und
89 Vertreibung umgehen und Menschen eine neue Heimat bieten kann. Eine menschliche
90 Flüchtlingspolitik muss die Beseitigung von Fluchtursachen, die Schaffung legaler Fluchtwege
91 nach Europa und die Seenotrettung im Fokus haben. Wir kämpfen für eine
92 menschenrechtskonforme und rechtsstaatliche EU-Flüchtlingspolitik, die sich durch einen
93 fairen Zugang zum Asylverfahren auszeichnet. Bei der Verteilung von Flüchtlingen zwischen
94 den Mitgliedstaaten der Union, durch die Grenzstaaten wie Italien und Griechenland entlastet
95 werden sollen, muss sowohl den Interessen der Aufnahmestaaten als auch denen der Flüchtlinge
96 Rechnung getragen werden. Wir wollen europaweit einheitlich gute Asylverfahren mit hohen
97 Standards implementieren. Dafür braucht es einen funktionierenden Verteilungsmechanismus und
98 mehr Solidarität unter den EU-Mitgliedstaaten.

99 Nach unserem Verständnis der europäischen Werte und der Solidarität ist es Aufgabe aller 27
100 Mitgliedstaaten, Flüchtlingen Schutz zu gewähren. Bisher ist es ein großes Problem der
101 Flüchtlingspolitik, dass sich einige EU-Staaten dieser Solidarität verweigern. Für dieses
102 Dilemma gibt es kein Patentrezept. Wir glauben aber, dass wir etwas bewegen können, wenn
103 Deutschland an anderen Stellen der Europapolitik mehr auf die Bedürfnisse anderer
104 europäischer Staaten eingeht.

105 Zur Not kann das auch bedeuten, dass sich nur einzelne Staaten innerhalb der EU im Sinne
106 einer offenen Flüchtlingspolitik koordinieren - aber eine dauerhafte Lösung ist das nicht.
107 Die gegenwärtige Abschottungspolitik der EU und vieler nationaler Regierungen gegenüber
108 Flüchtlingen ist menschenrechtlich verheerend, beschädigt die europäische Wertegemeinschaft,
109 verstärkt nationale Egoismen und bietet in keiner Weise Lösungen für die Fluchtursachen. EU-
110 Länder, die sich einer aktiven Aufnahme und den Standards für die Versorgung und die
111 Verfahren der Flüchtlinge verweigern, müssen die finanziellen Aufwendungen der anderen
112 Mitgliedstaaten mit tragen.

113 Der Flüchtlingsdeal mit der Türkei ist falsch. Er schirmt Europa nicht nur vor
114 Verantwortung, sondern Präsident Erdogan auch vor Kritik ab. Europa hat sich dadurch
115 gegenüber der Türkei erpressbar gemacht. Statt die Grenzen dicht zu machen, setzen wir auf
116 sichere Zugangswege nach Europa, etwa durch ein großzügiges EU-Kontingent bei der Aufnahme
117 von syrischen Flüchtlingen aus der Türkei. Zudem müssen Deutschland und die EU ihre
118 humanitäre Hilfe und finanzielle Unterstützung für Flüchtlinge in der Türkei ausbauen.

119 Die falsche Politik des EU-Türkei-Deals darf keine Blaupause für neue Abkommen mit Staaten
120 in Afrika und dem Nahen Osten sein. Derzeit bemühen sich die europäischen Regierungen darum,
121 eine Reihe weiterer solcher Abkommen zu schließen und die Grenzen damit schon weit vor
122 Europa in Afrika und im Nahen Osten zu schließen. Wir Grünen sind hingegen der Überzeugung,
123 dass stärkere Wirtschaftsbeziehungen, Austauschprogramme und zivilgesellschaftliches
124 Engagement ein besseres Modell sind, um mit nordafrikanischen Staaten in eine
125 Dialogpartnerschaft zu treten und - wo nötig - auch bei der Rückkehrpolitik gegenüber
126 abgelehnten Asylbewerbern gemeinsame Lösungen zu finden.

127 **Verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik für Deutschland**

128 Deutschland muss sich weiterhin seiner Verantwortung in der Flüchtlingspolitik stellen. Die
129 Bundesregierung hat die Entwicklung hoher Flüchtlingszahlen insbesondere aus Syrien viel zu
130 lange ignoriert und war insbesondere im Jahr 2015 an vielen Stellen überfordert. Ohne das
131 starke Engagement der Bürgerinnen und Bürger, von Kommunen und Vereinen wäre die Aufnahme
132 der vielen Bürgerkriegsflüchtlinge nicht möglich gewesen.

133 Im Herbst 2015 hatte Angela Merkel für die Aufnahme der Flüchtlinge unsere Unterstützung.
134 Mittlerweile hat ihre Regierung das Asylrecht beispiellos verschärft. Der Regierungspolitik

135 liegt der Irrglaube zu Grunde, dass ein unattraktives Asylrecht Flucht verhindert. Wir
136 halten auch die von der CDU/ CSU und SPD betriebene Ausweitung von „sicheren
137 Herkunftsstaaten“ für falsch. Unsichere Staaten lassen sich nicht per Gesetz für „sicher“
138 erklären. Gerade für Minderheiten wie Roma, LGBTIQ aber auch Oppositionelle oder
139 Journalistinnen und Journalisten sind viele Länder oft nicht sicher.

140 Wir Grünen stehen für die uneingeschränkte Bewahrung des individuellen Grund- und
141 Menschenrechts auf Asyl, das entspricht unserer Verantwortung in einer globalisierten Welt
142 und ist für uns ein Gebot der Menschlichkeit. Mit uns wird es deshalb keine Obergrenze
143 geben.

144 **Faire und rasche Verfahren**

145 Wir wollen Asylverfahren künftig binnen weniger Wochen durchführen, damit lange Wartezeiten
146 für Asylsuchende ein Ende haben. Aufnahmezentren in Baden-Württemberg und Thüringen zeigen
147 beispielhaft, wie es gelingt, zügige und gleichzeitig für die Flüchtlinge faire Verfahren zu
148 organisieren. Das wollen wir überall erreichen. Dafür haben wir das Fast & Fair-Verfahren
149 entwickelt. Der Antrag von Asylsuchenden soll beim Eintreffen in Deutschland sofort gestellt
150 und sofort bearbeitet werden. Um die Verfahren qualitativ weiterzuentwickeln und um allen
151 Asylantragstellerinnen und -antragsteller faire Verfahren zu ermöglichen, setzen wir darauf,
152 dass verpflichtend unabhängige Rechtsberatung von Anfang an stattfindet.

153 Asylbewerberinnen und Asylbewerber, deren Anträge im Bundesamt für Migration und Flucht
154 länger als ein Jahr im Verfahren sind, sogenannte Altfälle, sollen künftig eine
155 Aufenthaltserlaubnis bekommen. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass in asyl- und
156 aufenthaltsrechtlichen Verfahren das Kindeswohl vorrangig berücksichtigt und kinderbezogene
157 Fluchtgründe stärker anerkannt werden. Denn gerade die Lebenssituation der Kinder ist es,
158 die Familien oftmals veranlasst, ihrer Heimat den Rücken zu kehren.

159 **Die Integration von Flüchtlingen braucht gute Strukturen**

160 Für die Menschen, die hier Zuflucht finden, wollen wir ein Integrationsgesetz, das diesen
161 Namen auch verdient. Zugang zu Sprachkursen für alle von Beginn an eine möglichst dezentrale
162 Unterbringung von Geflüchteten und schneller Familiennachzug.

163 Menschen – insbesondere mit Kriegs- und Gewalterfahrungen – aufzunehmen ist eine
164 Herausforderung für Neuankommende und Einheimische. Jeden Tag leisten viele Haupt- und
165 Ehrenamtliche in unseren Kommunen Großartiges. Dieses Engagement muss flankiert werden von
166 mehr professioneller Hilfe im Bereich psychosozialer Betreuung von Flüchtlingen. Wir wollen
167 den Menschen das Ankommen erleichtern und ihnen unabhängig von Nationalität und
168 vermeintlicher Bleibeperspektive das Recht auf einen Integrationskurs geben. Der
169 Familiennachzug muss sofort wieder ermöglicht werden. Denn nur wer seine Nächsten in
170 Sicherheit und in seiner Nähe weiß, kann sich auf die neue Heimat mit aller Kraft einlassen.
171 Der grundgesetzlich garantierte, besondere Schutz gilt nicht nur für deutsche Familien.
172 Flüchtlinge werden oft schon allein durch ihre Wohnsituation ausgegrenzt. Deswegen brauchen
173 wir einen schnellen Wechsel von Massenunterkünften in Wohnungen und dafür ausreichend
174 bezahlbaren Wohnraum. Der kommt allen zugute, genauso wie eine Bildungsoffensive für mehr
175 gute Kindertagesstätten und Schulen. Menschen bringen nicht nur ihre Not, sondern auch ihre
176 Fähigkeiten und ihre Motivation mit, wenn sie bei uns Zuflucht suchen. Deswegen wollen wir
177 ihre Bildungs- und Berufsabschlüsse schneller und großzügiger anerkennen, ein verlässliches
178 Bleiberecht während und nach der Ausbildung schaffen und die Vorrangprüfung abschaffen, nach
179 der deutsche Bewerberinnen und Bewerber bei Ausschreibungen bevorzugt werden müssen.
180 Außerdem wollen wir die Beschränkungen aussetzen, die für Geflüchtete bei der Leiharbeit
181 gelten. Geflüchtete Frauen können bisher zu wenig an den Angeboten der
182 Arbeitsmarktintegration teilhaben. Dafür wollen wir niedrigschwellige Angebote schaffen – im

183 Bereich der Sprach- und Integrationskurse, als auch bei den Arbeitsagenturen. Dabei muss
184 ausreichend Kinderbetreuung angeboten werden.

185 Wir setzen uns zudem für eine realitätstaugliche Bleiberechtsregelung und eine sichere
186 Zukunftsperspektive für geduldete Menschen ein. Menschen ohne Aufenthaltsstatus sollen
187 Zugang zu Gesundheit und Bildung erhalten. Wohnsitzauflage und Residenzpflicht für
188 Flüchtlinge müssen wieder fallen. Das integrationsfeindliche Asylbewerberleistungsgesetz
189 wollen wir abschaffen und die Gesundheitskarte für alle Geflüchteten einführen. Dafür muss
190 der Bund den Ländern und Kommunen ausreichend Geld zur Verfügung stellen. In den grün
191 regierten Ländern haben wir die Kommunen nicht alleingelassen, sondern massiv unterstützt.
192 Frauen und Männer, die sich einer Zwangsverheiratung entziehen wollen, müssen ein
193 eigenständiges und dauerhaftes Rückkehrrecht erhalten.

194 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

195

196 **Das Sterben beenden, sichere und legale Fluchtwege schaffen**

197 Es muss sichere und legale Wege für Menschen auf der Flucht vor Krieg und Not geben.
198 Menschen sollen nicht länger auf unsicheren Booten ihr Leben riskieren oder an den Grenzen
199 Europas in schlecht ausgestatteten Lagern ausharren müssen. Deswegen wollen wir die
200 ausgesetzten Kontingente für Flüchtlinge und Seenotrettungsprogramme wieder einführen. Neben
201 dem Asylrecht, das wir unangetastet lassen, werden wir ein großzügiges Aufnahmeprogramm (UN-
202 Resettlement) des Bundes auflegen. Baden-Württemberg ist hier mit einem Kontingent für vom
203 IS verfolgte Frauen und Kinder vorangegangen. Wir setzen uns dafür ein, humanitäre Visa
204 einzuführen, die Menschen eine sichere Flucht ermöglichen.

205

206 **Familien zusammenführen**

207 Sorge und Angst um die Liebsten sowie jahrelange Trennung von Familienangehörigen sind
208 oftmals das größte Hindernis, in einer neuen Heimat anzukommen. Wir wollen deshalb die
209 grausame und für die Integration hinderliche Aussetzung des Familiennachzugs für Geflüchtete
210 wieder rückgängig machen. Auch für subsidiär geschützte Flüchtlinge wollen wir den
211 Familiennachzug ermöglichen. Außerdem werden wir mehr Personal an den deutschen Botschaften
212 einsetzen, um die Wartezeiten für Familienangehörigen-Visa zu verkürzen.

213

214 **Integration von Flüchtlingen anpacken, Kommunen besser ausstatten**

215 Viele der Menschen, die bei uns Schutz vor Krieg und Vertreibung suchen, können in
216 absehbarer Zeit nicht in ihre Heimat zurückkehren. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, ihnen
217 Perspektiven zu eröffnen. Die Grundlage dafür ist, dass sie schnellstmöglich an
218 Integrations- und Sprachkursen teilnehmen können - ohne Einschränkung durch den
219 Aufenthaltsstatus. Um Fehler der Vergangenheit zu vermeiden, wollen wir Ländern und Kommunen
220 ausreichend Ressourcen zur Verfügung stellen, damit sie diese Herausforderungen gut
221 bewältigen können. Nur wenn Integration von allen Ebenen gleichermaßen getragen wird, kann
222 sie gelingen. Dieser Verantwortung wollen wir gerecht werden.

223

WB-EW-01 Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

Wir gestalten unser Einwanderungsland

1 Schon immer hat Ein- und Auswanderung Deutschland geprägt und verändert, vor
2 Herausforderungen gestellt und uns als Gesellschaft weitergebracht. In einem Europa der
3 offenen Grenzen und in einer Welt, die durch Handel und Digitalisierung zusammengerückt ist,
4 in der Krisen und Konflikte zunehmen, ist die Migration von Fachkräften und Arbeitssuchenden
5 ein Teil unserer Realität.

6 Wir wollen diese Einwanderung vernünftig regeln und die Integration fördern, um das
7 friedliche Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und Religion zu
8 sichern. Wir empfinden es als Reichtum, wenn wir in uns selbst, unseren Familien,
9 Nachbarschaften und den Freundeskreisen unserer Kinder unterschiedlichen Kulturen begegnen.
10 Für uns zählt nicht, woher ein Mensch kommt, es zählt, wo wo sie oder er hinwill. Wir kennen
11 die Vorteile vielfältiger Gesellschaften: Sie entwickeln sich dynamischer und kreativer als
12 solche in Abschottung.

13 Deutschland ist im Wettbewerb um den Zuzug von Fachkräften und um die besten Köpfe aus aller
14 Welt bislang nur mäßig erfolgreich. Auch ist unser Aufenthaltsrecht nicht darauf
15 eingestellt, die Folgen des demografischen Wandels durch die Einwanderung von Arbeitskräften
16 zumindest abzumildern. Unser Einwanderungsrecht ist kompliziert, unübersichtlich und
17 überholt.

Ein modernes Einwanderungsrecht für ein modernes Einwanderungsland

19 Wir Grünen haben einen Vorschlag vorgelegt, um das Einwanderungsrecht zu liberalisieren und
20 zu entbürokratisieren, ohne die nachhaltige Entwicklung in anderen Ländern zu gefährden.
21 Fachkräfte, deren Ideen und Motivation unser Land dringend braucht, sollen einfacher als
22 bisher einen Arbeitsplatz in Deutschland suchen können. Wir werden Deutschland attraktiv
23 machen für ausländische Studierende und Menschen, die in Deutschland eine berufliche
24 Ausbildung absolvieren oder sich bei uns beruflich nachqualifizieren möchten. Sie sollen
25 ebenso wie Asylsuchende und Geduldete ihren Aufenthaltsstatus einfacher ändern können, um
26 sich dann als Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten einbringen zu können. Hier lebenden
27 Migrantinnen und Migranten soll es möglich sein, sich länger im Ausland aufzuhalten (etwa
28 aus beruflichen Gründen oder um sich im Herkunftsland zu engagieren), ohne ihren deutschen
29 Aufenthaltstitel zu verlieren. Das ist eine zeitgemäße Einwanderungspolitik.

30 Wir wollen, dass ein Einwanderungsgesetz durch die Einrichtung eines eigenständigen
31 Einwanderungs- und Integrationsministeriums flankiert wird, in dem alle migrations-,
32 flüchtlings- integrations- und staatsangehörigkeitsrechtlichen Abteilungen zusammengefasst
33 werden. Dies hat sich in grün-mitregierten Bundesländern bewährt.

Mehr Integration wagen

35 Integration stellt sowohl Anforderungen an die, die zu uns kommen, als auch an alle, die
36 schon länger hier leben. Für die, die zu uns kommen, bedeutet Integration der Erwerb der
37 deutschen Sprache, ein Zugang zu guter Bildung, die Eingliederung in den Arbeitsmarkt,

38 perspektivisch der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit sowie nicht zuletzt die
39 Integration in die demokratische Wertegemeinschaft.

40 Wir wollen Einwanderinnen und Einwanderern attraktive Rahmenbedingungen anbieten, denn nur
41 dann werden sie und ihre Familien sich für eine Zukunft in Deutschland entscheiden. Nur wer
42 einen sicheren Aufenthaltsstatus bzw. eine Bleibeperspektive hat, findet die nötige
43 Sicherheit, sich bei uns niederzulassen und sich ins politische und soziale Leben
44 einzubringen. Wir werden für eine qualitativ hochwertige Sprachförderung sorgen, die das
45 Ziel einer zeitnahen Eingliederung in den Arbeitsmarkt verfolgt. Wir wollen unbürokratische
46 Möglichkeiten für den Mit- bzw. den Nachzug von Familienangehörigen. Das Bildungssystem
47 werden wir so durchlässig gestalten, damit wir auch gegenüber Migrantinnen und Migranten das
48 Versprechen eines sozialen Aufstiegs über gute Bildung einhalten können. Wir werden die
49 Bildungs- und Berufsabschlüsse schneller und großzügiger anerkennen und ein verlässliches
50 Bleiberecht während und nach der Ausbildung schaffen.

51 Das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft, Religion und Kultur verlangt allen
52 Anpassungsleistungen ab. Das Band, das eine Gesellschaft der Vielfalt eint und zusammenhält,
53 ist unser Grundgesetz und seine Grundwerte. Bei der Akzeptanz von Grund- und Menschenrechten
54 und der Freiheit anderer kann es für niemanden Rabatt geben, gleich ob jemand aus Damaskus
55 oder aus Dresden kommt.

56 **Mehr Demokratie für die Einwanderungsgesellschaft**

57 Wir wollen, dass aus Ausländern möglichst bald Inländer mit gleichen Rechten und Pflichten
58 werden. Wir setzen uns für ein liberales Staatsbürgerschaftsrecht ein, das nicht nur
59 schnelle Einbürgerungen, sondern auch das sogenannte Geburtsrecht sowie den Doppelpass
60 ermöglicht. Wer in Deutschland geboren wird, ist für uns deutsch, wenn ein Elternteil einen
61 legalen Aufenthaltstitel besitzt. Wir wollen die willkürliche Regelung, sich zwischen zwei
62 Pässen entscheiden zu müssen, gänzlich abschaffen.

63 Einwanderinnen und Einwanderer sollen möglichst schnell und möglichst gleichberechtigt am
64 wirtschaftlichen, am kulturellen, am gesellschaftlichen und am politischen Leben teilhaben
65 können. Wir halten es daher für sinnvoll, dass auch Staatsangehörige eines Landes außerhalb
66 der Europäischen Union (Drittstaat) mit ständigem Wohnsitz in Deutschland an kommunalen
67 Wahlen teilnehmen können.

68 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

69 _____

70 **Ein Einwanderungsland braucht ein Einwanderungsgesetz**

71 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Deshalb werden wir ein Einwanderungsgesetz vorlegen.
72 Fachkräften ermöglichen wir ein Aufenthaltsrecht zur Arbeitssuche und schaffen dafür eine
73 Einwanderungsquote mit Punktesystem. Auch ein möglicher Spurwechsel zwischen Asyl und
74 Einwanderungsrecht hilft dabei, Fachkräfte zu gewinnen. So können Asylbewerber bei
75 entsprechender Qualifikation eine Arbeitserlaubnis erhalten. Wir wollen bestehende
76 Berufsabschlüsse besser anerkennen und die Arbeitsaufnahme in Deutschland erleichtern.

77 _____

78 **Hier geboren, hier zu Hause ☒ für ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht**

79 Ein zeitgemäßes Staatsbürgerschaftsrecht muss den Realitäten einer globalisierten Welt
80 gerecht werden. Deshalb wollen wir den Erwerb der Staatsangehörigkeit nach dem
81 Geburtsortprinzip verwirklichen. Wer in Deutschland geboren wird, ist deutsch, wenn sich ein
82 Elternteil hier legal aufhält. Alle, die auch eine andere Staatsangehörigkeit besitzen,
83 müssen sich nicht mehr zwischen der einen oder der anderen entscheiden. Wir wollen

84 Einbürgerungen erleichtern. Alle Menschen, die ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht und
85 ausreichende Deutschkenntnisse haben, sollen schneller einen Anspruch auf die deutsche
86 Staatsangehörigkeit haben.

87

88 **Einwanderinnen und Einwanderern eine Stimme geben**

89 Demokratie und Beteiligung muss in einem Einwanderungsland entlang der Vielfalt der Menschen
90 organisiert werden. Mehr Demokratie heißt für uns auch, dass mehr Menschen mitmachen und
91 sich beteiligen dürfen. So wollen wir das kommunale Wahlrecht nach dem Wohnortprinzip regeln
92 und nicht nach der Staatsbürgerschaft. Dann können auch diejenigen an kommunalen Wahlen
93 teilnehmen, die keinen deutschen oder EU-Pass aber ihren ständigen Wohnsitz hier haben.
94 Menschen, die hier leben, sollen auch mitbestimmen, wie wir zusammenleben.

95

FH-01 Freiheit im Herzen

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

Freiheit im Herzen

1 Deutschland ist heute ein weitgehend offenes und tolerantes Land. Die Menschen können selbst
2 bestimmen, wie sie leben wollen. Sich in den vergangenen Jahrzehnten zu öffnen, hat
3 Deutschland gut getan. Die Vielfalt ist ein Reichtum, die unser Land lebendig macht und
4 wachsen lässt.

5 Doch diese offene Gesellschaft wird gerade massiv in Frage gestellt. Religiöse und
6 politische Fanatiker fordern den Rechtsstaat mit terroristischen Anschlägen heraus.
7 Rechtsnationale spalten die Menschen in ein völkisches „die“ und „wir“. Sie wollen zurück
8 ins gesellschaftliche Vorgestern. Durch die sozialen Medien rollen Wellen von Hass und
9 Hetze. Dagegen setzen wir Grünen: Keine Toleranz der Intoleranz! Wir kämpfen für Vielfalt,
10 Offenheit und ein friedliches Zusammenleben. Wir werden überall da aktiv, wo der Rechtsstaat
11 angegriffen wird. Denn nur ein starker Rechtsstaat gewährt Sicherheit und schützt die
12 Freiheit.

13 Deutschland 2017 gründet auf Vielfalt und Gleichberechtigung. Mit uns gibt es keinen
14 Rückfall in eine Gesellschaft, in der Richterinnen oder Automechanikerinnen nicht vorgesehen
15 waren und alleinerziehende Eltern schief angeschaut wurden. Kein Zurück in eine Zeit, in der
16 Männer, die Männer lieben, und Frauen, die Frauen lieben, zu einem öffentlichen Skandal
17 wurden. Wir verteidigen unsere Demokratie und die offene Gesellschaft gegen ihre Feinde,
18 ganz gleich aus welcher Ecke Hass und Homophobie, Sexismus, Rassismus und Antisemitismus
19 kommen.

20 Wir werden Freiheiten weiter ausbauen, Diskriminierung abbauen und die Gleichstellung in
21 unserem Land vorantreiben. Denn immer noch wird heute einigen Menschen das Recht
22 abgesprochen, gleichberechtigt dazuzugehören.

23 Deutschland ist ein sicheres Land. Wir wollen, dass es so bleibt. Wo Bedrohungslagen sich
24 wandeln, reagieren wir mit einer Sicherheitspolitik, die wirksam neue Bedrohungen abwehrt,
25 indem sie geltendes Recht effizient anwendet – statt mit politischen Placebos. Wir statten
26 Polizei und Sicherheitsbehörden besser aus – mit mehr Personal, einer guten Aus- und
27 Weiterbildung und zeitgemäßer Technik. Fehlerquellen werden wir schonungslos aufdecken und
28 abstellen, Gesetze ändern wir dort, wo sie lückenhaft sind, nicht auf Verdacht. Wir schützen
29 den öffentlichen Raum als Ort, in dem sich alle unbefangen und ohne Angst bewegen können.
30 Wir sind überzeugt, dass ein starker Rechtsstaat gleichzeitig Bedrohungen effektiv abwehren,
31 Grundrechte schützen und unsere Freiheit bewahren kann.

32 Wir wollen Humanität und Zusammenhalt stärken im Wissen, dass zu einer Demokratie der
33 Kompromiss genauso gehört wie der Respekt voreinander. Unser Leitbild ist das Grundgesetz.
34 Menschenwürde und die persönliche Freiheit des anderen zu achten, gleiche Rechte für Frauen
35 und Männern sowie Religionsfreiheit und Religionskritik sind Fundamente unserer Demokratie.
36 Die Rechte unseres Grundgesetzes gelten für jede und jeden gleichermaßen, ohne Einschränkung
37 oder Relativierung. Sie zu schützen ist unsere Verpflichtung und eine Lehre aus den
38 dunkelsten Kapiteln der deutschen Geschichte.

39 Demokratie lebt von Vertrauen. Vertrauen in diejenigen, die die Bürgerinnen und Bürger im
40 Parlament vertreten sowie Vertrauen in die demokratischen Institutionen. Wir wollen das
41 Vertrauen in die politische Kultur stärken und zurückgewinnen. Wir stehen ein für faire
42 Debatten, einen respektvollen Wettstreit um die besten Wege und eine erfolgreiche Suche nach
43 Kompromissen.

FH-TV-01 Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

1 Unsere Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert. In unseren Dörfern
2 und Städten begegnen sich Menschen mit und ohne Glauben, verschiedenen Hautfarben und
3 Geschlechtern. An unseren Schulen bringen Kinder unterschiedlichster Herkunft ihre
4 Geschichten und Biografien ein. In Unternehmen arbeiten Junge und Alte, Frauen und Männer
5 aus vielen Kulturen miteinander. Es gibt in unserem Land Familien, in denen über drei
6 Generationen hinweg verschiedene Religionen und Sprachen durch Partnerschaft und Ehe
7 zusammengekommen sind. Diese Vielfalt bereichert unser Land. Wir Grünen schauen auch hin,
8 wenn Unterschiede zu Spannungen und Problemen führen. Ein friedliches Zusammenleben in
9 Vielfalt muss gut organisiert werden, mit klaren und gleichen Regeln für alle. Das ist eine
10 gemeinsame Aufgabe, die uns allen etwas abverlangt und von der wir alle profitieren.

11 Menschenfeindliche Ideologien verhindern Integration und gefährden den gesellschaftlichen
12 Frieden – egal ob sie Rassismus, Islamismus, Antisemitismus oder Antiziganismus heißen.
13 Solchen Angriffen stellen wir Grünen uns mit aller Entschlossenheit entgegen. Wir stehen für
14 eine Gesellschaft, in der jede und jeder sicher und selbstbestimmt leben kann und die
15 individuelle Freiheit sowie die persönliche Identität geschützt sind. Sie erfahren erst dort
16 eine Grenze, wo die individuelle Freiheit anderer eingeschränkt wird. Unser Ziel ist eine
17 inklusive Gesellschaft, die in ihrer Vielfalt zusammenhält und die Menschen vor
18 Diskriminierung schützt. In der alle Menschen die gleichen Rechte und Pflichten haben, in
19 der alle am sozialen und demokratischen Leben gleichberechtigt teilhaben können.

20 In einer offenen Gesellschaft müssen Konflikte friedlich und demokratisch ausgetragen
21 werden. Deshalb wollen wir das Wissen über Demokratie in unseren Bildungseinrichtungen
22 stärken. Wir fördern, dass sich in Sportvereinen, Museen, Theatern oder Behörden
23 gesellschaftliche Vielfalt abbildet. Im Alltag kommt es immer noch oft zu Benachteiligungen
24 gegenüber einzelnen Gruppen und Personen. Wir wollen daher das Allgemeine
25 Gleichbehandlungsgesetz (AGG) reformieren und ein Verbandsklagerecht einführen. Roma und
26 Sinti sind seit Jahrhunderten in vielen Ländern Europas ganz besonders rassistischen
27 Anfeindungen und Ausgrenzungen ausgesetzt – auch bei in Deutschland. Es wird Zeit, dass wir
28 uns als Gesellschaft mit der Situation von Sinti und Roma ehrlich institutionell
29 auseinandersetzen.

Ein klarer Rahmen für das friedliche Zusammenleben der Religionen

31 Eine vielfältige, offene Gesellschaft baut auf die Grundrechte des Grundgesetzes. Sie halten
32 unsere Gesellschaft in ihrer Vielfalt zusammen und sichern das friedliche Zusammenleben.
33 Dazu gehört, dass Menschen ungeachtet ihrer Herkunft, Kultur und Weltanschauung
34 selbstbestimmt leben und sich gegenseitig respektieren. Das gilt sowohl für diejenigen, die
35 neu dazukommen, als auch für diejenigen, die schon lange hier leben.

36 Alle Menschen müssen die Freiheit haben, ihren Glauben zu leben, keinen Glauben zu haben
37 oder gemeinsam einen Glauben zu pflegen – seien sie jüdisch oder christlich, muslimisch oder
38 alevitisch, Humanist*innen, Atheist*innen oder frei von religiös-weltanschaulichem
39 Bekenntnis. Religiöse Lehren, Praktiken und Traditionen dürfen kritisiert werden, auch in

40 der Kunst. Die Zahl der Menschen ohne organisierte religiöse Bindung ist gestiegen. Nicht
41 nur ihnen, auch der wachsenden Vielfalt der Bekenntnisse in Deutschland wollen wir gerecht
42 werden, etwa in der Wohlfahrtspflege oder der öffentlichen Trauerkultur.

43 Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften können eine wichtige Säule einer lebendigen
44 Demokratie sein. Viele Menschen engagieren sich aus ihrem Glauben heraus gemeinsam mit uns
45 für Geflüchtete, eine saubere Umwelt, weltweite Gerechtigkeit oder gegen Armut in ihrer
46 Nachbarschaft. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen
47 Zusammenhalt.

48 Zu Pluralität und Demokratie gehört, dass sie sich Kritik und dem öffentlichen Diskurs
49 stellen, eigene Ansichten nicht verabsolutieren und insofern nicht fundamentalistisch
50 agieren. Egal wie wichtig es dem Einzelnen ist und um welches religiöses Bekenntnis es geht:
51 Kein heiliges Buch steht über dem Grundgesetz. Religiösem Extremismus und Fanatismus stellen
52 wir uns entschieden entgegen.

53 Für uns Grünen gehört auch der Islam zu Deutschland. Wir wollen islamische Gemeinschaften,
54 die ihren Glauben als Teil der offenen Gesellschaft leben, mit Imamen und islamischen
55 Religionslehrer*innen, die an deutschen Hochschulen ausgebildet worden sind. Islamische
56 Gemeinschaften können und sollen als Religionsgemeinschaften anerkannt werden, wenn sie die
57 rechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllen: orientiert am religiösen Bekenntnis und nicht
58 politisch oder sprachlich begründet. Sie können dann auch den Körperschaftsstatus erlangen
59 und gegenüber den Kirchen gleichberechtigt werden. Die vier großen muslimischen Verbände
60 DİTİB, Islamrat, Zentralrat der Muslime, V.I.K.Z. erfüllen aus grüner Sicht zum
61 gegenwärtigen Zeitpunkt nicht die vom Grundgesetz geforderten Voraussetzungen. Wenn sie sich
62 neu aufstellen, können sie zu islamischen Glaubensgemeinschaften in Deutschland werden. Es
63 ist jedoch inakzeptabel, dass Verbände aus dem Ausland gesteuert und zu politischen Zwecken
64 bis hin zu Spitzeltätigkeiten genutzt werden.

65 **Endlich gleiche Rechte**

66 Die Eingetragene Lebenspartnerschaft hat die Akzeptanz von Lesben und Schwulen deutlich
67 gestärkt, sie aber rechtlich nicht gleichgestellt. Deutschland ist hier der Zeit hinterher.
68 Wir Grünen wollen die Ehe endlich für alle öffnen und gleichgeschlechtlichen Paaren die
69 Adoption ermöglichen. Kinder aus allen Familienformen wollen wir gleichbehandeln und
70 unterstützen.

71 Wir setzen uns für ein neues Transsexuellenrecht mit einfachen Verfahren zur Änderung des
72 Vornamens und Berichtigung des Geschlechtseintrages ein. Wir wollen auch sicherstellen, dass
73 geschlechtszuweisende und -anpassende Operationen an minderjährigen intersexuellen Menschen
74 nur mit ihrer Einwilligung durchgeführt werden. Mit einem bundesweiten Aktionsplan für
75 Vielfalt und gegen Homo- und Transphobie wollen wir Forschung, Prävention, Aus- und
76 Fortbildung bei Polizei und Justiz sowie für eine sensible Opferhilfe verbessern. Bildungs-
77 und Jugendpolitik soll Menschenrechtsbildung sowie Themen wie die Vielfalt sexueller
78 Identitäten stärker berücksichtigen. In den Landesregierungen haben wir hier auch gegen
79 Widerstände klare Akzente gesetzt, zum Beispiel mit den Bildungsplänen zur sexuellen
80 Vielfalt in Baden-Württemberg und in Hessen.

81 **Barrierefrei und gleichberechtigt leben**

82 Wir Grünen streiten für eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderungen
83 selbstbestimmt leben und teilhaben können. Jede und jeder soll die Unterstützung erhalten,
84 die jeweils benötigt wird. Inklusion ist ein Menschenrecht. Das Bundesteilhabegesetz der
85 Großen Koalition erfüllt diesen Anspruch noch nicht. Menschen mit Behinderungen erleben
86 immer wieder Einschränkungen: auf dem Bahnhof, wenn Fahrstühle fehlen, wenn die Kosten für
87 Gebärdensprachdolmetschung nicht übernommen werden oder bei der Wahl des Wohnortes. Wir

88 wollen den Mehrkostenvorbehalt abschaffen und die Bedingungen für den Ausbau des
89 selbständigen Wohnens mit Assistenz sowie des Betreuten Wohnens weiter verbessern.
90 Integrationsunternehmen sollen ausgebaut werden als echte Alternativen zu den Werkstätten.
91 Wer auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten möchte, muss die dafür notwendige
92 Unterstützung erhalten. Die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen
93 mit Behinderungen muss endlich auch in Deutschland umgesetzt werden.

94 **Für eine Drogenpolitik, die auf Prävention, Jugendschutz und Selbstbestimmung setzt**

95 Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik. Es ist längst klar, dass
96 Kriminalisierung und Repression keine erfolgreichen Mittel gegen den Konsum und Missbrauch
97 von Drogen sind. Die Ideologie geleitete Verbotstradition des Konsums von Cannabis
98 verursacht mehr Probleme, als sie bekämpft. Statt sinnfreier Strafverfolgung, die zudem
99 viele Millionen Euro kostet, setzen wir auf Prävention für Kinder und Jugendliche, eine
100 Stärkung der Suchthilfe für Abhängige und eine strenge Regulierung von Cannabis für
101 Erwachsene. Unser Cannabiskontrollgesetz weist den Weg, wie individuelle Freiheit für
102 Erwachsene und strikter Jugendschutz in eine ausgewogene Balance gebracht werden können. Wir
103 wollen einen Jugendschutz mit strengen Kontrollen, mehr Prävention und die Vermeidung von
104 Gesundheitsrisiken für erwachsene Konsumenten durch Regulierung und Kontrolle der Qualität.

105 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

106

107 **Gleiche Rechte für gleiche Liebe – jetzt Ehe für alle öffnen!**

108 Ohne die volle Gleichstellung von homosexuellen Paaren bleibt jedes Reden über Toleranz
109 heiße Luft. Für uns Grüne war es ein großer Erfolg, die eingetragene Lebenspartnerschaft
110 einzuführen, aber noch sind wir nicht am Ziel. Noch immer bestehen Diskriminierungen. Wir
111 wollen diese Ungleichbehandlung lesbischer und schwuler Partnerschaften beenden und längst
112 überfällig die Ehe für alle Paare öffnen. Gleiche Liebe verdient gleichen Respekt und
113 gleiche Rechte.

114

115 **Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen**

116 Wir wollen die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen stärken. Dafür werden wir die
117 VN-Behindertenrechtskonvention konsequent umsetzen. Wir wollen, dass es keine Sonderwelten
118 gibt, sondern Menschen mit und ohne Behinderung sich begegnen. Behinderte Menschen sollen
119 freier darüber entscheiden können, wo und wie sie wohnen. Auch darüber, welche Assistenz,
120 Pflege oder pädagogische Unterstützung sie möchten. Damit Werkstätten für Behinderte nicht
121 die einzige Arbeitsmöglichkeit sind, unterstützen wir Menschen mit Behinderungen besser bei
122 Bildung, Ausbildung und Arbeit.

123

124 **Klare Regeln schaffen statt kriminalisieren – Cannabiskontrollgesetz einführen**

125 Für Anbau, Handel und Abgabe von Cannabis wollen wir ein klar geregeltes und kontrolliertes
126 System schaffen. Dabei greifen – im Gegensatz zu heute – Verbraucher- und Jugendschutz sowie
127 Suchtprävention. Inhaltsstoffe sollen zukünftig überwacht und Altersbeschränkungen
128 eingehalten werden. Der Verkauf von Cannabis soll unter strenger Wahrung des Jugendschutzes
129 durch lizenzierte private Verkäuferinnen und Verkäufer erfolgen. So trocken wir den
130 Schwarzmarkt aus. Das entlastet Strafverfolgungsbehörden von zeitraubenden, kostspieligen
131 und ineffektiven Massenverfahren. Therapie- und Hilfsangebote wollen wir bedarfsgerecht
132 ausbauen.

FH-GB-01 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

1 Die Hälfte der Macht den Frauen, das ist seit unserer Gründung unser Anspruch. Gemeinsam mit
2 vielen mutigen, engagierten Frauen und so manchem Mann, der diese Zustände auch nicht
3 akzeptieren wollte, haben wir Grünen in den vergangenen 35 Jahren einiges erreicht. Wir
4 haben Themen in den Bundestag getragen, die zunächst verlacht und dann Jahrzehnte später
5 doch umgesetzt wurden. Vergewaltigung in der Ehe ist heute strafbar. Diskriminierung ist
6 verboten. Frauen sind heute oft sehr gut ausgebildet und beanspruchen selbstbewusst und
7 selbstverständlich ihren Platz in vielen Bereichen unseres Zusammenlebens. Mädchen machen
8 gute Schulabschlüsse. Wir haben Gesetze, die Hürden abbauen und Gleichberechtigung fördern.

9 Und dennoch glauben wir, dass es heute mehr denn je einen neuen feministischen Aufbruch
10 braucht. Die Welle des Rechtsnationalismus, die über die USA und Europa rollt, richtet sich
11 auch gegen die Freiheit, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung von Frauen: In den USA
12 regiert ein Präsident, der aus seiner Frauenverachtung keinen Hehl macht. In Polen konnte
13 ein Gesetz gegen Abtreibung nur knapp verhindert werden. In Deutschland macht die AfD gegen
14 Gleichstellung und Gender Mainstreaming mobil und will Frauen am liebsten wieder auf die
15 Rolle am Herd reduzieren.

16 Wir wollen diesen alten und neuen Frauenfeinden keinen Millimeter nachgeben. Wir wollen
17 nicht zurück in eine Gesellschaft, in der alleinerziehende Mütter schief angeschaut wurden
18 und andere über das Leben von Frauen glaubten bestimmen zu können. Wir wollen stattdessen
19 die noch bestehenden Ungerechtigkeiten beseitigen. Wir wollen mehr. Und unsere Gesellschaft
20 kann mehr. Chancen, Macht, Geld und Zeit wollen wir endlich gerecht zwischen Frauen und
21 Männern teilen. Pflegerinnen und Erzieherinnen werden schlecht bezahlt, vor allem schlechter
22 als vergleichbare "Männerberufe". Das Dienstleistungsprekariat ist überwiegend weiblich. Das
23 werden wir ändern, auch wenn es Zeit braucht. Anfangen müssen wir jetzt.

24 Wir wollen, dass Frauen endlich genauso viel verdienen wie Männer. Wir wollen Mädchen und
25 Jungen die gleichen Chancen eröffnen. Wir wollen, dass niemand Frauen vorschreibt, wie sie
26 zu leben haben, was sie werden wollen, wie sie sich kleiden – keine religiösen Ideologen,
27 kein Staat, keine alten Patriarchen. Wir treten Gewalt gegen Frauen entgegen. Sexistische
28 Bemerkungen, anzügliche Sprüche, körperliche Belästigung hat fast jede Frau schon erlebt.
29 Das wollen wir nicht länger akzeptieren.

30 Wir kämpfen dabei für die Selbstbestimmung von allen Frauen. Wir wissen, dass es mehrfache
31 Diskriminierungen gibt. Eine Frau Özlem hat größere Probleme auf dem Arbeitsmarkt als Frau
32 Müller. Wir wollen, dass es jeder Frau möglich ist, so zu leben, wie sie es möchte. Wir
33 wenden uns gegen alle Versuche, Frauenrechte zu missbrauchen, um die Angst von zugewanderten
34 Menschen zu schüren oder für fremdenfeindliche Argumentationen zu instrumentalisieren.

35 **Die Hälfte der Kohle den Frauen!**

36 Uns Grünen geht es darum, dass Frauen und Männer so leben können, wie sie es wollen. Zu den
37 Voraussetzungen gehört, dass Frauen am gesellschaftlichen Wohlstand, am Einkommen und
38 Vermögen gleichberechtigt teilhaben. Da gibt es in Deutschland noch einiges zu tun. Mehr
39 Frauen denn je sind berufstätig. Aber viel zu oft arbeiten sie in Minijobs oder prekärer

40 Beschäftigung. Sie verdienen weniger als Männer. Soziale Berufe, in denen überwiegend Frauen
41 arbeiten, werden schlecht bezahlt. Die Renten vieler Frauen sind jetzt schon niedrig, und
42 das wird sich in Zukunft eher noch verschlechtern. Das ist ungerecht. Und es schadet uns
43 allen. Grüne Frauenpolitik unterstützt Frauen darin, wirtschaftlich unabhängig zu sein und
44 sich im Job zu verwirklichen. Denn wer eigenes Geld verdient, kann sein Leben selbst
45 gestalten.

46 Wir wollen ein effektives Entgeltgleichheitsgesetz, das auch für kleine Betriebe gilt. So
47 können Tarifverträge und Vereinbarungen auf Diskriminierung überprüft werden. Unser Ziel ist
48 es Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln und dafür zu sorgen,
49 dass die Beiträge durch Steuern und Abgaben sowie soziale Leistungen so aufeinander
50 abgestimmt werden, dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Dabei darf die Belastung mit
51 Steuern und Abgaben nicht sprunghaft steigen. Und wir streiten dafür, typische Frauenberufe
52 in der Erziehung, in der Pflege oder im Gesundheitssystem aufzuwerten und besser zu
53 bezahlen.

54 Eine große Hürde für die Erwerbstätigkeit von Frauen ist das Ehegattensplitting. Wenn
55 Menschen füreinander Verantwortung übernehmen und heiraten oder sich verpartnern, dann soll
56 das auch im Steuerrecht honoriert werden. Aber das Ehegattensplitting ist unmodern und
57 bildet die vielen Formen partnerschaftlichen Zusammenlebens nicht ab. Es ist auch das
58 Ehegattensplitting, das finanzielle Anreize setzt für keine oder nur geringfügige
59 Beschäftigung, für kleine Teilzeitjobs mit nur wenigen Arbeitsstunden und birgt erhebliche
60 Armutsrisiken in sich. Aus diesen Gründen werden wir zur individuellen Besteuerung übergehen
61 und das Ehegattensplitting durch eine gezielte Förderung von Familien mit Kindern ersetzen.
62 Dabei soll das neue Recht nur für Paare, die nach der Reform heiraten oder sich verpartnern,
63 gelten. Für Paare, die bereits verheiratet oder verpartnert sind, ändert sich nichts. Die
64 Reform des Ehegattensplittings werden wir mit Verbesserungen bei den Leistungen für Familien
65 verknüpfen, damit Ehen mit Kindern nicht schlechter dastehen.

66 Frauen und Männer wünschen sich, Aufgaben im Beruf und zu Hause partnerschaftlich zu teilen.
67 Diesen Wunsch zu verwirklichen, wird im Alltag für viele Paare deutlich schwieriger, wenn
68 Kinder kommen. Das gilt vor allem für die Frauen. Denn sie übernehmen nach wie vor den
69 Großteil der Arbeit im Haushalt und der Fürsorge für Kinder und Pflegebedürftige. Grüne
70 Zeitpolitik unterstützt Menschen dabei, die Sorge für andere und die Anforderungen im Job
71 unter einen Hut zu bringen und die Aufteilung dieser Arbeit zwischen Männern und Frauen fair
72 zu verteilen. Für Kinderbetreuung, Pflege und Weiterbildung soll es möglich sein, finanziell
73 abgesichert die Arbeitszeit zu reduzieren. Mit der „flexiblen Vollzeit“ können Beschäftigte
74 ihre Arbeitszeit um bis zu zehn Wochenstunden reduzieren und wieder erhöhen. Frauen, die
75 nach einer Familienphase wieder in den Beruf einsteigen wollen, brauchen bessere
76 Unterstützung: Wir wollen deshalb endlich das Rückkehrrecht auf Vollzeit einführen.

77 Aber wir führen auch den Kampf weiter, in den Führungsgremien endlich Gleichberechtigung zu
78 schaffen. Diese sind in Deutschland weitgehend Männerrunden. Daran ändert das bisherige
79 Quotengesetz nur wenig: Es gilt für ganze 101 Unternehmen. Wir wollen das ändern, mit einer
80 40-Prozent-Quote für die 3.500 börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen. So zieht
81 Vielfalt in die Führungsetagen ein.

82 **Gewaltfrei leben**

83 Gewalt gegen Frauen ist immer noch ein großes Problem in unserer Gesellschaft. Sexistische
84 Bemerkungen, anzügliche Sprüche, körperliche Belästigung hat fast jede Frau schon erlebt.
85 Bedrohungen, sexuelle Übergriffe und Gewalt gegen Frauen sind widerliche Taten. Sie müssen
86 konsequent verfolgt und bestraft werden, egal wer sie begeht.

87 Frauen sind oft im eigenen Zuhause, also dort, wo sie am sichersten sein sollten, von Gewalt
88 betroffen. Die meisten Übergriffe geschehen in der Partnerschaft, durch Verwandte und
89 Freunde. Vielen Frauen und ihren Kindern bleibt trotz der Hilfe durch das Gewaltschutzgesetz
90 keine andere Wahl als der Weg in ein Frauenhaus. Aber weder die Zahl der Plätze in
91 Frauenhäusern noch die Hilfs- und Beratungsangebote sind derzeit ausreichend. Das wollen wir
92 ändern. Wir wollen für eine sichere Finanzierung von Frauenhäusern unter Beteiligung des
93 Bundes sorgen und damit sicherstellen, dass keine Frau in Not abgewiesen werden muss.

94 Wir akzeptieren es nirgendwo, wenn ein Klima der Bedrohung für Frauen entsteht. Die
95 Unbefangenheit und Angstfreiheit im öffentlichen Raum, der sichere nächtliche Bummel durch
96 die Stadt – das ist gelebte Freiheit, die wir Grünen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln
97 verteidigen. Der öffentliche Raum gehört allen, alle müssen sich dort aufhalten können,
98 selbstverständlich und ohne Angst. Unsere Sicherheitspolitik, die auf mehr Polizei vor Ort
99 setzt, zielt genau darauf.

100 Der Schutz der sexuellen Selbstbestimmung muss ohne Wenn und Aber gelten. „Nein heißt nein“
101 ist endlich Gesetz. Betroffene von sexualisierter Gewalt brauchen Unterstützung von Polizei,
102 Ärzt*innen und Justiz und keine Mythen, die ihnen, ihrer Kleidung oder ihrem Auftreten die
103 Schuld zuweisen. Darum müssen Polizei und Justiz geschult sein im Umgang mit Betroffenen von
104 sexualisierter Gewalt. Wir wollen, dass für Opfer von Vergewaltigungen eine qualifizierte
105 Notfallversorgung einschließlich anonymer Spurensicherung und der Pille danach
106 sichergestellt wird.

107 Wir wollen Menschenhandel, zum Beispiel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung, konsequent
108 bekämpfen. Opfer von Menschenhandel müssen besser vor Abschiebungen geschützt werden. Ein
109 dauerhaftes Bleiberecht würde ihre Anzeige- und Aussagebereitschaft deutlich erhöhen. Die
110 Rechte und den Schutz von Frauen und Männern, die legal in der Prostitution arbeiten, wollen
111 wir durchsetzen und stärken.

112 **Über den Körper selbst bestimmen**

113 Über den Körper selbst zu bestimmen, ist nicht leicht, wenn alle eine Meinung dazu haben.
114 Wir setzen uns für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen über ihren Körper ein.
115 Daher verteidigen wir die Straffreiheit von Schwangerschaftsabbrüchen gegen die Angriffe von
116 rechts. Frauen in Notlagen brauchen Unterstützung und Hilfe, keine Bevormundung und keine
117 Strafe.

118 Schönheitsideale und Körpernormen, wie sie beispielsweise in der Werbung vermittelt werden,
119 haben Auswirkungen auf unser Leben. Jungen und Mädchen, Frauen und Männer sollen möglichst
120 frei von solchen Vorgaben leben können und nicht aufgrund ihres Äußeren Diskriminierung
121 erfahren. Länder wie Norwegen oder Österreich zeigen Wege gegen sexistische Werbung auf. Wir
122 wollen den Respekt vor körperlicher Vielfalt fördern. Dazu braucht es einen
123 gesellschaftlichen Aushandlungsprozess, was geht und was nicht, den wir mit vorantreiben
124 wollen.

125 Zur Selbstbestimmung gehört auch, dass Frauen die Wahl haben zu entscheiden, wie und wo sie
126 entbinden, dass die Qualität der Versorgung überall gesichert ist und dass Hebammen nicht
127 wegen unzumutbaren Versicherungskosten, schlechter Bezahlung oder schlechten
128 Arbeitsbedingungen ihren Beruf aufgeben müssen.

129 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

130

131 **Für ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz – Frauen verdienen gleichen Lohn für gleiche Arbeit**

132 Wir wollen endlich Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen herstellen. Berufe mit
133 hohem Frauenanteil wollen wir gesellschaftlich und finanziell aufwerten ☒ sei es in der
134 Pflege, in der Kindertagesstätte oder in sozialen Projekten. Wir wollen ein
135 Entgeltgleichheitsgesetz, das möglichst viele arbeitende Frauen erreicht, nicht nur wenige.
136 Dabei soll ein Lohncheck aufdecken, ob Frauen ungleich bezahlt werden. Gewerkschaften und
137 Arbeitgeber sollen verpflichtet sein, Tarifverträge und Vereinbarungen auf Diskriminierung
138 zu überprüfen. Vor allem aber muss dieses Gesetz auch ein wirksames Verbandsklagerecht
139 enthalten. Dann sind Frauen nicht auf den schwierigen individuellen Klageweg angewiesen,
140 sondern Verbände können stellvertretend für einzelne Beschäftigte klagen.

141

142 **Für eine gute Geburtshilfe ☒ Hebammen besser fördern**

143 Ohne Hebammen gibt es keine gute Geburtshilfe. Wir wollen daher sicherstellen, dass Hebammen
144 nicht wegen unzumutbaren Versicherungskosten, schlechter Bezahlung und schlechten
145 Arbeitsbedingungen ihren Beruf aufgeben müssen. Krankenhäuser mit Geburtsstationen sollen in
146 allen Regionen schnell erreichbar sein. Wir wollen, dass neue Anreize gesetzt werden, damit
147 Hebammen und Geburtshelfer*innen auch in unterversorgten Regionen tätig sind. Wir streben
148 eine 1:1-Betreuung durch Hebammen in wesentlichen Phasen der Geburt an. Für Geburten in und
149 außerhalb von Krankenhäusern brauchen wir verbindlichere Qualitätsvorgaben.

150

151 **Konsequent gegen Gewalt an Frauen**

152 Wir wollen Gewalt gegen Frauen überall bekämpfen, denn die körperliche Unversehrtheit ist
153 ein zentrales Gut. Ob zu Hause, im öffentlichen Raum oder bei Cybergewalt. Um Schutz zu
154 gewährleisten, brauchen Frauenhäuser genügend Plätze. Wir wollen die Finanzierung von
155 Frauenhäusern und Beratungsstellen sicherstellen und den Bund dabei in die Pflicht nehmen.
156 Für mehr Sicherheit und Schutz im öffentlichen Raum setzen wir auf wirksame
157 Sicherheitskonzepte und eine gute Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden mit
158 Fachberatungsstellen. Wir fördern Ansätze wie Security-Anlaufstellen für Frauen bei
159 Großveranstaltungen. Wir wollen, dass Präventionskonzepte gegen sexualisierte Gewalt und
160 Cybermobbing entwickelt und die Anlaufstellen für Betroffene ausgebaut werden.

161

FH-GB-01-082 Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller*in: KV Oldenburg-Land

Beschlussdatum: 02.05.2017

Verschieben des Unterkapitels "Gewaltfrei Leben" in das Kap. FH-SF-01

- 1 Zeile 82 – 128:
- 2 Der Unterpunkt „Gewaltfrei leben“ sollte in das Kap. FH-SF-01 „Wir sorgen für Sicherheit“
- 3 verschoben werden.
- 4 *Ergänzung:*
- 5 Viele Männer fühlen sich diskriminiert, wenn es um die Frage der Aufenthaltsbestimmung von
- 6 gemeinsamen Kindern geht. Deshalb fordern wir, dass im Trennungsfall ein 50 : 50 Aufenthalt
- 7 des gemeinsamen Kindes gesetzlich vorgesehen ist. (EX)(Ehe)partner können andere Regelungen
- 8 im gemeinsamen Einverständnis treffen

FH-SF-01 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

- 1 Deutschland ist ein sicheres Land, und es soll sicher bleiben. Wir wollen einen starken
2 Rechtsstaat, der vor Kriminalität und Terror schützt und den Bürgerrechten verpflichtet ist.
3 .
- 4 Religiöse und politische Fanatiker fordern unseren Rechtsstaat heraus. Der
5 menschenverachtende Terror des Dschihadismus und die offene Bedrohung durch Rechtsextreme
6 wie Neonazis und Reichsbürger*innen zielen gleichermaßen auf unsere freie Gesellschaft und
7 ihre Werte. Ihnen stellen wir uns entgegen. Wir tun dies entschlossen, effektiv und
8 rechtsstaatlich, mit zielgerichteter Gefahrenabwehr statt mit pauschalen Verdächtigungen und
9 Massenüberwachung. Dabei ist für uns klar, Freiheit ist ohne Sicherheit nicht zu haben ☒ und
10 das gilt auch umgekehrt. Es ist daher richtig, zu prüfen, ob die neuen Herausforderungen
11 auch Gesetzesänderungen notwendig machen. Aber wir sind nicht bereit, falsche Antworten zu
12 akzeptieren, die nur alten ideologischen Reflexen folgen und unwirksam sind ☒ so wie zum
13 Beispiel die Vorratsdatenspeicherung oder der Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Es ist viel
14 wirksamer, gezielt einige hundert Gefährder zu überwachen als 80 Millionen Bürgerinnen und
15 Bürger.
- 16 Der schreckliche Anschlag vom Berliner Breitscheidplatz hat erneut massive
17 sicherheitspolitische Defizite in der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden offenbart. Auch
18 die nahezu täglichen Übergriffe und Anschläge von Rechten auf Asylbewerberinnen und -
19 bewerber zeigen Defizite auf. Das Vertrauen in den Staat war schon zuvor durch rechtswidrige
20 Massenüberwachung, das Eigenleben des Verfassungsschutzes und den NSU-Skandal beschädigt.
- 21 Zum Vertrauensverlust hat beigetragen, dass das seit zwölf Jahren CDU/CSU-geführte
22 Bundesinnenministerium auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen immer die gleichen
23 hilflosen Antworten gibt. Eilig und ohne Fehleranalyse forciert es Gesetzesänderungen im
24 Hauruckverfahren ☒ ohne seriöse Folgenabschätzung, die im besten Fall sicherheitspolitische
25 Placebos, im schlechtesten Fall tiefe Eingriffe in den Rechtsstaat sind. Innenpolitischer
26 Aktionismus und fehlende Kontrolle durch den sozialdemokratischen Justizminister vermitteln
27 das Bild eines hilflosen Staates, der von jedem Anschlag überrumpelt wird und der
28 Kriminalität beständig hinterherhinkt.
- 29 Wir stellen dagegen unser Konzept einer bürgernahen, personell und materiell gut
30 ausgestatteten, zielgerichtet arbeitenden Polizei und eines auf klaren rechtsstaatlichen
31 Prinzipien beruhenden Informationsaustauschs zwischen den europäischen Sicherheitsbehörden.
- 32 **Sicherheit in einem starken Rechtsstaat**
- 33 In der Sicherheitspolitik brauchen wir fachkundige und professionelle Polizeiarbeit. Dafür
34 setzen sich unsere grünen Landesregierungen flächendeckend ein. Die Polizei muss auch als
35 Arbeitgeber attraktiv und in der Gesellschaft anerkannt sein. Die Einsparungen der
36 vergangenen Jahre waren ein schwerer Fehler. Wir wollen eine motivierte, vielfältige,
37 personell und sachlich ihren Aufgaben angemessen ausgestattete Polizei. Sowohl in der
38 Kriminalitätsbekämpfung als auch im Kampf gegen Rechtsextremismus oder den islamistischen

39 Terrorismus mangelt es an gut ausgebildetem und geschultem Personal. Wir brauchen
40 Sicherheitsbehörden, die ein Abbild unserer Gesellschaft sind. Mehr Sicherheitsbeamte mit
41 Migrationshintergrund und Kenntnis mehrerer Sprachen sind ein Gewinn für den Rechtsstaat und
42 für die Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung. Eine Polizei, die an der Seite der Menschen
43 für Sicherheit sorgt und eindeutig für den Rechtsstaat und eine offene Demokratie eintritt.
44 Auch deshalb setzen wir uns für unabhängige Polizeibeauftragte als Ansprechpartner für
45 Beamt*innen wie Bürger*innen ein, so wie ihn mehrere grün-mitregierte Länder bereits
46 eingeführt haben.

47 Videoüberwachung oder Videobeobachtung kann an Orten mit hoher Kriminalitätsbelastung und
48 sensiblen, gefährdeten öffentlichen Orten eine sinnvolle Maßnahme sein. Kameratechnik
49 ersetzt aber keine Polizeistreifen.

50 Bedrohungslagen wandeln sich. Während die Kriminalität insgesamt sinkt, bereitet die
51 wachsende Zahl der Wohnungseinbrüche vielen Menschen Sorge. Wir setzen auf mehr
52 Unterstützung zur Einbruchsprävention. Und wir brauchen eine zielgerichtete,
53 länderübergreifende Polizeizusammenarbeit, um die gegenwärtige Gefahr abzubauen und auf
54 künftige Bedrohungen flexibler als durch Gesetzesänderungen reagieren zu können.

55 Mehr Personal mit guter Ausstattung und eine optimierte internationale Zusammenarbeit der
56 Polizei, die nicht zwei Millionen Überstunden vor sich herschieben, sind zwar nicht so
57 billig wie Gesetzesverschärfungen, verbessern aber direkt die Sicherheitslage. Bei der
58 Gefahrenabwehr räumen wir der Polizeiarbeit einen Vorrang gegenüber den Geheimdiensten sein.
59 Gefährder der öffentlichen Sicherheit müssen rund um die Uhr gezielt überwacht werden
60 können, so dass sie bei konkreter Gefahr jederzeit festgesetzt werden können.

61 Den regelmäßigen Rufen nach einem Einsatz der Bundeswehr im Inneren erteilen wir eine klare
62 Absage. Das ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt
63 wollen wir beenden. Die kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim
64 Bundeskriminalamt (BKA) konzentriert werden. Weil Terror und internationale Kriminalität
65 keine Grenzen kennen, brauchen wir Sicherheitsbehörden, die international nach klaren
66 rechtsstaatlichen Kriterien, gemeinsamen Grundrechtsstandards und von den Parlamenten
67 kontrolliert zusammenarbeiten. Deshalb wollen wir gemeinsame Ermittlungsteams bei Europol in
68 der Terrorismusbekämpfung und im Bereich der organisierten Kriminalität stärken. Die Praxis,
69 die Sicherung der Außengrenzen der EU auf die Länder am Rand der EU abzuschieben, wollen wir
70 beenden. Europa hat eine gemeinsame Verantwortung für ein europäisches Grenzregime, das den
71 Schutz der Menschenrechte zur Grundlage hat, Rechtssicherheit garantiert sowie das Vertrauen
72 in das Schengen-System stärkt.

73 **Kein Fußbreit den Faschisten**

74 Rechtsextreme Fanatiker*innen, Reichsbürger*innen, Nazis und sogenannte Identitäre formieren
75 sich. Es gibt eine zunehmend laute rechte und rechtspopulistische Szene in Deutschland, die
76 sich im Internet oder bei den Pegida-Demos mit ihrer Hetzerei Gehör verschaffen. Die Zahl
77 rechter Straftaten hat ein Rekordniveau erreicht. Wir erwarten, dass Polizei und Justiz
78 rassistische und rechtsextreme Straftaten konsequent ahnden. Wir wollen den Schutz für Opfer
79 rechter Gewalt verbessern. Wer zum Beispiel Opfer von rechter Gewalt geworden ist, sollte
80 nicht abgeschoben werden.

81 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus,
82 antimuslimischer Rassismus, Trans- und Homophobie, Sexismus sowie die Abwertung von
83 Obdachlosen, Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Behinderung gibt es nicht nur am rechten
84 Rand, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft. Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu
85 sorgen, dass sich alle Menschen ☒ unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer

86 sexuellen Identität oder Religion ☒ frei und sicher bewegen können – egal ob in Berlin,
87 Sachsen oder Baden-Württemberg.

88 Wo immer Bürgerinnen und Bürger sich gegen Nazis engagieren durch Bildungs- und
89 Beratungsarbeit, durch Demos und friedliche Blockaden von Nazi-Aufmärschen oder in der
90 antifaschistischen Einhornaktion, haben sie volle Unterstützung und Solidarität von uns.
91 Vereine, Initiativen und Kirchen engagieren sich seit Jahren für mehr Demokratie. Das wollen
92 wir besser anerkennen und ihre finanzielle Ausstattung sicherstellen.

93 **Zäsur beim Verfassungsschutz**

94 Der Staat muss Rechtsextremismus, alltäglichen und institutionell verankerten Rassismus mit
95 allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen. Sicherheitsbehörden müssen den Blick nach rechts
96 außen schärfen und dazu das breite Wissen zivilgesellschaftlicher Initiativen besser
97 würdigen und als Expertenwissen in ihre Analysen einbeziehen. Das Versagen gegenüber dem
98 rechtsterroristischen NSU hat deutlich gemacht: Das Bundesamt für Verfassungsschutz ist
99 dauerhaft auf dem rechten Auge blind und nicht in der Lage, für die Demokratie gefährliche
100 Entwicklungen zu erkennen. Auch die zweifelhafte Rolle des Verfassungsschutzes im Fall Amri
101 und beim Anschlag auf den Berliner Breitscheidplatz weist auf Fehleinschätzungen hin. Wir
102 wollen daher die Verfassungsschutzbehörden grundlegend reformieren.

103 Es braucht beim Verfassungsschutz einen Neustart. Statt des Bundesamtes für
104 Verfassungsschutz in seiner ineffektiven aktuellen Form wollen wir ein personell und
105 strukturell völlig neues Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr gründen, das mit
106 nachrichtendienstlichen Mitteln klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet

107 Die allgemeine Beobachtung demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen soll ein
108 unabhängiges Institut zum Schutz der Verfassung übernehmen, das ausschließlich öffentliche
109 Quellen nutzt. Wissenschaft und engagierte Zivilgesellschaft sind regelmäßig besser
110 informiert als das Bundesamt für Verfassungsschutz.

111 **Prävention ausbauen ☒ für eine Kultur des Hinschauens**

112 Wir wollen Prävention und Partizipation ausbauen. Wir müssen alles unternehmen, damit junge
113 Menschen erst gar nicht in menschenverachtende und Gewalt verherrlichende Ideologien
114 abgleiten, seien sie rechtsextremistisch oder islamistisch. Das gelingt durch eine Kultur
115 des Hinschauens. Wir wollen Radikalisierung von Anfang an verhindern: Deshalb fordern wir
116 eine Bildungsoffensive in Kindertagesstätten und Schulen, die Förderung von Demokratie- und
117 Medienkompetenz junger Menschen sowie eine Stärkung von Beratungsstellen, Jugendverbänden
118 und aufsuchender Jugendarbeit. Dazu gehören auch Justizvollzugsanstalten, denn sie waren in
119 der Vergangenheit ebenfalls Stationen der Radikalisierung.

120 Wir wollen Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus, als auch gewaltbereiten Islamismus
121 und Salafismus massiv ausbauen und zivilgesellschaftliche Ansätze stärken. Auch
122 Moscheegemeinden und im Besonderen Imame sind in der Verantwortung, zu kooperieren und ihren
123 Beitrag zur Prävention und Verhinderung der Radikalisierung von Jugendlichen zu leisten.

124 Wir wollen Straftaten vorbeugen. Deshalb sollen Bund, Länder, Kommunen und
125 zivilgesellschaftliche Institutionen gemeinsam in einem bundesweiten Präventionszentrum
126 arbeiten. Programme zur Deradikalisierung und für Aussteiger aus der rechtsextremen und
127 islamistischen Szene wollen wir stärken. Um Terrorakte und Amoktaten zu verhindern, muss der
128 Zugang zu Waffen erschwert werden. Es ist immer noch viel zu einfach, an illegale
129 Schusswaffen und umgebaute Dekorationswaffen zu gelangen.

130 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

131

132 Kampf gegen rechts stärken

133 Wir sagen rechten und rechtspopulistischen Kräften in unserer Gesellschaft den Kampf an.
134 Viele Initiativen, Vereine oder Kirche machen sich gegen Nazis und für eine weltoffene
135 Demokratie stark. Diese zivilgesellschaftlichen Institutionen verdienen staatliche und
136 politische Unterstützung und Anerkennung. Wir Grünen wollen sie deshalb dauerhaft mit einem
137 Demokratiefördergesetz stärken, das ihnen verlässlich die nötigen finanziellen Grundlagen
138 garantiert. Jeglichen staatlichen Generalverdacht und Druck gegen zivilgesellschaftliche
139 Akteure, etwa anlasslose Überwachungen durch den Verfassungsschutz, lehnen wir ab.

140

141 Der Radikalisierung von Jugendlichen vorbeugen

142 Wir müssen alles unternehmen, damit junge Menschen nicht in menschenverachtende, Gewalt
143 propagierende Ideologien abgleiten. Dazu wollen wir eine umfassende und wirkungsvolle
144 Präventionsstrategie gegen gewaltbereiten Islamismus anwenden. Ein bundesweites
145 Präventionszentrum soll die Aufgaben koordinieren und alle relevanten staatlichen und
146 zivilgesellschaftlichen Akteure vernetzen. Dazu gehören: verschiedene Ressorts der
147 Bundesregierung, die Sicherheitsbehörden, Länder und Kommunen sowie Jugendhilfe,
148 Jugendverbände, Demokratieinitiativen, islamische Organisationen, Wissenschaft und Medien.
149 Auch Präventionsnetzwerke vor Ort, die gegen den gewaltbereiten Islamismus angehen, wollen
150 wir fördern.

151

152 Polizei stärken, Sicherheitsbehörden reformieren

153 Für mehr Sicherheit braucht es einen rationalen Ansatz, grundlegende Reformen und mehr
154 Ressourcen. Die Bundespolizei muss personell und technisch besser ausgestattet werden. Das
155 ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt wollen wir
156 beenden. Die kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim Bundeskriminalamt
157 konzentriert werden. Wir brauchen einen Neustart beim Verfassungsschutz. Statt des
158 Bundesamtes für Verfassungsschutz in seiner ineffektiven aktuellen Form wollen wir ein
159 personell und strukturell völlig neues Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr gründen,
160 das klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. Wir brauchen außerdem ein
161 verschärftes Waffenrecht. Alle gefährlichen Waffen müssen lückenlos registriert und die
162 Eignung und Zuverlässigkeit der Besitzer regelmäßig geprüft werden. Wir wollen eine
163 europaweit einheitliche Kennzeichnung und gemeinsame Standards für die Deaktivierung von
164 Feuerwaffen einführen.

165

FH-SF-02 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller*in: Landesvorstand Hessen

Beschlussdatum: 02.05.2017

Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

1 Freiheit, Rechtsstaat, Demokratie und Menschenrechte gehen alle an. Sie zu schützen ist die
2 Aufgabe der gesamten Gesellschaft.

3 Die Voraussetzungen für ein freies, selbstbestimmtes Leben zu schaffen, ist das Ziel der
4 Sicherheitspolitik von Bündnis 90/Die Grünen. Wir wollen auch künftig selbst entscheiden,
5 wohin unsere Gesellschaft sich entwickelt, wen wir lieben, wie wir uns kleiden, welche Wege
6 wir für unser eigenes Leben wählen.

7 Das deutsche Grundgesetz gibt allen Bürgerinnen und Bürgern gleiche Rechte. Es schließt
8 Diskriminierung wegen Geschlecht, sexueller Orientierung, Abstammung, Sprache, Herkunft,
9 Glauben, religiöser oder politischer Anschauungen oder Behinderung aus und garantiert die
10 Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Bürgerinnen und Bürger kontrollieren über Öffentlichkeit
11 und Parlamente das staatliche Handeln. Dadurch entsteht die wichtigste Ressource jeder
12 Sicherheitspolitik: Das Vertrauen und die praktische Unterstützung der Bevölkerung.

13 In demokratisch verfassten Gesellschaften geht es nicht mehr darum, den Staat vor seinen
14 Bürgern zu schützen. Aufgabe der Sicherheitsinstitutionen ist es vielmehr, die Rechte der
15 Bürgerinnen und Bürger zu verteidigen und neue wie alte Gefahren für Freiheit und Sicherheit
16 wirksam zu bekämpfen. Die Garantie der Menschenrechte ist dabei der Maßstab, an dem wir
17 unsere Politik messen. Wir Grüne setzen uns deshalb für gut ausgestattete, ausgebildete und
18 geführte sowie demokratisch verantwortete Institutionen von Polizei, Justiz und
19 Nachrichtendiensten ein. Diese müssen nicht nur wirksam und vorausschauend handeln, sondern
20 auch lernen, das eigene Handeln in Frage zu stellen, Fehler zu korrigieren und erfolgreiche
21 Strategien weiter zu verbessern.

22 Der schreckliche Anschlag vom Berliner Breitscheidplatz hat sich gegen unsere Freiheit und
23 unsere demokratische Selbstbestimmung gerichtet. Die islamistischen Ideologen werden damit
24 keinen Erfolg haben. Dasselbe gilt für rassistische und antidemokratische Organisationen,
25 die sich gegen Freiheit, Demokratie und Menschenrechte wenden. Wir fordern eine konsequente
26 Aufklärung aller terroristischen Taten und deren effektive Prävention. Zugleich wenden wir
27 uns im politischen Kampf gegen diejenigen Kräfte, die sich innerhalb des parlamentarischen
28 Systems die unsere demokratische Ordnung angreifen und menschenfeindlichen Ideologien den
29 Boden bereiten.

30 Erfolgreiche Sicherheitspolitik ist eine Politik, die für Freiheit kämpft. Sie ist kein
31 Monopol angeblicher „Sicherheitsexperten“, die aus jedem Ereignis in der Welt eine
32 Verschärfung irgendeines Paragraphen zu folgern in der Lage sind. Viele vermeintliche
33 Sicherheitsdebatten beschäftigen Öffentlichkeit und Bevölkerung mit Scheinproblemen (ein
34 Beispiel ist die Erklärung von Staaten zu „sicheren Herkunftsstaaten“), während vorhandene
35 rechtliche Regelungen wie im Fall Anis Amri „übersehen“ und die Verantwortung zwischen
36 schlecht koordinierten Behörden hin und her verschoben wird.

37 **Gegen Effekthascherei: Weg von einer ideologischen und hin zu einer wirksamen**
38 **Sicherheitspolitik**

39 Auch wenn populistische Ideologen das glauben machen wollen: Unsere Sicherheit wird nicht
40 durch zu viel Freiheit und Rechtsstaatlichkeit gefährdet. Deutschland verdankt sinkende
41 Verbrechenszahlen nicht zuletzt den Erfolgen der Strafrechtsreformen der letzten Jahrzehnte.
42 Wir stehen zu diesen Reformen - z. B. einem vernünftigen, menschenrechtskonformen
43 Strafvollzug, einem erziehungsorientierten Jugendstrafrecht, einem modernen Sexualstrafrecht
44 - die gegen den düsteren Teil der Traditionen der deutschen Justiz- und Sicherheitsbehörden
45 erkämpft wurden. Attacken gegen wissenschaftliche Vernunft und praktisches Expertenwissen
46 sind für uns nicht akzeptabel. Ideologische Scharfmacherei schafft nicht mehr, sondern
47 weniger Sicherheit. Schärfere Strafen oder Einschränkungen des Jugendstrafrechtes verhindern
48 keine Verbrechen. Gefängnisstrafen für Bagatelldelikte sind schon deshalb so weit als
49 möglich zu vermeiden, weil alle Erfahrungen zeigen, dass das Gefängnis ein zentraler Ort von
50 Radikalisierung und Professionalisierung politischer wie gewöhnlicher Krimineller und
51 Terroristen ist.

52 **Sicherheit in einem starken Rechtsstaat**

53 Die gegenwärtige Regierung vermittelt das Bild eines hilflosen Staates, der von jedem
54 Anschlag überrumpelt wird und der Kriminalität beständig hinterherhinkt. Dazu hat
55 beigetragen, dass das seit zwölf Jahren CDU/CSU-geführte Bundesinnenministerium auf neue
56 sicherheitspolitische Herausforderungen immer die gleichen hilflosen Antworten gibt. Anstatt
57 Fehler zu analysieren und abzustellen forciert es Gesetzesverschärfungen im
58 Hauruckverfahren, deren Folgen nicht abgeschätzt werden. Im besten Fall sind sie
59 sicherheitspolitische Placebos, im schlechtesten Fall stellen sie wichtige Grundsätze des
60 Rechtsstaats in Frage.

61 Wir stellen dagegen das Konzept der bürgernahen Sicherheit: Einer personell und materiell
62 gut ausgestatteten, zielgerichtet arbeitenden Polizei und einer auf klaren rechtsstaatlichen
63 Prinzipien beruhenden Arbeit der Nachrichtendienste sowie eines geregelten
64 Informationsaustauschs der deutschen sowie der europäischen Sicherheitsbehörden. Damit
65 sogenannte „Gefährdungen“ wirksam, zuverlässig und bundeseinheitlich und nach klaren
66 rechtsstaatlichen Regeln überwacht werden können ist eine eindeutige Definition des Begriffs
67 Gefährdeter*in durch den Gesetzgeber erforderlich.

68 Für mehr Sicherheit brauchen wir fachkundige und professionelle Polizeiarbeit sowie eine
69 motivierte, vielfältige, personell und sachlich ihren Aufgaben angemessen ausgestattete
70 Polizei. Dafür setzen sich unsere grünen Landesregierungen flächendeckend ein. Die Polizei
71 muss auch als Arbeitgeber attraktiv und in der Gesellschaft anerkannt sein.

72 Die Einsparungen der vergangenen Jahre bei der Bundespolizei waren ein Fehler. Während die
73 Kriminalität insgesamt sinkt, bereiten Deliktformen wie Wohnungseinbrüche vielen Menschen
74 Sorge. Gegen solche, in manchen Fällen auch überregional vernetzte Kriminalität setzen wir
75 zielgerichtete, länderübergreifende Polizeizusammenarbeit sowie auf verstärkte Prävention
76 und Aufklärung.

77 Unser Ziel ist eine Polizei, die an der Seite der Menschen für Sicherheit sorgt und zugleich
78 für eine lebendige Demokratie eintritt. Auch deshalb setzen wir uns für unabhängige
79 Polizeibeauftragte als Ansprechpartner für Beamt*innen wie Bürger*innen ein, so wie sie
80 mehrere grün-mitregierte Länder bereits eingeführt haben.

81 Das ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt wollen
82 wir beenden. Weil Terror und internationale Kriminalität keine Grenzen kennen, müssen
83 Sicherheitsbehörden international nach klaren rechtsstaatlichen Regeln, gemeinsamen
84 Grundrechtsstandards und parlamentarisch kontrolliert zusammenarbeiten. Europa hat eine
85 gemeinsame Verantwortung für ein europäisches Grenzregime, das den Schutz der Menschenrechte
86 zur Grundlage hat, Rechtssicherheit garantiert sowie das Vertrauen in das Schengen-System

87 stärkt. Den immer wieder geforderten Einsatz der Bundeswehr im Innern lehnen wir als
88 gefährlichen Unsinn ab. Ein wirksames Mittel, um Terrorakte und Amoktaten zu verhindern, ist
89 die Erschwerung des Zuganges zu Waffen. Es ist immer noch viel zu einfach, an illegale
90 Schusswaffen und umgebaute Dekorationswaffen zu gelangen.

91 Videoüberwachung oder Videobeobachtung kann an Orten mit hoher Kriminalitätsbelastung und
92 gefährdeten öffentlichen Orten eine sinnvolle Maßnahme sein. Auch hier ist der Gesetzgeber
93 gefragt, damit die Rahmenbedingungen für derartige Maßnahmen sowie die Möglichkeiten zu
94 ihrer parlamentarischen Überprüfung rechtsstaatlich verbindlich geklärt werden. Zugleich
95 weisen wir aber darauf hin, dass Kameratechnik keine Polizeistreifen ersetzt.

96 **Gewaltmonopol des Rechtsstaates durchsetzen**

97 Wir Grüne stehen für gewaltfreie Formen des politischen Protestes und für das Gewaltmonopol
98 des Rechtsstaates. Gewalttäter sind – gleich welche Begründung sie für ihre Handlungen
99 vortragen – in den dafür vorgesehenen Verfahren zur Verantwortung zu ziehen.

100 Die Zahl rechtsextremer Straftaten hat in den letzten Jahren ein Rekordniveau erreicht. Es
101 gibt inzwischen in Deutschland Regionen, in die Menschen anderer Herkunft oder Hautfarbe
102 sich nicht mehr trauen – eine Schande für den Rechtsstaat. Deshalb ist es eine absolut
103 vordringliche Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass sich alle Menschen unabhängig von
104 ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Identität oder Religion frei und sicher
105 bewegen können – egal ob in Berlin, Sachsen oder Baden-Württemberg. Sicherheitsbehörden und
106 Justiz müssen so ausgestattet werden dass sie rechtsstaatliche Verhältnisse überall
107 garantieren können, indem sie rassistische und andere extremistische Straftaten konsequent
108 ahnden und Strategien für den Schutz von Minderheiten entwickeln.

109 Wir wollen den Schutz für Opfer rechter Gewalt verbessern. Wer Opfer von rassistischer
110 Gewalt geworden ist, sollte nicht abgeschoben werden.

111 **Zäsur beim Verfassungsschutz**

112 Das Versagen gegenüber dem rechtsterroristischen NSU hat deutlich gemacht: Das Bundesamt für
113 Verfassungsschutz war in der Vergangenheit häufig nicht in der Lage, angemessene Strategien
114 gegen gefährliche Entwicklungen am rechten Rand zu entwickeln. Auch die zweifelhafte Rolle
115 des Verfassungsschutzes beim Anschlag auf den Berliner Breitscheidplatz weist auf schlimme
116 Fehleinschätzungen hin.

117 Wir wollen daher die Verfassungsschutzbehörden grundlegend reformieren. Wir wollen das
118 aktuelle Bundesamt für Verfassungsschutz durch ein personell und strukturell reformiertes
119 Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr ersetzen, das mit nachrichtendienstlichen Mitteln
120 klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. Die allgemeine Beobachtung demokratie-
121 und menschenfeindlicher Bestrebungen soll ein unabhängiges Institut zum Schutz der
122 Verfassung übernehmen, das ausschließlich öffentliche Quellen nutzt und auch das breite
123 Wissen zivilgesellschaftlicher Institutionen für seine Analysen nutzt. Bisher sind
124 Wissenschaft und engagierte Zivilgesellschaft regelmäßig besser informiert als das Bundesamt
125 für Verfassungsschutz.

126 **Menschenrechtliches Engagement und Prävention stärken**

127 Vereine, Initiativen und Kirchen engagieren sich seit Jahren für mehr Demokratie. Das wollen
128 wir besser anerkennen und ihre finanzielle Ausstattung sicherstellen. Wo immer Bürgerinnen
129 und Bürger sich gegen Nazis engagieren durch Bildungs- und Beratungsarbeit, durch Demos und
130 friedliche Blockaden von Nazi-Aufmärschen oder in der antifaschistischen Einhornaktion,
131 haben sie unsere volle Unterstützung und Solidarität.

132 Wir müssen alles unternehmen, damit junge Menschen erst gar nicht in menschenverachtende und
133 Gewalt verherrlichende Ideologien abgleiten. Deshalb fordern wir die Förderung von
134 Demokratie- und Medienkompetenz junger Menschen sowie eine Stärkung von Beratungsstellen,
135 Jugendverbänden und aufsuchender Jugendarbeit. Dazu gehören auch Justizvollzugsanstalten,
136 denn sie waren in der Vergangenheit ebenfalls Stationen der Radikalisierung.

137 Wir wollen die Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus sowie gewaltbereiten Islamismus
138 und Salafismus massiv ausbauen und Programme zur Deradikalisierung und für Aussteiger
139 insbesondere aus der rechtsextremen und islamistischen Szene stärken. Dabei haben für uns
140 die wirksamen zivilgesellschaftlichen Ansätze Vorrang. Moscheegemeinden und im Besonderen
141 ihre Imame sind in der Verantwortung, ihren Beitrag zur Prävention und Verhinderung der
142 Radikalisierung von Jugendlichen zu leisten.

143 Bund, Länder, Kommunen und zivilgesellschaftliche Institutionen sollen dabei gemeinsam in
144 einem bundesweiten Präventionszentrum arbeiten. Dieses Zentrum soll sich nicht nur mit
145 politisch motivierter, sondern auch mit anderen Formen der Kriminalität befassen und die
146 erheblichen Potentiale von Präventionsprogrammen in diesem Bereich wirksam machen.

147 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

148

149 **Rechtsstaatliche Verhältnisse für alle**

150 Wir sehen es als absolut vordringliche Aufgabe der Politik an, dafür zu sorgen, dass sich
151 alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Identität
152 oder Religion frei und sicher bewegen können. Polizei und Justiz müssen dafür sorgen, dass
153 rechtsstaatliche Verhältnisse wieder im gesamten Bundesgebiet gelten, indem sie rassistische
154 und andere menschenrechtsfeindliche Straftaten konsequent ahnden und Strategien für den
155 Schutz von Minderheiten entwickeln. Die personellen und organisatorischen Voraussetzungen
156 hierfür müssen umgehend geschaffen werden.

157

158 **Präventionsstrategien zu Schwerpunkt machen**

159 Viele Initiativen, Vereine oder Kirche machen sich gegen Nazis und für eine weltoffene
160 Demokratie stark. Zivilgesellschaftliche Institutionen, die durch
161 Deradikalisierungsprogramme, Opferberatung oder Präventionsprojekte wichtige Arbeit gegen
162 rassistisch oder islamistisch motivierte Gewalt leisten, verdienen staatliche und politische
163 Unterstützung und Anerkennung. Wir Grüne wollen sie deshalb auch finanziell wirksam
164 stärken. Wir wollen zugleich eine umfassende und wirkungsvolle Präventionsstrategie gegen
165 gewaltbereiten Islamismus entwickeln und umsetzen. Präventionsstrategien bieten darüber
166 hinaus erhebliche Potentiale für die allgemeine Kriminalitätsbekämpfung. Sie sollen durch
167 ein bundesweites Präventionszentrum koordiniert werden und alle relevanten staatlichen und
168 zivilgesellschaftlichen Akteure vernetzen. Dazu gehören: verschiedene Ressorts der
169 Bundesregierung, die Sicherheitsbehörden, Länder und Kommunen sowie Jugendhilfe,
170 Jugendverbände, Demokratieinitiativen, islamische Organisationen, Wissenschaft und Medien.

171

172 **Polizei stärken, Sicherheitsbehörden reformieren**

173 Für mehr Sicherheit braucht es einen rationalen Ansatz, grundlegende Reformen und mehr
174 Ressourcen. Die Bundespolizei muss personell und technisch besser ausgestattet werden. Das
175 ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt wollen wir
176 beenden. Die kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim Bundeskriminalamt
177 konzentriert werden. Wir brauchen einen Neustart beim Verfassungsschutz. Statt des

178 Bundesamtes für Verfassungsschutz in seiner ineffektiven aktuellen Form wollen wir ein
 179 personell und strukturell völlig neues Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr gründen,
 180 das klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. Wir brauchen außerdem ein
 181 verschärftes Waffenrecht. Alle gefährlichen Waffen müssen lückenlos registriert und die
 182 Eignung und Zuverlässigkeit der Besitzer regelmäßig geprüft werden. Wir wollen eine
 183 europaweit einheitliche Kennzeichnung und gemeinsame Standards für die Deaktivierung von
 184 Feuerwaffen einführen.

185

Begründung

Schwächen des alten Entwurfs: Der vorhandene Text handelt bereits in der dritten Zeile von dem, was die Feinde der Freiheit bzw. die politischen Gegner wollen. Er macht nicht die eigenen Ziele stark, sondern arbeitet sich an den Gegnern und Fehlern oder auch Mißerfolgen ab. Das ist unter Kommunikationsgesichtspunkten kontraproduktiv: Man stärkt bekanntlich auch dann die Argumentation des Gegners, wenn man sie kritisch referiert. Der gesamte Antragstext FH-SF-01 wirkt deshalb extrem defensiv. Zentrale grüne und liberale Forderungen tauchen nicht mehr auf, offenbar aus Angst vor populistischen Angriffen. Es gibt für eine derart übertrieben defensive Haltung weder sachliche noch politische Gründe. Vor zwei Jahren haben Bündnis 90/Die Grünen sich als Partei der Freiheit öffentlich präsentiert. Die ängstliche und in Teile widersprüchliche Darstellung des eigenen Staatsverständnisses „ex negativo“ reicht nicht aus, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Dem vorliegenden Entwurf gelingt deshalb nicht einmal im Ansatz, eine Programmatik für die glaubwürdige Übernahme von Sicherheitsverantwortung und die Führung von sicherheitsrelevanten Institutionen vorzulegen, wie es der Anspruch von Bündnis 90/Die Grünen sein muss.

Begründung für die neue Textfassung (Zeilen auf den alten Entwurf bezogen): Der neue Text betont die Zentralität der Menschenrechte. Er geht von der Ebene der Werte und Ziele aus und kommt dann zu den Institutionen und ihrer politischen Gestaltung. Zentraler Begriff ist der des gesellschaftlichen Vertrauens in Verbindung mit der Forderung nach demokratischer Offenheit der Arbeit der Institutionen. Einzelne Argumentationen, etwa die Ablehnung von Gesetzesverschärfungen als Allheilmittel, werden übernommen.

Zeilen 31 neuer Absatz: Anscheinend aus Angst vor populistischen Angriffen verzichtet der vorliegende Text darauf, die Verwurzelung grüner Sicherheitspolitik in der Tradition einer modernen, freiheitlichen Justizpolitik auch nur zu erwähnen. Das ist politisch ein Fehler. Da unsere Haltung als bekannt vorausgesetzt werden kann, wirkt es opportunistisch und unglaubwürdig, wenn wir sie nicht offen benennen und aktiv für sie eintreten. Außerdem zeigt die Erfahrung, dass liberale Justiz- und Strafvollzugssysteme bei der Verbrechensbekämpfung erfolgreicher sind als alle populistischen Strafphantasien. Damit sollten wir punkten. Auch wenn das bei der Bild-Zeitung nicht leicht sein wird, sind unsere Wählerinnen und Wähler klug genug, den Gedanken zu erfassen.

Zeilen 32-72: Die Forderungen zur Stärkung der Polizei bzw. zum Umbau der Sicherheitsinstitutionen werden in sprachlich modifizierter Form übernommen. Die Videoüberwachung, deren Ausweitung in vielen Fällen im Programm nicht abgelehnt wird, bedarf einer besseren rechtsstaatlichen Fundierung durch den Gesetzgeber. Im bisherigen Text fehlt dieser Hinweis.

Die im alten Entwurf formulierte, radikal klingende (tatsächlich aber ebenso selbstverständliche wie schwierig zu realisierende Forderung, „Gefährder“ lückenlos zu überwachen und „bei Bedarf festzusetzen“ wird durch die Forderung nach einer rechtsstaatsverträglichen Definition dieses Begriffs durch das Parlament ergänzt. Diese wäre Voraussetzung für wirksames bundeseinheitliches Handeln der Behörden.

Zeilen 73-92: Der erste Satz Zeile 73 klingt wie eine Erfolgsmeldung des politischen Gegners, dem wachsender Einfluss bescheinigt wird und wurde deshalb gestrichen. Die nächsten Sätze wurden

modifiziert übernommen. Die Formulierung „Keinen Fußbreit den Faschisten“ ist linker Agitprop aus den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts. Sie machte damals (angesichts des Staates der Weimarer Republik, dessen Vertreter insbesondere bei der Polizei, diese ablehnten, verständlich) die physische Auseinandersetzung auf der Straße zum entscheidenden Faktor bei der Bekämpfung rechtsradikaler Strömungen. Im Programm einer gewaltfreien Partei, die das Gewaltmonopol des Staates zur Grundlage ihrer Politik gemacht hat, hat eine solche Formulierung nichts verloren. Im Entwurfstext führt die historisierend-heroisierende „linke“ Selbstüberschätzung dazu, dass die Verpflichtung des Rechtsstaates und seiner Institutionen, Sicherheit für alle seine Bürger*innen zu garantieren, im Programm nicht formuliert wird. Der Skandal, dass viele Menschen anderer Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung sich nicht überall in Deutschland selbstverständlich angstfrei bewegen können, wird nicht einmal benannt. Dass Gewalt immer nur von rechten oder islamistischen Gruppen oder Individuen ausgeht, wie der Text nahelegt, trifft im Übrigen nicht zu – die nächste (politisch für die Wahl relevante) Gelegenheit, sich von dieser Tatsache zu überzeugen, wird der G-20-Gipfel in Hamburg bieten. Deshalb wird die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols sowie eine prinzipielle Ablehnung von Gewalt im neuen Text betont. Entsprechend wird später das erste der drei Projekte neu formuliert: Die Aufgabe, die Freiheitsrechte aller in Deutschland tatsächlich durchzusetzen, ist eine Pflicht des Staates, zu der die Zivilgesellschaft in begrenztem Umfang beitragen kann – nicht umgekehrt.

Zeilen 93-110: Dass Bundesamt für Verfassungsschutz „dauerhaft auf dem rechten Auge blind“ sei, ist offenbar nicht zu belegen. Die polemischen Formulierungen wurden deshalb abgeschwächt. Ein „personell und strukturell völlig neues Bundesamt“ gründen zu wollen, ist erkennbar überzogen und praktisch nicht realisierbar. Ob die Aufteilung in ein öffentliche Quellen und ein zweites, geheimdienstliche Quellen nutzendes Amt sinnvoll ist, sei dahin gestellt; die Forderung wurde trotzdem übernommen.

Zeilen 111-129: Im vorhanden Text wurden Wiederholungen korrigiert und Formulierungen geändert. So wurde die geforderte „Bildungsoffensive in Kindertagesstätten und Schulen“ gestrichen (man muss der heute-show nicht noch die Arbeit erledigen).

Zeile 131-140: Das Projekt stellt ausdrücklich fest, dass es die Pflicht des Staates ist, die Menschenrechte aller zu schützen. Die in der alten Fassung enthaltene Forderung, zivilgesellschaftliche Institutionen für wichtige Arbeit – Opferberatung, Prävention etc. – zu fördern, wurde in die neue Formulierung des 2. Projektes verschoben. Hingegen wird der Vorschlag für ein „Demokratiefördergesetz“ nicht übernommen. Ein solches Gesetz ist überflüssig und kontraproduktiv. Entweder die Demokratie überzeugt durch ihre Institutionen und die Personen, die sie vertreten – oder, wenn ihr das nicht gelingt, ist ihr durch ein Gesetz, das ein paar Millionen vom Staat auf die „Zivilgesellschaft“ umverteilt (die eigentlich ja dadurch definiert ist, dass sie staatsfern und staatsunabhängig handelt) auch nicht zu helfen. Ein solches Gesetz als Bundesgesetz ist in der Partei, soweit bekannt, nicht diskutiert worden. Die Gefahr ist groß, dass es zum Rohrkrepiere wird. Wer genau soll warum als „Demokrat“ gefördert werden? Sportvereine? Die CSU-Ortsgruppe irgendwo? Wo liegen die Grenzen für ein solches Vorhaben, wie soll es finanziell ausgestattet werden? Wie verhält sich ein solches Bundesgesetz zu den zahllosen Möglichkeiten auf Landes- und kommunaler Ebene, sinnvolle Arbeit vor Ort zielgenau zu fördern? Die Vermutung, die Grünen agierten hier als Lobbyorganisation, um ihre Klientel (die ebenso denkt wie sie selbst) zu finanzieren, würde jede Diskussion beherrschen. Der Satz: „Jedlichen staatlichen Generalverdacht und Druck gegen zivilgesellschaftliche Akteure, etwa anlasslose Überwachungen durch den Verfassungsschutz, lehnen wir ab“ am Ende dieses Absatzes wurde gestrichen. Er passt dort nicht hin (was hat er mit dem Thema des Absatzes bzw dem Projekt zu tun?). Im Übrigen ist „anlasslose“ Überwachung exakt die Aufgabe von Nachrichtendiensten, weil sie der Polizei nicht erlaubt ist. Wenn man es genau nimmt, wird durch diese Formulierung in einem Nebensatz die Abschaffung von Geheimdiensten gefordert. Dazu bedürfte es allerdings eines bewusst gefassten Beschlusses auf der Bundesversammlung.

Zeile 141-150: Die Forderungen zum Thema Prävention und Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen, die im alten Text teilweise im 1. Projekt standen, werden in dieser Fassung zusammengeführt und um die Forderung nach Stärkung von Prävention auch im Bereich der allgemeinen Kriminalitätsbekämpfung ergänzt.

FH-DS-01 Wir stärken die Demokratie

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

Wir stärken die Demokratie

1 Demokratie ist weder selbstverständlich noch unveränderlich. Sie braucht Bürgerinnen und
2 Bürger, die sich einmischen und für ihre Rechte und Werte einstehen. Sie braucht
3 demokratische Institutionen, die für Beteiligung offen sind. Sie braucht ein starkes
4 Parlament, eine unabhängige Justiz und freie und unabhängige Medien. Und lebendige
5 Organisationen, die sich vielfältig einbringen, von Parteien über Gewerkschaften, Kirchen
6 und Religionsgemeinschaften bis hin zu NGOs, Stiftungen, Vereinen und Initiativen. Wir
7 setzen auf einen starken Rechtsstaat, der unsere Freiheit sichert. Demokratie braucht eine
8 vernünftige Debatte, die auf Fakten baut, auf gegenseitigem Respekt und den Austausch von
9 Argumenten statt auf Hass, Hetze und dumpfe Parolen. Der Erfolg autoritärer und
10 antidemokratischer Kräfte in Europa und den USA macht deutlich, dass wir uns an einem
11 historischen Scheideweg befinden: Wir müssen als Gesellschaft für die europäische Tradition
12 und Geschichte seit der Aufklärung und der französischen Revolution, für die erkämpften
13 Grund- und Freiheitsrechte sowie die Demokratie und die Prinzipien der offenen Gesellschaft
14 einstehen. Diese Errungenschaften machen uns aus und machen uns stark. Wir werden deshalb
15 mit aller Entschlossenheit verhindern, dass die Uhr wieder zurückgedreht wird.
16 Nationalismus, Rassismus und die Feindschaft zwischen den Religionen und Bevölkerungsgruppen
17 haben bei uns keine Chance.

Demokratie stärken durch mehr Transparenz und Beteiligung

19 Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger*innen in ihre Repräsentant*innen, in ihre
20 Institutionen und Entscheidungsprozesse. Mit großer Sorge sehen wir Grünen, dass dieses
21 Vertrauen in Deutschland und Europa geringer wird. Wir wollen deshalb die Demokratie stärken
22 – auch indem wir für mehr Transparenz und bessere Beteiligung sorgen. Das Paralement ist für
23 uns als zentrale Vertretung der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands die Herzkammer unserer
24 Demokratie. Doch wir haben gesehen: In Zeiten einer erdrückenden Mehrheit einer Großen
25 Koalition sind die Möglichkeiten der parlamentarischen Kontrolle und Mitwirkung empfindlich
26 eingeschränkt. Deshalb wollen wir sie ausbauen. Die Arbeit des Bundestages muss
27 transparenter werden, die Ausschüsse grundsätzlich öffentlich tagen. Den Einfluss von
28 Lobbyisten und Interessengruppen wollen wir offenlegen und ein verpflichtendes öffentliches
29 Lobbyregister einrichten. Wer was an Parteien spendet oder diese mit Sponsoring unterstützt,
30 soll sichtbar sein. Die Veröffentlichungsgrenzen für Parteispenden wollen wir absenken und
31 diese Regeln auch für das Parteisponsoring einführen. Wir wollen Open Government
32 voranbringen, eine Verwaltung, die transparent und auf Augenhöhe mit Bürgerinnen und Bürger
33 kommuniziert. Amtliche Dokumente werden dann nach den Kriterien von Open Data im Internet
34 veröffentlicht. In Kommunen, Ländern und auf Bundesebene bauen wir Beteiligung aus. In den
35 Länder zeigen wir: Wir stehen für eine Politik des Gehörtwerdens und der Bürgerbeteiligung.
36 Wir beziehen Bürgerinnen und Bürger verbindlich über die bestehenden Vorschriften hinaus bei
37 der Bauplanung ein, gerade auch von Großprojekten. Das Petitionsrecht wollen wir zu einem
38 wirksamen Mittel der Bürgerbeteiligung weiterentwickeln.

39 Elemente direkter Demokratie wollen wir Grünen auch in der Bundespolitik stärken. Wir wollen
40 Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide in die Verfassung einführen. Die Rechte

41 von Minderheiten sowie Grundrechte und wesentliche Verfassungsprinzipien dürfen durch
42 Volksentscheide nicht zur Disposition gestellt werden. Zum Kern der Demokratie gehört die
43 Mehrheitsentscheidung genauso wie der Minderheitenschutz.

44 Damit möglichst viele Menschen an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen, wollen wir
45 Kommunalwahlen auch für Menschen mit festem Wohnsitz, aber ohne deutschen oder EU-Pass
46 öffnen. Damit sich gerade junge Menschen früh einbringen können, wollen wir das Wahlalter
47 bei allen Wahlen auf 16 Jahre absenken. Denn junge Menschen sollen mitentscheiden, wie ihre
48 Welt aussieht, und mitbestimmen, wer ihre Welt gestaltet.

49 **Gesellschaftliches Engagement fördern, Whistleblower schützen**

50 Millionen Menschen mischen mit und bringen sich ein. Ihr Engagement ist vielfältig und bunt:
51 Es reicht von der Feuerwehr bis zu Nachbarschaftshilfe, vom Chor über den Sportverein bis
52 zum Engagement in Kirche, Synagoge und Moschee. Wer mitmischt und sich engagiert, trägt im
53 Kleinen zum großen Ganzen, zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei. Das wollen wir Grünen
54 fördern und für mehr gesellschaftliche Anerkennung dieses Engagements sorgen. Auch
55 Bürgerinnen und Bürger, die ☒ oft unter großen Risiken ☒ Informationen über Missstände der
56 Öffentlichkeit zugänglich machen, müssen unterstützt und mit einem Whistleblower-
57 Schutzgesetz geschützt werden. Sie decken Unrecht und Ungerechtigkeiten auf und leisten
58 einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag. Es ist widersinnig, sie dafür strafrechtlich zu
59 verfolgen.

60 **Freie Medien stärken**

61 Freie und unabhängige Medien und der allgemeine Zugang zu vielfältigen Informationen sind
62 ein „Grundnahrungsmittel“ der Demokratie. Doch sie stehen heute enorm unter Druck, die
63 Medienwelt hat sich in den vergangenen Jahren drastisch gewandelt. Wir Grünen wollen eine
64 vielfältige und unabhängige Medienlandschaft verteidigen, auch gegen die Angriffe von
65 Populisten und Hetzern, die ihrerseits mit Falschmeldungen und Meinungsrobotern objektive
66 Information durch Propaganda ersetzen. Journalistinnen und Journalisten dürfen nicht unter
67 dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung überwacht werden. Auch der Informantenschutz muss
68 gesichert sein. Unser Ziel ist eine Medienlandschaft, die vielfältig und innovativ ist und
69 auch die kleinen Player ernst nimmt. Eine Voraussetzung für Qualitätsjournalismus sind
70 Arbeitsbedingungen für Journalistinnen und Journalisten, die ein unabhängiges und
71 anspruchsvolles Recherchieren und Berichten erlauben. Das rückwärtsgewandte
72 Leistungsschutzrecht für Presseverleger, das niemandem nützt, wollen wir so bald wie möglich
73 wieder abschaffen. Stattdessen brauchen wir eine sinnvolle Förderung der Vielfalt von
74 Medien. Für eine unabhängige und qualitätsvolle Berichterstattung kommt dem öffentlich-
75 rechtlichen Rundfunk eine wichtige Rolle zu. Diese gilt es zu erhalten und vor Einflussnahme
76 der Politik zu schützen. Jedoch spiegeln die Rundfunk- und Fernsehärte oft nicht die
77 gesellschaftliche, religiöse und weltanschauliche Pluralität Deutschlands wider. Das wollen
78 wir ändern. Beitragsfinanzierte Inhalte müssen auch langfristig im Netz abrufbar sein. Die
79 Beschränkungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an dieser Stelle sind unzeitgemäß. Wir
80 setzen uns ein für eine Vereinheitlichung des Jugendmedienschutzes über die verschiedenen
81 Medien hinweg.

82 **Kultur in ihrer Vielfalt fördern**

83 Kultur ist für eine lebendige Demokratie unverzichtbar. Sie ist oft provozierend, hält der
84 Gesellschaft den Spiegel vor und bietet Raum für neue Ideen und Visionen. Kultur kann in
85 Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche aber auch Orientierung und ein Gefühl von Zugehörigkeit
86 geben. Eine offene und demokratische Gesellschaft lebt davon, dass sie Freiräume ermöglicht
87 und schützt. Wir Grünen verteidigen die Freiheit von Kunst und Kultur. Sie dürfen weder

88 staatlich bevormundet noch ökonomisch vereinnahmt werden. Kunst hat keinen moralischen
89 Auftrag zu erfüllen und muss sich nicht rechnen, um gute Kunst zu sein.

90 Unser Umgang mit Geschichte, insbesondere der Shoa, prägt auch unsere gemeinsame Gegenwart
91 und Zukunft. Mit der Unterstützung von Kulturprojekten, einer ausreichenden Finanzierung von
92 Gedenkstätten und einem Fonds für interkulturelle Arbeit wollen wir Erinnerungskultur auch
93 in der Einwanderungsgesellschaft fördern. Jede fünfte Einwohner*in in Deutschland hat eine
94 Migrationsgeschichte. Wir brauchen neue Formen der Erinnerungskultur, um über Trennendes in
95 den Dialog zu treten und uns über gemeinsame Werte zu verständigen. Kultur entsteht nicht
96 durch Abschottung, sondern im Austausch mit anderen. Wir Grünen widersetzen uns deswegen
97 allen Versuchen, eine nationale „Leitkultur“ durchzusetzen. In der Kultur darf es keine
98 Grenzen geben, die im Namen einer angeblichen „kulturellen Identität“ darüber bestimmen, wer
99 dazugehört und wer nicht. Wir wollen die kulturelle Bildung in Schulen in Zusammenarbeit mit
100 freien Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen besser ausstatten.

101 Kultur lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Förderentscheidungen in der
102 Kulturpolitik müssen nachvollziehbar sein. Die Bundeskulturpolitik darf nicht allein auf
103 Schaufenster- und Großprojekte beschränkt werden, vielmehr sollten ebenso die vielen kleinen
104 Initiativen in ihrer ganzen Bandbreite finanziell gefördert werden. Auch das Thema „Kultur
105 in ländlichen Räumen“ wollen wir weiter aufwerten. Kultur muss für alle zugänglich und
106 erlebbar sein ☒ unabhängig von Wohnort, Geldbeutel, Herkunft, Alter, körperlichen
107 Voraussetzungen oder Identität.

108 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

109

110 **Lobbyregister einführen**

111 Wir Grünen wollen unsere Demokratie durch mehr Transparenz stärken. Insbesondere der
112 Einfluss von Lobbygruppen auf die Gesetzgebung muss offengelegt und allgemein sichtbar
113 werden. Dafür wollen wir ein öffentliches Lobbyregister einführen, das deren Einfluss
114 transparent macht. Im Parteiengesetz wollen wir die Grenze absenken, ab der eine
115 Parteispende veröffentlicht werden muss. Diese Regeln wollen wir auch für Sponsoring von
116 Parteien und Parteitagern verpflichtend machen. So wird auch beim Sponsoring jederzeit
117 ersichtlich, wer wen in welcher Höhe unterstützt.

118

119 **Whistleblower gesetzlich schützen**

120 Edward Snowden haben wir viel zu verdanken. Nur durch seinen Mut, mit Informationen an die
121 Öffentlichkeit zu gehen, wurde die skandalöse Ausspähung und Massenüberwachung von
122 Bürgerinnen und Bürgern durch die NSA bekannt. Auch die Offenlegung von massenhafter und
123 organisierter Steuerhinterziehung durch die Panama-Papiere und Luxleaks verdanken wir
124 Whistleblowern. Bürgerinnen und Bürger, die sich dafür einsetzen, Informationen der
125 Öffentlichkeit zugänglich zu machen, die dem öffentlichen Interesse und dem Allgemeinwohl
126 dienen, müssen dabei unterstützt und geschützt werden. Deshalb wollen wir Grünen ein
127 Whistleblower-Schutzgesetz, das diese Menschen vor Strafverfolgung schützt.

128

129 **Wahlalter auf 16 Jahre absenken**

130 Ihre Meinungen, Wünsche und Vorstellungen können Jugendliche am besten dann äußern, wenn sie
131 mitbestimmen können. Wir setzen uns dafür ein, das Wahlalter bei allen Wahlen auf 16 Jahre
132 abzusenken. Denn das Recht auf frühe Mitbestimmung und die entsprechende demokratische
133 Bildung motiviert junge Menschen, sich selbstbestimmt und eigenverantwortlich in die

134 Gesellschaft einzubringen. Wer früh lernt, wählen zu gehen, setzt dies auch später fort und
135 motiviert andere, auch zu wählen.

136

FH-VS-01 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

1 Täuschung, Tricksereien und Betrug – viele Menschen werden auch im Jahr 2017 noch zu oft
2 über den Tisch gezogen. Während US-amerikanische VW-Kunden angemessene Entschädigungen für
3 manipulierte Autos bekommen, gehen deutsche Kunden leer aus. Datenkraken und mächtige
4 Internetkonzerne sammeln unsere Daten und dealen damit ungefragt. Hinter bunten Verpackungen
5 und Fake-Siegeln verbirgt die Lebensmittelindustrie ungesundes Essen von teils minderer
6 Qualität.

7 Verbraucherschutz betrifft alle Menschen – in nahezu allen Lebensbereichen. Von der ersten
8 Kontoeröffnung über den täglichen Einkauf bis zur Altersvorsorge. Als Grüne schützen wir
9 Verbraucherinnen und Verbraucher vor Täuschung, Vertrags-Tricksereien und Missbrauch von
10 Daten. Wir kämpfen für mehr Transparenz, mehr gesetzlichen Schutz und faire Klagerechte: So
11 sieht grüner Verbraucherschutz aus.

12 Nachhaltigen Konsum ermöglichen

13 Ob T-Shirt, Steak oder Smartphone: Woher ein Produkt kommt, was es enthält und wie es
14 produziert wurde, bleibt viel zu oft im Dunkeln. Wer will schon mit seinem Einkauf für
15 Kinderarbeit, verseuchte Flüsse oder Tierqual verantwortlich sein? Deshalb wollen wir
16 transparente Lieferketten mit sozialen und ökologischen Mindeststandards. Es muss klar sein,
17 was in einer Verpackung steckt. Nur wenn draufsteht, was drin ist, hat nachhaltiger Konsum
18 eine Chance.

19 Für Fleisch und Milch wollen wir eine einfache Kennzeichnung einführen, die klar und
20 deutlich zeigt, wie das Tier gehalten wurde – so wie bei Eiern längst etabliert. Diese muss
21 auch für verarbeitete Produkte gelten. Dann können Konsument*innen Tierquäl*innen und
22 Umweltzerstörer*innen die rote Karte zeigen.

23 Kundinnen und Kunden werden entmündigt, wenn unverständliche Nährwertangaben Dickmacher
24 verschleiern oder vegetarische und vegane Lebensmittel unklar gekennzeichnet sind. Wir
25 wollen, dass die Lebensmittelpackung die Wahrheit sagt, beispielsweise durch eine
26 Nährwertampel.

27 Transparenz muss auch bei der Lebensmittelhygiene gelten. Wir wollen ein Hygienebarometer
28 für Gaststätten einführen. So können Verbraucherinnen und Verbraucher erkennen, wie ein
29 Betrieb bei der Lebensmittelüberwachung abgeschnitten hat.

30 Für Kleidung, Lebensmittel und Möbel existiert derzeit ein undurchsichtiger Siegel-
31 Dschungel. Zwischen nichtssagender Industrierwerbung und einem kontrollierten Qualitätssiegel
32 lässt sich schwer unterscheiden. Man muss teils Sherlock Holmes spielen, um herauszufinden,
33 wo und wie etwas produziert wurde. Darunter leidet die Glaubwürdigkeit ganzer Branchen.

34 Wir wollen mit dem Siegel-Dschungel aufräumen. Deshalb engagieren wir Grünen uns für
35 Mindestanforderungen für die wichtigsten Branchen und klare Kriterien wie „fair“ oder
36 „regional“. So schaffen wir die Voraussetzungen, dass ein Siegel pro Sektor echte
37 Orientierung gibt.

38 Viele Verbraucher*innen und Verbraucher wollen nachhaltig und ressourcenschonend
39 konsumieren. Doch Produkte zu reparieren, ist oft sehr schwer oder wird sogar unmöglich
40 gemacht, wenn etwa Akkus fest verschweißt werden. Updates werden nicht mehr zur Verfügung
41 gestellt, Kabel passen nicht mehr. So wird technologischer Fortschritt zum ökologischen und
42 verbraucherpolitischen Rückschritt. So entstehen Müllberge aus Elektronikschrott. In Zukunft
43 müssen Produkte so gebaut sein, dass sie einfach zu reparieren und Akkus und Batterien
44 austauschbar sind. Das wollen wir über Vorgaben für ein ökologisch sinnvolles Design und
45 längere Gewährleistungsfristen sicherstellen.

46 **Von VW bis Facebook – Verbraucherrechte gelten im Netz wie auf der Straße**

47 Bisher gibt es in Deutschland keine finanziellen Entschädigungen für die von VW Betrogenen.
48 Anders in den USA, wo es ein starkes Gruppenklagerecht gibt, das auch mächtige Konzerne zur
49 Einhaltung ihrer Verantwortung zwingt. In Deutschland dagegen ist es für Einzelne oft viel
50 zu schwer, das geltende Recht auch zur Geltung zu bringen. So weigern sich etwa
51 Fluggesellschaften, Entschädigungsansprüchen nachzukommen. Wir wollen endlich Gruppenklagen
52 ermöglichen, die das Prozessrisiko auf viele Schultern verteilen.

53 Der Dieselskandal hat gezeigt, dass Verbraucher- und Gesundheitsschutz für die
54 Bundesregierung allenfalls zweitrangig gegenüber der Diesel-Lobby ist. Wir brauchen eine
55 Kehrtwende. Staatliche Aufsichtsbehörden müssen endlich auch den Schutz der Verbraucherinnen
56 und Verbraucher zu ihrem Ziel machen. Sie müssen sich dafür starkmachen, dass
57 Verbraucherinnen und Verbraucher voll entschädigt werden, wenn sie über den Tisch gezogen
58 wurden. Unrechtmäßig erzielte Gewinne, beispielsweise durch Kartellverstöße, sollen den
59 Verbraucherinnen und Verbrauchern zurückgegeben werden, indem aus diesen Mitteln die
60 unabhängige Verbraucherberatung gestärkt wird.

61 Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher auch im Netz stärken und schützen. Wir
62 akzeptieren nicht, dass Google, Facebook, WhatsApp und Co. unsere persönlichsten
63 Informationen horten und exakte Persönlichkeitsprofile von uns anlegen. Wer im Internet
64 unterwegs ist, hat das Recht, zu wissen, an wen seine oder ihre Daten weitergegeben werden,
65 und muss dagegen widersprechen können. Gesundheitsdaten müssen auch digital geschützt
66 werden. Auch in Zeiten von Big Data müssen unsere Daten uns gehören. Wir wollen die
67 Kontrolle über unsere Daten zurück. Die Grundsätze des Datenschutzes –
68 Einwilligungsvorbehalt, Zweckbindung und Datensparsamkeit – müssen auch online konsequent
69 durchgesetzt werden.

70 Die Menschen müssen sich auf ihr Recht auf kostenfreie Auskunft, Korrektur und Löschung
71 ihrer Daten verlassen können. Sie müssen entscheiden dürfen, wer welche Daten sammeln und
72 auswerten darf.

73 Algorithmen bestimmen heute, wer wie viel zahlt, welche Werbung angezeigt wird und welche
74 Kreditbedingungen wir bekommen. Je nach Wohnort oder Endgerät sind manche Produkte
75 unterschiedlich teuer. Gegen versteckte Ausspähung und Diskriminierungseffekte braucht es
76 klare Regeln ☒ für Transparenz und Verbraucherschutz im Digitalen.

77 **Besserer Schutz vor Abzocke durch Banken und Versicherer**

78 Fünf Euro fürs Geldabheben an fremden Automaten, überhöhte Gebühren für Basiskonten,
79 unverhältnismäßige Dispozinsen und unzureichende Beratung bei Vermögensanlagen und
80 Versicherungen. Finanzieller Verbraucherschutz ist dringend notwendig, schützt vor Abzocke
81 und steht für eine bessere Beratung: vom ersten Konto über Anlageberatung bis zur
82 Altersvorsorge.

83 Die finanziellen Verluste durch falsche Anlageberatung werden jährlich für die deutschen
84 Verbraucherinnen und Verbraucher auf ca. 50 Milliarden Euro geschätzt. Das ist nicht nur

85 volkswirtschaftlicher Irrsinn, sondern beraubt Sparer*innen und Versicherte und zerstört im
86 schlimmsten Fall Existenzen. Doch trotz aller Versprechungen der Großen Koalition stehen
87 dabei immer noch nicht die Bedürfnisse und Wünsche der Kundinnen und Kunden im Vordergrund,
88 sondern Verkaufsvorgaben und Provisionsversprechen für die „Berater“. Deshalb werden wir
89 Provisionen und Gebühren deckeln und transparent machen. Unser Ziel, eine wirklich
90 unabhängige Finanzberatung auf Honorarbasis für alle, wollen wir nach einer angemessenen
91 Übergangszeit erreichen. Aber auch da, wo es nicht um die großen finanziellen Fragen des
92 Lebens geht, sind Verbraucherinnen und Verbraucher den Instituten oft schutzlos
93 ausgeliefert. Dispozinsen von zwölf Prozent und mehr sind keine Ausnahme. Wir Grünen wollen,
94 dass kein Bankkunde in die Dispozinsfalle läuft. Deshalb werden wir den Dispozins deckeln.
95 Ebenso muss der Zugang zu einem günstigen Basiskonto sichergestellt sein, denn
96 gesellschaftliche Teilhabe hängt heute auch von der eigenen EC-Karte ab. In der
97 Altersvorsorge wollen wir mit einem staatlichen Basisprodukt eine transparente Alternative
98 zum Dschungel der Altersvorsorgeprodukte schaffen.

99 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

100

101 **Wissen, was drin ist ☒ Tierprodukte kennzeichnen**

102 Kein Ei mit der 3! So lautet der Spruch der wohl erfolgreichsten Tierschutzinitiative aller
103 Zeiten. Seit die Haltungsform der Legehennen gekennzeichnet werden muss, ist nämlich Schluss
104 mit der Käfighaltung. Die Käufer*innen haben „mit dem Einkaufsbeutel“ abgestimmt. Wir sind
105 sicher: Das wird auch bei Fleisch funktionieren. Deshalb fordern wir eine klare und einfache
106 Kennzeichnung der Art der Tierhaltung auf allen Fleischprodukten – wie beim Ei. Damit
107 Verbraucherinnen und Verbraucher bewusst entscheiden können, müssen sämtliche Tierprodukte
108 gekennzeichnet werden. Auch bei verarbeiteten Produkten soll die Packung besagen, was in ihr
109 steckt. Künftig muss daher auf der Packung gut sichtbar sein, wo und wie die Tiere gehalten
110 wurden – das gilt für Eier, Milch und Fleisch.

111

112 **Datenschutz ausweiten ☒ Privatsphäre wahren**

113 Datenhungrige Unternehmen speichern individuelles Verhalten ihrer Kund*innen und nutzen
114 diese Daten zur Profilerstellung. Die bestehenden Schutzmechanismen wie das Prinzip der
115 Einwilligung laufen dabei ins Leere. Alle Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Recht,
116 zu wissen, wer was wann und wo über sie speichert. Nur sie selbst – kein Arbeitgeber, kein
117 Internetanbieter, keine Krankenkasse und auch nicht der Staat – dürfen bestimmen, wer
118 Zugriff auf ihre Daten hat und was damit geschehen soll. Wir werden darauf drängen, dass bei
119 der Anpassung der deutschen Datenschutzgesetze an die EU-Datenschutzreform die hohen EU-
120 Standards für klare Grenzen von Sammlung und Verwertung persönlicher Daten und Informationen
121 nicht aufgeweicht werden.

122

123 **Gruppenklagen für Verbraucherinnen und Verbraucher ermöglichen**

124 Der Fall VW hat einmal mehr deutlich gemacht. Es ist für Verbraucherinnen und Verbraucher zu
125 schwer, ihre Rechte wirksam durchzusetzen. Viele überlegen zweimal, ob sie den Aufwand auf
126 sich nehmen ihre Rechte gerichtlich gegen einen Großkonzern durchzusetzen. Wir wollen das
127 einfacher machen. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen sich zu Gruppenklagen
128 zusammenschließen und gemeinsam durch Gruppenklagen ihre Ansprüche klären können.

129

FH-IF-01 Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

Wir machen das Internet frei und sicher

1 Smartphones, Internet, soziale Netzwerke: Der digitale Wandel verändert unsere Gesellschaft
2 in einem ungeheuren Ausmaß. Digitale Dienstleistungen erhöhen dabei unsere Lebensqualität,
3 vom Zugang zu Informationen, Open Data und onlinebasierter Bürgerbeteiligung bis zu
4 Carsharing und intelligent gesteuertes Stromversorgung. Gleichzeitig sind viele Menschen
5 verunsichert. Ständig müssen wir erreichbar sein, Unternehmen erstellen detaillierte
6 Profile, Internetkonzerne wissen immer mehr über uns und unser Leben, im Netz wachsen
7 Brutstätten des Hasses. Ängste vor digitaler Spaltung oder Jobverlust nehmen zu.

8 Unsere Digitalpolitik richtet sich an den Bedürfnissen der Menschen aus. Demokratische
9 Grundpfeiler wie das Recht auf digitale Selbstbestimmung, ein innovativer Daten- und
10 Verbraucherschutz, eine effektive IT-Sicherheit und die Chancengleichheit stehen im
11 Mittelpunkt unserer Konzepte für eine lebenswerte digitale Gesellschaft. Wir wollen den
12 digitalen Wandel aktiv gestalten. Dazu gehört es, mühsam erkämpfte Rechte online
13 durchzusetzen. In der digitalen Welt müssen wir für Freiheit, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit
14 und Demokratie und gegen Hass, Hetze und Gewalt genauso streiten wie in der analogen. Genau
15 das hat die Große Koalition sträflich verpasst. Jahrelang erkämpfte Fortschritte beim Schutz
16 der Privatsphäre, der Persönlichkeit oder von Verbraucherinnen und Verbraucher dürfen nicht
17 im und durch das Netz einfach abgeräumt werden.

18 Wir Grünen stellen uns auch übermächtig erscheinenden IT-Konzernen entgegen. Das Recht auf
19 digitale Selbstbestimmung ist zentral im digitalen Zeitalter. Wir streiten mit aller
20 Entschlossenheit für einen innovativen Daten- und Verbraucherschutz mit höchsten Standards,
21 eine effektive IT-Sicherheit und digitale Chancengleichheit. Der Staat bleibt in der
22 Pflicht, private Kommunikation und digitale Infrastrukturen effektiv zu schützen. Gemeinsam
23 mit einer engagierten Zivilgesellschaft streiten wir für Innovationen, mehr E-Government,
24 offene Daten, Vertrauen und Sicherheit in der digitalen Welt und gegen Massenüberwachung –
25 egal ob durch Unternehmen oder Geheimdienste. Nur wenn wir der Sicherheit des Netzes
26 vertrauen können, können wir auch die Potentiale des digitalen Wandels für Bildung, sozialen
27 Fortschritt und eine nachhaltige Wirtschaft voll ausschöpfen.

Ein Netz für alle

29 Wir wollen schnelles Internet für alle Haushalte und Unternehmen, überall in Deutschland.
30 Ein schneller Internetanschluss gehört wie ein Telefonanschluss zur staatlichen
31 Daseinsvorsorge. Deshalb haben wir beispielsweise in Baden-Württemberg bereits die weißen
32 Flecken bei der Netzabdeckung um 80 Prozent reduziert. Der Stillstand im Bund beim
33 Breitbandausbau steht sinnbildlich für das digitalpolitische Versagen der Großen Koalition.
34 Noch immer gibt es viel zu viele „weiße Flecken“. Das wollen wir ändern. Wir wollen einen
35 zukunftsfähigen und umfassenden Breitbandausbau auf der Basis von Glasfaser. Dafür widmen
36 wir die Telekom-Aktien im Wert von rund zehn Milliarden Euro in Bundesbesitz um und
37 investieren sie in den Breitbandausbau.

38 Wir setzen uns für echte Netzneutralität, für offene und rechtssichere WLAN-Zugänge und die
39 Förderung von Freifunk ein. Denn echte Netzneutralität ist die Voraussetzung für einen

40 fairen digitalen Wettbewerb und einen offenen, barrierefreien Zugang. Ein „Zwei-Klassen-
41 Internet“ braucht niemand. Schon seit langem stellt der digitale Wandel uns auch vor die
42 Frage der Nutzung und Vergütung digitaler Inhalte. Wir wollen eine Reform des Urheberrechts,
43 die den Ansprüchen der neuen, digitalen Realität genügt. Sie soll bürgerrechtskonform sein
44 und die Interessen von Verbraucher*innen und Urheber*innen fair ausgleichen. Nutzerinnen und
45 Nutzer digitaler Inhalte sollen bei Ausleihe und Weiterveräußerung nicht schlechter gestellt
46 werden als bei analogen Gütern. Gleichzeitig müssen Urheber*innen angemessen vergütet
47 werden.

48 **Gemeinsam gegen Hass im Netz**

49 Mit Sorge beobachten wir die Verbreitung von Hass und Hetze im Netz. Die Strafverfolgung
50 hingegen hinkt diesen Auswüchsen weit hinterher. Wir Grünen wollen dafür sorgen, dass
51 Menschen, die sich volksverhetzend äußern oder andere mit Mord- und
52 Vergewaltigungsphantasien bedrohen, konsequent zur Rechenschaft gezogen werden.
53 Internetunternehmen müssen in die Pflicht genommen werden, rechtswidrige Posts und
54 Kommentare nach umgehender Prüfung sofort zu löschen und zu dokumentieren, um eine effektive
55 Strafverfolgung und Durchsetzung individueller Rechte zu ermöglichen.
56 Strafverfolgungsbehörden und Gerichte müssen technisch und personell so ausgestattet werden,
57 dass sie Rechtsverstöße im Netz in angemessener Zeit bearbeiten können. Im Netz muss
58 erkennbar sein, ob Mensch oder Maschine kommunizieren. Wir fordern deshalb eine
59 Kennzeichnungspflicht für Computerprogramme (Social Bots), die eine menschliche Identität
60 vortäuschen und zu Zwecken der Manipulation und Desinformation eingesetzt werden können.

61 Nicht alles, was hetzerisch im Netz geäußert wird, ist rechtswidrig. Meinungsfreiheit gilt
62 auch für abseitige, oftmals schwer erträgliche Positionen. Plattformen wie Facebook müssen
63 in die Pflicht genommen werden, Community-Standards durchzusetzen. Dies benötigt eine
64 aktive digitale Zivilgesellschaft, die sich einbringt, Inhalte kritisch hinterfragt und
65 Hausregeln auf der Webseite auch durchsetzt. Ein demokratisches Netz braucht Nutzerinnen und
66 Nutzer, die Hass und Fakes eine klare, ethisch begründete Haltung entgegensetzen.

67 Digitale Kompetenz ist heute eine Grundvoraussetzung für gleichberechtigtes und
68 selbstbestimmtes Leben. Wir wollen daher mehr Programme für digitale und kulturelle Bildung
69 in Kindertagesstätten, Schulen, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung. Auch Polizei und
70 Staatsanwaltschaften müssen hier ihre Kompetenz erweitern. Für Frauen und Mädchen, die Opfer
71 von Cybermobbing und Gewalt im Netz geworden sind, benötigen wir mehr Beratungs- und
72 Anlaufstellen sowie geschulte Strafverfolgungsbehörden.

73 **Vertrauen im Netz sichern**

74 Wer ständig überwacht wird, ist nicht frei. Selbst wer glaubt, „nichts zu verbergen zu
75 haben“, ist angreifbar. Effektiver Grundrechtsschutz ist das Fundament einer freien
76 Gesellschaft. Dies gilt auch im digitalen Zeitalter. Menschen müssen wissen, wer wann was
77 über sie weiß. Datenschutz ist aber mehr als nur informationelle Selbstbestimmung. Die
78 Wahrung von Grundrechten im Digitalen darf keinesfalls auf den Einzelnen abgewälzt werden.
79 Vielmehr bleibt der Staat in der Pflicht, private Kommunikation, persönliche Daten und
80 digitale Infrastrukturen effektiv zu schützen. Wir werden weiter auf allen politischen
81 Ebenen für starke Regeln zur Vertraulichkeit elektronischer Kommunikation und höchste IT-
82 Sicherheitsstandards kämpfen.

83 Hier setzen wir auf klare rechtliche Vorgaben, wollen aber auch Anreize für Unternehmen
84 schaffen, in gute und sichere IT-Lösungen zu investieren. Den effektivsten Schutz vor
85 Angriffen bietet Prävention. Die bestehenden Aufsichtsstrukturen werden wir personell und
86 rechtlich deutlich stärken, um den Verbraucher- und Datenschutz konsequent zu gewährleisten.
87 Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) werden wir unabhängig stellen.

88 Private Kommunikation, öffentliche Stellen, die Wirtschaft sowie digitale Infrastrukturen
89 werden wir effektiv vor IT-Angriffen schützen.

90 Mit der Vernetzung von immer mehr Gegenständen des täglichen Lebens („Internet of Things“)
91 wachsen die Anforderungen an eine verlässliche IT-Sicherheit. Wir wollen daher auch für
92 Software die seit Jahren fehlende Produkthaftung einführen und bei Geräten mit
93 Internetanschluss die Hersteller zu regelmäßigen Sicherheits-Updates verpflichten.

94 **Was macht ihr mit meinen Daten?**

95 Seit wir immer mehr online erledigen, wissen auch unzählige Unternehmen, wohin wir gehen,
96 was wir lesen, was wir kaufen, wer unsere Freunde sind oder wie oft wir verschuldet waren.
97 Die Methoden werden besser, die Daten immer mehr. Wir müssen die Kontrolle über die Daten
98 zurückerkämpfen denn sie gehören uns! Deshalb ist für uns der Verbraucherschutz im Netz so
99 wichtig (à Kapitel: Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark). Nutzerinnen und
100 Nutzer brauchen ein Recht auf kostenfreie Auskunft, Korrektur und Löschung ihrer Daten
101 gegenüber internationalen Unternehmen. . Automatisierte Diskriminierung wollen wir
102 unterbinden, sei es beim individuellen Preis-Profiling, beim Kredit-Scoring oder auch bei
103 der inneren Sicherheit. Und wir müssen dafür sorgen, dass sich alle Unternehmen an die
104 rechtlichen Vorgaben wie das neue EU-Datenschutzrecht halten.

105 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

106

107 **Schnelles Internet für alle Glasfaser ausbauen**

108 Wir wollen, dass schnelles Internet in jedem Stadtviertel, jeder Gemeinde und jedem Dorf
109 Standard ist. Dafür werden wir die Breitbandversorgung überall in Deutschland verbessern und
110 die Glasfaserkabel ausbauen von der Banken-City bis zu jedem Bauernhof. Der Bund soll
111 dafür seine Telekom-Aktien in Höhe von zehn Milliarden Euro verkaufen und die Einnahmen in
112 den Breitbandausbau investieren. Der Ausbau von Leerrohren als Basis für die Glasfaserkabel
113 steht dabei im Vordergrund. Um Wettbewerb zu sichern, können sowohl Kommunen als auch
114 Unternehmen die Leitungen legen und die Netze betreiben.

115

116 **Datenschützer*innen stärken, neues Klagerecht einführen**

117 Die Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern und die Verbraucherschutzverbände sind für
118 wirksamen Datenschutz enorm wichtig. Sie müssen mit der Digitalisierung von immer mehr
119 Lebensbereichen Schritt halten. Von Big Data, Internet der Dinge, Industrie 4.0 bis zur
120 Digitalisierung im Gesundheitswesen, im Verkehr oder der Energieversorgung: Für immer mehr
121 Bereiche brauchen wir Schutzkonzepte und aufmerksame Datenschützer*innen. Auch die neue EU-
122 Datenschutzgrundverordnung stellt neue Anforderungen. Um diese Aufgaben zu bewältigen,
123 wollen wir unsere Datenschutzaufsichtsbehörden institutionell und personell stärken. Neben
124 mehr Personal fordern wir, ihnen ein Klagerecht vor Zivilgerichten einzuräumen, damit sie
125 wirkungsvoller gegen Datenschutzverstöße von Unternehmen vorgehen können.

126

127 **Moderne Verwaltung mit E-Government**

128 Mit mehr Mut zu Open Data, barrierefreien E-Government-Dienstleistungen und Open Government
129 werden wir einen entscheidenden Beitrag leisten, um unsere Verwaltung zu modernisieren,
130 Bürokratie abzubauen und unsere Demokratie zu beleben. Wir setzen uns für Open-Data-Regeln
131 ein, die Behörden verpflichten, vorhandene Daten von sich aus leicht auffindbar,
132 maschinenlesbar und kosten- und lizenzfrei für die Öffentlichkeit bereitzustellen.

FH-BW-01 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

1 Zu Hause, auf der Straße, bei der Arbeit, in Kindertagesstätten und der Schule verbringen
2 wir zusammen unser Leben. Vor Ort werden unsere Alltagsfragen beantwortet. Ist der Weg zum
3 Job schnell erreichbar und die Miete bezahlbar? Ist der Arzt oder die Ärztin nur einen
4 Katzensprung entfernt? Fährt der Bus alle fünf Minuten oder existiert gar keine Haltestelle?
5 Gibt es fußläufig eine Lieblingskneipe, Kinos und ausreichend Sportstätten? Ist der
6 Dorfladen ein naher und geliebter Treffpunkt oder längst geschlossen? Kann man einfach mal
7 losradeln, ohne Slalom durch Schlaglöcher fahren zu müssen? Diese Grundlagen des Alltags
8 sorgen für Wohlbefinden oder Frust. Sie prägen unser Zusammenleben und bestimmen, ob ein
9 Arbeitsplatz erreichbar und die Balance zwischen Familie und Arbeit möglich ist und ob alle
10 Menschen leben können, wie und wo sie wollen. Sie bestimmen, ob Kinder gut aufwachsen, ob
11 ein gutes Leben im Alter möglich ist und die Pflege reibungslos funktioniert. Die
12 Lebensqualität wird vom Angebot vor Ort entschieden, egal ob auf dem Land oder in der Stadt.
13 Unsere Wohnorte sollen Teilhabe und Chancen im Alltag unabhängig vom eigenen Geldbeutel
14 ermöglichen. Ein umfangreiches und hochwertiges öffentliches Angebot vor Ort ist ein
15 Sprungbrett ins gesellschaftliche Leben, gerade für Menschen ohne großen finanziellen
16 Spielraum.

17 Heft des Handelns in die Hände vor Ort

18 Kein Ort gleicht dem anderen. Es gibt wohlhabende und finanzschwache, wachsende und halb
19 verlassene, alte und junge Städte und Gemeinden – oft in direkter Nachbarschaft. Bei aller
20 Vielfalt vor Ort und der gemeinsamen Aufgabe, einen eigenen Weg einzuschlagen, ist eines für
21 alle gleich: Städte und Gemeinden müssen das Heft des Handelns in der Hand behalten. Nur so
22 können sie autonom handeln und passend entscheiden, wer das Busangebot stellt, bezahlbares
23 Wohnen schafft oder das Wasserwerk und das Stromnetz betreibt.

24 Öffentliche Museen und Theater, sanierte Schulen, gute Sportplätze und intakte Quartiere
25 sorgen an vielen Orten für eine hohe Lebensqualität. Marode Turnhallen, geschlossene
26 Büchereien und Kultureinrichtungen sowie schimmelige Schwimmbäder konzentrieren sich in
27 anderen. Die Schere zwischen armen und reichen Städten, Gemeinden, Kreisen und
28 Nachbarschaften geht immer weiter auseinander. Wir Grünen wollen deshalb struktur- und
29 finanzschwachen Kommunen unabhängig von der Himmelsrichtung unter die Arme greifen. Unser
30 Ziel ist eine angemessene finanzielle Ausstattung für alle. Mit einem Altschuldenfonds
31 ermöglichen wir hochverschuldeten Städten und Gemeinden einen Neustart. Spürbare
32 Entlastungen von Sozialausgaben erleichtern gerade strukturschwachen Kommunen das tägliche
33 Geschäft. Die Einnahmen werden wir mit der kommunalen Wirtschaftssteuer verlässlicher und
34 die Grundsteuer gerechter machen. Der Bund und die Länder dürfen unsere Städte und Gemeinden
35 nicht mehr mit immer neuen Aufgaben belasten, ohne das nötige Geld dafür zur Verfügung zu
36 stellen. Unser Grundsatz lautet: Wer bestellt, bezahlt. Außerdem brauchen wir viel mehr
37 Investitionen. Seit Jahrzehnten fallen immer wieder Sanierungen und Instandsetzungen von
38 öffentlicher Infrastruktur dem Rotstift zum Opfer. Dieser Investitionsstau konzentriert sich
39 ausgerechnet auf die ohnehin finanziell gebeutelten Kommunen. Mit unserem grünen

40 Investitionsprogramm im zweistelligen Milliardenbereich wollen wir in einem ersten Schritt
41 bei der Sanierung von Schulen helfen, da hier in vielen Orten die Not am größten ist.

42 **Bezahlbares Wohnen für alle**

43 Die Suche nach einer bezahlbaren Wohnung mitten in der Stadt ist vielerorts vergleichbar mit
44 der Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Wohnungen sind heiß begehrt und häufig entscheidet
45 die Dicke des Geldbeutels über die neue Mieter*in. Gerade lebendige, bunte Stadtteile sind
46 hip und durch starke Nachfrage auf frei werdende Wohnungen von Gentrifizierung bedroht. Doch
47 der Geldbeutel darf nicht darüber entscheiden, ob Freunde, Kindertagesstätte, Jobs und
48 Familie von der eigenen Wohnungstür aus schnell zu erreichen sind. Wir Grünen wollen eine
49 Million neue bezahlbare Wohnungen, dauerhaft günstig, lebenswert und mittendrin. Wir stecken
50 wieder Geld in preiswerten Wohnraum, statt den Bau von Luxusobjekten zu unterstützen. Wir
51 fördern Wohnungen für junge Familien und Menschen mit weniger Einkommen. Wir wollen mit
52 einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit faires, gutes und günstiges Wohnen schaffen,
53 Genossenschaften wiederbeleben und den sozialen Wohnungsbau viel stärker fördern. Außerdem
54 werden wir Grünen auch Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen helfen, Wohneigentum und
55 Anteile an Genossenschaften zu erwerben. Denn Wohnen ist für uns ein Teil der öffentlichen
56 Daseinsvorsorge.

57 All das reicht aber noch lange nicht aus. Wir werden Mietsteigerung begrenzen, die Praxis
58 des Raussanierens bekämpfen und Verdrängung beenden. Eine richtige Mietpreisbremse ohne
59 Hintertür muss her. Wir wollen ein ökologisches und soziales Mietrecht einführen, damit in
60 guter Lage die klimafreundliche, warme Wohnung bezahlbar bleibt. Wir werden durch die
61 Anhebung des Wohngeldes bedürftigen Menschen zusätzlich unter die Arme greifen. Wir wollen
62 kurze Wege, mehr Grün in der Stadt und mehr Treffpunkte und Leben in den Quartieren durch
63 Stadtteilzentren fördern. Wir unterstützen urbane Gärten, Wohnprojekte, Bürgerenergie und
64 generationengerechtes Wohnen. Flächensparendes Bauen wollen wir stärken, den
65 Flächenverbrauch auf der grünen Wiese eindämmen und mehr nachwachsende Baustoffe einsetzen.
66 Das Baurecht werden wir modernisieren und ein faires grünes Wärmepaket auflegen, um
67 Ressourcen und das Klima zu schonen – und zwar für alle bezahlbar. Für lebenswerte Städte
68 und Dörfer mit Identität, für öffentliche Plätze, Straßen und Gebäude zum Wohlfühlen
69 unterstützen wir die Entwicklung der Baukultur in den Metropolen wie in den ländlichen
70 Räumen.

71 **Ländlicher Raum – lebenswert und zukunftsfähig**

72 Günstiger Wohnraum, ein eigener Garten und der Badensee gleich um die Ecke, wer erträumt sich
73 das nicht? Keine gute Schule, Einkaufsmöglichkeiten, Busanbindungen,
74 Ausbildungsmöglichkeiten oder Jobs, eine schlechtere soziale und ärztliche Versorgung sind
75 leider allzu oft die Kehrseite der Medaille, wenn man auf dem Land lebt. Doch auch die Orte,
76 die nicht so sehr im Fokus stehen, wollen wir erhalten, pflegen und gedeihen lassen.

77 Dabei stehen wir vor großen Herausforderungen, denn die Alterung der Gesellschaft ist im
78 ländlichen Raum besonders stark zu spüren. Es sind vor allem die Jüngeren, die nach der
79 Schule ihr Dorf oder ihre Kleinstadt verlassen. Ein Nebeneinander von wachsenden Städten
80 sowie Dörfern und Gemeinden, in denen immer weniger Menschen leben, entsteht. Wir wollen die
81 Möglichkeiten suchen und nutzen, die sich aus den Umbrüchen und dem Wandel vor Ort ergeben.

82 Wir wollen Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Erholen von Beginn an in der gesamten Region
83 zusammen denken und planen, barrierefrei und generationengerecht. Wir wissen, wie das auch
84 mit knappen Ressourcen gelingen kann. Hierfür wollen wir einiges umkrempeln. Die Frage, wie
85 ein Lebensweg verläuft, darf nicht der geografische Zufall entscheiden. Das ist auch eine
86 Frage von Gerechtigkeit. Deshalb wollen wir die Förderpolitik des Bundes stärker an der
87 Raumordnung orientieren, damit Gelder da ankommen, wo sie gebraucht werden. Wir machen uns

88 stark für lebendige Ortskerne, damit Innenstädte und Dorfkerne weiter Wohnorte bleiben. Wir
89 wollen schnelles Netz – überall; wie wir das machen, beschreiben wir im Kapitel à Wir
90 gestalten die Digitalisierung. Ärzt*innen und Krankenhäuser müssen erreichbar sein. Deshalb
91 wollen wir die „Gesundheitsversorgung aus einer Hand“ stärken. Wir unterstützen auch auf dem
92 Land das Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“. In ländlichen Zwergschulen können Kinder
93 gemeinsam in kleinen Klassen jahrgangsübergreifend lernen und werden ganztägig gut betreut.
94 Wir wollen Vereine und Jugendarbeit stärken und so in den Zusammenhalt investieren.
95 Kleinbetriebe sollen zusammenarbeiten können, um auszubilden. Damit der
96 Fachkräftenachwuchs auf hochwertige Arbeits- und Ausbildungsplätze trifft, wollen wir
97 regionale Wirtschaftskreisläufe in Schwung bringen. So bleibt die Wertschöpfung vor Ort und
98 wir können Regionen beleben, die heute mehr und mehr verweisen.

99 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

100

101 **Kommunen finanziell entlasten**

102 Die Schere zwischen armen und reichen Städten, Gemeinden und Kreisen geht immer weiter
103 auseinander. Wir wollen struktur- und finanzschwachen Kommunen unter die Arme greifen. Wir
104 werden die Kommunen spürbar von den Sozialausgaben entlasten. Wir ermöglichen
105 hochverschuldeten Städten einen Neustart, indem wir übermäßig hohe Schulden in einen
106 gemeinsamen Fonds (Altschuldentilgungsfonds) überführen. Das entlastet sie von drückenden
107 Zinsen. Die Einnahmen wollen wir mit der kommunalen Wirtschaftssteuer verlässlicher machen.

108

109 **Eine Million neue, bezahlbare Wohnungen**

110 Wir brauchen einen Aufbruch für bezahlbares Wohnen. Die Zeit des Verkaufs und der
111 Spekulation mit Sozialwohnungen muss enden. Wir wollen eine Million neue preiswerte
112 Wohnungen bauen, dauerhaft günstig und lebenswert. Mit dem Konzept der Neuen
113 Wohnungsgemeinnützigkeit werden wir wieder Genossenschaften, kommunale Wohnungsunternehmen
114 und private Investoren für den sozialen Wohnungsbau gewinnen. Das Prinzip dabei ist: Zulagen
115 und Steuerförderung im Tausch gegen günstigen Wohnraum.

116

117 **Mietpreise bremsen – für ein Mietrecht ohne Schlupflöcher**

118 Die Mieten explodieren seit Jahren. Damit muss jetzt Schluss sein. Die Mietpreisbremse
119 ziehen wir endlich richtig an und schaffen unnötige Ausnahmen ab. Niemand darf wegen
120 Luxusmodernisierungen verdrängt werden. Dafür senken wir die Modernisierungumlage deutlich
121 ab. Die Miethöhen müssen bei den Mietspiegeln über einen längeren Zeitraum abgebildet
122 werden. Die Zeitspanne ohne Mieterhöhungen werden wir ausweiten. Wir verdoppeln das
123 Wohngeld, passen es dynamisch an und berücksichtigen die Heizkosten wieder. Zudem führen wir
124 beim Wohngeld einen Klimazuschuss für energetisch modernisierte Wohnungen ein, damit auch
125 Wohngeldempfänger energieeffizient wohnen können.

126

GS-01 Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

Gerechtigkeit im Sinn

- 1 Deutschland ist ein wohlhabendes Land. Unseren Wohlstand verdanken wir vielen engagierten
2 Beschäftigten, innovativen Unternehmen und einer langen Tradition sozialer
3 Sicherungssysteme. Doch auch bei uns haben Reichtum, Wohlstand und Armut viele Gesichter.
- 4 Während es in vielen Regionen seit Jahren nahezu Vollbeschäftigung mit gut bezahlten Jobs
5 gibt, gibt es zugleich Gebiete, in denen viele junge und ältere Menschen arbeitslos sind und
6 keine Perspektiven sehen. Andere haben Jobs mit Zukunft, reiben sich aber auf, um Familie,
7 eigene Interessen, und Arbeit in Einklang zu bringen. Zu viele arbeiten unter schlechten
8 Bedingungen und hangeln sich von einer befristeten Beschäftigung zur nächsten. Während viele
9 von Globalisierung und Digitalisierung profitieren, fürchten andere, ihre Jobs an Roboter
10 oder ans Ausland zu verlieren. Insbesondere Beschäftigte, die einfache Dienstleistungen
11 erbringen, leben mit stagnierenden Löhnen und teilweise schlechten Arbeitsbedingungen. Der
12 Pfleger und die Pflegerin, die Erzieherin und der Polizist müssen trotz ihrer
13 gesellschaftlich enorm wichtigen Arbeit mit vergleichsweise niedrigen Einkommen über die
14 Runden kommen. Die hohe Vermögenskonzentration bei einigen wenigen schadet auch laut OECD
15 der Wirtschaft und Gesellschaft, während viele mit geringem Einkommen Schulden haben, kaum
16 in die Zukunft ihrer Kinder investieren, geschweige denn etwas zur Seite legen können. Diese
17 Probleme löst man nicht, indem man nur über die Erfolge redet.
- 18 Eine der wichtigsten Aufgabe der Politik ist es, Bedingungen zu schaffen, damit alle
19 Menschen ihre Fähigkeiten einbringen und ein gutes, selbstbestimmtes Leben führen können.
20 Deshalb wollen wir neue Chancen und bessere Arbeitsbedingungen schaffen. Unsere Gesellschaft
21 wird stark bleiben, wenn sie alle fair am erwirtschafteten Wohlstand beteiligt. Sie wird
22 aber noch stärker werden, wenn sie allen gleiche Chancen und Möglichkeiten bietet. Die
23 Sprossen der gesellschaftlichen Leiter dürfen nicht so weit auseinanderliegen, dass Aufstieg
24 kaum möglich ist. In unserer Gesellschaft darf Armut keinen Platz haben, denn Armut schadet
25 uns allen: den Menschen, die um ihre Zukunftschancen und die Aussicht auf ein
26 selbstbestimmtes Leben beraubt werden, ebenso wie der Gesellschaft, die auf die Talente und
27 Fähigkeiten aller angewiesen ist. Deshalb nehmen wir es nicht hin, dass in unserem Land zwei
28 Millionen Kinder in Armut leben. Wir wollen, dass jede und jeder mit eigener Anstrengung und
29 der solidarischen Unterstützung der Gesellschaft ein gutes Leben führen kann.
- 30 Bildung spielt für uns dabei eine entscheidende Rolle. Unser Bildungssystem ist durch die
31 Reformen vieler grün-mitregierter Länder gerechter und durchlässiger geworden. Doch für
32 echte Chancengleichheit sorgt es noch nicht. Immer noch entscheidet zu oft die soziale
33 Herkunft über Bildungs- und Aufstiegschancen, nicht Talent oder Fleiß. Wir wollen eine
34 Schule, die ermutigt und ertüchtigt, keine, die bremst oder blockiert. Um das zu erreichen,
35 wollen wir das Kooperationsverbot im Schulbereich aufheben. Wir wollen, dass Bund, Länder
36 und Kommunen ohne Hindernisse zusammenarbeiten, um Chancengleichheit zu schaffen.
- 37 Wir werden ein großes Reformpaket auf den Weg bringen, um Kinderarmut zu bekämpfen, Familien
38 finanziell zu entlasten und die Unterstützung von Alleinerziehenden deutlich zu verbessern.
39 Wir werden Steuersümpfe trockenlegen und dafür sorgen, dass auch Superreiche endlich ihren
40 fairen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Wir wollen damit in Kindertagesstätten, Schulen,

41 Jobcenter, Stadtbüchereien, Jugendzentren und in bezahlbare Wohnungen investieren – all das
42 sind Orte, auf die sozial Benachteiligte besonders angewiesen sind, von deren guter
43 Ausstattung aber die gesamte Gesellschaft profitiert.

44 Wir werden die Zweiklassenmedizin abschaffen und stattdessen mit einer Bürgerversicherung
45 eine gute Gesundheitsversorgung für alle ermöglichen. Wir streiten für auskömmliche Renten
46 und eine gute Pflege im Alter. Wir wollen verhindern, dass Menschen sich von einem
47 unsicheren Arbeitsplatz zum nächsten hangeln müssen. Wir wollen den Menschen wieder mehr
48 Souveränität über ihre eigene Zeit geben, damit sie Beruf, Familie und Engagement besser
49 miteinander verbinden können.

50 Eine starker Sozialstaat und eine starke Wirtschaft bedingen sich gegenseitig. Deshalb
51 setzen wir auf eine Wirtschaft, die fair und stabil, innovativ und voller Gründergeist ist.
52 Die Chancen der Digitalisierung wollen wir ergreifen und diese Umwälzung so gestalten, dass
53 sie allen nutzt.

54 So stärken wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Akzeptanz unserer Demokratie, die
55 durch Ungerechtigkeiten gefährdet sind. So schaffen wir es, dass alle an die Möglichkeiten
56 in unserem Land glauben und sie auch nutzen können.

GS-KS-01 Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

1 Wenn das Kind aus einer Arbeiterfamilie später Unternehmerin oder Unternehmer wird und gute
2 Arbeitsplätze schafft, wenn die alleinerziehende Krankenschwester es sich leisten kann,
3 Pflegemanagement zu studieren, wenn der seit längerem arbeitslose Lagerist nach einer
4 Weiterbildung einen neuen Job findet, wenn der schwerhörige Junge zusammen mit den
5 Nachbarskindern in der Schule um die Ecke lernt und die aus Syrien nach Deutschland
6 geflüchtete Frau Medizin studiert, dann haben wir viel erreicht. Dann sind wir unserem Ziel,
7 allen Menschen in Deutschland eine Chance auf ein gutes Leben zu ermöglichen, ein gutes
8 Stück näher gekommen. An manchen Orten klappt das schon, da haben sich Menschen längst auf
9 den Weg gemacht: etwa an der Rütli-Schule in Berlin-Neukölln. Einst als „Deutschlands
10 schlimmste Schule“ bezeichnet, machen Schülerinnen und Schüler dort nun Abitur – viele von
11 ihnen als Erste ihrer Familie. Oder an der Universität Duisburg-Essen, die gezielt
12 Jugendliche aus Familien ohne akademische Erfahrung bis zum Bachelor begleitet. Davon
13 brauchen wir mehr. Zu oft bestimmt immer noch die Herkunft über die eigene Zukunft, und
14 nicht etwa Talent oder Fleiß. Es ist ein Skandal, dass es für Kinder aus Arbeiterfamilien
15 bei uns so schwierig ist, aufzusteigen. Das wollen wir Grünen ändern. Jeder soll die Chance
16 auf ein gutes Leben bekommen. Wirtschaft und Gesellschaft brauchen die Ideen und die Kraft
17 aller jungen Menschen. Wir können und wollen es uns nicht leisten, Menschen perspektivlos
18 und abgehängt zurückzulassen. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der nicht soziale
19 Herkunft, ethnische Wurzeln oder körperliche Voraussetzungen über die Zukunft von Menschen
20 entscheiden, sondern deren Wünsche und Potentiale. Wir stemmen uns gegen die Spaltung in
21 drinnen und draußen, wollen die Gesellschaft zusammenhalten und Chancen gerechter verteilen.

22 Mit guter, inklusiver Bildung Türen öffnen

23 Kindertagesstätten, Schulen, Jobcenter, Stadtbüchereien, Jugendzentren – all das sind Orte,
24 auf die Benachteiligte besonders angewiesen sind. Dort werden Chancen verteilt – oder eben
25 nicht. Deshalb ist die öffentliche Infrastruktur vor Ort so wichtig. Doch ausgerechnet hier
26 hat Deutschland dringend Nachholbedarf. Investitionen fallen seit Jahrzehnten dem Rotstift
27 zum Opfer. Öffentliche Stellen werden gestrichen. Schulen verwahrlosen, Jugendzentren werden
28 geschlossen und Stadtbüchereien zusammengelegt. Diese falsche Schwerpunktsetzung werden wir
29 beenden. Wir werden der allgemeinen Bildung und der Forschung und Entwicklung wieder Vorrang
30 einräumen. Es muss unser Ziel bleiben, sieben Prozent der Wirtschaftsleistung in die
31 allgemeine Bildung und 3,5 Prozent in Forschung und Entwicklung zu investieren. Wir Grünen
32 wollen Länder und Kommunen dabei unterstützen, Kindertagesstätten, Schulen, Berufsschulen
33 und Hochschulen besser auszustatten. Diese Investitionen in die Zukunft zahlen sich aus.
34 Denn sie schaffen für jede und jeden die Chance, von der eigenen Arbeit zu leben und der
35 Gesellschaft etwas zurückgeben zu können. In NRW oder Baden-Württemberg wurde unter Grüner
36 Beteiligung deshalb so viel Geld in Bildung investiert wie noch nie zuvor.

37 Konkret heißt das: Alle Kinder bekommen einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz in einer
38 guten Kita Kindergarten, der im fröbelschen Sinne mehr als nur eine Beutreuungs Einrichtung
39 ist und in dem Kinder von 0 bis zur Einschulung ganzheitlich gefördert werden, in der dem
40 die Erzieher*in Zeit hat, jedes einzelne Kind zu unterstützen. Als das Land in dem das

41 international verbreitete Erfolgskonzept des Kindergartens erfunden wurde, wollen wir den
42 ganzheitlichen Gedanken nach vorne stellen und Qualität sichern. Mindeststandards für die
43 Qualität sollen das bundesweit sicherstellen und der Bund soll sich an den Kosten
44 beteiligen. Schulen haben in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Aufgaben bekommen, die
45 viele Lehrerinnen und Lehrer unter teils schwierigen Bedingungen bereits mit großem
46 Engagement übernehmen: gemeinsamer Schulbesuch von Kindern mit und ohne Behinderung,
47 digitale und kulturelle Bildung, Willkommensklassen oder auch Schulsozialarbeit. Schulen, an
48 denen junge Menschen fürs Leben lernen und die auf eine gute Zukunft vorbereiten, müssen
49 selbst Orte der Zukunft sein. Zuweilen ist das durchschnittliche Parkhaus in Deutschland
50 aber in einem besseren Zustand als so manches Schulgebäude. Der Bund sollte seine neuen
51 Möglichkeiten, finanzschwache Kommunen im Bildungsbereich zu unterstützen, nun rasch nutzen
52 und ein Förderprogramm zur Sanierung von maroden Schulen auflegen, das auch die baulichen
53 Grundlagen für den Auf- und Ausbau von Ganztagschulen legt. Damit Schulen den Kindern
54 Chancen eröffnen, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen, und auch jene fordern, die
55 viel leisten können. Diese schmale Öffnung der Verfassung war ein erster Schritt. Wir Grünen
56 streiten weiter dafür, das Kooperationsverbot komplett aufzuheben. Bund und Länder müssen
57 ihre gemeinsame Verantwortung auch gemeinsam übernehmen können.

58 Uns Grünen geht es um gleiche Freiheit für alle, das eigene Leben selbstbestimmt zu
59 gestalten. Im Moment aber spaltet sich die Gesellschaft immer mehr in Gewinner*innen und
60 Verlierer*innen. Erwerbstätige mit Berufsausbildung verdienen im Laufe ihres Berufslebens
61 eine Viertel Million Euro mehr als diejenigen ohne Ausbildung. Mit einem Hochschulabschluss
62 ist es sogar eine Million Euro mehr. Deshalb fordern wir Grünen eine Ausbildungsgarantie,
63 die an die Stelle des unübersichtlichen Durcheinanders von Fördermaßnahmen des Arbeitsamtes
64 tritt. Alle Jugendlichen sollen direkt nach der Schule eine anerkannte Berufsausbildung
65 beginnen können, anstatt ziellos von Maßnahme zu Maßnahme geschoben zu werden.

66 Hochschulen müssen offen sein für alle – ob Arbeiter- oder Akademikerkind, ob Mann oder
67 Frau, ob einheimisch, eingewandert oder hierher geflüchtet. Es liegt nicht am Können, dass
68 heute nur ein Viertel der Nichtakademikerkinder studieren, gleichzeitig aber drei Viertel
69 der Kinder aus Akademikerfamilien. Allerdings muss dafür die Studienfinanzierung grundlegend
70 verändert werden: Das BAföG muss wieder zum Leben reichen. Mittelfristig soll die
71 Studienfinanzierung aus einem Studierendenzuschuss für alle und einem Bedarfzuschuss für
72 Studierende aus ärmeren Elternhäusern bestehen. Studiengebühren lehnen wir ab. Doch der
73 Zugang zum Studium allein reicht noch nicht aus. Auch bessere Studienbedingungen sind
74 wichtig, also gute Lehre, ausreichend Beratungsangebote und mehr Lehrende zur Unterstützung
75 der Studierenden. Auch dafür wollen wir die Finanzierung des Hochschulpakts und des
76 Qualitätspakts Lehre verstetigen. Der Zugang zur Wissenschaft als Beruf muss gerecht
77 gestaltet sein. Junge Forschende brauchen faire Arbeitsverträge und mehr unbefristete
78 Beschäftigungsmöglichkeiten, um mit Sicherheit gut forschen zu können. Mit einem Bund-
79 Länder-Programm für Nachwuchsstellen und einer weiteren Novelle des
80 Wissenschaftszeitvertragsgesetzes verbessern wir die Situation für Wissenschaftlerinnen und
81 Wissenschaftler. Wir Grünen werden durch die konsequente Umsetzung der
82 Gleichstellungsstandards unser Wissenschaftssystem auf allen Ebenen für Frauen öffnen.

83 **Zugänge in Arbeit schaffen**

84 Chancengerechtigkeit ist nicht nur eine Frage für junge Menschen. Es muss auch darum gehen,
85 dass Menschen, die mitten im Leben stehen oder deren Lebensweg nicht gradlinig verläuft,
86 ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen können. Das heißt für uns, dass es auch später im
87 Leben möglich sein muss, etwas dazulernen, sich weiterzubilden oder auch beruflich zu
88 verändern. Gute Bildung kostet Zeit und Geld. Beides ist für viele Menschen Mangelware. Die
89 grüne BildungsZeit Plus sorgt mit einem Mix aus Zuschuss und Darlehen dafür, dass gerade die

90 Menschen, die heute noch viel zu selten an Weiterbildungen teilnehmen, die Zeit und die
91 Kosten dafür aufbringen können.

92 Aber auch Menschen mit Handicap, Jugendliche ohne Ausbildung, Langzeitarbeitslose oder
93 ältere Beschäftigte brauchen passgenaue Integrationsstrategien. Die Arbeitslosenversicherung
94 muss zu einer Arbeitsversicherung werden, die alle Menschen unterstützt – und zwar schon
95 bevor sie arbeitslos werden. Für Arbeitslose, die in absehbarer Zeit nicht in reguläre Jobs
96 zu vermitteln sind, ist die Einrichtung eines Sozialen Arbeitsmarktes notwendig.

97 Erfolgreiche Integration fußt auf Chancen und Perspektiven. Wer neu in Deutschland ankommt,
98 soll seinen Alltag möglichst schnell selbständig meistern können. Deshalb wollen wir, dass
99 Geflüchteten der Weg in die Arbeitswelt rasch offensteht. Dort lernen sie den deutschen
100 Arbeitsalltag, einheimische Gepflogenheiten und hiesige Berufe kennen. Wir legen Wert auf
101 frühzeitige Bildungsangebote und passende Sprachförderung. Damit eine Ausbildung nicht
102 länger an einer unsicheren Bleibeperspektive scheitert, wollen wir, dass Asylsuchende und
103 Geduldete eine Aufenthaltserlaubnis für die Ausbildung und die anschließende Beschäftigung
104 erhalten.

105 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

106

107 **Qualität in Kindertagesstätten sichern – mehr Erzieherinnen und Erzieher für unsere**
108 **Kleinsten**

109 Die Zukunft beginnt in der Kindertagesstätte. Kindertagesstätten bieten Raum zum Spielen,
110 Lernen und Sprechen ☒ und Kindern die Chance auf Bildungserfolg. Die Zeit, die eine
111 Fachkraft für die unmittelbare pädagogische Arbeit mit den Kindern hat, ist häufig zu knapp
112 bemessen. Deswegen wollen wir bundesweit in einem Gesetz Qualitätsstandards festlegen. Eine
113 Erzieherin oder ein Erzieher soll künftig höchstens vier Kinder unter drei Jahren bzw.
114 höchstens zehn ältere Kinder betreuen. Auch in die Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen
115 und Erzieher wollen wir investieren. Der Bund soll sich mit einer Milliarde Euro an den
116 zusätzlichen Kosten beteiligen.

117

118 **10.000 Schulen fit für die Zukunft machen**

119 Wir wollen dafür sorgen, dass der Schulerfolg endlich nicht mehr durch die soziale Herkunft
120 vorbestimmt wird. Individuelle Förderung braucht Zeit und Raum. In Ganztagschulen können
121 *alle* Schülerinnen und Schüler ihre Begabungen und Interessen in Kunst, Kultur und Sport gut
122 entwickeln. Wir wollen finanzschwache Kommunen gezielt entlasten und den enormen
123 Sanierungsstau auflösen. Um Schulen zu sanieren, stellen wir in den nächsten fünf Jahren
124 zehn Milliarden Euro bereit und machen damit 10.000 Schulen fit für die Zukunft. Wir
125 unterstützen Kommunen dabei, Raum für die vielen neuen Schülerinnen und Schüler zu schaffen.
126 Wir arbeiten weiter daran, das Kooperationsverbot aufzuheben, so dass der Bund sich
127 finanziell beteiligen kann, den Aufbau von zehntausenden guten Ganztagschulplätzen überall
128 im Land anzustoßen.

129

130 **Studieren besser finanzieren**

131 Bildungsgerechtigkeit bedeutet für uns, allen Studienchancen zu eröffnen. Jede*r muss
132 unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und von der Herkunft studieren können. Wir wollen in
133 einem ersten Schritt dafür sorgen, dass das BAföG künftig automatisch erhöht wird. So können
134 Studierende steigende Lebenshaltungskosten und Mieten schultern. Im zweiten Schritt wollen
135 wir die Studienfinanzierung zum Zwei-Säulen-Modell weiterentwickeln. In der ersten Säule

136 erhalten alle Studierenden einen Studierendenzuschuss einen gleich hohen Basisbetrag für
137 alle. Mit der zweiten Säule kommt ein individuell bemessener Bedarfszuschuss hinzu. Beides
138 soll, anders als das jetzige BAföG, nicht zurückgezahlt werden müssen.

139

GS-WG-01 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

Wir teilen den Wohlstand gerechter

1 Der gesellschaftliche Zusammenhalt bröckelt, wenn das Wohlstandsgefälle in der Bevölkerung
2 zu hoch ist. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich in Deutschland in den vergangenen
3 Jahrzehnten zu weit geöffnet. Obwohl die Wirtschaft stets gewachsen ist, sank das reale
4 Einkommen von Geringverdiener*innen und Teilen der Mittelschicht, die Einkommen und Vermögen
5 der Topverdiener*innen wuchsen dagegen deutlich. Wir Grünen wollen das ändern und alle fair
6 an Wohlstand und Lebensqualität beteiligen. Niemand sollte in Armut leben. Wohlhabende
7 sollten einen fairen Beitrag zum Gemeinwesen leisten.

8 Das Auseinanderdriften von Arm und Reich schafft wirtschaftliche Probleme. Wenn
9 Wohlstandsgewinne bei der Mehrheit der Menschen nicht ankommen, ist das nicht nur ungerecht
10 – es fehlen auch kaufkräftige Kunden. Stattdessen fließt zu viel Geld auf den globalen
11 Finanzmarkt, wo schon zu oft durch spekulative Blasen, überhitzte Immobilienmärkte und
12 Finanzkrisen Wohlstand vernichtet wurde. Zu große Ungleichheit schadet einer demokratischen
13 Gesellschaft. Denn sie gibt wenigen Menschen zu viel Macht. Und sie ist ungerecht, denn der
14 Bezug von großem Reichtum zu gesellschaftlich anerkannter Leistung geht verloren, während
15 viele Menschen trotz harter Arbeit kaum über die Runden kommen. Menschen respektieren hohes
16 Einkommen, wenn es durch Anstrengung, tolle Leistung oder großes Talent erzielt wird. Aber
17 wenn Finanzjongleure Millionen machen, Managerinnen und Manager das Hundertfache ihrer
18 Angestellten verdienen und Krankenschwestern, Polizist*innen oder Erzieher*innen
19 unterbezahlt sind, dann läuft etwas falsch.

20 **Für eine Wende am Finanzmarkt**

21 Entfesselte und aufgeblähte Finanzmärkte haben keinen Nutzen für die Gesellschaft und
22 verschärfen die Ungleichheit. Der Anteil der Finanzgeschäfte an der Volkswirtschaft ist in
23 den vergangenen drei Jahrzehnten stark gestiegen. Viele davon haben keine sinnvolle Funktion
24 für die reale Wirtschaft, weil Beschäftigte, Unternehmen oder Verbraucherinnen und
25 Verbraucher nichts davon haben. Doch wenn Spekulationsblasen platzen, zahlen sie die Zeche.
26 Seit Ausbruch der Finanzkrise 2008 sind in Europa noch immer Millionen Menschen ohne Arbeit,
27 die Jugendarbeitslosigkeit in einigen südeuropäischen Staaten beträgt über 40 Prozent. Mit
28 Milliarden Euro wurden Banken gerettet, Staaten ächzen unter den Schulden, Geld für
29 öffentliche Investitionen fehlt. Die europäischen Regierungen haben daraufhin leider viel zu
30 zaghaft reguliert. Der Finanzsektor bläht sich wieder auf, Immobilienpreise und Mieten
31 steigen, Steuersümpfe florieren. Europäische Banken sind weiter instabil, auch
32 Bausparkassen, Lebensversicherer oder Pensionskassen haben Probleme.

33 Wir müssen die Finanzmärkte nach der Finanzkrise noch besser regulieren, damit sie wieder
34 der Gesellschaft und der Realwirtschaft dienen, sinnvoll die Investitionen in einer
35 Volkswirtschaft lenken und den Menschen vernünftige Geldanlagen ermöglichen. Wir Grünen
36 fordern eine Schuldenbremse für Banken, damit sie selbst für ihre Verluste einstehen können.
37 Auch Versicherungen brauchen mehr Eigenkapital und für Schattenbanken sind viel strengere
38 Regeln nötig. Den Hochfrequenzhandel werden wir mit einer Finanztransaktionssteuer und
39 geeigneten Marktregeln ausbremsen, damit langfristig orientierte Akteure am Finanzmarkt
40 nicht geschädigt werden. Wenn nötig, muss der Staat auch den Vertrieb von schädlichen oder

41 intransparenten Anlageprodukten verbieten. Zu große Banken sind eine Gefahr für die
42 Realwirtschaft, da wir sie nicht ohne Schaden für alle abwickeln können. Deshalb brauchen
43 wir eine stärkere Fusionskontrolle. Sind Banken bereits zu groß, wollen wir sie entflechten
44 und das Einlagengeschäft vom krisenanfälligen Handelsgeschäft trennen. Für Kleinstbanken
45 wollen wir dagegen weniger Bürokratie. Verbraucherinnen und Verbraucher, müssen besser vor
46 undurchsichtigen und gefährlichen Finanzprodukten geschützt werden. Die provisionsgetriebene
47 Beratung wollen wir verbieten und einen Umstieg zur Honorarberatung organisieren (à Kapitel:
48 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark).

49 **Für faire Löhne – Leistung soll sich für alle lohnen**

50 Die Kapitaleinkommen sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen, während die
51 Arbeitseinkommen über viele Jahre weitgehend stagnierten. Zuletzt sind die Reallöhne zwar
52 wieder gestiegen, aber es muss jetzt darum gehen, diese Tendenz zu verstetigen. Dafür wollen
53 wir das Tarifsysteem wieder stärken. Tarifverträge sollten einfacher allgemein verbindlich
54 für alle Betriebe einer Branche gelten. Davon profitieren Beschäftigte und Arbeitgeber*innen
55 gleichermaßen.

56 Vorstände in großen Unternehmen konnten in den vergangenen Jahren sehr hohe
57 Gehaltssteigerungen durchsetzen. Das Verhältnis zwischen ihren Einkommen und normalen Löhnen
58 ist inzwischen oft unverhältnismäßig zur Leistung. Diesem Trend wollen wir entgegenwirken,
59 indem wir die Rechte der Aktionäre stärken. So wollen wir, dass Unternehmen verpflichtend
60 die Vorstandvergütung in Relation zur Normalbelegschaft veröffentlichen müssen. Die
61 Mitfinanzierung von überhöhten Gehältern, Abfindungen und Versorgungszusagen durch die
62 Bürgerinnen und Bürger wollen wir begrenzen. Die steuerliche Abzugsfähigkeit von Abfindungen
63 wollen wir daher bei einer Millionen Euro pro Kopf deckeln, jene von Gehältern bei 500.000
64 Euro pro Jahr und Kopf. Erfolgsbeteiligungen sollen grundsätzlich an den langfristigen
65 Erfolg des Unternehmens anknüpfen. Gleichzeitig sind bei Geringverdienerinnen und
66 Geringverdienern die Löhne in den vergangenen Jahrzehnten real gesunken. Der eingeführte
67 Mindestlohn war ein wichtiger Etappensieg. Er muss ausnahmslos für alle regulär Angestellten
68 gelten. Damit Geringverdienende mehr im Geldbeutel haben, wollen wir sie bei den
69 Sozialabgaben entlasten. Viele Millionen Menschen arbeiten in Leiharbeit oder befristet. Was
70 im Sinne der Flexibilität gelegentlich sinnvoll sein kann, wird oft missbraucht, um Löhne
71 dauerhaft zu senken. Den Trend zu immer mehr unsicheren Jobs wollen wir Grünen umkehren.
72 Ohne guten sachlichen Grund sollten Jobs nicht mehr befristet werden können und Leiharbeit
73 ab dem ersten Tag gleich bezahlt werden – plus Flexibilitätsprämie. Ein selbstbestimmtes
74 Leben darf auch keine Frage des Geschlechts sein. Wir Grünen wollen, dass Frauen und Männer
75 endlich die gleichen Karrierechancen haben und gleiche Löhne für gleiche und gleichwertige
76 Arbeit erhalten. Wir setzen uns für ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz, die bessere
77 Bezahlung von typischen Frauenberufen sowie eine funktionierende Frauenquote ein.

78 Minijobs wollen wir in sozialversicherungspflichtige Jobs umwandeln und dafür sorgen, dass
79 die Beiträge durch Steuern, Abgaben und soziale Leistungen so aufeinander abgestimmt werden,
80 dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Dabei darf die Belastung mit Steuern und Abgaben
81 nicht sprunghaft steigen. So wird es attraktiver, mehr als nur geringfügig zu arbeiten.

82 **Für eine faire und ausgleichende Steuerpolitik**

83 Steuern finanzieren unser Gemeinwesen. Sicherheit, Infrastruktur und Bildung sind
84 Voraussetzungen für eine funktionierende Gesellschaft. Von ihnen profitiert auch unsere
85 Wirtschaft. Die aktuell entspannte gesamtstaatliche Haushaltssituation ist bedingt durch
86 historisch niedrige Zinsen und den hohen Beschäftigungsstand. Sie darf nicht darüber
87 hinwegtäuschen, dass strukturelle Risiken weiter bestehen. Um den Investitionsstau in
88 unserem Land aufzulösen, braucht es deshalb größere finanzielle Spielräume – insbesondere
89 für die Kommunen.

90 Ein gerechtes Steuersystem sorgt dafür, dass alle nach ihrer Leistungskraft zu einer
91 intakten und funktionierenden Gesellschaft beitragen. Hier liegt in Deutschland jedoch
92 einiges im Argen. Arbeit wird bei uns häufig höher besteuert als Zinsen und Renditen. Das
93 wollen wir Grünen ändern. Kapitalerträge sollen mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz
94 belegt werden. Noch immer gehen uns hohe Steuereinnahmen verloren. Mit aggressiven
95 Steuertricks, dem Bankgeheimnis und den Steuerdumpingländern gibt es gerade für Superreiche
96 zu viele Möglichkeiten, sich der Steuerverantwortung zu entziehen. Dieser Praxis sagen wir
97 den Kampf an. Es darf keine anonymen Briefkastenfirmen mehr geben, Geschäfte in
98 Steuersümpfen, die Steuerbetrug systematisch unterstützen, werden wir sanktionieren,
99 Steuerpflicht binden wir an die Staatsangehörigkeit. Alle international tätigen Unternehmen
100 sollen ab einer gewissen Größe ihre Gewinne und Steuerzahlungen nach Staaten offenlegen,
101 damit sichtbar wird, wenn Konzerne wie Starbucks, Apple oder Google ihre Gewinne so
102 verschieben, dass sie in den Ländern, in denen sie gute Geschäfte machen, keine Steuern
103 zahlen. Tricksereien mit Lizenzgebühren und Zinsen wollen wir unterbinden. So stärken wir
104 auch unseren Mittelstand. Es herrscht kein fairer Wettbewerb, wenn Amazon weniger Steuern
105 zahlt als die Buchhändlerin um die Ecke.

106 Auch Vermögende können mehr zu unserem Gemeinwesen beitragen. Wir Grünen wollen eine
107 verfassungsfeste, ergiebige und umsetzbare Vermögenssteuer für Superreiche.
108 Selbstverständlich legen wir dabei besonderen Wert auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und die
109 Innovationskraft von Unternehmen. Die Große Koalition hat die Erbschaftssteuer komplizierter
110 und nicht gerechter gemacht. Sollte sie abermals vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern,
111 werden wir ein einfaches und gerechtes Erbschaftssteuermodell entwickeln, das mit dem
112 Grundgesetz übereinstimmt. Wir wollen kleine und mittlere Einkommen durch eine Erhöhung des
113 Grundfreibetrags entlasten und zur Gegenfinanzierung den Spitzensteuersatz oberhalb von
114 100.000 Euro an zu versteuerndem Single-Einkommen erhöhen. Für Mittelstand, Selbständige und
115 Arbeitnehmer*innen wollen wir das Steuersystem gleichzeitig vereinfachen, um sie dadurch zu
116 entlasten. Dazu gehören erhöhte Abschreibungsgrenzen für geringwertige Wirtschaftsgüter
117 sowie eine Vereinfachung bei der Umsatzsteuer mit Blick auf die aufwändigen Verfahren beim
118 Handel innerhalb der EU.

119 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

120

121 **Schuldenbremse für Banken – Schattenbanken regulieren**

122 Wenn eine Bank in Schieflage gerät, dann darf nicht länger der Steuerzahler die Last tragen.
123 Wir wollen eine einfache, aber harte Eigenkapitalquote, die Banken verpflichtet, ihre
124 Geschäfte mit mehr Eigenkapital zu unterlegen. So können sie für ihre Risiken besser selbst
125 einstehen. Damit risikoreiche Anlagen nicht länger aus dem regulierten Bereich ausgelagert
126 werden können, muss der Schattenbankensektor analog zum regulären Bankensektor klare Regeln
127 erhalten. Alle Gesellschaften, die im weiteren Sinne Bankgeschäfte betreiben, müssen den
128 gleichen Regeln unterliegen wie Kreditinstitute.

129

130 **Steuersümpfe trockenlegen – weltweite Regeln gegen Steuervermeidung**

131 Panama Papers, Offshore- oder Luxemburg-Leaks – wir nehmen nicht hin, dass Konzerne und
132 Superreiche mit Hilfe von Bankgeheimnis und Steuerdumpingländern ihren Beitrag zum
133 Gemeinwohl unterschlagen. Darum kämpfen wir für ein international verbindliches Regelwerk,
134 das Mindeststandards für die Steuerpflichten von Unternehmen und Staaten setzt. Auch zu
135 Hause werden wir aktiv: Banken und Kanzleien untersagen wir Geschäfte mit unkooperativen
136 Ländern, internationale Konzerne müssen ihre Gewinne nach Ländern aufschlüsseln und
137 Briefkastenfirmen entziehen wir durch ein Transparenzregister die Grundlage. So sorgen wir

138 dafür, dass alle Unternehmen ihre Verantwortung für das Gemeinwesen wahrnehmen und ihren
139 steuerlichen Beitrag leisten ☒ der internationale Kaffeekonzern ebenso, wie es heute schon
140 der Bäcker an der Ecke tut.

141

142 **Mehr für das Gemeinwohl – Superreiche in die Verantwortung nehmen**

143 Wir wollen nicht, dass sich Superreiche und Spitzenmanager von der Gesellschaft abkoppeln.
144 Zu oft verliert die Vergütung von Managern und Managerinnen den Bezug zum eigenen Beitrag
145 und zum Durchschnittsverdiener. Wir setzen ein klares Stoppsignal: Zukünftig sollen
146 Unternehmen nur noch maximal 500.000 Euro pro Kopf von der Steuer absetzen können. Auch weil
147 Manager-Gehälter zu Lasten der Allgemeinheit gehen, wenn Unternehmen die Zahlungen als
148 Betriebsausgaben absetzen. Außerdem braucht es eine verfassungsfeste, ergiebige und
149 umsetzbare Vermögenssteuer für Superreiche, denn in wenigen Ländern Europas sind die
150 Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland. Selbstverständlich legen wir dabei
151 besonderen Wert auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Innovationskraft von Unternehmen.
152 Denn wir wollen, dass alle einen fairen Beitrag leisten, wenn unser Gemeinwesen finanziert
153 wird und Zukunftsinvestitionen getätigt werden.

154

GS-SZ-01 Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

1 Gesund bleiben, auch im Alter würdig und selbstbestimmt leben, einen Platz in der
2 Gesellschaft finden: All das schaffen wir nicht allein. Nur zusammen und solidarisch können
3 wir einander soziale Sicherheit geben, uns bei Krankheit, Armut oder Verlust des
4 Arbeitsplatzes gegenseitig zur Seite stehen. Unser Ziel: Alle Bürgerinnen und Bürger sollen
5 gegen die großen Risiken des Lebens gut abgesichert sein – zu fairen und gerechten
6 Bedingungen.

7 Unsere sozialen Sicherungssysteme leisten viel, gerade auch im internationalen Vergleich.
8 Aber wir müssen dafür sorgen, dass der Sozialstaat sein Versprechen auf Sicherheit auch in
9 Zukunft noch einlösen kann und dass es dabei gerecht zugeht. Viele Menschen machen sich zu
10 Recht Gedanken darüber, ob die Rente für einen guten Ruhestand reicht oder ob beim
11 Jobverlust Armut droht. Wenn Menschen den Abstieg fürchten, ist das Gift für den sozialen
12 Zusammenhalt. Deshalb ist soziale Sicherheit eine Bedingung für den inneren Frieden. Sie ist
13 auch eine Voraussetzung für Kreativität und Lebensmut. Denn wer verunsichert ist, kann nicht
14 frei aufspielen. Gerade weil wir außen-, gesellschafts- und wirtschaftspolitisch in
15 unruhigen Zeiten leben, ist soziale Sicherheit wichtiger denn je. Solidarität ist das
16 Rückgrat unserer Gesellschaft. Doch es gibt Gruppen, die sind schlecht abgesichert: prekär
17 Selbständige mit unsteten Lebensläufen, Frauen ohne eigene Rentenansprüche, niedrig
18 Entlohnte ohne Geld für die Altersvorsorge. Wir müssen den Sozialstaat verbessern, damit er
19 sein Sicherheitsversprechen für alle halten kann.

20 Wie die Rente wirklich sicher wird

21 Um die Rente wieder sicher und verlässlich zu machen, wollen wir alle drei Pfeiler der
22 Alterssicherung stärken zuallererst die gesetzliche Rentenversicherung. Denn sie ist und
23 bleibt die wichtigste Säule der Altersvorsorge. Durch die Rentenreformen der vergangenen
24 Jahre ist das Rentenniveau gesunken. Eine Stabilisierung ist dringend notwendig. Das
25 heutige gegenüber dem Jahr 1998 bereits erheblich abgesenkte Rentenniveau sollte nicht
26 weiter fallen. Dabei müssen Rentenniveau und Beitragssatz in einem angemessenen Verhältnis
27 stehen, damit auch die junge Generation weiter in die gesetzliche Rente vertrauen kann. Wer
28 viele Jahre eingezahlt hat, soll von seiner Rente auch leben können. Für alle Menschen, die
29 den größten Teil ihres Lebens rentenversichert waren, gearbeitet, Kinder erzogen oder andere
30 Menschen gepflegt haben, schlagen wir Grünen eine steuerfinanzierte Garantierente oberhalb
31 des Grundsicherungsniveaus vor.

32 Um die gesetzliche Rente finanziell und solidarisch breiter aufzustellen, wollen wir
33 versicherungsfremde Leistungen aus Steuern bezahlen und die Beschäftigungsbedingungen gerade
34 für Frauen so verbessern, dass sie öfter erwerbstätig sind.

35 Wir wollen den ersten Schritt zur Bürgerversicherung gehen und hierfür die nicht anderweitig
36 abgesicherten Selbständigen, Minijobber*innen, Langzeitarbeitslose und Abgeordnete in die
37 gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Für die Selbständigen und insbesondere die
38 Existenzgründerinnen und -gründer wird es Übergangsregelungen geben. Zudem wollen wir
39 Selbständigen mit Beitragsrückständen bei der Krankenversicherung helfen und Schulden

40 erlassen. In einem späteren Schritt wollen wir auch Freiberufler*innen und Beamt*innen in
41 die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Hierfür werden wir mit den Ländern
42 zusammenarbeiten. Bereits erworbene Anwartschaften auf Versorgung und bestehende
43 Beamtenverhältnisse bleiben dabei aus Gründen des Vertrauensschutzes unberührt.

44 Grundsätzlich halten wir an der Rente mit 67 fest. Wir wollen es Menschen aber leichter
45 machen, selbst darüber zu entscheiden, wann sie in Rente gehen wollen. Dazu fördern wir eine
46 echte Altersteilzeit durch eine attraktive Teilrente ab 60 Jahren, die insbesondere
47 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in belastenden Berufen zugutekommt. Für Menschen, die
48 länger arbeiten wollen, soll sich das lohnen. Damit sie eine höhere Rente erhalten, führen
49 wir einfache Hinzuverdienstregeln ein und erleichtern es, Teilrente und Erwerbseinkommen zu
50 kombinieren. So erleichtern wir es Menschen, selbst zu bestimmen, wann sie in Rente gehen.
51 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nicht mehr arbeiten können, sollen nicht länger auch
52 noch dafür bestraft werden, deshalb schaffen wir die Abschläge bei der
53 Erwerbsminderungsrente ab.

54 Neben der gesetzlichen Rente wollen wir auch die private und betriebliche Altersvorsorge
55 stärken. Alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollen künftig ihren Beschäftigten eine
56 Betriebsrente anbieten und mit einem eigenen Arbeitgeberbeitrag unterstützen. Kleinen
57 Betrieben erleichtern wir dies mit einer Änderung der Haftungsregeln. Um die private
58 Altersvorsorge zu fördern, wurde die Riester-Rente entwickelt. Sie ist in ihrer bisherigen
59 Form gescheitert, denn zu wenige Menschen sorgen vor und die Anlageprodukte sind nicht
60 kundenfreundlich genug. Wir brauchen daher einen Neustart bei der geförderten privaten
61 Altersvorsorge. Dazu wollen wir ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt
62 einführen. Und die Förderung für Neuverträge gezielt im Sinne von Geringverdienenden
63 umgestalten. Es soll auch Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge offenstehen. Der
64 Bürgerfonds soll nachhaltig investieren und dabei soziale und ökologische Belange
65 berücksichtigen. Die Förderung der privaten Vorsorge konzentrieren wir künftig vor allem bei
66 Geringverdienerinnen und Geringverdienern.

67 Viele Frauen sind von Armut im Alter bedroht. Sie leisten mehr Erziehungs- und Pflegearbeit,
68 arbeiten oft in Teilzeit oder in schlecht bezahlten Branchen und erwerben weniger
69 Rentenansprüche. Für Frauen muss es einfacher werden, sich durch Erwerbsarbeit selbst besser
70 abzusichern. Mit guten Angeboten für die Kinderbetreuung, einer Umwandlung der Minijobs in
71 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, einem Rückkehrrecht auf Vollzeit, einer echten
72 Pflegezeit und mit gleichem Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit können wir die
73 Rentenlücke für Frauen mittelfristig schließen.

74 **Raus aus der Zwei-Klassen-Medizin ☒ Gesundheit solidarisch für alle**

75 Leider haben wir heute in Deutschland eine Zwei-Klassen-Medizin. Gesetzlich Versicherte
76 bekommen später einen Termin bei Fachärztin oder Facharzt als privat Versicherte. Ärztinnen
77 und Ärzte lassen sich vor allem dort nieder, wo viele privat Versicherte wohnen. In der
78 Privaten Krankenversicherung (PKV) zahlen Alte und Kranke mehr als Junge und Gesunde. Oft
79 sind Versicherte durch die hohen Beiträge in der PKV schnell überfordert, doch einfach zur
80 Gesetzlichen wechseln können sie nicht. Gleichzeitig verabschieden sich viele
81 Gutverdienerinnen und Gutverdiener durch die PKV aus der Solidarität mit den sozial
82 Benachteiligten. Das übernehmen dann die gesetzlich Versicherten, also die mit geringen und
83 mittleren Einkommen. Ein solches System ist ungerecht.

84 Wir Grünen wollen die gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen zu einer
85 Bürgerversicherung weiterentwickeln. Alle Bürgerinnen und Bürger, auch Beamt*innen,
86 Selbständige und Gutverdienende beteiligen sich. Auf Aktiengewinne und Kapitaleinkünfte
87 werden ebenfalls Beiträge erhoben. Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen übernehmen
88 wieder jeweils die Hälfte des Beitrags und die bisher allein von den Arbeitnehmer*innen

89 getragen Zusatzbeiträge werden wieder abgeschafft. Es gibt keine Unterschiede mehr bei den
90 Arzthonoraren. Mit der Bürgerversicherung wäre Gesundheit stabil und fair finanziert und
91 alle Kassen würden um die beste Versorgung konkurrieren.

92 Die Patientinnen und Patienten gehören in den Mittelpunkt, an ihren Bedürfnissen muss sich
93 die Versorgung ausrichten. Wir sollten nicht erst handeln, wenn die Krankheit schon da ist.
94 Das Gesundheitswesen muss Gesundheit besser fördern: Von der Kindertagesstätte über die
95 Schule bis hin zum Arbeitsleben und dem Leben im Alter wollen wir den Menschen Wissen über
96 eine gesundheitsbewusste Lebensweise vermitteln. Geschlechtsspezifische Aspekte müssen bei
97 der Prävention und der Behandlung, aber auch in der Forschung stärkere Beachtung finden.

98 Wir schaffen eine Patientenstiftung und stärken wieder die unabhängige Patientenberatung. Um
99 auch dünner besiedelte Regionen besser zu versorgen, brauchen Kommunen und Regionen mehr
100 Einfluss. Den Personalnotstand in den Krankenhäusern werden wir bekämpfen und die
101 Arbeitsbedingungen verbessern. Für alle Schwangeren muss Begleitung durch Hebammen
102 gewährleistet sein. Für Hebammen in Krankenhäusern fordern wir einen ausreichend
103 dimensionierten Personalschlüssel und angemessene Vergütung. Freiberufliche Hebammen
104 brauchen eine dauerhafte Lösung für die hohen Beiträge der Haftpflichtversicherung durch
105 einen Haftungsfonds, bevor noch mehr ihren Beruf aufgeben. Die Digitalisierung kann im
106 Gesundheitswesen vieles verbessern, etwa für chronisch Kranke. Patientinnen und Patienten
107 brauchen dabei selbstbestimmten Zugang zu ihren Daten.

108 **Gute Pflege – ein selbstbestimmter und würdiger Lebensabend**

109 Durch den demografischen Wandel steigt die Zahl der alten und hochbetagten Menschen. Sie
110 alle sollen gut und selbstbestimmt im Alter leben können. Darauf ist das Pflegesystem nicht
111 ausreichend vorbereitet. Zu wenige Pflegepersonen versorgen immer mehr Pflegebedürftige. Die
112 Qualität der Pflege ist dadurch oft schlecht und auf Dauer ist das System nicht ausreichend
113 finanziert. Wir wollen Menschen, die Verwandte oder Freunde pflegen, besser unterstützen.
114 Dafür schlagen wir die dreimonatige PflegeZeit Plus und jährlich zehn Tage für akute
115 Notsituationen vor. Pflegenden erhalten eine Lohnersatzleistung und werden von der Arbeit
116 freigestellt. Wir stärken die Pflege im vertrauten Wohnumfeld, um den Pflegebedürftigen ein
117 selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Beim Aufbau von Hilfenetzen wollen wir die Kommunen
118 unterstützen und ihnen mehr Rechte geben, selbst aktiv zu werden. Denn die Angebote vor Ort
119 bestimmen, ob auch Menschen mit kleiner Rente die Hilfe bekommen, die sie brauchen.
120 Pflegerinnen und Pfleger müssen besser bezahlt werden. Durch ausreichendes Personal wollen
121 wir Überlastung vermeiden. Der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Wir schlagen dazu eine
122 gestufte Ausbildung vor, die spezialisiertes Fachwissen erhält und die Durchlässigkeit
123 zwischen den Pflegeberufen erhöht. Und wir brauchen ein neues, unabhängiges Institut für
124 Qualität in der Pflege. Schließlich wollen wir auch die Pflegeversicherung zu einer
125 Bürgerversicherung machen und so langfristig ausreichend finanzieren.

126 **Schutz vor Armut, Unterstützung bei Arbeitslosigkeit**

127 Die Grundsicherung muss das soziokulturelle Existenzminimum für alle gewährleisten. Das
128 verlangt die Würde des Menschen. Der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II muss so berechnet
129 werden, dass man menschenwürdig davon leben kann. Die Kinderregelsätze müssen sachgerecht
130 ermittelt werden, damit alle Kinder wirklich teilhaben können. Für die Stromkosten wollen
131 wir eine gesonderte Pauschale einführen. Die Grundsicherung werden wir zu einer
132 individuellen Leistung weiterentwickeln, denn das Prinzip der Bedarfsgemeinschaften
133 benachteiligt Frauen und zementiert ihre Abhängigkeit.

134 Wir wollen eine Arbeitsagentur als Dienstleisterin der Arbeitssuchenden und die
135 Sozialgerichte von den vielen Klagen entlasten. Sanktionen gefährden die kooperative
136 Zusammenarbeit zwischen Arbeitslosen und Fallmanagern in den Arbeitsagenturen, wie auch ein

137 menschenwürdiges Existenzminimum. Unser Ziel ist ein Ende der Sanktionen. Besonders
138 profitieren würden unter 25-Jährige, die bisher deutlich schärferen Sanktionsmöglichkeiten
139 ausgesetzt sind.

140 Wir wollen aber nicht nur die nackte Existenz sichern, sondern Arbeitslose auch passgenau
141 dabei unterstützen, einen neuen Job zu finden, etwa durch Weiterbildung, Sprachförderung,
142 Eingliederungs- oder Gründungszuschüsse. Arbeit ist noch immer das wichtigste Feld der
143 sozialen Teilhabe, der Anerkennung und der Sinnggebung im Alltag. Deshalb wollen wir die
144 Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung weiterentwickeln, die Arbeitnehmer bereits
145 im Job, aber auch bei Arbeitslosigkeit bei der Weiterbildung unterstützt (à Kapitel: Wir
146 kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit). Wir geben auch Langzeitarbeitslose nicht
147 auf und fordern einen verlässlichen sozialen Arbeitsmarkt.

148 **Sicherheit in der Selbständigkeit**

149 Um die soziale und ökologische Modernisierung zu meistern, brauchen wir auch die innovative
150 Kraft von Gründerinnen und Gründern. Wir wollen alle, die den mutigen Schritt in die
151 Selbstständigkeit wagen, dabei unterstützen, sich besser und einfacher abzusichern.
152 Gesetzlich versicherte Selbständige wollen wir bei den Kranken- und
153 Pflegeversicherungsbeiträgen mit geringeren Mindestbeiträgen entlasten. Wir wollen eine
154 freiwillige Arbeitsversicherung für Selbständige, die erschwinglich, für alle
155 Selbstständigen geöffnet und gerechter ausgestaltet ist. Wahltarife sollen dabei mehr
156 Flexibilität für Selbständige ermöglichen. Wir wollen alle nicht anderweitig abgesicherten
157 Selbständigen in die gesetzliche Rente einbeziehen und ihnen eine größere
158 Beitragsflexibilität als heute ermöglichen. Selbständige sollen in guten Zeiten höhere
159 Beiträge vor- oder nachzahlen können, damit sie in schlechten Zeiten entlastet werden. Wir
160 stehen ohne Wenn und Aber zur Künstlersozialkasse. Analog zu Mindestlöhnen, die nur abhängig
161 Beschäftigten zustehen, wollen wir auch branchenspezifische Mindesthonorare ermöglichen.

162 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

163

164 **Gesetzliche Rente stärken, das Rentenniveau stabil halten**

165 Die gesetzliche Rente ist nach wie vor die zentrale Säule der Altersvorsorge für die meisten
166 Menschen. Und sie ist viel besser als ihr Ruf. Das Niveau der gesetzlichen Rente sollte
167 nicht weiter sinken. Wir können das schaffen und werden dabei darauf achten, dass
168 Rentenniveau und Beitragssatz in einem angemessenen Verhältnis stehen, so dass auch die
169 junge Generation bedacht wird. Um die gesetzliche Rente finanziell besser aufzustellen und
170 solidarischer zu finanzieren, wollen wir versicherungsfremde Leistungen aus Steuergeldern
171 bezahlen und insbesondere Frauen bessere Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Damit
172 verbessert sich auch ihre persönliche Absicherung deutlich. Mittelfristig streben wir eine
173 Rentenversicherung für alle an, in die auch Beamtinnen und Beamte, Freiberuflerinnen und
174 Abgeordnete einbezogen sind. In einem ersten Schritt zu einer solchen Bürgerversicherung
175 wollen wir Selbständige aufnehmen und damit ihre Absicherung verbessern.

176

177 **Die Bürgerversicherung im Gesundheitssystem – Erstklassig für alle!**

178 Wir wollen eine gerecht finanzierte Bürgerversicherung im Gesundheitssystem. Alle zahlen
179 dort ein, auch Beamt*innen, Selbständige, Unternehmerinnen und Abgeordnete werden
180 einbezogen. Alle werden beim Arzt oder der Ärztin auf dem gleichen hohen Niveau behandelt.
181 Das Zwei-Klassen-System, in dem Privatpatientinnen und -patienten bevorzugt werden, hat ein
182 Ende. Neben Löhnen und Gehältern werden auch auf Kapitaleinkünfte Beiträge erhoben. Bei den
183 Löhnen zahlen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen wieder jeweils die Hälfte des

184 Beitrages und die pauschalen Zusatzbeiträge werden abgeschafft. So wird Gesundheit fair
185 finanziert und die Bürgerinnen und Bürger können dennoch wählen: Alle Krankenversicherungen
186 bieten künftig die Bürgerversicherung an und konkurrieren über die Höhe des Beitrages, über
187 den Service, das zusätzliche Leistungsangebot und die Qualität.

188

189 **Zeit für mehr – Vereinbarkeit von Pflege und Beruf fördern**

190 Wenn nahestehende Menschen pflegebedürftig werden, müssen viele Dinge geregelt werden. Dafür
191 benötigt man Zeit. Viele Menschen wollen zudem ihren Angehörigen nahe sein und eine Zeit
192 lang selbst die Pflege übernehmen. Das wollen wir ihnen erleichtern: Mit der PflegeZeit Plus
193 gibt es erstmals einen Lohnersatz für die Zeit der Pflege. Für drei Monate ersetzen wir
194 Menschen, die Angehörige selbst pflegen, ihren Lohn, genauso, wie für Eltern in der
195 Elternzeit. Zudem sollen sich Pflegenden zehn Tage im Jahr frei nehmen können, um sich
196 besonders intensiv um eine zu pflegende Person zu kümmern. Ganz so, wie sich Eltern frei
197 nehmen können, wenn ihr Kind krank ist. Wir finden, wer für einen pflegebedürftigen Menschen
198 Verantwortung übernimmt, hat unsere Unterstützung und Wertschätzung verdient. Die PflegeZeit
199 Plus ist unsere Antwort darauf.

200

GS-KA-01 Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

1 Familien geben vielen Menschen Halt. In Familien stehen Menschen sich nahe, sie lernen
2 voneinander. Kinder können geborgen zu selbstbewussten Persönlichkeiten heranwachsen.
3 Familien begleiten alte Menschen in der letzten Phase ihres Lebens. Für uns Grüne ist
4 Familie überall da, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Familien leisten viel:
5 füreinander, aber auch für die Gesellschaft insgesamt. Doch viele tun das unter oft
6 schwierigen Bedingungen: In Einelternfamilien muss eine Person die Aufgaben allein
7 schultern; in manch einer Familie reicht das Geld hinten und vorne nicht. Immer noch
8 übernehmen Frauen im Durchschnitt fast doppelt so viele Stunden der unbezahlten häuslichen
9 Arbeit als Männer. Doch immer mehr Paare wollen sich die Fürsorge und Erziehung
10 partnerschaftlich teilen, ohne dass dies zu Lasten der beruflichen Perspektiven geht. Wir
11 Grünen stehen für eine zeitgemäße Familienpolitik, die diese Lücke zwischen Wunsch und
12 Wirklichkeit schließt. Fürsorge für andere kann das Leben bereichern. Und gleichzeitig
13 funktioniert auch unsere Gesellschaft nur, wenn Menschen zusammenhalten.

14 Familien sind inzwischen so vielfältig wie das Leben selbst: Es gibt verheiratete Paare mit
15 Kindern, Alleinerziehende, Patchwork-Familien, nichteheliche Familien oder
16 Regenbogenfamilien. Wir Grünen machen eine Politik, die Familien in allen Formen und
17 Modellen unterstützt. Deshalb sorgen wir dafür, dass die finanzielle Absicherung von Kindern
18 und Familien nicht länger vom Lebensmodell der Eltern abhängt. Den sozialen Eltern, also
19 Menschen, die wie in vielen Patchwork-Familien langfristig Verantwortung für ein Kind
20 übernehmen, ohne dessen leibliche Eltern zu sein, fehlt ein rechtlicher Rahmen für ihre
21 Familienform. Und das, obwohl sie feste Wegbegleiter*innen ihrer Kinder sind.

22 Mehr Unterstützung für Familien

23 Die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ist heute eine der größten Herausforderungen für
24 Familien, nach wie vor vor allem für Frauen. Wir wollen dafür sorgen, dass Eltern nicht die
25 Puste ausgeht. Beweglichkeit und ein Abschiednehmen von überholten Mustern ist gefragt, um
26 die Anforderungen der Arbeitswelt mit den Bedürfnissen der Beschäftigten mehr in Einklang zu
27 bringen und dafür zu sorgen, dass die Arbeit besser ins Leben passt. Viele Unternehmen haben
28 dies erkannt und angefangen, Arbeitszeit neu zu denken und innovative Konzepte für ihre
29 Belegschaften zu entwickeln. Solche Wege wollen wir unterstützen: mit einer flexiblen
30 Vollzeit, die es Beschäftigten ermöglicht, freier zu entscheiden, wie innerhalb eines
31 Korridors von 30 bis 40 Stunden ihre persönliche Vollzeit aussieht; mit einem Rückkehrrecht
32 auf die ursprüngliche Stundenzahl nach einer Phase der Teilzeit; mit einem Recht auf Home
33 Office als Ergänzung zum festen Arbeitsplatz sowie mit einer Pflegezeit, die hilft, die
34 Sorge für einen nahestehenden Menschen mit dem Beruf besser zu vereinbaren. Vor allem aber
35 mit einer gezielten Förderung von Familien durch unser Konzept KinderZeit Plus. Die
36 KinderZeit Plus ergänzt mit einer Lohnersatzleistung das Elterngeld und macht es rechtlich
37 möglich, auch nach dem ersten Geburtstag des Kindes phasenweise die Arbeitszeit zu
38 reduzieren. Familien bekommen damit mehr Beweglichkeit.

39 Familien brauchen eine sie unterstützende Infrastruktur. Frauen und Männer können ihre
40 Arbeit und ihr Leben mit Kindern nur dann gut verbinden, wenn es gute Betreuungsangebote

41 gibt. Neben einem Rechtsanspruch auf eine ganztägige Kinderbetreuung gehört dazu ganz
42 zentral der flächendeckende Ausbau von Ganztagschulen, mindestens aber ein Rechtsanspruch
43 auf Hortbetreuung. Andernfalls brechen in vielen Familien alle Arrangements zur
44 Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit der Einschulung des Kindes weg. Zur Entlastung
45 pflegender Angehöriger sollen ambulante Unterstützungsangebote flächendeckend ausgebaut
46 werden. So ist ein selbstbestimmtes Leben in vertrauter Umgebung für Pflegebedürftige und
47 ihre Angehörigen möglich.

48 Die Kinder- und Jugendhilfe unterstützt junge Menschen auf dem Weg ins Erwachsenenleben. Ob
49 Kinderbetreuung, Jugendarbeit, Hortbetreuung oder Hilfen bei der Erziehung: Fast alle nutzen
50 im Laufe ihres Lebens einmal diese Angebote. Und die Aufgaben wachsen. Junge Menschen und
51 ihre Familien brauchen eine gut ausgestattete Kinder- und Jugendhilfe und eine Jugendarbeit,
52 welche die Jugendlichen – so verschieden sie auch sind – erreicht. Notwendig sind auch eine
53 Zusammenführung der Leistungs- und Unterstützungssysteme für Kinder mit und ohne
54 Behinderungen im Jugendhilferecht sowie der Erhalt des individuellen Rechtsanspruchs auf
55 Hilfen zur Erziehung. Das Aufwachsen von Kindern muss bestmöglich unterstützt werden. Hier
56 darf es auch keine unterschiedlichen Standards für einheimische und geflüchtete Kinder
57 geben. Alle Kinder und Jugendlichen sollen bestmöglich vor Vernachlässigung, emotionaler und
58 körperlicher Misshandlung oder sexuellem Missbrauch geschützt werden. Deshalb: Wir brauchen
59 mehr Präventionsangebote, damit es erst gar nicht so weit kommt, sowie ausreichend Hilfs-,
60 Beratungs- und Therapieangebote für Kinder, denen etwas zugestoßen ist.

61 **Familien entlasten und Kinder fördern ☒ mit dem grünen Familien-Budget**

62 Kinder leben bei uns sehr unterschiedlich. Sie haben alle die gleichen Rechte, kommen aber
63 nicht alle gleichermaßen zu ihrem Recht. Um viele Kinder muss sich die Gesellschaft
64 glücklicherweise keine Sorgen machen. Doch aktuell leben auch fast drei Millionen Kinder in
65 Deutschland in Armut oder sind von Armut bedroht. Besonders gefährdet sind Alleinerziehende
66 und ihre Kinder sowie Familien mit drei und mehr Kindern. Armut schmerzt und grenzt aus.

67 Mit dem grünen Familien-Budget schnüren wir ein großes Reformpaket, das zahlreiche
68 Schwachstellen bei der Familienförderung angeht. Mit 12 Milliarden Euro wollen wir Familien
69 entlasten. Für uns ist die Bekämpfung von Kinderarmut ein prioritäres Ziel. Wir stärken
70 Alleinerziehende durch eine echte Existenzsicherung für Kinder. Wir entlasten Familien mit
71 geringem und mittlerem Einkommen, indem wir endlich die ungleiche Unterstützung von Kindern
72 entlang dem Einkommen ihrer Eltern beenden.

73 Das Familien-Budget basiert auf drei Säulen. Erste Säule: Regelsätze für Kinder, die so hoch
74 sein müssen, dass sie den tatsächlichen Bedarf decken – und zwar auch den für Teilhabe an
75 Bildung, Kultur und Mobilität. Zweite Säule: Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen und
76 Alleinerziehende sollen künftig eine bedarfsdeckende Unterstützung aus einer Hand erhalten –
77 einen Kindergeld-Bonus. Er soll nicht beantragt werden müssen wie der jetzige Kinderzuschlag
78 und auch nicht befristet sein wie der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende. Dritte
79 Säule: eine Kindergrundsicherung, die die bisherige Förderung zu einer einheitlichen
80 Leistung für alle Kinder zusammenfasst. Damit beenden wir die Ungerechtigkeit, dass sich die
81 staatliche Unterstützung für Kinder am Einkommen ihrer Eltern bemisst und die Kinder
82 wohlhabender Eltern mehr bekommen als die anderen.

83 Für bereits Verheiratete gilt: Sie können entscheiden, ob sie das alte Recht mit
84 Ehegattensplitting, Kinderfreibeträgen und Kindergeld behalten oder die neue Regelung mit
85 Individualbesteuerung und grünem Familien-Budget für sie günstiger ist. So stellen wir
86 sicher, dass von unserer Reform alle profitieren.

87 Das beste Mittel gegen Kinderarmut bleibt nach wie vor die Erwerbstätigkeit der Eltern. Auch
88 deshalb ist es so wichtig, dafür zu sorgen, dass Beruf und Familie vereinbar sind.

89 Kinder und Jugendliche sollen mitbestimmen, wie ihre Welt aussieht

90 Wir Grünen machen Politik für ein kinderfreundliches Land. Darin kommen alle Kinder zu ihrem
91 Recht, die aus den akademischen Haushalten genauso wie die aus den Arbeiterfamilien; die,
92 deren Familien immer schon am gleichen Ort wohnen, genauso wie die, deren Eltern nach
93 Deutschland eingewandert oder erst vor kurzem zu uns gekommen sind; die mit Behinderung
94 genauso wie die ohne; Mädchen genauso wie Jungs. Ganz vorn steht deshalb für uns die
95 Festschreibung der Kinderrechte im Grundgesetz. Kinder und Jugendliche sollen mitbestimmen,
96 wer ihre Welt gestaltet. Deshalb wollen wir das Wahlalter bei allen Wahlen auf 16 Jahre
97 senken. Wer in der Kindheit ernst genommen wird und spürt, dass man Dinge selbst verändern
98 kann, geht als Erwachsener sicherer durchs Leben.

99 Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:100

101 Für ein modernes Familienrecht – Alle Familienformen anerkennen und schützen

102 Familie ist da, wo Kinder sind. Über 30 Prozent aller Familien, in denen minderjährige
103 Kinder leben, sind keine Ehen, sondern: nichteheliche Familien, Alleinerziehende mit Kind,
104 Patchwork-Familien oder Regenbogenfamilien. Für viele dieser heute selbstverständlichen
105 Familienkonstellationen gibt es keinen klaren Rahmen, der ihre Rechte benennt und ihre
106 Familienform absichert. Wir wollen das Familienrecht weiterentwickeln und für diese Familien
107 ein Angebot schaffen, das sie in ihrer Verantwortung als Eltern rechtlich stärkt
108 (Rechtsinstitut der elterlichen Mitverantwortung). Damit wollen wir klar regeln, welche
109 Rechte und Pflichten, beispielsweise in der Schule, beim Arztbesuch oder im Alltag, aber
110 auch welche Verantwortung für das Kind die leiblichen und die nicht leiblichen, aber
111 miterziehenden Eltern haben.

112

113 KinderZeit Plus – damit Eltern mehr für ihre Kinder da sein können

114 Eltern müssen vieles gleichzeitig schaffen: Die Arbeit, den Haushalt, Zeit für die Kinder,
115 die Freunde- und sie wollen möglichst auch ein wenig Zeit für sich selbst haben. Dabei ist es
116 ihnen wichtig, Erwerbsarbeit und Kindererziehung partnerschaftlich untereinander
117 aufzuteilen. Diese Ziele unterstützen wir durch unsere grüne Zeitpolitik: Mit der KinderZeit
118 Plus lösen wir das Elterngeld ab. Denn es sind nicht nur die Kleinsten, die ihre Eltern
119 brauchen. Die grüne KinderZeit Plus ermöglicht es, die Arbeitszeit für bestimmte Phasen zu
120 reduzieren. Die KinderZeit Plus kann genommen werden, bis die Kinder 14 Jahre alt sind.
121 Damit unterstützen wir Eltern auch nach dem ersten Geburtstag des Kindes. So bekommen auch
122 Eltern mit geringem Einkommen mehr Spielraum, um sich Zeit für ihre schon etwas größeren
123 Kinder zu nehmen. In der KinderZeit Plus erhält jeder Elternteil acht Monate finanzielle
124 Unterstützung – weitere acht Monate können frei zwischen den Eltern aufgeteilt werden. Wir
125 unterstützen Eltern insgesamt also zwei Jahre lang.

126

127 Familien entlasten, Kinder fördern - Mit dem grünen Familien-Budget

128 Mit dem grünen Familien-Budget schnüren wir ein 12-Mrd-Euro-Entlastungspaket, das zahlreiche
129 Schwachstellen bei der Familienförderung angeht. Denn derzeit ist die Kinder- und
130 Familienförderung trotz ihrer Vielzahl an Leistungen weder gerecht noch wirksam. Jedes
131 fünfte Kind in Deutschland lebt in einer Familie, die arm oder von Armut bedroht ist. Das
132 wollen wir ändern. Dazu wollen wir endlich die ungleiche Unterstützung von Kindern entlang
133 des Einkommens ihrer Eltern beenden. Denn heute steht die Familienförderung Kopf. Eltern mit
134 hohem Einkommen erhalten für ihre Kinder mehr Unterstützung vom Staat als Eltern mit kleinem

135 oder mittleren Einkommen. Alleinerziehende werden durch dieses System besonders
136 benachteiligt. Mit dem grünen Familien-Budget werden wir alle Kinder gleich gut unterstützen
137 und Familien in erheblichem Maße entlasten.

138

GS-GA-01 Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

1 Für die meisten Menschen ist Erwerbsarbeit ein ganz zentraler Teil ihres Lebens. Sie stecken
2 Energie, Lebenszeit, Können und Kreativität in ihre Aufgaben. Bei guter Arbeit wissen sie
3 sich gebraucht und finden Anerkennung bei Kolleg*innen, Mitarbeiter*innen und Vorgesetzten.
4 Fast jede und jeder wünscht sich eine gute Arbeit, die finanziell absichert, erfüllt und
5 Freude macht. Auch darin, nicht nur im Lohn, liegt die große Bedeutung der Erwerbsarbeit für
6 unsere Gesellschaft. Und auch deshalb sind Arbeitslosigkeit und ungerechte Löhne großer
7 Sprengstoff für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

8 Heute sind in Deutschland mehr Menschen erwerbstätig denn je, in den letzten Jahren sind
9 hunderttausende neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden und die
10 Erwerbslosigkeit ist relativ gering. Ein Viertel der Beschäftigten befindet sich jedoch in
11 kleinen Teilzeitjobs, Leiharbeit, Minijobs oder immer wieder in befristeten Jobs. Viele
12 dieser Jobs sind unsicher, schlecht bezahlt, erschweren die Lebens- und Familienplanung und
13 führen auf Dauer zu Armut im Alter. Nach wie vor sind Frauen am Arbeitsmarkt benachteiligt.
14 Überlastung, Stress und Zeitnot führen zum Raubbau an der eigenen Gesundheit und Person.

15 Das wollen wir ändern. Unsere Arbeitswelt wandelt sich sehr stark durch globalisierte
16 Unternehmen und digitalisierte Arbeitsplätze. Wir Grünen wollen diese Entwicklungen fair für
17 alle gestalten. Jede und jeder soll unter guten Bedingungen arbeiten können. Arbeitsplätze
18 müssen alters- und alternsgerecht ausgestaltet werden. Soziale Berufe, in denen vor allem
19 Frauen arbeiten, wollen wir aufwerten. Zudem sollen Frauen und Männer endlich gleichen Lohn
20 für gleiche und gleichwertige Arbeit bekommen. Wir unterstützen eine partnerschaftliche
21 Aufteilung von bezahlten und unbezahlten Aufgaben. Beide Partner*innen sollen wirtschaftlich
22 unabhängig sein, damit sie selbstbestimmt leben können – auch im Alter.

23 Gute Arbeit statt prekärer Jobs

24 Arbeit muss gerecht bezahlt werden. Der allgemeine Mindestlohn ist ein Meilenstein dorthin.
25 Doch noch viel zu oft wird er umgangen. Der Mindestlohn muss für alle regulär Angestellten
26 gelten. Außerdem brauchen wir mehr branchenspezifische Lohnuntergrenzen oberhalb des
27 Mindestlohns, damit der unternehmerische Konkurrenzkampf nicht zu Lasten der Beschäftigten
28 geht.

29 Gute Arbeit braucht gute Arbeitsbedingungen, insbesondere in Bereichen, in denen Überlastung
30 und prekäre Arbeit häufig vorkommen. Flexibilität ist gut – es muss aber auf die richtige
31 Balance mit Blick auf die soziale Absicherung und die Mitsprachemöglichkeiten der
32 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geachtet werden. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter
33 sollen vom ersten Tag an mindestens die gleiche Entlohnung erhalten wie Stammbeschäftigte -
34 plus Flexibilitätsprämie. Von Werk- oder Dienstverträgen muss die Leiharbeit klar abgegrenzt
35 werden. Scheinselbständigkeit gilt es mit rechtssicheren Kriterien zu unterbinden. Ohne
36 sachlichen Grund sollten Jobs nicht mehr befristet werden können. Immer weniger Jobs sind
37 heute durch Tarifverträge abgedeckt. Das muss sich wieder ändern. Tarifverträge sollten
38 leichter allgemein verbindlich gemacht werden können und auch atypische Jobs umfassen. Wir
39 brauchen starke Betriebsräte. Wir wollen ihre Mitbestimmungsrechte ausbauen und werden den

40 Schwellenwert für paritätische Mitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte absenken. Denn
41 Partizipation und Demokratie sind auch im Wirtschaftsleben wichtig. Das soll ebenso für
42 einen der größten Arbeitgeber im Land – die Kirchen – gelten: Auch für ihre Beschäftigten
43 wollen wir Koalitionsfreiheit und Streikrecht gewährleisten. Zudem halten wir die
44 persönlichen Loyalitätspflichten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei kirchlichen
45 Trägern außerhalb des religiösen Verkündigungsbereiches für unverhältnismäßig. Wir wollen
46 deshalb die Rechte der kirchlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken und
47 Ausnahmeregelungen beschränken.

48 Minijobs scheinen eine gute Gelegenheit, etwas dazuzuverdienen. Aber sie haben zu keiner
49 Zeit das Ziel erreicht, Brücken in reguläre Beschäftigung zu bauen. Stattdessen haben sie
50 sich als berufliche Sackgasse und Armutsrisiko erwiesen, insbesondere für viele Frauen.
51 Minijobs wollen wir deshalb in sozialversicherungspflichtige Jobs umwandeln und dafür
52 sorgen, dass die Beiträge durch Steuern und Abgaben und soziale Leistungen so aufeinander
53 abgestimmt werden, dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Dabei darf die Belastung mit
54 Steuern und Abgaben nicht sprunghaft steigen. So wird es attraktiver, mehr als geringfügig
55 zu arbeiten.

56 **Gute Aus- und Weiterbildung für gute Jobs**

57 Wir Grünen wollen alle Menschen in die Zukunft der Arbeit mitnehmen. Die berufliche Aus- und
58 Weiterbildung ist dafür ganz zentral. Jungen Menschen geben wir eine Ausbildungsgarantie.
59 Wer keine Lehrstelle in einem Betrieb findet, bekommt ein Angebot für eine überbetriebliche
60 Ausbildung, die zu einem anerkannten Berufsabschluss führt. Weiterbildung wird immer
61 wichtiger – auch, weil die Menschen immer älter werden und länger arbeiten. Mit der
62 BildungsZeit Plus, einem Mix aus Darlehen und Zuschuss, können wir Erwachsene, die sich
63 weiterbilden wollen, unterstützen. Damit es gar nicht erst zu Arbeitslosigkeit kommt, wollen
64 wir die Arbeitslosenversicherung zur grünen Arbeitsversicherung weiterentwickeln, die für
65 alle Beschäftigten und Selbständigen da ist. Sie wird - anders als bisher - nicht erst im
66 "Versicherungsfall Arbeitslosigkeit" tätig, sondern unterstützt vorbeugend mit
67 Weiterbildungen und Qualifizierungen, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Sie ist damit ein
68 wirksames Instrument, um Menschen in Zeiten von technologischen Umbrüchen Sicherheit zu
69 gewähren und neue Perspektiven zu eröffnen. Sie bietet soziale Sicherheit bei
70 Arbeitslosigkeit und hilft beim erfolgreichen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt.

71 Erwerbslose Menschen sollen in gut ausgestatteten Jobcentern und Agenturen passgenau betreut
72 werden, um sie dauerhaft in Arbeit zu vermitteln. Auch Menschen mit Behinderungen oder
73 geflüchtete Menschen brauchen genau auf sie zugeschnittene Angebote. Dazu gehören vor allem
74 Qualifizierungen, Sprachförderung, Eingliederungs- oder Gründungszuschüsse.

75 **Zeit für mehr**

76 Bisher forderten vor allem die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber Flexibilität von ihren
77 Beschäftigten. Jetzt wird es Zeit, dass auch die Beschäftigten mehr Zeitsouveränität
78 bekommen, um Arbeit und Privatleben besser vereinbaren zu können. Dafür brauchen sie mehr
79 Mitspracherecht über den Umfang, die Lage und den Ort ihrer Arbeit. Durch Wahlarbeitszeiten
80 zwischen 30 und 40 Wochenstunden wollen wir Vollzeit neu definieren und zu einem flexiblen
81 Arbeitszeitkorridor umgestalten. Damit können Frauen leichter als bisher ihre Beschäftigung
82 ausweiten und Männer können in Teilzeit gehen, ohne Karriereeinbrüche fürchten zu müssen.
83 Auch ein Rückkehrrecht auf die ursprüngliche Stundenzahl muss endlich kommen. Für
84 Betriebsräte soll es möglich werden, Betriebsvereinbarungen zu Vereinbarkeitsfragen zu
85 verhandeln. Zeitsouveränität darf nicht dazu führen, dass unbezahlte Mehrarbeit entsteht und
86 die Grenzen von Arbeit und Freizeit immer mehr verschwimmen. Deshalb gehört ein zeitgemäßer
87 Arbeitsschutz unbedingt dazu sowie ein wirksamer Beschäftigtendatenschutz. In den
88 Unternehmen ist Kreativität gefragt, damit die Anforderungen der heutigen Arbeitswelt mit

89 den Bedürfnissen der Beschäftigten besser in Einklang gebracht werden. Immer mehr
90 Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber haben dies bereits erkannt, sich von überholten Mustern
91 verabschiedet und innovative Konzepte für ihre Belegschaften entwickelt. Alle anderen wollen
92 wir davon noch überzeugen.

93 Das Leben lässt sich nicht immer planen. Manchmal wird die Pflege der Mutter wichtiger als
94 der Beruf, manchmal wird ein Kind krank. Wir wollen Menschen dabei unterstützen, das
95 Verhältnis zwischen Arbeit und den Wechselfällen des Lebens neu auszubalancieren. Grüne
96 Arbeitszeitpolitik will mehr Selbstbestimmung über die eigene (Arbeits-)Zeit ermöglichen.
97 Wir wollen anerkennen und unterstützen, wenn jemand Verantwortung für andere übernimmt. Denn
98 die Unterstützung und Pflege alter und kranker Menschen ist keine private Aufgabe. Sie ist
99 gesellschaftlich wichtig und sie wird derzeit überwiegend von Frauen geleistet. Wer für
100 Pflegebedürftige Verantwortung übernimmt, für den schlagen wir eine dreimonatige Pflegezeit
101 Plus mit Lohnersatzleistung vor. Sie soll sich am Einkommen orientieren, wie es beim
102 Elterngeld der Fall ist.

103 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

104

105 **Gute Arbeit für Menschen mit Behinderungen**

106 Alle Menschen haben das Recht, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, auch
107 Menschen mit Behinderungen. Wir wollen, dass es für alle behinderten Menschen leichter wird,
108 Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu finden. Daher möchten wir die Ausgleichsabgabe
109 erhöhen: Wer in größeren Betrieben keine behinderten Menschen beschäftigt, soll finanziell
110 stärker dazu beitragen, dass behinderte Menschen anderswo Arbeit auf dem allgemeinen
111 Arbeitsmarkt finden. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber müssen aber auch schneller und
112 zuverlässiger unterstützt werden, wenn sie behinderte Menschen beschäftigen. Die
113 Schwerbehindertenvertretung, Expert*innen für die Teilhabe behinderter Menschen in
114 Unternehmen, möchten wir genau wie Werkstatträte stärken. Werkstätten dürfen Menschen nicht
115 isolieren, sie sollen einen gerechten Lohn zahlen und auf den allgemeinen Arbeitsmarkt
116 vorbereiten.

117

118 **Flexible Vollzeit – Arbeitszeit freier gestalten**

119 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen mehr Mitspracherechte über das Wieviel, Wann und
120 Wo ihrer Erwerbstätigkeit. Wir schlagen einen Vollzeit-Arbeitszeitkorridor im Bereich von 30
121 bis 40 Stunden vor. Innerhalb dieses Stundenkorridors sollen Beschäftigte ihren
122 Arbeitszeitumfang frei bestimmen können. Um Beschäftigten wie Unternehmen Planungssicherheit
123 zu geben, müssen dabei Ankündigungsfristen eingehalten werden. Nur dringende betriebliche
124 Gründe sollen die Anpassung der Stundenzahl verhindern können. Der bestehende Rechtsanspruch
125 auf Teilzeit soll um ein Rückkehrrecht auf den früheren Stundenumfang ergänzt werden.

126

127 **Mit einer Arbeitsversicherung Weiterbildung ermöglichen**

128 Wir investieren verstärkt in die Qualifizierung und Weiterbildung von Beschäftigten und
129 Arbeitslosen, um sie für Berufe mit Zukunft fit zu machen und damit ihre Jobchancen zu
130 verbessern. Dafür wollen wir die Arbeitslosenversicherung zu einer umfassenden
131 Arbeitsversicherung weiterentwickeln. Sie soll für alle Beschäftigten und Selbständigen da
132 sein und sie absichern. Mit dieser grundsätzlichen Reform der Arbeitsförderung kann es
133 gelingen, Zugänge in Arbeit auch für die zu schaffen, die es heute besonders schwer haben:
134 Für Menschen mit Handicap, Jugendliche ohne Ausbildung, Langzeitarbeitslose, ältere

135 Beschäftigte und Flüchtlinge gibt es künftig passgenaue und individuelle
136 Integrationsstrategien.

137

GS-DG-01 Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

Wir gestalten die Digitalisierung

1 Smartphones, 3D-Drucker, Amazon, Uber oder Ebay – schon heute verändert die digitale
2 Revolution unsere Wirtschaft, unsere Arbeitswelt und unseren Alltag grundlegend. Vieles
3 spricht dafür, dass sich dieser Prozess noch einmal beschleunigen wird. Selbstfahrende Autos
4 sind vielleicht schon in wenigen Jahren auf der Straße, am Horizont winken künstliche
5 Intelligenz und Pflegeroboter. Wir wollen den digitalen Wandel aktiv gestalten. Denn wir
6 sehen viele Chancen und Möglichkeiten durch die Digitalisierung, die wir ergreifen wollen.

7 Wir wollen neue, gute Jobs in neuen Arbeitsfeldern fördern. Wir wollen die ökologischen
8 Möglichkeiten nutzen, die sich für die Energie- und Verkehrswende durch intelligente
9 Steuerung, Automatisierung oder Vernetzung ergeben. Für all das werden wir die richtigen
10 Weichen stellen. Wir wollen alle ermuntern und fördern, die den Mut haben, etwas Neues zu
11 wagen. Und wir wollen diejenigen unterstützen, deren Arbeitsplätze oder deren Zukunft
12 bedroht sind.

13 Die Digitalisierung trifft auf eine Wirtschaft, in der mit ökologischen Langzeitschäden,
14 Investitions- und Nachfrageschwäche, zu starker Konzentration von Vermögen und zu großem
15 Ressourcenhunger einiges im Argen liegt. Wir wollen Ordnung in dieses System bringen. Dafür
16 brauchen wir mehr Investitionen, damit unsere Wirtschaft krisenfester und dynamischer wird.
17 Dafür brauchen wir eine öffentliche Hand, die auch gegenüber Konzernen durchgreifen kann, um
18 für fairen Wettbewerb, den Schutz der Verbraucher*innen und den Erhalt öffentlicher Güter zu
19 sorgen.

20 Es ist uns wichtig, die Digitalisierung mit klaren Regeln so zu gestalten, dass die Vorteile
21 nicht nur wenigen in unserer Gesellschaft zugutekommen und Risiken, zum Beispiel beim
22 Datenschutz oder bei der Machtkonzentration einiger weniger Internetkonzerne, begrenzt
23 werden. Die Digitalisierung wird wie jede technologische Revolution dafür sorgen, dass
24 bestehende Tätigkeiten und Arbeitsplätze wegfallen und neue entstehen. Das ist für viele
25 Menschen ein berechtigter Grund zur Sorge. Hier sind wir als Solidargemeinschaft gefragt.
26 Wir wollen uns umso stärker aktiv für neue Jobs einsetzen. Wir werden unsere sozialen
27 Sicherungssysteme auf diesen Wandel einstellen und ihre Zukunftsfähigkeit sichern. Wir
28 werden dafür sorgen, dass alle gute Bildung genießen können – und zwar ein Leben lang. So
29 können wir es schaffen, dass die Digitalisierung zu einem Gewinn für unser Land wird.

30 Wir wollen einen digitalen Aufbruch, bei dem Unternehmen, Zivilgesellschaft und Politik
31 gemeinsam dafür sorgen, dass wir durch die Digitalisierung unserem Ziel, einer ökologischen
32 und sozialen Marktwirtschaft, die sich am langfristigen Wohlstandsgewinn statt an
33 kurzfristigen Profiten orientiert, näher kommen.

Mehr und nachhaltiger in unsere Zukunft investieren

35 Investitionen sind die Voraussetzung für eine dynamische und zukunftsfähige Wirtschaft und
36 für wettbewerbsfähige Unternehmen. Die Erträge, zum Beispiel von Investitionen in Bildung,
37 sind deutlich höher als die Zinsen, die wir derzeit für unsere Kredite bezahlen müssen, und
38 Zukunftsinvestitionen bedeuten mehr Nachfrage und damit mehr Aufträge für unsere Wirtschaft
39 vor Ort und gute Arbeitsplätze. Auch das trägt dazu bei, die Wirtschaft krisenfester zu

40 machen. Wir investieren in Deutschland jedoch seit langem viel zu wenig – sowohl die
41 Unternehmen als auch der Staat. Unsere Kinder und Enkelkinder werden diese Fehlentwicklung
42 ausgleichen müssen, wenn wir nicht schnell umsteuern. Die ausschließliche Fixierung auf die
43 schwarze Null trägt nicht zur Generationengerechtigkeit bei. Diese erreichen wir erst, wenn
44 neben der Begrenzung der Verschuldung Investitionen in die Zukunft des Landes getätigt
45 werden. Deshalb wollen wir mindesten 12 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich investieren.

46 Wir Grünen wollen in moderne Mobilität, bezahlbare und energieeffiziente Wohnungen und einen
47 Bildungsaufbruch – also in die Zukunft unseres Wohlstandes - investieren. Wenn wir die
48 Chancen der Digitalisierung nutzen und sicherstellen wollen, dass die digitale Gründerzeit
49 überall in Deutschland möglich ist, müssen wir jetzt in ein schnelles und flächendeckendes
50 Internet investieren. Grundvoraussetzung dafür ist ein zukunftsfähiger Breitbandausbau auf
51 Basis von Glasfaser. Wir wollen dazu den Bundesbesitz an Telekom-Aktien im Wert von rund
52 zehn Milliarden Euro veräußern und in den Breitbandausbau investieren. Die Kompetenzen für
53 das Thema Digitalisierung wollen wir in der Bundesregierung stärker bündeln.

54 Wir schaffen Planungssicherheit durch verlässliche Rahmenbedingungen und wollen Unternehmen,
55 die ihre Gewinne nicht entnehmen, sondern reinvestieren, besonders fördern. Damit das
56 öffentliche Vermögen nicht weiter schmilzt, soll eine neue Investitionsregel die bestehende
57 Schuldenbremse ergänzen. Durch den konsequenten Abbau umweltschädlicher Subventionen
58 schaffen wir weitere Haushaltsspielräume für Investitionen.

59 **Fairer Wettbewerb statt Machtwirtschaft**

60 Konzentrierte und verkrustete Märkte sind Gift für fairen Wettbewerb. Wir Grünen setzen uns
61 für diskriminierungsfreie und offene Märkte ein, etwa bei der Netzneutralität. Echte
62 Netzneutralität ist die Voraussetzung für einen fairen digitalen Wettbewerb. Ein "Zwei-
63 Klassen-Internet" braucht niemand.

64 Wir sorgen für Preise, die die ökologische und soziale Wahrheit sagen- wie bei der
65 ökologischen Finanzreform und der Leiharbeit. So haben nicht diejenigen Vorteile, die am
66 meisten verschmutzen oder ausbeuten. Die Rahmenbedingungen sollten so formuliert sein, dass
67 kleine oder junge Unternehmen sie ebenfalls meistern können. Einfache, aber wirksame Regeln
68 wie eine Schuldenbremse für Banken, ein EU-weiter Mindeststeuersatz für Unternehmen und ein
69 funktionierender CO2-Emissionshandel sind weitere wichtige Hebel für einen fairen
70 Wettbewerb. Sektoren und Märkte mit sehr mächtigen Einzelunternehmen, wollen wir besser
71 regulieren, damit nicht Einzelne auf Kosten der Verbraucher*innen, der Umwelt, des
72 Datenschutzes oder der Steuerzahler*innen ihre Profite hochschrauben können.

73 Große Internetkonzerne wie Google, Facebook, Amazon und Co. verändern die Art und Weise, wie
74 wir leben und wie unsere Wirtschaft funktioniert gerade rapide. Daten und Vernetzung
75 gewinnen für die Produktion, aber auch den Wert von Gütern und Dienstleistungen eine immer
76 größere Bedeutung. Es ist denkbar, dass der Wert eines Autos sehr bald stärker davon
77 abhängt, wie gut seine Vernetzung mit dem Internet ist und welche datengetriebenen Dienste
78 und Programme es den Fahrerinnen und Fahrern anbietet, als wie gut der Motor oder die
79 Verarbeitung ist. Große Plattformen und Portale gewinnen mit jeder Nutzerin und jedem Nutzer
80 an Bedeutung. Generell gilt, wer die Daten hat und sie nutzt, hat einen Wettbewerbsvorteil.
81 Zum einen wollen wir sicherstellen, dass der Schutz unserer Daten dabei immer gewährleistet
82 wird. Zum anderen stellt diese veränderte Wertschöpfung eine enorme Herausforderung für die
83 deutsche Wirtschaft dar. Unternehmen dürfen den Trend nicht verschlafen und müssen durch
84 Innovationen fit bleiben. Wir wollen sie dabei unterstützen, wettbewerbsfähig zu bleiben.
85 Monopolartige Strukturen wollen wir verhindern. Daher wird die öffentliche Hand als Hüterin
86 des fairen Wettbewerbs immer wichtiger. Wir setzen uns deshalb für einen neuen politischen
87 wie rechtlichen Ordnungsrahmen und eine Weiterentwicklung des Wettbewerbs- und Kartellrechts
88 ein, welche die Informations-, Markt- und Datenmacht einzelner Unternehmen effektiv

89 begrenzt. Das bedeutet auch, dass Großkonzerne, Banken, die „Too Big to Fail“ sind, oder
90 Netzmonopole in extremen Fällen entflochten werden sollten.

91 Damit der Mittelstand im Zuge der Digitalisierung im Wettbewerb mit großen Unternehmen gut
92 aufgestellt ist, wollen wir ein IT-Beratungsnetzwerk für den digitalen Wandel einrichten.
93 Dieses dezentrale Netzwerk von Beraterinnen und Beratern soll in die Unternehmen gehen
94 können, die IT-Sicherheit überprüfen und anbieterunabhängige Verbesserungsvorschläge geben.
95 Dabei sollen auch Empfehlungen ausgesprochen werden, wie das Unternehmen sich im Prozess von
96 Digitalisierung, Automatisierung und Vernetzung zukunftsfähig aufstellen kann.

97 Milliarden schwere Großunternehmen ☒ auch aus der Digitalbranche ☒ nehmen wir in die Pflicht,
98 ihrer gesellschaftlichen Verantwortung wieder gerecht zu werden. Für Großunternehmen muss es
99 wieder eine Selbstverständlichkeit sein, Steuern auf Gewinne zu zahlen ☒ wir werden sie
100 darauf verpflichten. Ebenso müssen sie sich an klare rechtliche Vorgaben zu halten, wie zum
101 Beispiel das neue und von uns federführend verhandelte EU-Datenschutzrecht. Außerdem wollen
102 wir einen europäischen digitalen Binnenmarkt schaffen, dadurch würden sich vielen
103 innovative, europäischen Unternehmen neue Chancen eröffnen.

104 **Gute Arbeit 4.0**

105 Die Digitalisierung wird unsere Wirtschafts- und Arbeitswelt grundlegend verändern. Vieles
106 spricht dafür, dass sie vernetzter, technischer und auch flexibler sein wird. Das schafft
107 Freiräume für eine humanere, familienfreundlichere und ökologischere Arbeitswelt. Wir stehen
108 aber auch vor großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Die Grenze zwischen Arbeit und
109 Freizeit verschwimmt und kann zu dauerhafter Verfügbarkeit und Mehrarbeit führen. Um den
110 bestmöglichen Interessenausgleich zwischen Beschäftigten und Unternehmen zu sichern, müssen
111 geltende Sozial- und Arbeitsstandards für die digitale Arbeitswelt weiterentwickelt werden.
112 Dabei sollen vor allem Arbeitszeit und -ort stärker an den Bedürfnissen der Beschäftigten
113 ausgerichtet werden. So fordern wir zum Beispiel ein Recht auf Home-Office als Ergänzung zum
114 festen Arbeitsplatz und unter Berücksichtigung der betrieblichen Möglichkeiten sowie eine
115 flexible Vollzeit, mit der Beschäftigte ihren Arbeitszeitumfang bedarfsgerecht anpassen
116 können.

117 Während einerseits neue Arbeitsplätze entstehen, werden andere Menschen auch ihren Job
118 verlieren. Dem müssen wir entgegenwirken, indem wir diesen Strukturwandel der Wirtschaft
119 politisch steuern und diesen Menschen helfen, rasch einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Die
120 ökologische Modernisierung kann dabei eine Chance sein, gerade auch Jobs nicht nur für
121 Programmierer, sondern auch für Handwerkerinnen, Bauarbeiter und Facharbeiterinnen zu
122 schaffen. Qualifizierung und Weiterbildung werden dabei von zentraler Bedeutung sein. Dafür
123 wandeln wir die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung um und fördern
124 Weiterbildungen bereits im Job und nicht nur bei Arbeitslosigkeit (à Kapitel: Wir kämpfen
125 für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit, Projekt Arbeitsversicherung). Dazu gehören
126 insbesondere Aus- und Weiterbildungsangebote für gering qualifizierte Menschen. Auch für
127 digitale Plattformen müssen soziale und arbeitsrechtliche Mindeststandards gelten. Sie
128 dürfen weder für Lohndumping noch als rechtsfreier Vertriebskanal missbraucht werden. Der
129 digitale Wandel der Arbeitswelt hat bereits begonnen. Wir wollen ihn positiv gestalten.

130 **Unternehmensgründungen fördern**

131 Mit ihren Ideen und ihrer Schaffenskraft fordern Gründerinnen und Gründer etablierte
132 Unternehmen heraus, wagen Neues und modernisieren so unsere Wirtschaft. Aufgrund der
133 Digitalisierung erleben wir gerade eine neue Gründerzeit. Es sind die Unternehmerinnen und
134 Unternehmer, die die Energie-, Mobilitäts- und Agrarwende in die Praxis umsetzen und zu
135 einem Erfolgsmodell machen. Sie gehen ins Risiko und finden kreative Lösungen. Wir wollen
136 sie dabei unterstützen, indem wir für Selbständige den Zugang zu den sozialen

137 Sicherungssystemen verbessern, neue Finanzierungsformen wie Crowdfunding stärken und diese
138 mit Förderbanken vernetzen sowie Co-Working- und Gewerberäume für Gründerinnen und Gründern
139 fördern.

140 Neben der Projekt- und Gründerförderung wollen wir Forschungsaktivitäten in kleinen und
141 mittleren Unternehmen auch steuerlich begünstigen, um das kreative Potential und den
142 Erfindergeist dort noch stärker zu mobilisieren. Durch eine Steuergutschrift von 15 Prozent
143 sollen ihre Forschungs- und Entwicklungsausgaben künftig gefördert werden. Wir wollen ein
144 unbürokratisches und wirksames Förderinstrument für alle Gründungswilligen. Mit dem grünen
145 Gründungskapital bekommt jeder, der sich selbständig machen will und ein überzeugendes
146 Konzept vorlegt, einmalig ein flexibles und zinsfreies Darlehen von bis zu 25.000 Euro. Die
147 Rückzahlung erfolgt, sobald das Unternehmen Fuß gefasst hat. Offene Standards, offene
148 Schnittstellen, offene Daten und offene Software erleichtern es findigen Köpfen, neue
149 Geschäftsideen umzusetzen. Zudem wollen wir die Grenze zur Sofortabschreibung geringwertiger
150 Wirtschaftsgüter auf 1.000 Euro anheben. Und wir wollen einen bundesweiten One-Stop-Shop für
151 Gründerinnen und Gründer einrichten, so dass alle nötigen bürokratischen Voraussetzungen und
152 Beratungsleistungen an einem Ort aufzufinden sind.

153 Ein innovatives Land braucht starke Hochschulen. Wissenschaft braucht neugierige Menschen
154 und diese brauchen ausreichend Räume und eine gute Ausstattung, also eine moderne
155 Infrastruktur des Wissens. Wir schlagen ein Modernisierungsprogramm vor, dass die Bauten und
156 die Ausstattung der Hochschulen wieder auf die Höhe der Zeit bringt. Und wir werden die
157 Grundfinanzierung der Hochschulen verbessern, damit vielfältige, unabhängige und exzellente
158 Forschung und Lehre möglich ist.

159 Die Digitalisierung erleichtert auch die Gründung von Unternehmen, die alternative
160 Wirtschaftsformen im Blick haben ☒ angefangen bei solidarischer Ökonomie über Social
161 Entrepreneurship bis hin zur Sharing Economy. Wir wollen solche Modelle politisch stärken
162 und Offenheit als Leitprinzip für digitale Modelle des Teilens verankern.

163 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

164

165 **Wir investieren in die Infrastruktur der Zukunft**

166 Wir Grünen wollen in die Infrastruktur der Zukunft investieren. Den Ausbau von schnellem
167 Internet wollen wir beschleunigen, indem wir zehn Milliarden Euro in den Breitbandausbau
168 investieren. Dafür veräußern wir die Telekom-Anteile des Bundes. Wir wollen Elektromobilität
169 fördern – und zwar auf allen Ebenen, sei es beim Auto, der Ladeinfrastruktur, bei Bussen
170 oder Lastenrädern. Auch Radschnellwege werden wir fördern für die Mobilität der Zukunft. Mit
171 dem „Zukunftsprogramm Nahverkehr“ verbessern wir das Angebot und die Qualität des
172 Nahverkehrs vor Ort mit jährlich einer Milliarde Euro. Wir wollen als Bund den Ländern
173 mindestens zwei Milliarden Euro pro Jahr für die Wohnraumförderung geben – so schaffen wir
174 genügend bezahlbare Wohnungen. Unser Investitionspaket für bessere Infrastrukturen in
175 Bildung, Ausbildung und Wissenschaft umfasst ein fünfjähriges Schulsanierungsprogramm und
176 ein Modernisierungsprogramm für die Ausstattung von Hochschulen.

177

178 **Ideen freisetzen – Mit dem Forschungsbonus für Unternehmen**

179 Kleine und mittlere Unternehmen gestalten den ökologischen und sozialen Wandel mit.
180 Forschung und Entwicklung sind dabei ihre wichtigsten Ressourcen. Wir wollen neue Ideen
181 einfach und unbürokratisch fördern ☒ mit unserem steuerlichen Forschungsbonus von 15 Prozent
182 auf alle Forschungs- und Entwicklungsausgaben. Firmen, die noch keine Gewinne erzielen,

183 bekommen diesen Bonus ausgezahlt. Das hilft besonders den Gründerinnen und Gründern und
184 innovativen Start-ups.

185

186 **Kleine Selbständige, Gründer*innen, Kulturschaffende und Kreative besser absichern**

187 Viele Selbständige schätzen ihre unternehmerische und kreative Freiheit sehr. Einige von
188 ihnen mit geringen oder unregelmäßigen Einkünften sind jedoch genauso wie viele
189 Kulturschaffende und Kreative nicht ausreichend abgesichert. Wir wollen sie besser
190 unterstützen. Dazu wollen wir die Mindestbeiträge für die gesetzliche Kranken- und
191 Pflegeversicherung sowie zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung senken. Als ersten
192 Schritt zu einer Bürgerversicherung wollen wir Selbständige, die nicht anderweitig
193 abgesichert sind, auch in die Rentenversicherung aufnehmen. Die Künstlersozialkasse wollen
194 wir erhalten und weiter stärken.

195

V-01 TOP Verschiedenes

Antragsteller*in: Niklas Graf (Wesel KV)

Grüne Inhalte international kommunizieren!

- 1 Alle auf Bundesdelegiertenkonferenzen final abgestimmten Leitanträge und V-Anträge werden
- 2 ins Englische übersetzt und deren Inhalte unseren Parteifreund*innen unter dem Dach der
- 3 European Greens zur Verfügung gestellt.
- 4 Die zentralen Inhalte der Online-Präsenz des Bundesverbandes unserer Partei werden zukünftig
- 5 ebenfalls in englischer Sprache, auf einem parallelen Angebot, zur Verfügung gestellt. Es
- 6 wird darauf geachtet, dies mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit zu kombinieren.
- 7 Die Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, in einer Testphase zu prüfen, welche
- 8 finanziellen Mittel für eine vergleichbare Umsetzung zur Verfügung stehen und geeignet
- 9 erscheinen, sowie darüber zu berichten.

Begründung

Wir Grüne in Deutschland verstehen uns als Keimzelle und tragende Säule der globalen grünen Bewegung für einen ökologischen Wandel in allen Lebensbereichen. Wir wollen unsere jahrzehntelange Arbeit den transnationalen Mitstreiter*innen und dem internationalen Publikum leichter zugänglich machen und es ermöglichen, von unserer Vorarbeit und täglichen Anstrengung zu profitieren.

Ein europäischer Diskurs verlangt eine für alle verständliche Informationsbasis. Deutsch als Kommunikationssprache reicht nicht aus, um auch in anderen Ländern gelesen und beachtet zu werden.

Neben der Nutzung von leichter Sprache haben wir als weltoffene und integrative Partei auch den Anspruch, uns mehrsprachig an die nationale Bevölkerung und internationale Gemeinschaft zu wenden. Niemand darf aufgrund von Sprachbarrieren von Partizipation und Informationsfluss ausgeschlossen werden. Die Hürden zu Politik, ihren Ideen und Forderungen, zum Staat, zur Staatengemeinschaft und deren Regeln, Gesetzen und Hilfeleistungen müssen für jedes Mitglied und jeden interessierten Menschen so gering wie möglich sein. Dies kann vor allem durch die Nutzung von multilingualer Ansprache geschehen und den europäischen Integrationsprozess fördern.

Unterstützer*innen

Marc Kersten (Köln KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Marcus Lamprecht (Viersen KV); Anne-Kristina Zippel (Düsseldorf KV); Petra Schmidt-Niersmann (Wesel KV); Bruno Jöbkes (Kleve KV); Eva Mira Bröckelmann (Düsseldorf KV); Felix Lütke (Duisburg KV); Martin van Elten (Halle KV); Stefan Meiners (Wesel KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Ute Koczy (Lippe KV); Gregor Kaiser (Olpe KV); Horst F. Meyer (Karlsruhe-Land KV); Alexander Tietz-Latza (Aachen KV); Dorothea Meuren (Neckar-Bergstraße KV); Nik Riesmeier (Lippe KV); Holger Schoel (Wesel KV)

V-02 TOP Verschiedenes

Antragsteller*in: Amelie Berg (Kiel KV)

Für saubere Meere und Gewässer – Plastikfrei, auch im Wahlkampf!

- 1 Die Reduzierung von Plastikprodukten ist erklärtes Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN! Wir
- 2 wollen eine Strategie zum Schutz der Umwelt, insbesondere der Meere vor Plastikmüll
- 3 entwickeln und als Regierungspartei umsetzen. Auch als Partei treten wir für dieses Ziel ein
- 4 und verzichten daher in zukünftigen Wahlkämpfen auf das Verteilen von Give-Aways, die aus
- 5 Kunststoffen produziert wurden, die nicht ökologisch abbaubar sind. Wir verpflichten uns
- 6 dazu, unsere Wahlkampfmittel möglichst aus umweltfreundlichen und fair gehandelten
- 7 Materialien zu gestalten.

Begründung

Die Belastung der Weltmeere mit Plastik steigt seit Jahren und gefährdet diese empfindlichen Ökosysteme. Müllinseln, an Plastik verendete Vögel und Fische sowie verschmutzte Strände sind hierfür die deutlichsten Zeichen. Plastik hat eine lange Verweildauer im Meer, reichert sich in der Nahrungskette und schlussendlich auch in unseren Lebensmitteln an. Die Tiere und Pflanzen im und am Meer, sowie die Küstenbewohner*innen leiden unter den teils dramatischen Folgen dieser Meeresverschmutzung. Die gegen den Plastikmüll eingesetzte maschinelle Strandreinigung beeinträchtigt Strandlebewesen, die die Nahrungsgrundlage für Küstenvögel bilden. Ein erheblicher Teil des weltweit produzierten Plastiks stammt dabei aus der Produktion deutscher Firmen, sodass eine besondere Verantwortung auch bei uns liegt. Wirkungsvolle Maßnahmen zur Bekämpfung des globalen Plastikmüllproblems können die Forschung an umweltverträglichen Ersatzstoffen für Plastik, ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetikprodukten und die Förderung des Wissenstransfers mit den Ländern des Globalen Südens sein. „Global denken, lokal handeln“ war und ist grünes Leitmotiv und sollte auch im Wahlkampf unsere Devise sein. Im Wahlkampf werden wir als Partei mit unseren Wahlkampfmitteln unter besonderer Beobachtung stehen. Wir gehen mit gutem Beispiel voran und nutzen die vielfältigen, qualitativ hochwertigen Give-Aways ohne Plastik!

Unterstützer*innen

Paulina Spiess (Kiel KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Joschka Knuth (Rendsburg-Eckernförde KV); Steffen Regis (Kiel KV); Malte-Jannik Krüger (Kiel KV); Karen Kristina Jakstadt (Kiel KV); Jörg Nickel (Kiel KV); Aminata Touré (Neumünster KV); Luise Amtsberg (Kiel KV); Udo Hansen (Schleswig-Flensburg KV); Dörte Schnitzler (Kiel KV); Bernd Voß (Steinburg KV); Thorsten Berndt (Pinneberg KV); Murat Birkandan (Plön KV); Hans-Jürgen Bethe (Pinneberg KV); Ian Arne Winkler (Flensburg KV); Maria-Elisabeth Fritzen (Ostholstein KV); Barbara Ganter (Nordfriesland KV); Renate Stockfisch (Ostholstein KV); Monika Heinold (Kiel KV)